



Landessportbund
Hessen e.V.

DEUTSCHER
SPORTBUND



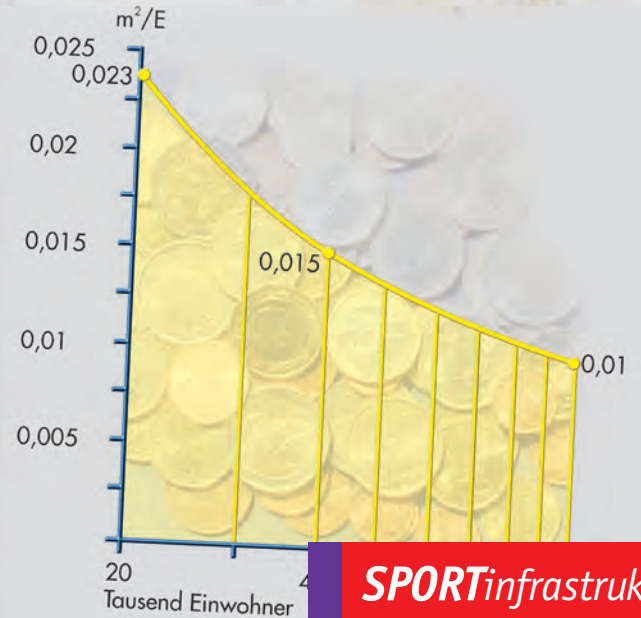
Württembergischer
Landessportbund e.V.

ADS Arbeitsgemeinschaft
Deutscher Sportämter

Handbuch der kommunalen Sportentwicklungsplanung

Zukunftsorientierte Sportstättenentwicklung

Band 14



SPORTinfrastruktur

Handbuch der kommunalen Sportentwicklungsplanung

**Zukunftsorientierte
Sportstättenentwicklung**

Band 14

IMPRESSUM

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Zukunftsorientierte Sportstättenentwicklung / Bd. 14,
Handbuch der kommunalen Sportentwicklungsplanung
Hrsg.: Landessportbund Hessen – Frankfurt am Main 2003
[Autoren des Bandes: A. Rütten, J. Schröder und H. Ziemainz]
ISBN 3-89280-900-3

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie das Recht der Übersetzungen sind dem Landessportbund Hessen e.V. vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm, Scannen oder durch ein anderes Verfahren – ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, gespeichert, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© by Landessportbund Hessen e.V., Frankfurt am Main

Herausgeber: Landessportbund Hessen e.V., Otto-Fleck-Schneise 4,
60528 Frankfurt am Main,
Telefon: 069. 6789-266; Telefax: 069. 6789-92266

Mitherausgeber: Deutscher Sportbund
Otto-Fleck-Schneise 12, 60528 Frankfurt am Main
Telefon: 069. 6700-0
Württembergischer Landessportbund e.V.
Goethestraße 11, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711. 22905-23; Telefax: 0711. 22905-20
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter
c/o Sportamt Duisburg, Kruppstraße 30b, 47055 Duisburg
Telefon: 0203. 9976-169; Telefax: 0203. 9976-210

Autoren: Alfred Rütten, Jana Schröder und Heiko Ziemainz
unter Mitarbeit von
Karim Abu-Omar, Patrick Matros und Marit Möhwald

Projektkoordination: Horst Delp, Geschäftsbereich Sportinfrastruktur,
Landessportbund Hessen e.V.
Susanne Kupper-Heilmann, Sportstaette.de

Korrektorat: Ursula Debus, Textaction/Aschaffenburg

Layout/Produktion: Uwe Hornung, RhielTime e.K., Frankfurt am Main

Druck: 3.000 Exemplare, 1. Auflage März 2003

ISBN: 3-89280-900-3

1. Einleitung	5
1.1 Warum brauchen Kommunen eine Sportentwicklungsplanung?	5
1.2 Abschied vom »Goldenen Plan« und der reinen Sportstättenentwicklungsplanung	7
1.3 Was kommunale Sportentwicklungsplanung heute leisten sollte	8
1.4 Ziele und Struktur des Handbuchs	10
2. Überblick über bisherige Ansätze in der kommunalen Sportentwicklungsplanung	11
2.1 Richtwertbezogener Ansatz der Sportstättenentwicklungsplanung	11
2.2 Verhaltensorientierter Ansatz der Sportstättenentwicklungsplanung	12
2.3 Die Kooperative Planung	12
2.3.1 Objektbezogene Kooperative Planung	13
2.3.2 Kooperative kommunale Sportentwicklungsplanung	13
2.4 Schwerpunkte der bisherigen Ansätze	14
2.5 Vorteile und Probleme der bisherigen Ansätze	15
2.6 Der Ansatz der Integrierten Sportentwicklungsplanung (ISEP)	16
3. Bestandsaufnahme	18
3.1 Ermittlung kommunaler Eckdaten	19
3.2 Erfassung der Sportanlagen und der Sportangebotsstruktur	20
3.3 Erfassung des Sportverhaltens in der Bevölkerung	24
3.4 Erfassung weiterer sport- und sportanlagenpezifischer Planungsparameter	38
4. Bedarfsermittlung	44
4.1 Bedarfsermittlung in der richtwertbezogenen Sportstättenentwicklungsplanung	44
4.2 Bedarfsermittlung in der verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung	52
4.3 Bedarfsermittlung in der Kooperativen Sportentwicklungsplanung	70
4.4 Bedarfsermittlung in der Integrierten Sportentwicklungsplanung	74

5. Maßnahmenentwicklung	77
5.1 Maßnahmenentwicklung in der richtwertbezogenen und verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung	77
5.2 Maßnahmenentwicklung in der Kooperativen und Integrierten Sportentwicklungsplanung	79
6. Evaluation	82
6.1 Evaluation in der richtwertbezogenen und verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung	82
6.2 Evaluation in der Kooperativen und Integrierten Sportentwicklungsplanung	82
7. Qualitätsmanagement	85
7.1 Grundlagen des Qualitätsmanagements	85
7.2 Qualitätsmanagement in der richtwertbezogenen und verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung	90
7.3 Qualitätsmanagement in der Kooperativen und Integrierten Sportentwicklungsplanung	92
8. Zusammenfassung	94
Anhang:	
Zu den Autoren	96
Literatur	96
Formulare und Fragebogen	102
Kontaktadresse der Autoren	118
Links	118
Bildnachweis	119
Veröffentlichungen des Landessportbundes Hessen	120

1. Einleitung

1.1 *Warum brauchen Kommunen eine Sportentwicklungsplanung?*

- »Benötigen wir noch eine zusätzliche Sporthalle?«
- »Lohnt sich die Sanierung des Freibads?«
- »Wie lassen sich die Betriebskosten für das Hallenbad senken?«
- »Welche Flächen müssen langfristig – auch unter Berücksichtigung der demographischen Veränderungen – für die Sportbelange gesichert werden?«

Dies sind Fragen, die Verantwortliche in deutschen Kommunen gegenwärtig unmittelbar beschäftigen. Da diese Fragen jedoch ohne entsprechende Bedarfszahlen, Berechnungen und Abgleichungen kaum angemessen zu beantworten sind, geraten automatisch auch Planungsaspekte ins Blickfeld: »Sind die den Kommunen vorliegenden Daten ausreichend und verlässlich? Wie aussagekräftig sind unsere sportpolitischen Planungsinstrumentarien überhaupt in dieser Hinsicht? Sind die angewandten Methoden der Bedarfsbestimmung zeitgemäß – und vor allem: Sind sie zukunftsfähig?«

Dass »die Planungsfrage« von kommunalpolitischen Entscheidungsträgern sowie von verantwortlichen Institutionen auf Landes- und Bundesebene wieder häufiger gestellt wird, signalisiert ein zunehmendes Problembewusstsein: Die kommunale Sportentwicklung scheint zumindest teilweise »außer Kontrolle« geraten. Lange Zeit hatte man noch an der Sichtweise festgehalten, die Mehrheit der Sporttreibenden sei im Schul- und Vereinssport, in den traditionellen Sportarten wie Fußball, Turnen und Leichtathletik und in den dafür gebauten Sportstätten bestens aufgehoben. Kommunale Sportplanung könne sich also auf diese gut zu handhabenden Bereiche konzentrieren. Doch spätestens seit Ende der

80er Jahre musste diese Auffassung Schritt für Schritt revidiert werden. Mit jeder neuen kommunalen Sportverhaltensstudie wurde deutlicher, dass in der Bevölkerung vor allem Freizeitsport – und zwar vorwiegend außerhalb von Schule und Verein – betrieben wird. Die Vielzahl der Sportarten und Bewegungsformen – von klassischen Freizeitsportarten wie Schwimmen und Radfahren bis hin zu aktuellen Trends wie dem Inline-Skating – kam immer mehr zum Vorschein. Neben den Vereinen traten andere Sportanbieter und vor allem das unorganisierte Sporttreiben ins Bewusstsein; neue Zielgruppen wie z.B. die Frauen und die Älteren wurden entdeckt; Gesundheit, Wohlbefinden und Spaß beim Sporttreiben wurden wichtiger als die traditionellen Wettkampf- und Leistungsorientierungen. Räumlich betrachtet wurde zudem klar, dass ein beträchtlicher Teil der Aktiven den



Die Planungsfrage: Was soll mit dieser Sporthalle geschehen?

eigentlichen »Sportplatz« schon verlassen und je nach Sportart auf Straßen und Plätzen in der Stadt oder in der Natur einen neuen »Bewegungsraum« gefunden hatte. Diese durch Veränderungen im Bewegungs-

verhalten der Bevölkerung und die Ausdifferenzierung des Sportsystems bedingten Herausforderungen für die kommunale Planungsebene spitzen sich jetzt ausgerechnet in einer Zeit zu, in der die latente Finanzschwäche der kommunalen Haushalte in eine manifeste Unfähigkeit zur Finanzierung notwendiger Zukunftsinvestitionen zu münden droht. Wo aber sogar bei kommunalen Pflichtaufgaben gestrichen werden soll, müssen Investitionen in die Sportinfrastruktur, die in der Regel als freiwillige Leistungen der Kommunen aufgefasst werden, mit einer besonders kritischen Prüfung rechnen. Zum einen wird in diesem Kontext der Nachweis gefordert, dass solche Investitionen auf einen tatsächlichen Bedarf in der Bevölkerung ausgerichtet sind und auch zu einer nachhaltigen Verbesserung der Versorgungssituation führen. Zum anderen wird eine mögliche Entscheidung über Neuinvestitionen an die Bedingung geknüpft, dass

Warum brauchen wir Sportentwicklungsplanung?

Eine zukunftsweisende kommunale Sportentwicklungsplanung ist notwendig,

1. ...um den *Veränderungen im Bewegungsverhalten* der Bevölkerung und der Ausdifferenzierung des Sportsystems auf der kommunalen Planungsebene Rechnung zu tragen.
2. ...um eine *bedarfsgerechte Versorgung* der Bevölkerung mit Sportstätten, Bewegungsgelegenheiten und Angeboten zu garantieren.
3. ...um eine *optimale Nutzung* von vorhandenen Sportstätten und Bewegungsräumen sicherzustellen.
4. ...um *rationale Entscheidungsgrundlagen* für sportbezogene Investitionen in der Kommunalpolitik zu haben.
5. ...um *Planungssicherheit* für lokale Akteure und Institutionen wie Vereine, private Anbieter und Investoren zu schaffen.
6. ...um optimale Nutzung und *Bündelung aller Kräfte* für die Sportentwicklung zu erreichen.
7. ...um eine *abgestimmte kommunale Planungsgrundlage* für Förderprogramme des Landes zu entwickeln.

Abbildung 1: Warum brauchen wir Sportentwicklungsplanung?

zuvor eine optimale Nutzung der bereits vorhandenen Sportstätten und Bewegungsräume gewährleistet ist – d.h. potenzielle Nutzungsreserven voll ausgeschöpft werden. Vor dem Hintergrund einer dynamischen kommunalen Sportentwicklung und sehr begrenzter finanzieller Ressourcen, die den Kommu-

nen zur Verfügung stehen, um angemessen auf diese Entwicklung zu reagieren, wird es zunehmend wichtiger, rationale Entscheidungsgrundlagen für sportbezogene Investitionen zu erarbeiten. Ansonsten besteht die große Gefahr, dass die knappen Mittel nur für solche Sportinfrastrukturen eingesetzt werden, für die z.B. traditionell eine starke Lobby besteht oder die nach Auffassung einflussreicher Entscheidungsträger auf vermeintliche neue Sporttrends reagieren. Die Sportbedarfe der Mehrheit der Bevölkerung bleiben dabei unter Umständen völlig unberücksichtigt. Aber nicht nur die Akteure der Kommunalpolitik und -verwaltung brauchen in Zukunft verstärkt rationale Planungsdaten, mit denen sie ihre Entscheidungen stützen können. Auch die anderen Akteure und Institutionen im kommunalen Sport, die Sportvereine, die kommerziellen Sportanbieter, die Volkshochschulen etc., benötigen gerade angesichts der Unübersichtlichkeit der Entwicklungen eine rationale Basis für ihre eigenen Investitionsentscheidungen. Eine öffentliche Rahmenplanung mit konkreten Aussagen zu Prioritäten und Maßnahmen zur Sportentwicklung in der Kommune kann hier zur Planungssicherheit beitragen und damit zugleich mögliche Investitionen von nichtöffentlicher Seite in die kommunale Sportinfrastruktur unterstützen. Dies deutet bereits an, dass über die Sportentwicklungsplanung eine Bündelung der verschiedenen Kräfte für die Sportentwicklung erreicht werden kann. In den neueren Ansätzen, die in diesem Handbuch ausführlich dargestellt werden, ist die explizite Förderung von Kooperation und Integration sogar ein entscheidendes Kriterium für eine zeitgemäße und zukunftsfähige Sportentwicklungsplanung. Mit derartigen Abstimmungs- und Synergieprozessen reagiert Sportentwicklungsplanung nicht allein auf interne Notwendigkeiten. Gerade von externen Fördermittelgebern, vor allem natürlich in der Landesförderung von Sportinfrastrukturen, wird, über den schon angesprochenen Nachweis der Bedarfe hinaus, zunehmend auch die Abstimmung mit allen maßgeblichen Kräften auf kommunaler Ebene gefordert.

Insgesamt ergibt sich aufgrund dieser vielfältigen Herausforderungen auf unterschiedlichen Ebenen praktisch für alle Kommunen in Deutschland ein Handlungsbedarf für eine zukunftsweisende kommunale Planung im Bereich der Sportinfrastrukturen. Die Frage ist nur, mit welchem Ansatz der kommunalen Sportentwicklungsplanung die Kommunen am besten auf die verschiedenen Notwendigkeiten reagieren können.

1.2 **Abschied vom »Goldenen Plan« und der reinen Sportstättenentwicklungsplanung**

Durch die Dynamik der Sportentwicklung und die neuen Anforderungen, die sich für die kommunale Planungspraxis stellen, sind die bewährten Instrumente der Sportstättenentwicklungsplanung förmlich überrollt worden: allen voran der richtwertbezogene Ansatz des »Goldenen Plans«. Der Abschied von diesem Instrumentarium fällt vielen sportplanerisch Verantwortlichen besonders schwer, weil der Ansatz nicht nur eine lange Tradition hat – schon Carl Diem brachte ihn 1912 im Zusammenhang mit dem Reichsspielgesetz in die Diskussion –, sondern weil er quasi die Erfolgsstory bundesdeutscher Sportstättenentwicklung verkörpert. Der Nachkriegsaufbau der Sportstätteninfrastruktur in der Bundesrepublik in den 60er und 70er Jahren erfolgte bekanntlich mit Hilfe dieses Planungsinstrumentes. Gerade angesichts der aktuellen planerischen Herausforderungen mag sich zudem mancher Planungsverantwortliche nach der einfachen Handhabbarkeit der in dieser Zeit nach dem Richtwertansatz gefertigten Sportstättenleitpläne zurücksehen.

Nichtsdestoweniger war den sportpolitisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik schon in den 80er Jahren bewußt, dass ein Vorgehen nach Orientierungswerten auf Dauer weder der zunehmenden Ausdifferenzierung von Sportnachfrage, -angebot und -raum noch den Ansprüchen an eine professionelle kommunale Planungspraxis entsprechen konnte. Dementsprechend wurde Mitte der 80er Jahre eine Arbeitsgruppe beim Bundesinstitut für

Sportwissenschaft (BISp) mit der Entwicklung eines verhaltensorientierten Ansatzes für die Sportstättenentwicklungsplanung beauftragt. Dieser »neue Leitfaden« wurde Anfang der 90er Jahre als Entwurf präsentiert und nach einer weiteren Phase der praktischen Erprobung und methodischen Modifizierung im Jahr 2000 endgültig veröffentlicht.

Gleichzeitig hatte man in den 90er Jahren in den neuen Bundesländern noch einmal ein Anwendungsfeld für den richtwertbezogenen Ansatz gefunden; 1992 wurde hier der sogenannte »Goldene Plan Ost« verabschiedet. Aus heutiger Sicht muss allerdings bezweifelt werden, ob eine unterschiedliche Vorgehensweise für alte Bundesländer (verhaltensorientierter Ansatz) und neue Länder (richtwertbezogener Ansatz) überhaupt sinnvoll ist. Ergebnisse eines Pilotprojekts in Sachsen sprechen eher dafür, auch in den neuen Ländern von der Methode des Goldenen Plans Abschied zu nehmen (RÜTTEN/SCHRÖDER/ZIEMAINZ 2001; RÜTTEN 1998).

In der Empfehlung der Sportministerkonferenz zur kommunalen Sportstättenentwicklungsplanung vom Dezember 1999 (s.u.) wird jedenfalls nicht explizit zwischen alten und neuen Bundesländern unterschieden, sondern lediglich festgestellt, dass Richtwerte »als Planungsparameter für die Bedarfsermittlung dann nicht mehr geeignet (sind), wenn eine Mindestversorgung mit Sportstätten erreicht ist«. »Als neue Planungsinstrumente sollten Methoden angewandt werden, die das aktuelle und in Zukunft zu erwartende Sportverhalten der Bevölkerung vor Ort zur Grundlage der Ermittlung des Sportstättenbedarfs machen«. Wendet man eben solche Methoden auch auf die neuen Bundesländer an, so ergibt sich, anders als beim Goldenen Plan Ost, ein durchaus differenziertes Bild der Sportstättenversorgung, das eine gezieltere Investitionspolitik möglich macht.

Wie bereits angedeutet, verbindet sich historisch mit dem Instrument des Goldenen Planes ein besonderer Fokus auf Sportstätten, und hier speziell auf die sogenannten Kernsportstätten (Sporthallen, Sportplätze, Hallen- und Freibäder). Damit war praktisch auch nach

Erreichung der Grundversorgung in diesem Bereich eine weitere Orientierung der Planung auf normierte Sportanlagen vorprogrammiert. Die zunehmenden Sport- und Bewegungsaktivitäten der Bevölkerung außerhalb dieser Anlagen wurden weitgehend ausgeblendet. Mit dem neuen sportverhaltensorientierten Ansatz sollte das anders werden, wurde doch nun der Sportbedarf einer Kommune zunächst unabhängig vom Anlagenbedarf für alle Sportaktivitäten erfasst.

Allerdings ist es bei der Entwicklung des Leitfadens – trotz anfänglicher Bemühungen – letzten Endes nicht gelungen, der Berechnung des Sportanlagenbedarfs ein vergleichbares Verfahren der Berechnung des Bedarfs an Sportgelegenheiten und Bewegungsräumen an die Seite zu stellen. Insofern bleibt auch der Leitfaden eindeutig sportanlagenorientiert, d.h. es ist ein Ansatz der Sportstättenentwicklungsplanung.

Kommentar zum Leitfaden für die Sportstättenentwicklungsplanung – Anerkennender Beschluss der 23. Sportministerkonferenz vom 2./3. Dezember 1999 in Potsdam

1. Der Sicherung und Modernisierung des Bestandes an Sportstätten sowie der Anpassung der Sportstätteninfrastruktur an die sich wandelnde Nachfrage kommt für die weitere Entwicklung des Sports in der Bundesrepublik Deutschland eine hohe Bedeutung zu.
2. Einwohnerbezogene Richtwerte sind als Planungsparameter für die Bedarfsermittlung dann nicht mehr geeignet, wenn eine Mindestversorgung mit Sportstätten erreicht ist. Wo dies der Fall ist, sollten die auf den einwohnerbezogenen Richtwerten basierenden Richtlinien nicht mehr angewendet werden.
3. Als neue Planungsparameter sollten Methoden angewandt werden, die das aktuelle und in Zukunft zu erwartende Sportverhalten der Bevölkerung vor Ort zur Grundlage der Ermittlung der Sportstättenbedarfs machen und das anhaltende Wachstum der Beteiligung am Sport wie auch das sich ausdifferenzierende Sporttreiben bei der Entwicklung und Anpassung der Sportstätteninfrastruktur berücksichtigen.
4. Der vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft herausgegebene »Leitfaden für die Sportstättenentwicklungsplanung« wird als zeitgemäße, wissenschaftliche und in der Praxis abgesicherte Planungsmethode für die örtliche Sportstättenentwicklungsplanung zur Anwendung empfohlen.

Erst mit der Anwendung kooperativer Planungsansätze in der kommunalen Sportentwicklungsplanung wurde das Thema »Bewe-

gungsräume« außerhalb normierter Sportanlagen zum adäquaten Gegenstand entsprechender Planungen. Dabei konnte dann überraschend festgestellt werden, dass auf solche Bewegungsräume (Radwege, Parks, Plätze) bezogenen Maßnahmen von beteiligten Bürgern z.T. eine höhere Priorität eingeräumt wurde als Investitionen in normierten Sportanlagen. Zugleich wurde mit dem Thema »Bewegungsräume« die Anschlussfähigkeit der Sportentwicklungsplanung für die Stadtentwicklungsplanung und weitergehende intersektorale Kooperationen hergestellt. Auch in dieser Hinsicht hat die Sportministerkonferenz inzwischen reagiert und in einem Beschluss deutlich gemacht, dass sie es für erforderlich hält, »stärker als bisher neben der Errichtung von Sportanlagen Sportgelegenheiten zur vielfältigen Bewegungs- und Spielform« etc. in die Planungen zu integrieren (s.S.9). Gleichzeitig wird auf die möglichen Synergien – nicht zuletzt im Sinne eines kombinierten Mitteleinsatzes – verwiesen, die sich durch die Kooperation von Sport- und Stadtentwicklungsplanung für die Schaffung von Bewegungsräumen nutzen lassen.

1.3 Was kommunale Sportentwicklungsplanung heute leisten sollte

Der eingangs skizzierte Anforderungskatalog an eine zukunftsweisende Entwicklung kommunaler Sportinfrastrukturen impliziert ebenso wie die skizzierten aktuellen Unzulänglichkeiten richtwertbezogener »Goldener Pläne« und einer reinen Sportstättenentwicklungsplanung, dass ein angemessenes Konzept heute von einem umfassenden Begriff »kommunaler Sportentwicklungsplanung« ausgehen muss.

*Sportentwicklungsplanung im vorliegenden Sinne ist ein zielgerichtetes methodisches Vorgehen, um die infrastrukturellen Rahmenbedingungen (Raum, Angebot und Organisation) für Sport und Bewegung der Bevölkerung zu sichern.
Sie beinhaltet:*

- *Schaffung notwendiger empirischer Grundlagen (Bestands- und Bedarfsermittlung)*
- *Festlegung von Zielen, Prioritäten und Maßnahmen*
- *Abstimmung mit allen relevanten Interessengruppen*
- *Qualitätssicherung und Evaluation*

Sportentwicklungsplanung in diesem Sinne hat die Gesamtheit der (möglichen) Bewegungsräume in einer Kommune zu berücksichtigen und schließt auch Fragen der sportbezogenen Programm- und Organisationsentwicklung ein.

Sie ist zudem dezidiert empirisch ausgerichtet, d.h. bei der Bedarfsermittlung am konkreten Bestand und Zustand der Sportinfrastruktur sowie dem tatsächlichen Sportverhalten in der Bevölkerung orientiert.

Ein eindeutiges, auch von anderen Politikfeldern akzeptierbares Verfahren zur Bedarfsermittlung für die kommunale Sportinfrastruktur ist nicht nur aus planungstheoretischen Gründen empfehlenswert. Es ist vielmehr vordringlich, um die erforderlichen Flächen und finanziellen Ressourcen für die Entwicklung dieses Bereiches zukünftig sicherzustellen und allen an der Sportentwicklung interessierten Akteuren und Institutionen einen verlässlichen Planungsrahmen zu bieten. Die distributive Politik-Arena früherer Tage, in der die politische Lobby für den Sport für den notwendigen Mittelfluss sorgte, weicht zunehmend einem konkurrenzbasierten Politik-Setting. Hier sind vor allem »harte« Zahlen und Fakten gefragt, wenn es z.B. darum geht, bestimmte Investitionsentscheidungen wie den Neubau einer Sporthalle vom Bedarf her zu begründen. Das möglichst lange Festhalten an der methodisch überholten Richtwertmethode des Goldenen Plans ist in diesem Kontext eher kontraproduktiv, denn es verschlechtert die Ausgangsposition der Sportpolitik im Wettbewerb mit anderen Politikfeldern, die über zeitgemäßere Methoden der Bedarfsbestimmung verfügen. Insofern ist der Übergang zu einer verhaltensorientierten und planungsmethodisch fundierten Methode der Bedarfsermittlung, wie sie mit der Entwicklung des

Leitfadens des BISp eingeleitet wurde, grundlegend für ein leistungsfähiges Konzept der Sportentwicklungsplanung.

Allerdings sollte ein zeitgemäßes Verfahren noch mehr leisten können als die reine Bedarfsermittlung nach »objektiven Sportinfrastruktur- und Verhaltensindikatoren«. Es

Empfehlung der 24. Sportministerkonferenz zu »Sport und Stadtentwicklung« im Oktober 2000

»Die Sportministerkonferenz hält es für erforderlich, im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung noch stärker als bisher neben der Errichtung von Sportanlagen Sportgelegenheiten zur vielfältigen Bewegungs- und Spielform sowie für Freizeit und Erholung im Alltag als auch sportlich nutzbare Wegesysteme, wie z.B. Rad- und Wanderwege, in die Wohngebiete und das städtische Umfeld zu integrieren. Der kombinierte Einsatz von Mitteln der Sportförderung und der Stadtentwicklung kann zusätzliche Möglichkeiten eröffnen, neue Bewegungsräume im unmittelbaren Wohnumfeld zu schaffen.«

sollte vielmehr auch die Möglichkeit schaffen, die »subjektiven Bedarfe«, d.h. die Ideen und Wünsche zur Sportentwicklung seitens der maßgeblichen Akteure in den Kommunen, im Verfahren der Festlegung von Zielen und Prioritäten explizit zu behandeln und bei der konkreten Planung von Maßnahmen zur Sport-(stätten)entwicklung angemessen zu berücksichtigen. In diesem Sinne ist der Ansatz der Kooperativen Planung ebenfalls als eine unersetzliche Grundlage für eine leistungsfähige Sportentwicklungsplanung zu betrachten, da er zum einen eine umfassende Abstimmung aller Interessenvertreter vor Ort erlaubt – und damit u.a. eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz der Sportentwicklungsplanung vor Ort schafft –, und zum anderen explizit auf die praktische Umsetzung angelegt ist, d.h. zu konkreten Maßnahmen der weiteren Sport-(stätten)entwicklung mit festgelegten Verantwortlichkeiten für die Umsetzung sowie einem eindeutigen Zeit- und Finanzierungsrahmen führt.

Schließlich muss eine zeitgemäße Sportentwicklungsplanung nicht nur bedarfsgerecht und umsetzungsorientiert sein, sie sollte auch die Kontrolle der eigenen Wirksamkeit im Sinne der Effektivität und Effizienz der geplanten Maßnahmen zur Sportentwicklung nicht schuldig bleiben. Insofern sind nicht zuletzt

Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Evaluation für eine leistungsfähige Sportentwicklungsplanung wichtig. Wie am Ende dieses Handbuches noch näher ausgeführt wird, ist dabei perspektivisch von einer Gesamtsteuerung der Sportentwicklungsplanung nach den Kriterien des Qualitätsmanagements auszugehen.

1.4 Ziele und Struktur des Handbuches

Dieses Handbuch soll sowohl dem sport- und planungswissenschaftlich interessierten Leser als auch den Verantwortlichen in der kommunalen Praxis einen systematischen Überblick über die verschiedenen Ansätze in der kommunalen Sportentwicklungsplanung bieten. Dabei steht an dieser Stelle weniger die (sicherlich ebenfalls lohnende) theoretische Reflexion der jeweiligen Planungshintergründe im Mittelpunkt, als vielmehr die konkrete Umsetzung speziell der neueren Ansätze in der Planungspraxis.

Wir möchten damit vor allem zwei Anliegen entsprechen, die von verschiedenen Seiten an uns herangetragen wurden:

Zum einen sollen – nachfolgend den wissenschaftlichen Veröffentlichungen über unseren Ansatz in der kommunalen Sportentwicklungsplanung – nun die konkreten Vorgehensweisen im Detail dem wissenschaftlichen Diskurs zugänglich gemacht werden.

Zum anderen geht es uns darum, interessierten Gemeinden eine mögliche Anleitung an die Hand zu geben, nach welchen Gesichtspunkten und mit welchen Methoden sie möglicherweise selbstständig eine zukunftsfähige Sportentwicklungsplanung durchführen können.

In diesem Sinne werden im *Kapitel 2* zunächst die bisherigen Ansätze in der kommunalen Sportentwicklungsplanung im Überblick dargestellt und einer vergleichenden Analyse unterzogen. Auf dieser Grundlage wird unser Ansatz einer Integrierten Sportentwicklungsplanung (ISEP) entwickelt. Damit sollte – auch im Sinne der Transparenz möglicher Bewertungen, die bei der Darstellung der bisherigen

Ansätze vorgenommen werden – das spezifische Erkenntnisinteresse und die Perspektive des vorliegenden Handbuchs deutlich werden. Nichtsdestoweniger haben die Bestandsaufnahmen, die im *Kapitel 3* im Einzelnen vorgestellt werden, nicht allein im Rahmen von ISEP ihre Bedeutung, sondern sind in der einen oder anderen Form auch für alle bisherigen Verfahren der kommunalen Sportentwicklungsplanung konstitutiv.

Bei der zentralen Frage nach dem Verfahren der Bedarfsermittlung in *Kapitel 4* werden dann explizit die einzelnen Ansätze (richtwertbezogen – verhaltensorientiert – kooperativ – integriert) nacheinander vorgestellt und exemplarisch durchgeführt.

In *Kapitel 5 und 6* geht es um Maßnahmenentwicklung und Evaluation. Entsprechend der sehr unterschiedlichen Gewichtung dieser Bereiche in den verschiedenen Ansätzen folgt die Darstellung hier jeweils einer Zweiteilung: Zum einen werden die (wenigen) Aussagen, die sich bei der richtwertbezogenen und verhaltensorientierten Methodik hierzu finden lassen, gebündelt; zum anderen werden die weit ausführlicheren Vorgehensweisen der Kooperativen und Integrierten Planung in dieser Hinsicht zusammengefasst.

In *Kapitel 7* wird dargestellt, wie sich die kommunale Sportentwicklungsplanung zukünftig nach den Kriterien des Qualitätsmanagements weiterentwickeln könnte.

Das *Kapitel 8* fasst die Ergebnisse zusammen und wagt eine Einschätzung zur derzeitigen Situation.

2. Überblick über bisherige Ansätze in der kommunalen Sportentwicklungsplanung

Im folgenden Überblick über Ziele, Aufgaben und Vorgehensweise der bisher verwendeten Ansätze in der Sportentwicklungsplanung soll insbesondere auf die Anwendungsbereiche sowie Vorteile und Probleme der einzelnen Ansätze hingewiesen werden.

2.1 Richtwertbezogener Ansatz der Sportstättenentwicklungsplanung

In den 60er Jahren hat sich das Instrument des »Goldenen Plans für Gesundheit, Spiel und Erholung« als grundlegende Hilfe in der Entwicklung des Kernbestandes der Sportstätteninfrastruktur in der Bundesrepublik erwiesen. Aus diesen positiven Erfahrungen heraus wurde im Jahr 1992 in Zusammenarbeit mit Bund, Ländern, Kommunen und Vertretern der Sportselbstverwaltung der »Goldene Plan Ost« (GPO) konzipiert und vorgelegt. Die im Goldenen Plan vorgegebenen Orientierungswerte sind in Abhängigkeit von Siedlungsstruktur und Einwohnerzahl festgelegt worden. Sie lehnen sich an die Richtwerte der Deutschen Olympischen Gesellschaft (DOG) aus dem Jahre 1956 an. Diese Richtwerte, die den Bedarf an Sportfläche in qm pro Einwohner kennzeichnen, können einem Bemessungsdiagramm aus dem Goldenen Plan entnommen werden (vgl. Kap. 4). Der Gesamtbedarf an Sportfläche wird gesondert für folgende Arten an Sportanlagen berechnet: Sportplätze, Sporthallen, Bäder (Hallen- und Freibäder), spezielle Anlagen für einzelne Sportarten. Weiterhin wird der Sportanlagenbedarf für den Schulsport erfasst. Der ermittelte Bedarf durch den Einsatz des Goldenen Plans soll vor Ort nicht zuletzt dazu dienen, die notwendigen Grundstücksflächen in einer Kommune längerfristig zu sichern.

Vorgehensweise

Bei der richtwertbezogenen Planung nach dem Goldenen Plan werden in einem ersten Schritt die Grundlagen zur Bedarfsermittlung zusammengestellt, d.h. Daten zu Einwohnern, Schulen, Sportvereinen, Sportanbietern und Tourismus erfasst (siehe Abb. 2; Beschreibung im Detail vgl. Kapitel 4; DOG 1962; DSB 1992). Weiterhin werden die Sportanlagen in ihrer Größe und ihrem Zustand erhoben. Daraufhin können nach den DOG-Richtwerten die Bedarfszahlen für eine Kommune ermittelt werden (zur Vorgehensweise der Bedarfsermittlung im Detail vgl. Kap. 4). Bei der anschließenden Bilanzierung des Bestandes mit dem Bedarf werden dann mögliche Fehlbestände bzw. Überschüsse an Sportanlagen festgestellt. Auf dieser Grundlage soll eine Kommune Maßnahmenkonzepte zu Sanierung, Umbau, Neubau oder ggf. auch zum Abbau von Sportanlagen entwickeln.

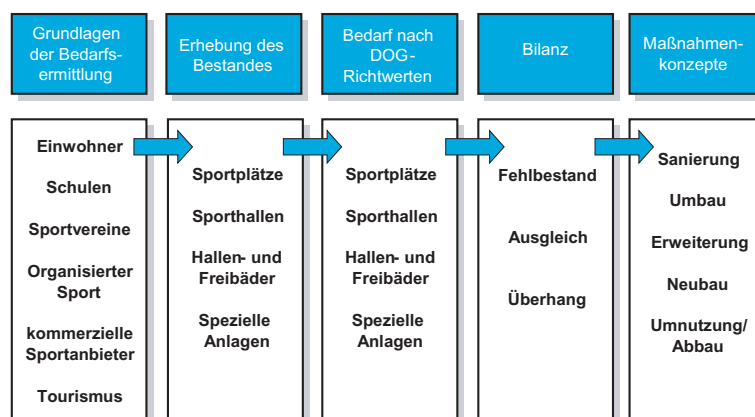


Abbildung 2: Ablauf der Sportstättenentwicklungsplanung nach dem Goldenen Plan Ost (DSB 1992)

2.2 Verhaltensorientierter Ansatz der Sportstättenentwicklungsplanung

Das primäre Ziel der verhaltensorientierten Sportentwicklungsplanung ist die Ermittlung des gegenwärtigen und die Prognose des zukünftigen Sportanlagenbedarfs, wobei dieser über die Bestimmung des Sportbedarfs, d.h. den Umfang des Sporttreibens, und über die Bestimmung des Sportanlagenbedarfs, d.h. die Anzahl und Größe der für den Sportbedarf erforderlichen Sportanlagen, ermittelt wird.

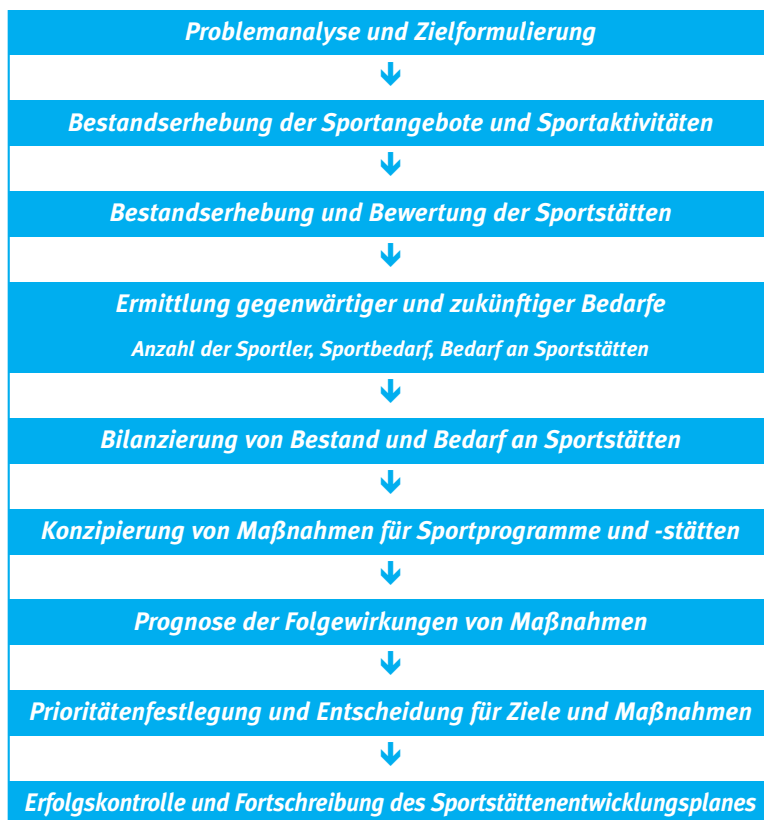


Abbildung 3: Ablauf der verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung nach dem Leitfaden des Bundesinstituts für Sportwissenschaft (BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000)

Vorgehensweise

Die verhaltensorientierte Sportstättenentwicklungsplanung sieht in ihrem Ablauf neun Planungsschritte vor (vgl. BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000). Der Unterschied zur Planung nach dem Goldenen Plan liegt vor allem im Planungsschritt 4 – der Bedarfsermittlung. Der Bedarf an Sportstätten wird an dieser Stelle nicht nach Richtwerten,

also qm Sportfläche pro Einwohner, sondern nach erhobenen Verhaltensparametern der Bevölkerung berechnet.

Die Problemanalyse und Zielformulierung einer jeden Kommune steht am Anfang der verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung (s. Abb. 3).

Es wird die Frage formuliert: *welche Sportstätten, in welcher Anzahl, mit welcher Ausstattung, in welcher baulichen und sportspezifischen Art und Weise, an welchen Standorten aktuell und in Zukunft für die Bevölkerung vorzuhalten bzw. zu planen sind.* Um diese Frage beantworten zu können, wird in einem zweiten Schritt das derzeitige *Sportgeschehen der Bevölkerung erhoben*. Weiterhin wird der Bestand der Sportstätten erfasst und bewertet. Diese Daten sind die Voraussetzung zur Berechnung und Ermittlung des aktuellen und zukünftigen Sportbedarfs und des Sportanlagenbedarfs. Durch einen Vergleich des Bestandes und des ermittelten Bedarfes wird eine *Bilanzierung* durchgeführt. Damit wird die Grundlage geschaffen, Defizite und Überangebote von Sportstätten in einer Gemeinde festzustellen. In der Gemeinde kann damit eine *Konzipierung* von Maßnahmen zur Beseitigung des Fehlbestandes oder Überangebotes in Angriff genommen werden. Bei der Erstellung der Konzepte sollte eine *Prognose* der Folgewirkungen beachtet werden. In einem weiteren Schritt muss die Gemeinde *Entscheidungen über Ziele und Maßnahmen* treffen. Der optimale Abschluss der verhaltensorientierten Sportentwicklungsplanung wird in der Erfolgskontrolle und der Fortschreibung des Sportstättenentwicklungsplanes gesehen.

2.3 Die Kooperative Planung

Anfang der 90er Jahre ist die Kooperative Planung erstmals systematisch in Deutschland zur Sportstättenentwicklung eingesetzt worden. Dabei wurde sowohl auf internationale sportsoziologische Ansätze als auch auf kooperative Planungserfahrungen in anderen Bereichen zurückgegriffen. Inzwischen haben sich die Anwendungsfelder der Kooperativen

Planung im Sport bereits ausdifferenziert. Insbesondere die Kooperative Objektplanung einzelner Sportstätten und die sportstättenübergreifende kommunale Sportentwicklungsplanung nach kooperativem Verfahren sind in diesem Zusammenhang zu unterscheiden.

2.3.1 Objektbezogene Kooperative Planung

Mit dem Modellprojekt »Familienfreundlicher Sportplatz« wurde ein erster Ansatz für die Kooperative Planung von Sportstätten entwickelt (WIELAND et al. 1993; RÜTTEN 2001; WETTERICH et al. 2002).

Wie Abbildung 4 zu entnehmen ist, sieht der kooperative Ansatz bei der Objektplanung in der ersten Phase vier Sitzungen vor, in denen über die Schritte, Projektvorstellung und Ideensammlung, gemeinsame Bedarfsanalyse,

Bedarfskonkretisierung, Bedarfshierarchisierung, Entwicklung verschiedener Raumplänenentwürfe und Abstimmung mit der zentralen Planungsgruppe schließlich ein gemeinsamer Raumplan erstellt wird. Dieser wird in der zweiten Planungsphase in zwei weiteren Sitzungen mit spezifischer sportwissenschaftlicher sowie landschafts- und sportarchitektonischer Beratung so modifiziert, dass am Ende ein Gesamtgestaltungsplan verabschiedet werden kann. An die eigentlichen Planungsphasen schließen sich als weitere Projektphasen die Umsetzung in den Modellvereinen (Phase 3) und die Evaluation des Gesamtprojekts (Phase 4) an.

2.3.2 Kooperative kommunale Sportentwicklungsplanung

Mit der Übertragung des Kooperativen Ansatzes aus der Objektplanung auf die Sportentwicklungsplanung einer Kommune ist eine deutliche Komplexitätssteigerung verbunden. Nichtdestoweniger ist auch hier die Organisation eines offenen und demokratischen Planungs- und Entscheidungsprozesses eine für den Erfolg des Planungsgeschehens entscheidende Voraussetzung. Ziel ist es, Ideen und Maßnahmen zur Sportentwicklung hervorzuheben, die von allen am Planungsprozess Beteiligten mitgetragen werden können. Zu den Grundprinzipien der Kooperativen Planung zählen die Gleichberechtigung aller Teilnehmer sowie ein konstruktives und faires Klima innerhalb der Planungsgruppe. Konflikte und unterschiedliche Ansichten werden dabei nicht unterdrückt, sondern gemeinsam besprochen und gelöst.

Bei der Zusammensetzung einer kooperativen Planungsgruppe geht es vor allem darum, die unterschiedlichen Perspektiven von betroffenen Bürgern, Entscheidungsträgern und Experten zu integrieren.

Mit den ausgewählten Teilnehmern der kooperativen Planungsgruppe werden im Vorfeld des Planungsprozesses Projektziel, Projektinhalte und Kooperative Methode erörtert.

Der Planungsprozess selbst beginnt mit einem

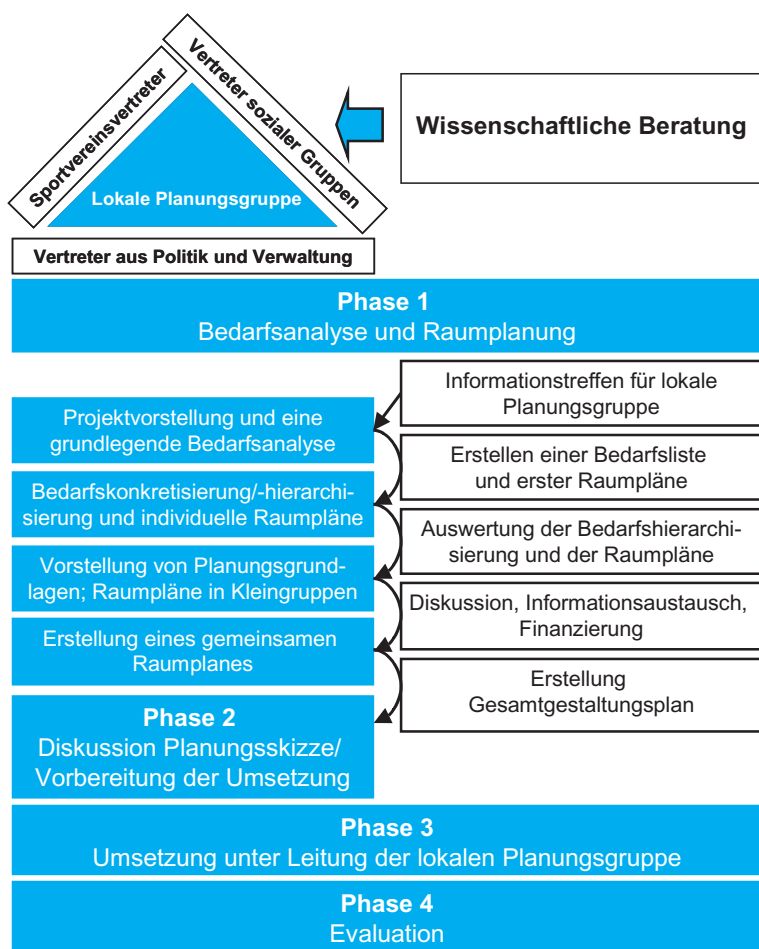


Abbildung 4: Der kooperative Planungsprozess (nach WETTERICH/KLOPFER 1995)

sehr offenen Brainstorming. Gefragt sind alle erdenklichen – auch ungewöhnlichen – Ideen

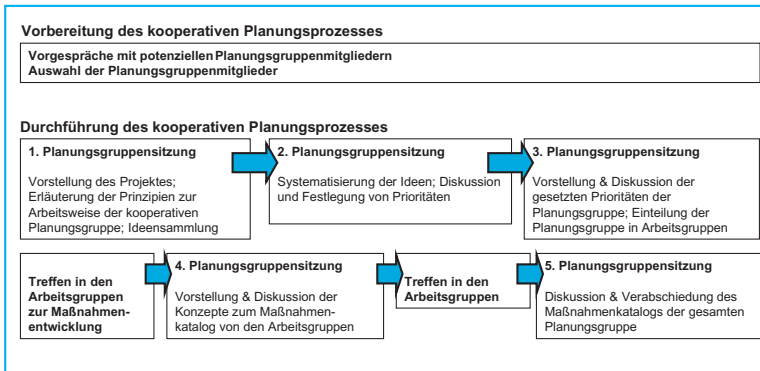


Abbildung 5: Ablauf der Kooperativen Kommunalen Sportentwicklungsplanung

und Gedankenspiele hinsichtlich des Wünschbaren und des Möglichen für die Sportentwicklung in einer Gemeinde (vgl. Abb. 5).

Dieses Brainstorming ist die wesentliche Arbeitsbasis für die weitere Strukturierung, Prioritätensetzung und Konkretisierung von Ideen und Maßnahmen.

Schließlich wird nach ca. fünf bis sechs Sitzungen der Planungsgruppe und dem zusätzlichen zwischenzeitlichen Treffen von thematischen Arbeitsgruppen ein konkreter Maßnahmenkatalog mit präzisen Angaben von Verantwortlichkeiten und Zeiträumen für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen vorgelegt.

2.4 Schwerpunkte der bisherigen Ansätze

In Abbildung 6 werden die Kennzeichen der bisherigen Ansätze noch einmal im Überblick

dargestellt. Bei dem richtwertbezogenen Ansatz steht die Bedarfsermittlung über den Vergleich von Bestand und vorgegebenen Richtwerten nach qm Sportfläche pro Einwohner in einer Gemeinde im Mittelpunkt. Dies wird nur auf die Kernsportstätten angewendet.

Der verhaltensorientierte Ansatz des Bundesinstituts für Sportwissenschaft dagegen orientiert sich am tatsächlichen Sportverhalten der Bevölkerung in einer Gemeinde, beschränkt sich aber ebenso auf die Sportstätten insgesamt (Kernsportstätten und Sondersportanlagen bzw. spezielle Sportanlagen).

Die Kooperative Planung ist darauf ausgerichtet, das Sport- und Bewegungsverhalten aller Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen. Um das zu erreichen, liegt beim Ansatz der Kooperativen Planung der Schwerpunkt auf dem gemeinsamen Planungsprozess mit verschiedenen Interessengruppen. In der Bedarfsermittlung wird dabei sowohl auf Bewegungsräume und Sportangebote als auch auf Sportstätten eingegangen.

Wie in Abbildung 7 zu erkennen ist, verfolgen die verschiedenen Ansätze auch unterschiedliche Planungsschwerpunkte. Bei der richtwertbezogenen Methode liegen die Schwerpunkte hauptsächlich in der Bestandserhebung und der mittels der Orientierungswerte einfach durchzuführenden Bedarfsermittlung. Im Leitfaden des BISp steht insbesondere die sehr komplexe Bedarfsberechnung im Vordergrund. In der Kooperativen Planung wird die Priorität auf die Planung und Umsetzung von Maßnahmen gelegt. Während im Goldenen Plan Evaluation und Qualitätssicherung nicht

Ansatz	Kennzeichen
Richtwertbezogene Sportstättenentwicklungsplanung (»Goldener Plan«)	Orientierung am Sportstättenbestand Bedarfsermittlung über den Vergleich von Bestand und vorgegebenen Richtwerten nach qm Sportfläche pro Einwohner
Verhaltensorientierte Sportstättenentwicklungsplanung (Leitfaden des Bundesinstituts für Sportwissenschaft)	Orientierung am Sportverhalten der Bevölkerung Bedarfsermittlung über Berechnung des Sport- und Sportstättenbedarf
Kooperative Planung	Orientierung an Sport- und Bewegungs-vorstellungen aller Bevölkerungsgruppen Bedarfsermittlung über gemeinsamen Planungsprozess von Bürgern, Entscheidungsträgern und Experten

Abbildung 6: Kennzeichen der bisherigen Ansätze in der Sportentwicklungsplanung

berücksichtigt werden, sind sowohl im Leitfaden als auch bei der Kooperativen Planung Aspekte aus diesen Bereichen vorgesehen.

2.5 Vorteile und Probleme der bisherigen Ansätze

Aus der vergleichenden Analyse der bisherigen Ansätze der kommunalen Sportentwicklungsplanung ergeben sich spezifische Vorteile und Probleme der unterschiedlichen Vorgehensweisen (vgl. Abb. 8).

Der Goldene Plan ist im Besonderen dadurch gekennzeichnet, dass er sich primär an der Einwohnerzahl und dem Bestand an Sportstätten in einer Kommune orientiert. Dabei werden bei der Bilanzierung Richtwerte für

Ansatz	Vorteile	Probleme
Richtwertbezogene Sportstättenentwicklungsplanung	bewährt in der BRD zur Grundversorgung mit Sportstätten; einfach in der Handhabung	auf Sportstätten ausgerichtet nicht sportverhaltensbasiert
Verhaltensorientierte Sportstättenentwicklungsplanung	sportverhaltensbasiert systematische Methodik	auf Sportsektor/Sportstätten ausgerichtet komplex in der technischen Handhabung
Kooperative Planung	intersektoraler Ansatz »sozial verträglich« und umsetzungsorientiert	von den Teilnehmern abhängig komplex in der organisatorischen Handhabung

Abbildung 8: Vorteile und Probleme der bisherigen Ansätze

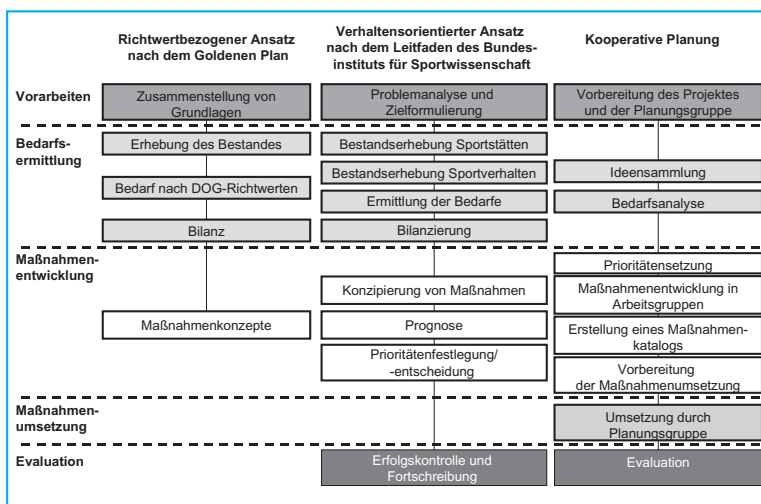


Abbildung 7: Planungsschwerpunkte der verschiedenen Ansätze

Sportanlagenflächen pro Einwohner dem Bestand gegenübergestellt. Das tatsächliche Sportverhalten wird nicht berücksichtigt. Diese Art der Planung ist leicht handhabbar und hat sich als »Angebotsplanung« der 60er Jahre in der Praxis bewährt. Eine Evaluation dieses Planungsverfahrens hat allerdings nicht stattgefunden, so dass keine exakten Aussagen zur tatsächlichen Effektivität und Effizienz des Ansatzes gemacht werden können.

Der verhaltensorientierte Ansatz der Sportentwicklungsplanung orientiert sich am realen Sportverhalten der Bevölkerung in einer Kom-

mune, ist also nachfrageorientiert, und soll darüber zu einer bedarfsgerechten Planung an Sportanlagen führen. Dieser Bedarf wird über eine Berechnung des Sport- und Sportanlagenbedarfs vollzogen. Dabei werden sowohl gegenwärtige als auch zukünftige Bedarfe ermittelt. Die Berücksichtigung von zukünftigen Bedarfen ist ein Vorteil des Ansatzes im Vergleich zu den anderen Verfahren. Die komplexe Berechnung der Bedarfe lässt eine systematische Vorgehensweise mit einem bestimmten Planungsverständnis erkennen, ist allerdings gleichzeitig anspruchsvoll und aufwändig in der praktischen Handhabung. Wie der Ansatz des Goldenen Plans fokussiert sich der verhaltensorientierte Ansatz primär auf Sportanlagen und blendet Bewegungsräume oder eine Methodik der Bedarfsermittlung zu Sportangeboten und anderen relevanten Aspekten der Sportentwicklung weitgehend aus.

Die Kooperative Planung hingegen orientiert sich gerade an dieser Breite der Sport- und Bewegungsvorstellungen aller Bevölkerungsgruppen in einer Gemeinde und bezieht alle Interessengruppen in einen gemeinsamen Planungsprozess ein. Dieser intersektorale Ansatz ist sowohl sozialverträglich als auch umsetzungsorientiert, da sich nach der Phase der gemeinsamen Planung eine Phase der gemeinsamen Umsetzung anschließt. Gleichzeitig ist dieser Prozess der Kooperati-

ven Planung allerdings stark von den teilnehmenden Interessengruppen der kooperativen Planungsgruppe abhängig. Je nach Größe der Planungsgruppe gestaltet sich zudem die organisatorische Betreuung einer solchen Gruppe sehr komplex und aufwändig.

2.6 Der Ansatz der Integrierten Sportentwicklungsplanung (ISEP)

Wie bereits einleitend angedeutet, werden heute an zukunftsfähige Planungsansätze zur Sport(stätten)entwicklung weitreichende Anforderungen gestellt. Auf der einen Seite sollen sie eine nachhaltige, auf (sozial-)ökologischen Ansätzen basierende Entwicklung

stimmten Konzepten und Maßnahmen führen (vgl. Abb. 9). Auf der anderen Seite sollen sie im Sinne professioneller Fachplanungen »objektive Bedarfszahlen« liefern und nicht zuletzt in der Planungspraxis gut anwendbar sein.

Trotz der prinzipiellen Vorteile der Kooperativen Planung im Hinblick auf die »interaktive Kompetenz« eines zukunftsfähigen Planungsansatzes sollten also im Sinne der zuletzt angesprochenen »technologischen Kompetenz« die besondere Pragmatik, die den Goldenen Plan auszeichnete (z.B. Verständlichkeit, einfache Handhabbarkeit und flexible Umsetzbarkeit) sowie insbesondere die Systematik und Methodik der verhaltensorientierten Sportentwicklungsplanung (z.B. hinsichtlich der

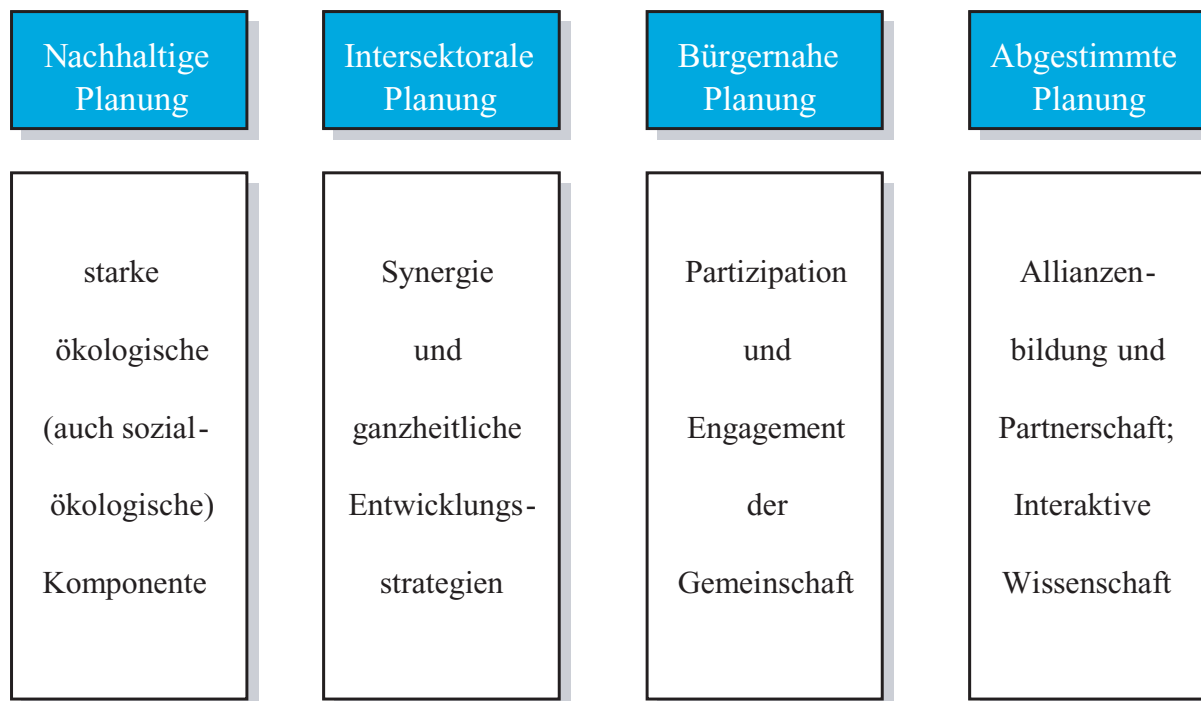


Abbildung 9: Anforderungen an einen zukunftsfähigen Planungsansatz (RÜTTEN 1998)

ermöglichen, intersektoral wirken, d.h. durch ganzheitliche Strategien auf die Synergien unterschiedlicher Bereiche ausgerichtet sein, im Sinne von bürgernahe Planung die Partizipation und das Engagement der lokalen Gemeinschaft fördern und über eine partnerschaftliche Interaktion zwischen Bürgern/Öffentlichkeit, Entscheidungsträgern und Wissenschaft/Planungsexperten zu abge-

Bedarfsermittlung) nicht vernachlässigt werden. Deshalb liegt es nahe, nach einem integrierten Ansatz zu suchen, der die Vorteile der verschiedenen Verfahren bündelt und ihre Nachteile möglichst vermeidet.

Die Integration der verschiedenen Planungsansätze kann von unterschiedlichen Perspektiven ausgehen. Auf der einen Seite können Formen des Bürgerengagements in die her-

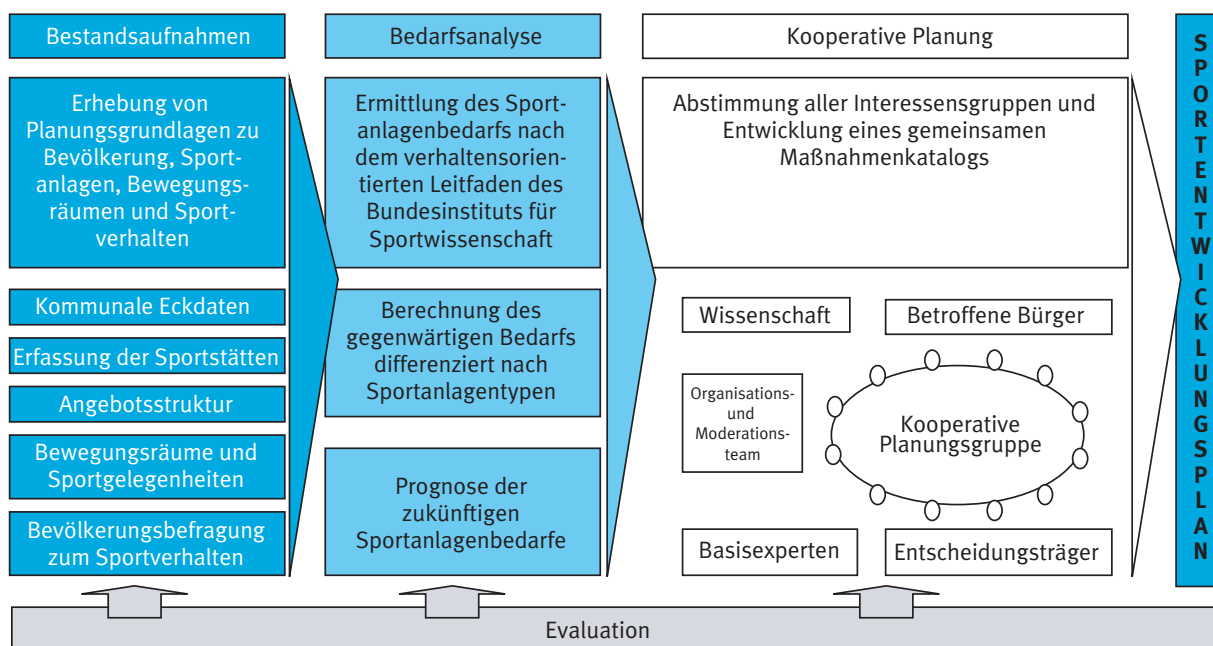


Abbildung 10: Vorgehensweise der Integrierten Sportentwicklungsplanung

kömmlichen technologischen Verfahren eingebaut werden. Allerdings besteht in diesem Kontext die Gefahr, dass die Bürgerbeteiligung – wie z.B. in der gegenwärtigen Stadtplanungspraxis bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen üblich – der professionellen Planung »nachgeordnet« ist und die Ergebnisse der Planungsprozesse so unter Umständen weder die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen angemessen widerspiegeln noch von den Bürgern wirklich akzeptiert werden.

Auf der anderen Seite können systematische Bestandsaufnahmen und Berechnungen zu Sportstättenstruktur und -bedarf nach den DOG-Richtlinien und dem neuen Leitfaden zur Sportentwicklungsplanung in einen kooperativen Planungsprozess eingebracht und z.B. als Hintergrundinformationen bei der Prioritätensetzung und Festlegung konkreter Maßnahmen durch die Planungsgruppe genutzt werden. Unser Ansatz der Integrierten Sportentwicklungsplanung (ISEP) sieht insgesamt fünf Module vor, die in Abbildung 10 im Überblick dargestellt sind.

Im Zentrum steht die *Kooperative Planung* durch Bürger und Vereine, unterschiedliche politische Entscheidungsträger, Wissenschaft-

ler und Basisexperten. Dieser Prozess der Kooperativen Planung wird durch ein Organisations- und Moderationsteam moderiert und begleitet. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen *Bestandsaufnahmen* sowie der *Bedarfsanalyse* nach dem Leitfaden des Bundesinstitutes für Sportwissenschaft zu Beginn von ISEP werden von der kooperativen Planungsgruppe systematisch genutzt, um ihre spezifischen Ideen und Ziele abzugleichen, Prioritäten für die Entwicklung zu setzen und konkrete Maßnahmen festzulegen. Die *Evaluation* soll als eine grundlegende Aufgabe den gemeinsamen Planungsprozess durch unterschiedliche Rückmeldungen an die kooperative Planungsgruppe optimieren sowie eine systematische Ergebniskontrolle ermöglichen. Die Arbeitsergebnisse des gesamten Prozesses werden in einem *Sportentwicklungsplan* festgehalten.

3. Bestandsaufnahme

Wozu werden Bestandsaufnahmen benötigt?

Im Bereich der Sportentwicklungsplanung wird der möglichst effektive und effiziente Einsatz der vorhandenen Ressourcen immer wichtiger. Die Kommunen müssen aufgrund der Haushaltsrestriktionen ressourcensparende Möglichkeiten finden, um der Bevölkerung noch optimale Bedingungen zum Sporttreiben bieten zu können. Erst abgesicherte empirische Bestandsaufnahmen und eine darauf aufbauende methodisch fundierte Bedarfsanalyse bilden eine solide Grundlage für eine bürger-nahe und nachhaltige Sportentwicklung einer jeder Kommune. Das impliziert, dass zunächst die spezifischen Charakteristika des Sportgeschehens erhoben werden müssen, bevor eine adäquate Bedarfsermittlung erfolgen kann. Bestandsaufnahme bedeutet also nichts anderes, als alle notwendigen Daten zu ermitteln, die für eine Planung der Sport- und Bewegungsmöglichkeiten einer Kommune notwendig sind.

Welche Bestandsaufnahmen werden gebraucht?

In Abbildung 11 sind die jeweiligen Bestandsaufnahmen aufgeführt, die für die verschiedenen Verfahrensweisen der Bedarfsermittlung benötigt werden. Grau markierte Module können optional durchgeführt werden und dienen der genaueren Ermittlung für spezifische Problemfelder.

Die Ermittlung von *kommunalen Eckdaten* spielt sowohl bei den richtwertbezogenen und verhaltensorientierten Ansätzen als auch bei der Integrierten Planung eine Rolle. Hierbei handelt es sich um die Erhebung der gegenwärtigen und zukünftigen Einwohnerzahlen nach Geschlecht und Alter zu einem festgelegten Stichtag. Weiterhin müssen Daten zu den Schulen der Kommune wie Standort, Anzahl der Klassen und zukünftige Schul- und

Klassenentwicklung ermittelt werden. Je nach Datenlage sind zudem touristische Daten und kommunale Planungsvorhaben der nächsten Jahre zu erfassen. Insgesamt bilden die ermit-

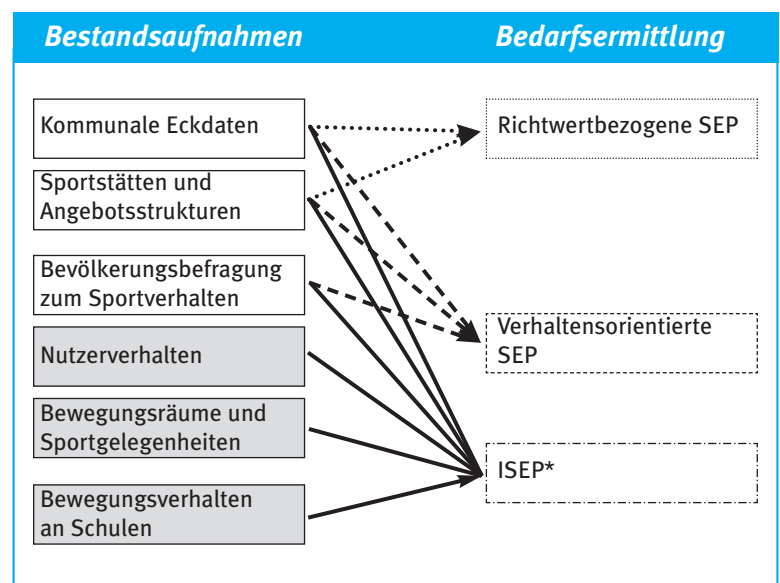


Abbildung 11: Bestandsaufnahmen (nach SCHRÖDER/ZIEMAINZ 2002, 78)

* Der Ansatz der Kooperativen Planung ist zwar nicht unbedingt an objektive Bestandsaufnahmen gebunden, wird jedoch bei ISEP nur auf der Grundlage entsprechender Erhebungen durchgeführt.

telten kommunalen Eckdaten als allgemeine Planungsparameter die Basis für die verschiedenen Verfahren der Bedarfsermittlung. Eine weitere Grundlage bildet die Ermittlung der *Sportstätten* und der *Sportangebotsstruktur*. Dabei ist an die Erhebung der Sportvereine mit ihren Mitgliedern, Sparten und Angeboten zu denken, ebenso an die Angebote der kommerziellen Sportanbieter, der gemeinnützigen und kommunalen Einrichtungen als auch die der Kirchen und anderen Anbieter von Sport und Bewegung in der Kommune. Zugleich müssen alle Sportanlagen nach Art, Größe, Nutzung und Nutzungsbewertungsstufe erhoben werden. Dies ist notwendig, um nach der erfolgten Bedarfsermittlung eine Bilanz ziehen zu können, d.h. den ermittelten Bedarf an Sportanlagen mit dem Bestand zu vergleichen.

Das Modul der *Bevölkerungsbefragung zum Sportverhalten* ist eine Grundvoraussetzung für die Bedarfsermittlung nach der verhaltensorientierten Methode. Hier werden aktuell betriebene sportliche Aktivitäten nach Intensität, Dauer, Häufigkeit und Ort der Ausübung repräsentativ erhoben. Für die Bedarfsermittlung nach dem Goldenen Plan ist diese Untersuchung nicht notwendig. Auch im Rahmen der Kooperativen Planung ist eine solche Untersuchung nicht konstitutiv, kann jedoch gerade als Diskussionsgrundlage am Anfang der Planungsprozesses sehr hilfreich sein (vgl. Kap. 4.4).

Weitere Module im Rahmen der Bestandsaufnahmen sind *optional*, d.h. sie sind nicht unbedingte Grundvoraussetzung für die Bedarfsermittlung, können aber unter spezifischen Fragestellungen einer Kommune zu einem wichtigen Bestandteil der Bestandsaufnahme werden. Benötigt die Kommune z.B. spezifische Aussagen zum Bedarf von Sportanlagen im Schulsportbereich, so ist es vorteilhaft, eine exaktere *Bestandsaufnahme in den Schulen der Kommune* durchzuführen. Das können unter anderem Befragungen der Schüler und Lehrer, sportmotorische Tests zur Feststellung des (koordinativen und konditionellen) Fitness-Zustandes der Schüler und Erhebungen mittels Bewegungstagebüchern sein.

Obwohl von keinem Ansatz explizit gefordert, ist eine Überprüfung der realen Belegung von Sporthallen und Sportplätzen für die Sportentwicklungsplanung insgesamt empfehlenswert. Gerade für die Bedarfsermittlung nach der verhaltensorientierten Methode ist es im Hinblick auf den Planungsparameter »Auslastungsfaktor« unter Umständen wichtig, eine solche Belegungsüberprüfung durchzuführen. Damit kann eine *Ermittlung des Nutzerverhaltens* in Sportanlagen verbunden werden. Eine solche Untersuchung wird z.B. das Ziel verfolgen, die Wünsche, Bedürfnisse und Wahrnehmungen der Nutzer von Sportanlagen aufzunehmen, um sie dann in der weiteren Planung berücksichtigen zu können.

Wie einleitend angesprochen, werden durch das veränderte Sportverhalten der Bevölke-

rung zunehmend – neben Sportstätten im engeren Sinne – auch *Sportgelegenheiten und Bewegungsräume* in einer kommunalen Sportentwicklungsplanung zu berücksichtigen sein. Der Goldene Plan gibt Orientierungswerte für Sportgelegenheiten im unmittelbaren Wohnbereich an. In der verhaltensorientierten Planung nach dem Leitfaden des Bundesinstitutes für Sportwissenschaft werden Sportgelegenheiten insofern in der Bedarfsermittlung berücksichtigt, als sie bei einzelnen Sportarten Teile des räumlichen Bedarfs abdecken. Sie werden jedoch nicht nach Art, Größe und baulicher Ausgestaltung im Einzelnen behandelt. Für die Kooperative und Integrierte Planung ist die Beschäftigung mit »Bewegungsräumen« dagegen konstitutiv, d.h. entsprechende Bestandsaufnahmen sind hier besonders relevant. Im Folgenden werden die einzelnen Formen der Bestandsaufnahme konkret erläutert.

3.1 Ermittlung kommunaler Eckdaten

Bestimmte kommunale Eckdaten sind für die kommunale Sportentwicklungsplanung unentbehrlich. So ist die Erhebung der aktuellen Einwohnerzahlen für den Ansatz des Goldenen Plans eine entscheidende Grundlage. Dabei wird bei diesem Ansatz allerdings noch nicht nach Alter und Geschlecht unterschieden. Die Prognose der Bevölkerungszahlen ist für die richtwertbezogene Methode nach dem Goldenen Plan nicht notwendig.

Bei der Nutzung der verhaltensorientierten Methode nach dem Leitfaden des Bundesinstitutes für Sportwissenschaft ist dagegen eine Aufstellung der gegenwärtigen und zukünftigen Einwohnerstruktur nach Alter und Geschlecht eine notwendige Grundlage für die anschließende Bedarfsermittlung, um eben auch zukünftige Bedarfe berechnen zu können. Auch für die Kooperative und Integrierte Planung sind Daten zur Bevölkerungsstruktur und -entwicklung eine wichtige Informationsquelle. Damit können qualitativ Entwicklungen und Trends nachvollzogen werden und in die Überlegungen zur Maßnahmenentwicklung einfließen.

Im folgenden werden einige Vorschläge zur Ermittlung und Aufbereitung kommunaler Eckdaten gemacht. So sollte bei der Erfassung der Einwohnerzahlen zunächst ein Stichtag (z.B. 01.01.2003) festgelegt und zu diesem Datum die Einwohnerzahlen insgesamt sowie differenziert nach Geschlecht und Altersgruppen erfasst werden (vgl. Bsp. 1 und Formular »Erfassung der Einwohnerdaten« im ANHANG). Diese Daten liegen in der Regel im Einwohnermeldeamt der Kommune vor. Mit der aktuellen Einwohnerzahl sollten zugleich auch die prognostizierten Bevölkerungsdaten (Prognose-Zeitraum = 15 Jahre) erfasst werden. Liegen entsprechende Daten nicht in der Kommune selbst vor, können sie unter Umständen vom jeweiligen Statistischen Landesamt angefordert werden.

Beispiel 1: Bevölkerungsentwicklung der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

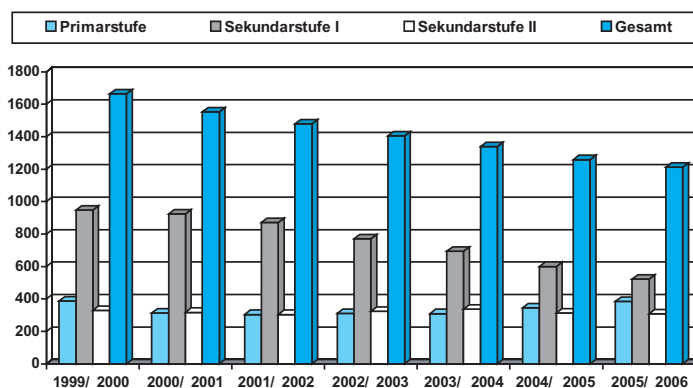
	1999		2005		2012	
	gesamt	ab 14 Jahre	gesamt	ab 14 Jahre	gesamt	ab 14 Jahre
Bernsdorf	2.629	2.334	2.498	2.217	2.366	2.100
Lichtenstein	14.279	12.674	13.565	12.040	12.851	11.406
St. Egidien	3.942	3.473	3.745	3.299	3.548	3.125
Verwaltungsgemeinschaft	20.850	18.481	19.808	17.556	18.765	16.631

Die Erhebung der Daten der Schulen hängt vom jeweils vorherrschenden Schulsystem ab. Diese Daten sind notwendig für die Bedarfsermittlung nach der richtwertbezogenen Methode, der verhaltensorientierten Methode und der Integrierten Sportentwicklungsplanung (ISEP). Eine zusätzliche Ermittlung der zukünftigen Anzahl der Schulsportstunden (Prognose) muss geleistet werden, wenn die Bedarfsermittlung nach dem Leitfadens des Bundesinstitutes für Sportwissenschaft durchgeführt wird (verhaltensorientierter Ansatz, ISEP).

Nach dem festgelegten Stichtag (s.o.) werden die aktuellen Klassenzahlen erhoben (vgl. Bsp. 2 und Formular »Erfassung der Schuldaten« im ANHANG). Diese Zahlen liegen in der Regel entweder in den Schulen selbst, beim Schulamt der Kommune oder beim Schulamt des Kreises vor. Die Prognose der Anzahl der

Schulkinder kann über die jeweiligen Regionalschulämter bzw. andere verantwortliche staatliche Institutionen ermittelt werden. Dabei ist eine Differenzierung der Schulbereiche zu beachten.

Beispiel 2: Entwicklung der Schülerzahlen in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein



Für jede Schule sollte zudem die spezifische Situation der Schulsportanlagen ermittelt werden. Diese spezifische Betrachtungsweise ermöglicht am Ende der Maßnahmenentwicklung eine bessere Beurteilung der notwendigen Schritte.

3.2 Erfassung der Sportanlagen und der Sportangebotsstruktur

Die Bestandsaufnahme der vorhandenen Sportstätten und Sportangebote ist grundlegend für alle Planungsansätze in der Sportentwicklungsplanung. Allerdings kann man eine unterschiedliche Gewichtung der jeweiligen Parameter wie auch der Bedeutung der Sport- und Bewegungsgelegenheiten feststellen. Tabelle 1 (s.S. 21) gibt einen Überblick über die benötigten Daten und mögliche Bezugsquellen.

Tabelle 1: Überblick über benötigte Daten zu Sportanlagen und Sportangebotsstruktur

Sammlung folgender Daten:	Was genau?	Wo bekommt man die Daten?
Sportanlagen (Sportplätze, Sporthallen, Schwimmbäder, spezielle Sportanlagen)	Anzahl und Größe; Bewertung in Bauzustandsstufen; Belegung und Nutzergruppen der Sportanlagen; Schulsportanlagen	Sport- bzw. Planungsamt; eigene Erhebungen
Sport- und Bewegungsgelegenheiten	Lage; Struktur; Eignung; Eigentumsverhältnisse; Beschränkungen; Nutzungsmöglichkeiten	Sport- bzw. Planungsamt; eigene Erhebungen
Sportvereine	Anzahl der Vereine; Sparten nach Alter; passive und aktive Mitglieder; Angebote	Stadt- oder Kreissportbund, Landessportbund
Kommerzielle Sportanbieter	Anzahl; Größe; Angebot	Telefon- und Branchenverzeichnis; eigene Erhebungen
andere Anbieter von Sport- und Bewegungsangeboten	Anzahl; Größe; Angebot	Telefon- und Branchenverzeichnis; Gemeindeverwaltung; eigene Erhebungen
Touristische Daten etc.	spezifische Angebote, wenn vorhanden	Gemeindeverwaltung; eigene Erhebungen

Sportanlagen

Für die Bedarfsermittlung nach dem Goldenen Plan und nach dem Leitfaden des Bundesinstitutes für Sportwissenschaft benötigt man eine detaillierte Auflistung aller Sportanlagen der Kommune. Dabei sollten neben den kommunalen Anlagen und der Vereinssportstätten gerade die von kommerziellen und anderen Anbietern betriebenen Anlagen nicht vergessen werden.

In einem ersten Schritt werden alle Sportanlagen in der Kommune (Kernsportstätten wie auch spezielle Sportanlagen) erfasst (vgl. Formular »Erfassung und Bewertung der Sportanlagen« im ANHANG).

Beispiel 3: Bestandsaufnahme der Sportstätten nach GPO (Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein)

	Lichtenstein	
Einwohner (31.12.1999)	20.850	
	qm	qm pro Einwohner
Sportplätze	67.251	3,23
Tennisplätze	–	
Sporthallen	2.707	0,13
Tennishallen	2.004	
Hallenbäder	75	0,003
Freibäder	5.686	0,27
Gesamt	75.719	3,63

Im Rahmen des GPO werden bei der Erhebung der Sportanlagen nur die kommunalen Sportstätten erhoben (vgl. Bsp. 3). Dabei sind Anzahl und Größe in Quadratmeter zu erfassen. Im zweiten Schritt wird eine Bauzustandsbewertung der Sportstätten durchgeführt (vgl. Abb. 12). Für die praktische Umsetzung der Bewertung ist zu empfehlen, externe Experten einzusetzen oder mehrere Personen bewerten zu lassen, um deren Ergebnis in einem Mittelwert zu vereinen. Die gesamte Erhebung und Bewertung des Bestandes kann, wenn entsprechende Daten vorhanden sind, auch bei der zuständigen Landesbehörde abgefragt werden. Oft liegen jedoch die aktuellsten Zahlen bei der Kommune selbst vor.

Bauzustandsbewertung

1. **... in gebrauchsfähigem Zustand:** Keine oder nur unbedeutende Mängel, die im Rahmen der Instandhaltung beseitigt werden können.
2. **... mit deutlichen /geringen Mängeln:** Die Grundkonstruktion ist im Wesentlichen brauchbar, jedoch sind umfangreiche Renovierungsarbeiten (z.B. Sportböden, Gebäude, Technik, Ausstattung, Nebenräume) erforderlich.
3. **... mit schwerwiegenden Schäden:** Es bestehen Mängel in einem Umfang, der Bestand oder weitere Nutzung gefährdet. Die Grundkonstruktion ist in wesentlichen Teilen nicht mehr brauchbar; es fehlen notwendige Einrichtungen, wie Umkleide- und Sanitärräume, Heizungsanlage, Wasseraufbereitung. Eine umfassende Sanierung für den Bestandserhalt ist unerlässlich.
4. **... unbrauchbar:** Eine Nutzung der Anlage ist wegen schwerster Mängel schon aus Sicherheitsgründen nicht mehr möglich. Die Anlage oder Anlagenteile sind baupolizeilich gesperrt oder zu sperren. Die Sanierung der Anlage ist im Aufwand einer Neuanlage gleichzusetzen.

(Quelle: DSB 1992; BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000)

Abbildung 12: Bauzustandsbewertung von Sportstätten

Bei der Erhebung der Sportanlagenfläche für die Bedarfsermittlung nach der verhaltensorientierten Methode sind neben den kommunalen Sportstätten auch alle anderen speziellen und kommerziellen Anlagen in der Kommune in ihrer Anzahl und Fläche aufzunehmen. Hier ist im Besonderen darauf zu achten, dass eine Differenzierung nach Anlagentypen vorgenommen wird; d.h. beispielsweise, dass bei den Sporthallen nach Einzel- (405 qm), Zweifach- (968 qm), Dreifach- (1.215 qm), Mehrfach-

Sporthallen (>1.750 qm) und Sonstigem Sportraum (<250 qm) differenziert wird. Weitere Differenzierungen nach Anlagenarten und Planungseinheiten sind der Tabelle 2 zu entnehmen (AE = Anlageneinheit).

Tabelle 2: Dimensionen der Sportstätten

Sportanlagen (Anlagenart)	Anrechenbarer Bestand Planungseinheit	
	Dimension (qm)/(AE)	Größe (qm)/(AE)
Sporthalle:		
Einzel-Sporthalle	(qm)	405
Zweifach-Sporthalle	(qm)	968
Dreifach-Sporthalle	(qm)	1.215
Mehrfach-Sporthalle	(qm)	>1.750
Sonstiger Sportraum	(qm)	<250
Sportplatz:		
Kleinspielfeld /SF	(qm)	968
Großspielfeld	(qm)	7.700
Leichtathletikanlage:		
mit Rundlaufbahn (Typ C)	(qm)	8.000
kleine LA für Schule	(qm)	1.500
Freibad	(qm)	400
Hallenbad	(qm)	250
Kegelsportanlage	(AE)	1Bahn
Golfanlage	(AE)	9 Loch
Rollsportanlage	(qm)	800
Reitsportanlage	(qm)	1.200
Schießsportanlage	(AE)	5 Bahnen
Tennishalle	(AE)	264 / 1 Platz
Tennisplatz	(AE)	264 / 1 Platz

Das Bewertungsmuster der Sportanlagen wurde auch für den Leitfaden des BISp und ISEP übernommen.

An dieser Stelle ist noch einmal auf die Schwierigkeit der Erhebung der kommerziellen und anderer Sportanlagenbetreiber hinzuweisen. Oft können hier Telefon- und Branchenverzeichnisse oder Handwerkskammern und IHK weiterhelfen. Bei der Erhebung der Angebote ist es in der Regel notwendig, die einzelnen Anbieter anzurufen oder aufzusuchen, um eine Vollerhebung wirklich aller Sportanlagen in einer Kommune zu erreichen. Über die Bewertung des Bauzustandes hinaus ist es wichtig zu wissen, von welchen Nutzergruppen die jeweiligen Sportanlagen primär genutzt werden. Dadurch erhält man z.B. die Möglichkeit, bei der späteren Maßnahmenentwicklung die entsprechenden Nutzergruppen einbeziehen zu können. Ein Formular für

diese Parameter liegt im Anhang vor (vgl. Formulare »Erfassung und Bewertung der Sportanlagen« und »Nutzergruppen der Sportanlagen«).

Neben der Erhebung der Sportanlagen nach Größe, Anzahl, Standort, Bewertung und Nutzung ist es speziell beim Kooperativen und Integrierten Ansatz der Sportentwicklungsplanung wichtig, die Sportgelegenheiten und Bewegungsräume einer Kommune zu erfassen. Dies stellt sich je nach Gemeindegröße in der Praxis oft sehr mühsam dar. In kleineren Kommunen kann an dieser Stelle das Planungsamt mit Angaben zu Parkflächen, Rad- und Wanderwegen, Parkplatzfläche, usw. helfen. In Großstädten sind diese Angaben oft noch schwieriger zu ermitteln. Einige Vorschläge zur Erhebung entsprechender Daten werden im Kapitel »Sportgelegenheiten und Bewegungsräume« gemacht.

Sportvereine

Um für die Sportentwicklungsplanung einen Überblick über die Sportangebotsstruktur der Kommune zu erhalten, sind alle Sportvereine mit der Anzahl der Mitglieder und der Sparten zu erheben. Die Erhebung der Mitglieder sollte eine Unterteilung in Altersgruppen und nach Geschlecht beinhalten. Dabei ist zu kontrollieren, wieviel Prozent Sportvereinsmitglieder in der Bevölkerung insgesamt vorhanden sind,

um ein Bild von der Stärke des Organisationsgrades in der Gemeinde zu bekommen. Die Ermittlung dieser Zahlen kann sich auf eine eigene Erhebung stützen oder auf Zahlen der zuständigen Stadt- und Kreissportbünde bzw. des Landessportbundes zurückgreifen (vgl. Bsp. 4 und Formular »Bestandserhebung Sportvereine« im ANHANG).

Der richtwertbezogene Ansatz der Sportentwicklungsplanung gibt zwar eine Erhebung der Sportvereine und deren Angebote vor, verwendet diese Angabe aber nicht in der Bedarfsermittlung.

Für den verhaltensorientierten Ansatz nach dem Leitfaden des BISp ist es notwendig, eine Unterscheidung nach Geschlecht und Alter der Mitglieder vorzunehmen.

Bevor dies geschieht, sollten die Sparten der angegebenen Sportvereine in die vom Leitfaden vorgegebenen Hauptsportarten (vgl. BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000, Abb. 1) eingeordnet werden.

Andere Sportanbieter

Warum sollte man bei einer kommunalen Sportentwicklungsplanung auch andere Sportanbieter über den Sportverein hinaus beachten?

Wie einleitend bereits angesprochen, ist der Sportverein längst nicht mehr einziger

Beispiel 4: Mitgliederstruktur in den Sportvereinen der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

	Verwaltungsgemeinschaft		Bernsdorf		Lichtenstein		St. Egidien	
Anzahl der Sportvereine	11		1		6		4	
Mitglieder in Sportvereinen gesamt (Anteil an Bevölkerung)	2.021 (9,7 %)		295 (11,3 %)		1.249 (8,7%)		477 (12,5 %)	
Mitglieder in Sportvereinen nach Geschlecht	Frauen 738 (36,5 %)	Männer 1.283 (63,5 %)	Frauen 83 (28,1%)	Männer 212 (71,9 %)	Frauen 500 (36,4 %)	Männer 794 (63,6 %)	Frauen 200 (41,9 %)	Männer 277 (58,1%)
Mitglieder unter 18 Jahren	721 (35,7 %)		87 (29,5 %)		507 (40,6 %)		135 (28,3 %)	

Anbieter von Sport- und Bewegungsangeboten in einer Kommune. Neben dem Sportverein und dem selbstorganisierten Sporttreiben bewegen sich die Einwohner einer Kommune u.a. bei kommerziellen Sportanbietern wie Fitness-Studios, Tennishallen, Squash- und/oder Badminton-Sporthallen, Tanzschulen, Kampfsportschulen usw.

Darüber hinaus treibt ein Teil der Bevölkerung Sport bei öffentlich-gemeinnützigen Trägern (z.B. Kirche, Jugend-, Senioren- und Sozialeinrichtungen, Kindergärten, Hort, Krabbelstuben usw.) sowie in der Volkshochschule, bei Krankenkassen, bei Gesundheitssportanbietern und anderen Anbietern.

Insgesamt sind es also beachtliche Teile der sportaktiven Bevölkerung, die außerhalb des Sportvereins und des privaten Rahmens körperlich aktiv sind. Gerade deshalb sollten auch diese Institutionen Beachtung finden. Sie erweitern das Angebot an Sport und Bewegung in einer Kommune und gehören zu einem exakten Bild vom Sportgeschehen in der Kommune.

Bei der Ermittlung der verschiedenen Anbieter von Sport und Bewegung ist es vorteilhaft, zunächst übergreifend das Wissen der Kommunalverwaltung zu nutzen. Darüber hinaus können das örtliche Telefonbuch und die »Gelben Seiten« weiterhelfen. Zusätzliche Informationen gibt es bei regionalen und überregionalen Institutionen, z.B. IHK, HK, Landes-, Stadt- und Kreissportbund.

Bei jedem Sportanbieter sollten sowohl die Art der Angebote als auch deren Anzahl und Dauer pro Woche sowie die durchschnittlichen Teilnehmerzahlen erhoben werden.

3.3 Erfassung des Sportverhaltens in der Bevölkerung

Die Ermittlung des Sport- und Bewegungsverhaltens der Bevölkerung ist ein Grundmodul der verhaltensorientierten Sportentwicklungsplanung und der Integrierten Planung. Eine entsprechende Befragung zum Sportverhalten in der Bevölkerung soll wichtige Erkenntnisse zur Art der Sportaktivität liefern sowie zu

Intensität, Leistungsstand, organisatorischem Rahmen, Ort und Wünschen, die sich mit dem Sporttreiben verbinden. Des Weiteren werden hier ebenso die Nichtsportler erfasst und über ihre Gründe der Sportabstinenz bzw. Bedingungen für ein mögliches Sporttreiben befragt. Die Befragung ist insbesondere eine Grundlage zur Ermittlung des Bedarfes der aktuell und zukünftig benötigten Sportanlagen.

Aufgrund der prinzipiellen Bedeutung der sozialempirischen Fundierung der kommunalen Sportentwicklungsplanung wird im Folgenden ausführlich auf die Möglichkeiten zur Erhebung des Sportverhaltens in der Bevölkerung sowie damit verbundene praktische Hinweise eingegangen.

Sport- und Bewegungsverhalten in der Bevölkerung – eine grundlegende Bestimmungsgröße für die kommunale Sportentwicklungsplanung

»Welche Sportanlagen und Sportgelegenheiten sind in welcher Anzahl, in welcher sportfunktionellen und baulichen Ausgestaltung, mit welcher Ausstattung – und an welchen Standorten für die Bevölkerung heute und in Zukunft vorzuhalten?« Das ist nach dem Leitfaden für die kommunale Sportentwicklungsplanung des Bundesinstituts für Sportwissenschaft die zentrale Fragestellung der Sportstättenentwicklungsplanung (BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000, 12). Eine angemessene Antwort auf diese komplexe Frage kann nur gegeben werden, wenn ausreichend differenzierte Informationen über das Sport- und Bewegungsverhalten in der jeweiligen Kommune verfügbar sind. Konkret muss man wissen: »Welche Einwohner(gruppen) betreiben welche Sportarten mit welcher Häufigkeit, in welchem zeitlichen Umfang auf welchen Sportanlagen und Sportgelegenheiten an welchen Standorten heute und in Zukunft?« (BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000, 12).

Es reicht in diesem Zusammenhang keineswegs aus, sich anhand der örtlichen Sportvereinsstatistik über das Sportverhalten in der Gemeinde zu informieren – wonach dann in

der Regel Fußball oder Turnen aufgrund des hohen Organisiertheitsgrads dieser Sportarten im Verein als meistbetriebene Sportaktivitäten erscheinen. Betrachtet man stattdessen das Sport- und Bewegungsverhalten der gesamten Bevölkerung einer Gemeinde, schließt also auch die nicht im Verein betriebenen Bewegungsaktivitäten mit ein, liegt Fußball vielleicht nur an sechster oder siebter Stelle bei den am meisten betriebenen Sportarten. An führender Stelle liegen bei einer solchen Gesamtbetrachtung Sportarten wie Radfahren, Schwimmen und Gymnastik, d.h. Aktivitäten, die vorwiegend außerhalb eines Sportvereins betrieben werden.

Im Prinzip sind zwei Wege denkbar, um relevante Daten über das Sportverhalten in der Bevölkerung zu erhalten: Auf der einen Seite besteht die Möglichkeit, eine repräsentative Sportverhaltensstudie für die jeweilige Kommune durchzuführen. Damit wird sichergestellt, dass die für die spätere Bedarfsermittlung verwendeten Verhaltensdaten unmittelbar auf die lokale Bevölkerung bezogen sind und auch den möglichen Besonderheiten im lokalen Sporttreiben spezifisch Rechnung tragen.

Auf der anderen Seite ist eine solche Studie mit einem beträchtlichen Aufwand verbunden. Deshalb ist bereits zeitgleich mit dem Entwurf des Leitfadens seit Mitte der 80er Jahre die Idee von Referenzdaten zum Sportverhalten verfolgt worden. Für verschiedene Gemeindestrukturtypen – vom ländlichen Raum bis zum verdichteten Großstadtgebiet – wurden damals modellhafte Sportverhaltensstudien durchgeführt (vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (IES) Hannover – z.B.: HEUWINKEL/SCHOTTE/WYNS 1990; HEUWINKEL/TAUBE/WIEGMANN 1992; MAIR/MELCHINGER/HEUWINKEL 1992), deren Ergebnisse dann auf Gemeinden vergleichbaren Strukturtyps übertragen werden sollten. Allerdings ist der mögliche Transfer solcher Daten über unterschiedliche zeitliche und räumliche Kontexte hinweg nicht unproblematisch. Wie sollten z.B. die Anfang der 90er Jahre für München als großstädtischen

Gemeinde-Strukturtyp erhobenen Daten zum Sportverhalten zehn Jahre später auf eine Großstadt in den neuen Bundesländern (z.B. Dresden) übertragbar sein?

Vor diesem Hintergrund sind in jüngster Zeit



Sporthalle im alten Stil...

neue Ansätze zur Entwicklung von Referenzdaten im Rahmen einer bundeslandbezogenen Sportstättenberichterstattung entwickelt worden. Der Freistaat Sachsen hat in diesem Sinne ein erstes Pilotprojekt durchgeführt, das eine zeitlich aktualisierte und geografisch-gemeindestrukturell genau angepasste Datenbereitstellung für alle Kommunen des Freistaates ermöglicht (RÜTTEN/MÖHWALD/ABU-OMAR 2002).

Bis dieser Ansatz jedoch als eine flächendeckende Referenzdatenerhebung möglicherweise auch in anderen Bundesländern eingesetzt wird, werden die meisten »sportentwicklungsplanungswilligen« Kommunen in Deutschland um eine eigene Studie nicht herkommen.

Zur Durchführung einer Sportverhaltensstudie

Eine kommunale Sportverhaltensstudie dient dem Ziel, Daten über das Sportverhalten der Bevölkerung zu gewinnen. Diese Daten werden im Kontext der Sportentwicklungsplanung primär benötigt, um den Sportstättenbedarf zu berechnen. Insbesondere die folgenden

Bevölkerungsparameter werden für die verhaltensorientierte Ermittlung des Sportstättenbedarfes benötigt:

- Anteil der sportlich Aktiven an der Gesamtbevölkerung einer Kommune
- Art der sportlichen Aktivität, die ausgeübt wird
- Häufigkeit und Dauer der sportlichen Aktivität (Sommer und Winter)
- Organisatorischer Rahmen der sportlichen Aktivität (Verein, privat, anderer Rahmen)
- Ort der Ausübung der sportlichen Aktivität

Die exakten Fragestellungen zur verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung sind nach dem Leitfaden des BISp vorgegeben und lassen sich direkt für eine Sportverhaltensstudie verwenden* (vgl. Ausschnitt des Fragebogens im ANHANG). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass je nach Methode der Datensammlung geringfügige Anpassungen der Fragenformulierung vorgenommen werden müssen.

So sind z.B. im Rahmen des Modellprojektes in Lichtenstein über die Erfassung des Sportverhaltens hinaus auch sportbezogene Einschätzungen und Wünsche der Bevölkerung in der Studie erhoben worden. Dies waren z.B.:

- Bewertung und Zufriedenheit mit Sportstätten (Sporthallen, Sportplätze, Schwimmbäder) und Bewegungsräumen (Wanderwege, Parks, Radwege)
- Bewertung und Zufriedenheit mit Sportangeboten
- Einschätzung des direkten Wohnumfeldes
- Verbesserungsvorschläge in Bezug auf Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in der Kommune
- Motivation zur Teilnahme an sport- und bewegungsbezogenen Verbesserungen

Neben Daten zur sportlichen Aktivität und Bewertung der vorhandenen Infrastrukturen muss eine Sportverhaltensstudie auch soziodemographische Angaben erheben. Diese sind für die Bedarfsermittlung, aber auch für die Beurteilung der Repräsentativität und damit

der Qualität der Daten von entscheidender Bedeutung:

- Alter
- Geschlecht
- Bildung (Schulbildung in Jahren oder höchster erreichter Abschluss)
- Nationalität
- ggf. zusätzlich:
- Haushaltsgröße
- Familienstand
- Berufstätigkeit
- Haushalts-Bruttomonatseinkommen

Zum Teil sind die exakten Fragestellungen für die Erhebung der soziodemographischen Angaben vom Leitfaden des BISp vorgegeben. Für die Sportverhaltensberichterstattung im Freistaat Sachsen wurden diese z.B. durch einige weitere soziodemographischen Fragen ergänzt. Zumindest die Parameter Alter, Geschlecht, Bildung und Nationalität sollten in jeder Studie zur Erhebung des Sportverhaltens miterfasst werden.

Methode der Datenerhebung

In der empirischen Umfrageforschung werden verschiedene Verfahren der Datenerhebung verwendet. Grundsätzlich stehen dem Verantwortlichen einer Studie zum Sportverhalten die Verfahren der postalischen Erhebung, der Telefonbefragung und des persönlichen Interviews zur Verfügung. Jedes dieser Verfahren hat seine eigenen methodischen Vorteile und Probleme. Zusätzlich unterscheiden sich die drei Verfahren hinsichtlich der Praktikabilität. In diesem Abschnitt werden die grundsätzlichen Vor- und Nachteile aller drei Verfahren kurz dargestellt (vgl. Tab. 3).

Die *postalische Befragung* verwendet einen standardisierten Fragebogen, der an zufällig ausgewählte Haushalte verschickt wird. Dem Fragebogen liegt ein Anschreiben bei, das die Bitte formuliert, den Fragebogen auszufüllen. Meist liegt ein frankierter Rückumschlag für das Zurücksenden des ausgefüllten Fragebogens bei. Postalische Befragungen erzielen im Vergleich zu den anderen Methoden meist

* Dennoch ist es eine vordringliche Aufgabe zukünftiger sportwissenschaftlicher Forschung, die wissenschaftliche Qualität im Sinne der Validität und Reliabilität der zur Erfassung des Sportverhaltens eingesetzten Fragen zu überprüfen und zu optimieren.

Tabelle 3: Vergleich der Methoden der Datenerhebung

	Postalisch	Persönliches Interview	Telefoninterview
Antwortraten	ca. 40 %	ca. 60 %	ca. 50 %
Untersuchungsgebiet	bundesweit möglich	lokal/regional	bundesweit möglich
Kosten	Druckkosten Portokosten Dateneingabe günstig	Druckkosten Interviewerkosten Dateneingabe hoch	Telefonkosten Interviewerkosten mittel
Arbeitsaufwand	mittel	hoch	mittel
Fragebogen	standardisiert	standardisiert teilstandardisiert möglich	standardisiert teilstandardisiert möglich
Vorteile	relativ kosten- günstig relativ geringer Arbeitsaufwand	hohe Antwortrate Kontrolle über Interviewprozess	Kontrolle über Interview- prozess hohe Qualität der Daten
Nachteile	keine Kontrolle über Interviewprozess z.T. niedrige Antwortraten geringe Datenqualität	kosten- und arbeitsintensiv	Ausschluss von Haushalten ohne Telefon logistisch aufwändig

geringere Antwortraten. Es lassen sich allerdings mit einem Design wie dem TDM (Total Design Method nach DILLMAN 1978) auch mit postalischen Befragungen Antwortraten von 70 % und mehr erzielen. Nach dem TDM werden Haushalten, die auf das erste Anschreiben nicht reagiert haben, nach einem festen Zeitplan weitere Erinnerungsschreiben und Fragebögen (zum Teil per Einschreiben) zugeschickt. Vorteile einer postalischen Befragung sind der relativ geringe Kosten- und Arbeitsaufwand. Ein grundsätzlicher Nachteil besteht jedoch in der mangelnden Kontrolle über den Interviewprozess. So kann zumeist nicht nachvollzogen werden, wer den Fragebogen ausgefüllt hat (ob z.B. ältere Menschen den Fragebogen an jüngere, sportlich aktive weiter gegeben haben) und ob Fragen eventuell falsch oder unzureichend verstanden wurden. Dies schränkt die Datenqualität, die mit Hilfe von postalischen Befragungen erzielt wird, erheblich ein.

Persönliche Interviews erlauben hingegen eine volle Kontrolle im Interviewprozess. Bei dem persönlichen Interview sucht ein Interviewer z.B. zufällig ausgewählte Haushalte auf und führt in diesen jeweils ein Interview mit einer zufällig ausgewählten Person durch. Während persönliche Interviews zumeist eine gute Qualität der Daten garantieren, liegen die entscheidenden Nachteile bei dem relativ hohen Arbeits- und Kostenaufwand. Interviewer müssen sehr gut für persönliche Interviews geschult werden, und da die Anfahrt zum Interview in die Kosten mit einzubeziehen ist, bei einem gleichzeitig höheren Zeitaufwand für die Durchführung eines persönlichen Interviews, steigen die Kosten pro Interview. Gerade für eher ländliche Gemeinden werden sich daher persönliche Interviews nur in den wenigsten Fällen für eine Sportverhaltensstudie eignen.

Telefonische Interviews werden seit den 80er

Jahren in Deutschland durchgeführt. Bei telefonischen Interviews ruft ein Interviewer z.B. zufällig ausgewählte Telefonnummern aus einer Gemeinde an und führt mit einer zufällig ausgewählten Person aus dem Haushalt das Interview durch. Die Zufallsauswahl innerhalb eines Haushalts erfolgt dabei zumeist mit der Bestimmung der Person in einem Haushalt, die als letztes Geburtstag hatte. Da heute ca. 95 % der privaten Haushalte über mindestens einen Telefonanschluss verfügen, ist das Problem des Ausschlusses von Haushalten ohne Telefon geringer geworden. Allerdings entstehen durch die zunehmende Verbreitung von »Geheimnummern« Probleme der Repräsentativität. Diesen wird dadurch begegnet, dass mindestens die Hälfte der Nummern, die für eine telefonische Kontaktierung ausgewählt werden, nicht aus Telefonlisten (z.B. Telefonbuch) stammt, sondern zufällig generiert wird (zumeist durch das Ersetzen der letzten beiden Ziffern durch eine Zufallszahl).

Insgesamt garantieren telefonische Befragungen eine gute Kontrolle über den Interviewprozess. Gleichzeitig ist der logistische Aufwand jedoch relativ hoch. So wird ein Raum mit mehreren (mindestens 4 - 8) Telefonen benötigt, Interviewer und Aufsichtspersonal müssen geschult werden, und die gesamte Durchführung der Studie muss begleitet werden. Zwar gibt es die Möglichkeit, über die Verwendung einer Interviewsoftware (CATI – Computer Assisted Telephone Interviewing) den Arbeitsaufwand für die Durchführung von Telefonumfragen zu reduzieren, jedoch ist der relativ hohe Anschaffungspreis (ca. 10.000 Euro) und die nur von Fachpersonal durchzuführende Programmierung und Verwaltung dieser Software zu berücksichtigen. Insgesamt liegen die Kosten für eine telefonische Befragung zwischen denen für postalische und denen für persönliche Interviews. Wird keine CATI Software für die Erhebung verwendet, so fallen zusätzlich Druckkosten und Kosten für das Eingeben der ausgefüllten Fragebögen an. Die Datenqualität von telefonischen Umfragen ist als gut zu beurteilen – die Antwortraten können über die Steigerung der Anzahl an Kontaktversuchen und die nochmalige

Kontaktierung von Verweigerern auf bis zu 90 % gesteigert werden.

Auswahl der Stichprobe

Nachdem das Verfahren zur Datensammlung für eine Sportverhaltensstudie festgelegt worden ist, geht es darum, aus der Grundgesamtheit der Bevölkerung die Stichprobe der zu kontaktierenden Personen zu ziehen. Grundvoraussetzung für das Ziehen einer Stichprobe ist es, dass alle Mitglieder der Grundgesamtheit die gleiche Chance haben, in die Stichprobe gezogen zu werden. Diese Grundvoraussetzung, die für eine hinreichende Repräsentativität und Qualität der Daten notwendig ist, unterscheidet wissenschaftliche Verfahren der Stichprobenziehung von anderen Verfahren (wie z.B. der Quotenauswahl), wie sie häufig in marktwirtschaftlichen Studien Verwendung finden (vgl. Bsp. 5).

Bei der Durchführung einer postalischen Befragung verwendet man zur Stichprobenziehung für gewöhnlich Namens- und Adresslisten der Einwohnermeldeämter. Die Qualität dieser Listen ist zumeist sehr gut, was die Vollständigkeit der Einträge anbelangt. Steht aus datenschutzrechtlichen Gründen eine solche Liste nicht zur Verfügung, so ist die Stichprobenziehung für eine postalische Befragung schwierig. Telefonbücher bieten sich in diesem Falle nur bedingt an, da hier, ähnlich wie bei der telefonischen Befragung, das Problem der »Geheimnummern« besteht. Auch ist es möglich, in einem Telefonbuch zwar gelistet zu sein, aber nur mit der eigentlichen Nummer und nicht der vollständigen Adresse. Für persönliche Interviews bietet sich ebenfalls die Verwendung von Listen der Einwohnermeldeämter an. Stehen diese nicht zur Verfügung, so kann mit dem Verfahren des »Area-Samplings« mit relativ geringem Aufwand eine Stichprobe gezogen werden. Bei dem Area-Sampling wird der Interviewer angewiesen, nach einem vorher festgelegten Plan Wohneinheiten zufällig auszuwählen. Der Interviewer bekommt eine Start-Adresse genannt, und beginnt von diesem Punkt Interviews bei zufällig ausgesuchten Adressen

Beispiel 5: Durchführung einer kommunalen Sportverhaltensstudie

Gemeinde A (50.000 Einwohner) verwendete zur Erfassung des Sport- und Bewegungsverhaltens der örtlichen Bevölkerung einen Fragebogen nach dem Leitfaden des BISP. Sie legte diesen in einer Auflage von 50.000 Exemplaren der örtlichen Tageszeitung bei mit der Bitte an die Leser, den Fragebogen ausgefüllt an die Gemeindeverwaltung zurückzusenden. 5.000 Exemplare sind schließlich bei der Verwaltung eingegangen.

Gemeinde B (50.000 Einwohner) hat ebenfalls einen Fragebogen nach dem skizzierten Muster angefertigt. Zur Durchführung der Befragung hat man hier jedoch zunächst nach dem Zufallsprinzip eine Auswahl von 2.000 Personen aus dem örtlichen Einwohnermelderegister gezogen. Diese Einwohner wurden zunächst vom Bürgermeister angeschrieben und um Mitwirkung bei der Befragung gebeten. Anschließend wurden die ausgewählten Personen telefonisch kontaktiert und interviewt. Denjenigen, die nicht telefonisch zu erreichen waren, wurde der Fragebogen mit frankiertem Rückumschlag zugesandt. Zur Verbesserung des Rücklaufs wurden in den folgenden Wochen noch weitere Schritte unternommen (Erinnerungskarte etc.). Der endgültige Rücklauf betrug schließlich 60 %, d.h. 1.200 ausgefüllte Fragebogen.

Welche der realisierten Stichproben ist nun besser geeignet, das jeweilige Sport- und Bewegungsverhalten der örtlichen Bevölkerung zu repräsentieren: die 5.000 Fragebogen in Gemeinde A oder die 1.200 in Gemeinde B? Aller Voraussicht nach ist die Stichprobe in Gemeinde B – trotz des deutlich kleineren Umfangs – repräsentativer als die Stichprobe in Gemeinde A, die eine ganze Reihe von Verzerrungsmöglichkeiten aufweist und insofern kaum als Indikator für das Sport- und Bewegungsverhalten in der Gesamtbevölkerung der Gemeinde verwendet werden kann. Eine mögliche Verzerrung der Repräsentativität besteht im Fall A bereits darin, dass die Abonnenten der Tageszeitung eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, in die Untersuchung einbezogen zu werden, als andere Personen. Das entscheidende Problem ist jedoch der Rücklauf (von nur 10 %: 5.000 von 50.000). Es ist kaum zu erwarten, dass diese 10 % in ihrer Grundstruktur der Bevölkerung entsprechen. Vielmehr ist z.B. anzunehmen, dass diejenigen, die mitgemacht haben, sich besonders für Sport und Sportentwicklung interessieren, auch selbst mehr sportlich aktiv, vielleicht auch jünger sind als der Durchschnitt der Bevölkerung etc. Auch im Fall B sind solche Verzerrungen natürlich nicht auszuschließen, sie werden jedoch durch das methodisch aufwändigere Vorgehen in den Auswirkungen auf die Repräsentativität der Stichprobe deutlich reduziert. Insofern kann nur das Vorgehen in der Gemeinde B als exemplarisch für eine kommunale Sportverhaltensstudie gelten; in Gemeinde A ist dagegen aufgrund der zu erwartenden Verzerrungen mit signifikanten Fehlern bei der Ermittlung der Sportbedarfe und Sportanlagenbedarfe zu rechnen.

durchzuführen. Der Plan kann dabei etwa vorgesehen, in jedem siebten Haus ein Interview durchzuführen, wobei in Häusern, in denen mehrere Mietparteien wohnen, wiederum eine Zufallsauswahl zu treffen ist. Um eine zu hohe Anzahl von Interviews in Ein- bis Zwei- Mietparteien-Häusern zu vermeiden, kann bei diesem Verfahren eine Schichtung nach Häusergröße in die Anweisungen für den Interviewer aufgenommen werden (z.B. jedes zweite Einfamilienhaus auslassen). Innerhalb der Mietparteien wird der Interviewer über die »Letzter-Geburtstag-Methode« (s.o.) zufällig einen Bewohner für das Interview auswählen.

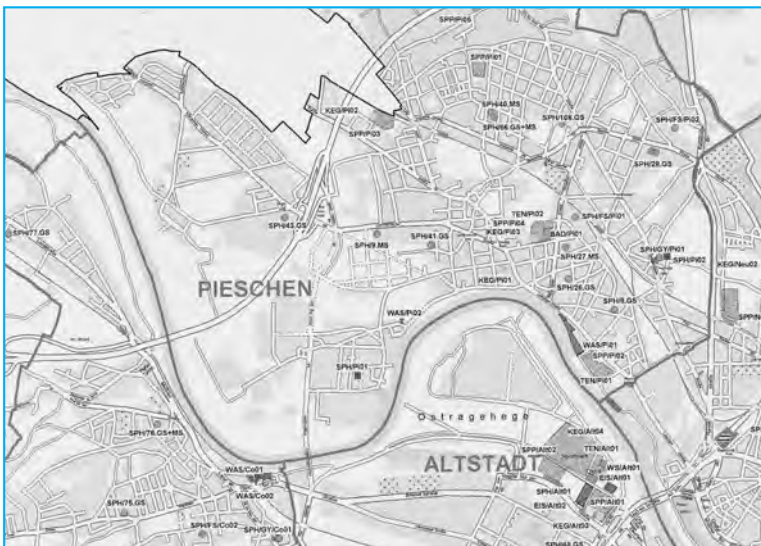
Bei telefonischen Befragungen bieten sich verschiedene Verfahren der Stichprobenziehung an. So können manuell, mit Hilfe eines Telefonbuchs, ohne großen Aufwand Nummern zufällig gezogen werden. Bei diesem Verfahren wird zufällig eine Startseite ermittelt, und dann z.B. auf jeder zehnten Seite eine Nummer gezogen (z.B. mittlere Spalte, zehnter Eintrag von oben). Wird dieses Verfahren verwendet, so ist darauf zu achten, dass

Nummern aus dem gesamten Telefonbuch gleichmäßig gezogen werden (also nicht nur z.B. Anfangsbuchstaben A-H). Um das Problem der nicht gelisteten Nummern zu umgehen, kann dann in einem zweiten Schritt die Hälfte (oder die Gesamtheit) der Nummern durch das Addieren einer Zufallszahl verändert werden. Soll die Stichprobe über eine Telefon CD-ROM gezogen werden, so ist zu berücksichtigen, dass nicht alle Telefon CD-ROMs den Export von Nummernblöcken zulassen. Für Deutschland bietet das »Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)« kostenlose Hilfe bei der Ziehung von Stichproben an.

Bei allen hier vorgestellten Verfahren zur Ziehung von Stichproben ist zu berücksichtigen, das man grundsätzlich »offene« und »geschlossene« Auswahlverfahren unterscheiden muss. Bei den offenen Verfahren ist eine Erweiterung der Stichprobe möglich, wenn z.B. nach kompletter Ausschöpfung nicht genügend Interviews realisiert wurden. Bei den geschlossenen Verfahren ist dies nicht möglich.

Bei den offenen Verfahren wird zumeist eine Liste angelegt, die zufällig angeordnet ist und die dann nach Bedarf von »oben« abgearbeitet wird (z.B. mit Hilfe von Zufallszahlen sortierte Liste aller Einträge des Einwohnermeldeamtes). Bei den geschlossenen Verfahren der Stichprobenziehung wird eine Auswahl aus einer Grundgesamtheit gezogen (z.B. zufällige Auswahl von 1.000 Einträgen aus dem Einwohnermelderegister). Ein »Nachziehen« ist in diesem Fall nicht möglich, da dann manche Einträge eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, in die Stichprobe zu gelangen.

Auswahlverfahren, die keine Zufälligkeit und Chancengleichheit bei der Stichprobenziehung gewährleisten, kommen für Sportverhaltensstudien nicht infrage. Zu diesen Verfahren gehören quotierte Auswahlverfahren, wie z.B. die Kontaktierung von Passanten nach bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen (Alter, Geschlecht) oder das »Bequemlichkeits-Sample« wie z.B. das Befragen von Mitgliedern von Sportvereinen oder Familienangehörigen. Die Daten, die über diese oder ähnliche Verfahren gesammelt wurden, sind für eine Bedarfs-ermittlung nicht brauchbar, da sie mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit sind.



Kommunaler Planungsbedarf

Datenqualität

In dem nachfolgenden Abschnitt werden Aspekte der Datenqualität behandelt. Hierbei sind zwei Qualitätskriterien von entscheidender Bedeutung. Zum einen die Ausschöpfung der Stichprobe, zum anderen die Repräsentativität der Daten.

Ausschöpfung der Stichprobe

Um aussagekräftige Daten im Rahmen einer Sportverhaltensstudie zu sammeln, ist es notwendig, eine möglichst hohe Ausschöpfung der Stichprobe zu erzielen. Diese Ausschöpfung wird zumeist über die »Antwortrate« ermittelt, die angibt, welcher Anteil der durch die Stichprobe ausgewählten Bevölkerung tatsächlich an der Untersuchung teilgenommen hat.

Eine hohe Antwortrate steigert die Repräsentativität der erhobenen Daten und vermindert die Gefahr von Verzerrungen, die entstehen können, wenn bestimmte Subpopulationen in den Daten unter- oder überrepräsentiert sind. So besteht zum Beispiel die Gefahr, dass durch eine niedrige Ausschöpfung der Stichprobe (d.h. eine niedrige Antwortrate) Bevölkerungsgruppen, die kein oder nur ein geringes Interesse an Sport haben, unterrepräsentiert sind. Dies bedeutet dann automatisch eine Überrepräsentation von Sportlern und Sportinteressierten in den gesammelten Daten, was z.B. zu Fehlern bei der Berechnung der Sportstättenbedarfe führen kann.

Eine relativ hohe Ausschöpfung (also eine hohe Antwortrate) lässt sich, wie schon angedeutet, sowohl mit postalischen als auch mit persönlichen und telefonischen Interviews erzielen. Bei allen Verfahren ist jedoch zu beachten, dass mit der Erhöhung der Ausschöpfung auch die Kosten steigen. Eine geringe Ausschöpfung wird meist durch zwei Faktoren bedingt: eine hohe Anzahl von Haushalten, die man nicht erreichen kann, und eine hohe Anzahl von Personen, die ein Interview verweigern.

Bei postalischen Befragungen kann (besser gesagt: muss) die Ausschöpfung durch das wiederholte Anschreiben von Haushalten

Beispiel 6: Sachsen

Folgende Tabelle beschreibt die Realisierung einer telefonisch erhobenen Stichprobe zur Sportverhaltensberichterstattung in Sachsen. Insgesamt wurden 32.952 Telefonnummern im Rahmen der Untersuchung kontaktiert. Diese Nummern wurden mit Unterstützung des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) zufällig aus existierenden Nummernblöcken generiert. Dieses Brutto-Sample an Telefonnummern enthielt eine große Anzahl an Nummern, die für die Untersuchung als stichprobenneutrale Ausfälle gewertet wurden. Dazu gehören Telefonnummern, die nicht funktionieren (»Kein Anschluss unter dieser Nummer«), reine Geschäftsanschlüsse und Faxgeräte. Des Weiteren zählen hierzu Haushalte, die – durch die Schichtung der Stichprobe bedingt – nicht in der richtigen Zielgemeinde verortet waren und Haushalte, die durch eine abschließende Quotierung festgelegte Personenmerkmale nicht erfüllten (Ausfälle nach Quotierung). Nach Abzug dieser stichprobenneutralen Ausfälle ergibt sich im Rahmen der Untersuchung ein Netto-Sample von 9.449 Fällen. Aus diesen konnten 6.027 Interviews realisiert werden. Ausfälle, in denen kein Interview durchgeführt werden konnte, ergaben sich durch Ablehnung der Haushalte, das Nicht-Erreichen von Haushalten (mindestens zehn Anrufe unbeantwortet oder Anrufbeantworter) und Krankheit der Zielperson. Die Antwortrate bezeichnet den prozentualen Anteil der komplettierten Interviews gegenüber den möglichen Interviews (Netto-Stichprobe) und liegt in dieser Untersuchung (berechnet nach dieser ersten Variante) bei 63,8 %. Die Rate der Interview-Ablehnungen, gemessen an der Netto-Stichprobe, liegt bei 20,5 %. Berücksichtigt man zusätzlich in Variante 2, dass voraussichtlich 42 % der nicht erreichbaren Haushalte aus Variante 1 sowie der Verweigerer ohne Rückmeldung nicht in der festgelegten Zielgemeinde wohnhaft sind und damit als stichprobenneutrale Ausfälle zu bewerten sind, erhöht sich die Antwortrate auf 67,7 % (Variante 2).

Tabelle 4: Berechnung der Antwortrate

Brutto Stichprobe:	32.952	
Ausfälle vor der Auswahl:		
Geschäftsanschluss	1.653	
Nummer funktioniert nicht	11.683	
Zielperson wohnt nicht in Zielgemeinde	7.500	
Fax	1.148	
Ausfälle nach Quotierung	1.519	
	23.503	
VARIANTE 2		
Anpassung für Ausfälle außerhalb der Zielgemeinde (42 % Ausfallquote):		
nicht erreichbar (keiner da, besetzt, Anrufbeantworter)		469
Verweigerung, Zielgemeinde unklar		179
VARIANTE 1		
Netto Stichprobe:	9.449	8.901
Ausfälle nach der Auswahl:		
Keiner da	962	593
Besetzt	16	16
Anrufbeantworter	84	84
Zielperson krank/taub	390	390
Offener Termin	8	8
Ablehnung	1.933	1.754
Unklar, ob in Zielgemeinde	18	18
Sonstiges	11	11
	3.422	2.874
Komplette Interviews:	6.027	
Antwortrate:	$6.027 / 9.449 = 63,8 \%$	$6.027 / 8.901 = 67,7 \%$
Verweigerungsrate:	$1.933 / 9.449 = 20,5 \%$	$1.754 / 8.901 = 19,7 \%$

gesteigert werden. Zusätzlich erhöht sich die Bereitschaft von Haushalten an einer Umfrage teilzunehmen, wenn ein Präsent (z.B. ein Kugelschreiber) zu dem wiederholten Anschreiben beigelegt wird. Der Zeitraum, über den sich die verschiedenen Anschreiben verteilen, sollte mindestens zwei Monate betragen. Für persönliche Befragungen ist es wichtig, die Tage und Tageszeiten der Besuche zu kontrollieren, an denen bestimmte Haushalte aufgesucht werden. Insgesamt sollten ca. fünf bis zehn Kontaktversuche unternommen werden, zu verschiedenen Uhrzeiten und mindestens ein- bis zweimal an einem Wochenende. Es kann darüber hinaus sinnvoll sein, Verweigerer ein zweites Mal aufzusuchen. Dies sollte durch die besten Interviewer geschehen, die bereits über entsprechende Erfahrung mit Zweitinterviews verfügen.

Bei telefonischen Befragungen sollte jede Nummer mindestens zehnmal zu verschiedenen Tageszeiten angerufen werden. Die produktivste Zeit zum Interviewen ist zwischen 17-21 Uhr, allerdings sollte z.T. auch am Morgen und am frühen Nachmittag telefoniert werden. Mit zusätzlichen Kontaktversuchen und einer Ausdehnung des Interviewzeitraums (mindestens zwei Monate) lässt sich die Rate der Haushalte, die nie zu erreichen sind, reduzieren. Verweigerer können ebenfalls ein zweites Mal kontaktiert werden, möglichst nachdem ein nochmaliges Anschreiben an sie verschickt wurde. Wie bei den persönlichen Interviews sollten auch hier nur die besten Interviewer zur Konvertierung von Verweigerern eingesetzt werden.

Insgesamt werden vor dem Hintergrund einer zunehmenden Umfragemüdigkeit in der empirischen Sozialforschung Antwortraten von über 60 % immer seltener. Ziel einer Sportverhaltensstudie sollte daher eine Ausschöpfung von mindestens 50 % sein.

Bei der im Beispiel 6 exemplarisch angeführten Studie im Freistaat Sachsen wurde eine Ausschöpfung der Stichprobe von ca. 64 % bzw. knapp 68 % erzielt. Diese hohe Ausschöpfung ist neben einer Reihe von qualitätssichernden Maßnahmen (Interviewerschulung,

methodisches Controlling u.a.) durch den relativ langen Untersuchungszeitraum (der ein gezieltes Abtelefonieren von schlecht erreichbaren Telefonnummern ermöglichte) und die erfolgreiche Konvertierung von Ablehnern, die einer Teilnahme an der Untersuchung beim ersten Kontakt nicht zustimmten, erreicht worden.

Insgesamt haben sich in dieser Studie etwa 30 % derjenigen, die bei einem Erstkontakt die Teilnahme verweigert hatten, bei einem weiteren Anruf bereit erklärt, das Interview durchzuführen. Diese Quote an erfolgreichen Konvertierungen ist im internationalen Vergleich als überdurchschnittlich anzusehen (in den USA z.B. werden Konvertierungsraten von ca. 20 % erzielt) und bestätigt in dieser Untersuchung den Aufwand einer zweiten Kontaktierung von Verweigerern.

Repräsentativität der Daten

Neben einer hohen Ausschöpfung der Stichprobe ist die Repräsentativität der erhobenen Daten für deren Qualität entscheidend. Repräsentativität bezeichnet dabei die Übereinstimmung der Merkmale der an der Untersuchung beteiligten Personen mit der Grundgesamtheit der Bevölkerung, auf die sich die Untersuchung bezieht. Um die Repräsentativität der gesammelten Daten zu testen und sicherzustellen, werden verschiedene Arbeitsschritte unternommen, die hier kurz am Beispiel der Sportverhaltensberichterstattung im Freistaat Sachsen vorgestellt werden.

Zunächst ist es notwendig zu testen, in welchem Maße die erhobenen Daten für die Grundgesamtheit repräsentativ sind. Dazu werden zumeist verschiedene demographische Merkmale der Daten der Stichprobe mit der Grundgesamtheit verglichen.

In der Sachsen-Studie wurde für verschiedene Altersgruppen und das Geschlecht der Befragten der jeweilige Anteil in der Stichprobe mit dem in der Grundgesamtheit (hier Gesamt-Sachsen) verglichen.

Dies geschieht für gewöhnlich mit einem statistischen Verfahren zur Berechnung von »Konfidenzintervallen«. Diese Konfidenzintervalle

zeigen an, ob die in der Stichprobe gegebene Merkmalsverteilung (z.B. Anteil der Frauen in den Daten) mit der in der Grundgesamtheit bestehenden Merkmalsverteilung übereinstimmt.

Dazu wird zunächst für verschiedene Altersgruppen und das Geschlecht der Befragten ein Konfidenzintervall mit Hilfe der Stichprobengröße und der Merkmalsverteilung berechnet. Im zweiten Schritt wird dann untersucht, ob der Wert für die Grundgesamtheit für dieses Merkmal außerhalb oder innerhalb des Konfidenzintervalls liegt. Liegt der Wert innerhalb des berechneten Konfidenzintervalls, so kann der Datensatz im Hinblick auf dieses Merkmal als repräsentativ angesehen werden. Liegt der Wert der Grundgesamtheit für dieses Merkmal außerhalb des berechneten Konfidenzintervalls, so sind Einschränkungen der Repräsentativität im Hinblick auf dieses Merkmal gegeben.

Tabelle 5 zeigt das Ergebnis des Vergleichs des soziodemographischen Merkmals Geschlecht in 4 Gemeindetypen (vom großstädtischen Ballungsraum bis zur ländlichen Gemeinde mit geringer Sportinfrastruktur) mit den bevölkerungsstatistischen Daten für Sachsen. Im Ergebnis sind in den Gemeindetypen 1-3 kaum Abweichungen nach dem Geschlecht der Befragten zu verzeichnen. Im Gemeindetyp 4 sind demgegenüber im Laufe der Untersuchung mehr Frauen befragt worden, als dies bevölkerungsstatistisch zu er-

warten gewesen wäre. Der Anteil der Männer an der Bevölkerung in Sachsen liegt bei Gemeindetyp 4 (48 %) außerhalb des für den Anteil der Männer in Gemeindetyp 4 errechneten Konfidenzintervalls (41,8 % - 46,8 %).

Ähnlich wird verfahren, um die Repräsentativität der Daten im Hinblick auf die Altersstruktur der befragten Personen zu testen. Die Tabellen 6 und 7 vergleichen die erhobenen Daten und die bevölkerungsstatistischen Daten von Sachsen im Hinblick auf die Repräsentativität der verschiedenen Altersgruppen. Hierbei liegen für einige Stichprobenfelder die Werte der Grundgesamtheit außerhalb der berechneten Konfidenzintervalle. Die Gruppe der 7- bis 14-jährigen ist innerhalb der Untersuchung in den Gemeindetypen 2 bis 4 unterrepräsentiert, das heißt, es sind in diesen Gemeindetypen während der Untersuchung weniger 7- bis 14-jährige untersucht worden, als dies bevölkerungsstatistisch zu erwarten gewesen wäre. Demgegenüber sind z.B. für die Altersgruppe der über 65-jährigen keine Abweichungen zwischen der Untersuchung und den bevölkerungsstatistischen Daten festzustellen.

Tabelle 5: Test der Repräsentativität einer Stichprobe für das Geschlecht der Befragten

Ausgangsbasis: 6027 Fälle
Nach Datenbereinigung: 6000 Fälle (- 27 Fälle in Gemeindetyp 4)

Gemeindetyp	Männlich Untersuchung	95 % CI	Männlich Sachsen	Weiblich Untersuchung	95 % CI	Weiblich Sachsen
1	48,4	45,9 - 50,9	49,0	51,6	48,5 - 53,5	51,0
2	46,3	43,8 - 48,8	48,9	53,5	48,6 - 53,6	51,1
3	47,7	45,2 - 50,2	48,0	52,3	49,5 - 54,5	52,0
4	43,5	41,0 - 46,0	48,0	56,5	54,0 - 59,0	52,0
4 (bereinigt)	44,3	41,8 - 46,8	48,0	55,7	53,3 - 58,2	52,0

Tabelle 6: Test der Repräsentativität einer Stichprobe für die Altersgruppe der 7- bis 14-jährigen

Gemeindetyp	7- 14 Jahre Untersuchung	95 % CI	7-14 Jahre Sachsen
1	9,0	7,6 - 10,5	10,3
2	8,4	7,0 - 9,8	10,4
3	7,3	6,0 - 8,6	9,5
4	6,1	4,9 - 7,3	8,7
4 (bereinigt)	6,2	5,0 - 7,4	8,7

Insgesamt ergab der Vergleich der soziodemographischen Merkmale Alter und Geschlecht Abweichungen zwischen den Daten der Untersuchung und der sächsischen Bevölkerungsstatistik in 10 von 36 Datenzellen. Solche Abweichungen lassen sich durch verschiedene Faktoren erklären. Bezogen auf Telefoninterviews ist bei Befragungen eine generell höhere Beteiligung von Frauen zu verzeichnen. Dies hängt zum einen mit der besseren Erreichbarkeit von nicht-berufstätigen Frauen zusammen, zum anderen mit der höheren Bereitschaft von Frauen, sich an telefonischen Untersuchungen zu beteiligen.

Um eine Angleichung der Daten der Stichprobe an die Grundgesamtheit vorzunehmen, stehen im Prinzip zwei Verfahren zur Verfügung. Zum einen kann durch ein quotiertes Nachziehen von Untersuchungsteilnehmern eine Unterrepräsentativität ausgeglichen werden, zum anderen kann durch eine »Gewichtung« der Daten eine Anpassung an die Merkmalsverteilung in der Grundgesamtheit vorgenommen werden. In den meisten Fällen wird aus Gründen der Praktikabilität eine Gewichtung des Datensatzes vorzuziehen sein. Allerdings kann es bei größeren Verzerrungen oder bei einer sehr kleinen Stichprobe durch-

Tabelle 7: Test der Repräsentativität einer Stichprobe für die Altersgruppe der über 65-jährigen

Gemeindetyp	> 65 Jahre Untersuchung	95 % CI	> 65 Jahre Sachsen
1	19,8	17,8 - 21,8	18,2
2	19,3	17,3 - 21,3	18,5
3	20,7	18,6 - 22,8	19,4
4	18,2	16,2 - 20,2	18,6

Für die Altersgruppe der 7- bis 14-jährigen ist in allen Gemeindetypen eine geringe Unterrepräsentativität in der Untersuchung festzustellen. Dies mag zum Teil daran liegen, dass in dieser Altersgruppe eine Befragung nur nach Einwilligung der Eltern durchgeführt wurde.

Nachdem die Repräsentativität der Daten getestet worden ist, stellt sich die Frage, wie zu verfahren ist, wenn die Anteile soziodemographischer Merkmale in der Stichprobe und der Grundgesamtheit nicht übereinstimmen.

aus sinnvoll sein, Fälle nachzuziehen, um einer durch zu große Gewichtungsfaktoren entstehenden Verzerrung der Daten vorzubeugen (z.B. wenn nur fünf Jugendliche im Alter von 14-17 Jahren befragt wurden, deren Anteil aber durch die Gewichtung auf 20 Jugendliche erhöht werden soll).

Gewichtung der Daten

Eine Gewichtung ist ein statistisches Verfahren, um eine höchstmögliche Angleichung der Untersuchungsdaten an die soziodemographi-

schen Merkmale der Grundgesamtheit zu erzielen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass auch bei den sportrelevanten Merkmalen (z.B. Prozentsatz derjenigen, die Sport treiben) eine höchstmögliche Abbildung der Grundgesamtheit in den Daten der Untersuchung gegeben ist.

Im Prinzip wird durch eine Gewichtung erreicht, dass Fälle, die in der Stichprobe unterrepräsentiert sind, häufiger gezählt werden, während Fälle, die überrepräsentiert sind, seltener gezählt werden. Dadurch werden die Merkmale der Personen in der Stichprobe den Merkmalen der Personen in der Grundgesamtheit angepasst.

Für die Untersuchung im Freistaat Sachsen wurde eine Gewichtung hinsichtlich der Merkmale Alter und Geschlecht vorgenommen. Diese ergab sich aus der gerade geschilderten Überrepräsentativität von Frauen und Differenzen in der Repräsentativität hinsichtlich der verschiedenen Altersgruppen.

Tabelle 8: Test der Repräsentativität einer Stichprobe (Gemeindetyp 4) nach der Gewichtung der Daten

Variable	Sample	Sachsen
Männlich	48,9	49,0
Weiblich	51,1	51,0
Alter 7 - 14	9,6	10,3
Alter 15 - 17	5,2	4,5
Alter 18 - 24	8,6	9,0
Alter 25 - 29	5,0	5,7
Alter 30 - 49	32,6	32,4
Alter 50 - 64	19,9	19,8
Alter > 65	19,1	18,2

Tabelle 8 zeigt, dass nach der Gewichtung eine sehr hohe Übereinstimmung der Daten der Stichprobe mit denen der Grundgesamtheit im Hinblick auf die Merkmale Alter und Geschlecht festzustellen ist.

Vorhersagegenauigkeit

Neben einer hohen Ausschöpfung und der Repräsentativität der Daten ist für eine Gesamtbeurteilung der Datenqualität von Bedeutung, wie hoch die »Vorhersagegenauigkeit« der Daten (oder einzelner Verhaltensparameter) ist. Die Vorhersagegenauigkeit wird von der Größe der Stichprobe (also von der Anzahl der befragten Personen) und von der Merkmalsverteilung (z.B. Anteil an Frauen ca. 50 %, oder Anteil an Basketballern ca. 1 %) bestimmt. Grundsätzlich steigt die Vorhersagegenauigkeit mit der Größe der Stichprobe an. Auch die Merkmalsverteilung hat einen Einfluss auf die Grenzwerte der Konfidenzintervalle.

Das Konfidenzintervall gibt dabei die höchste obere und untere Grenze eines Wertes für ein Merkmal in der Stichprobe an, das mit 95 % Wahrscheinlichkeit in der Grundgesamtheit zu erwarten ist. So ist es z.B. von Interesse, wie hoch der Anteil der Basketballspieler in einer Gemeinde aller Voraussicht nach tatsächlich ist, wenn in der Stichprobe ca. 1 % der Sporttreibendenangaben, Basketball zu spielen.

Tabelle 9: Sportartpräferenz und 95 % Konfidenzintervalle für Radsport, Fußball und Basketball für Gesamt-Sachsen

Sportart	n (%)	95 % CI
Radsport	950 (20,6)	1,15
Fußball	348 (7,5)	0,86
Basketball	41 (0,9)	0,17

Tabelle 9 zeigt, dass bei insgesamt 4.616 Sportartnennungen in der Sachsen-Studie eine Sportartpräferenz von 7,5 % (N = 348) für die Sportart Fußball erhoben wurde. Über die Berechnung des Konfidenzintervalls kann nun festgestellt werden, dass in der Grundgesamtheit die Präferenz für Fußball mit 95 % Wahrscheinlichkeit höchstens 0,86 Prozentpunkte von dem ermittelten Wert 7,5 abweicht, d.h. zwischen 6,64 % und 8,36 % liegt. Bedingt durch diese relativ kleinen Konfidenzintervalle (beim Radsport $\pm 1,15$ %, beim Basketball $\pm 0,17$ %) würde man die Qualität der Daten im Bezug auf die ermittelten Sportartpräferenzen als gut beurteilen.

Tabelle 10: Mittelwerte und 95 % Konfidenzintervalle für Dauer und Häufigkeit der Sportartausübung für die Sportarten Radsport (n = 950), Fußball (n = 348) und Basketball (n = 41) für Gesamt-Sachsen

Sportart	Konfidenzintervall			
	Dauer (Stunden in der Woche)		Häufigkeit (Trainingseinheiten)	
	M	95 % CI	M	95 % CI
Radsport	4,7	0,30	3,61	0,17
Fußball	3,7	0,26	2,03	0,14
Basketball	3,8	1,58	2,03	0,56

Neben der Sportartpräferenz fließt jedoch auch die Trainingshäufigkeit und Dauer der Sportausübung in die Bedarfsberechnung für die einzelnen Sportarten ein. Dabei ergeben sich u.U. Unschärfen in der Vorhersagegenauigkeit von bestimmten Sportarten. Die Tabelle 10 zeigt, dass bei einer Stichprobengröße von 348 Fußballspielern im Freistaat Sachsen ein Mittelwert (M) von 3,7 Stunden für die Sportart Fußball berechnet wurde. Die Trainingsdauer der Fußballspieler in Sachsen liegt dementsprechend mit 95 % Wahrscheinlichkeit zwischen ca. 3,44 und 3,96 Stunden in der Woche. Für weniger populäre Sportarten wie z.B. Basketball verringert sich die Vorhersagegenauigkeit der Trainingsdauer jedoch beträchtlich. Für die Berechnung des Sportanlagenbedarfes kann es deshalb geboten sein, auch Grenzwerte der Konfidenzintervalle der Trainingsdauer zu berücksichtigen.

Auswertung der Daten

Nach der Überprüfung der erhobenen Daten müssen aus der Menge der Daten die Informationen für die Bedarfsermittlung nach dem Leitfadens des BISp herausgefiltert werden. Dazu sollten die Daten in einem ersten Schritt für eine Statistiksoftware aufbereitet werden. D.h. die gegebenen Antworten der Bevölkerung werden kodiert in Tabellenform mit Hilfe der Software eingegeben, bzw. bei der Arbeit mit CATI in eine solche Software transferiert. Hier ist die Software SPSS oder mindestens Microsoft Office Excel zu empfehlen. Aus dem Datensatz müssen nun in einem zweiten Schritt die folgenden Parameter ermittelt werden:

- Aktivenquote
- Präferenzfaktor
- durchschnittliche Dauer
- durchschnittliche Häufigkeit
- Zuordnungsfaktor

Definitionen der Parameter sind im Kapitel »Bedarfsermittlung in der verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung« zu finden.

Die Aktivenquote wird nach den Vorgaben des Leitfadens über die Frage »Treiben Sie Sport?« ermittelt. Diejenigen, die mit »Ja« geantwortet haben, werden in ein Verhältnis zu allen Befragten gestellt. Dieser prozentuale Anteil der Sportler an den Gesamtbefragten bezeichnet die Aktivenquote.

Die anderen Parameter sind nun pro Sportart zu ermitteln. Dazu werden die genannten Sportarten der Befragten in sogenannte Hauptsportarten zusammengefasst (s. BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000, Abb. 1). Innerhalb der Hauptsportarten können dann die Präferenzfaktoren, die Dauer, die Häufigkeiten und die Zuordnungsfaktoren berechnet werden. Der Präferenzfaktor pro Hauptsportart wird ermittelt, indem die Nennungen in einer Sportart in ein Verhältnis zu allen Sportartennennungen gestellt werden. Dabei wird zwischen organisierten und unorganisierten Sportlern unterschieden. »Organisierte Sportler« sind solche, die bei der Frage »Wer organisiert Ihre Sportausübung?« den »Sportverein« angegeben haben. »Unorganisierte Sportler« sind dementsprechend die Sportler, die in einem anderen Rahmen ihren Sport betreiben.

Die durchschnittliche Dauer und Häufigkeit sowie der Zuordnungsfaktor pro Sportart werden zusätzlich nach Jahreszeiten unterschieden. D.h., es müssen pro Sportart sowohl für organisierte Sportler als auch für unorganisierte Sportler im Sommer und im Winter die Parameter Dauer, Häufigkeit und Zuordnungsfaktor ermittelt werden.

Die Dauer wird über die Frage »Wie lange dauert jeweils eine Übungs-/Trainingsphase? (ohne Wettkampfzeiten)« ermittelt. Diese Frage wird in Minuten beantwortet. Da im Ergebnis die durchschnittliche Dauer der Sportausübung in einer Sportart pro Woche stehen muss, wird hier jede genannte Dauer in der bestimmten Sportart mit der jeweiligen Häufigkeit pro Woche multipliziert und insgesamt aufsummiert. Diese Summe wird durch die Summe der Häufigkeiten dividiert, um die durchschnittliche Dauer in Minuten zu berechnen. Die ermittelte durchschnittliche Dauer wird dann noch in Stunden (geteilt durch 60) umgerechnet.

Die Häufigkeit wird über die Frage »Wie häufig üben Sie diesen Sport aus?« ermittelt. Hier sind Antworten pro Woche, pro Monat und pro Halbjahr möglich. Die Antwort pro Monat wird mit 0,2 multipliziert und die Antwort pro Halbjahr mit 0,04, um alle Antworten in »pro Woche« umzurechnen. Die genannten Häufigkeiten pro Woche werden innerhalb einer Sportart addiert und durch die Nennungen in der Sportart dividiert. Somit erhält man die durchschnittliche Häufigkeit pro Woche in einer Sportart.

Zusammengefasst müssen für jede Sportart sowohl für die organisierten als auch für die unorganisierten Sportler für Sommer und Winter folgende Berechnungen durchgeführt werden:

- | | |
|------------|---|
| 1. Schritt | Dauer einer Einheit * Häufigkeit einer Einheit pro Woche = Produkt |
| 2. Schritt | Summe der Dauer = Summe der Produkte in einer Sportart |
| 3. Schritt | Umrechnung der Häufigkeiten in »pro Woche« (pro Monat *0,2 und pro Halbjahr *0,04) |
| 4. Schritt | Summe der Häufigkeiten = Summe aller Häufigkeiten pro Woche in einer Sportart |
| 5. Schritt | durchschnittliche Dauer in Stunden = Summe der Dauer / Summe der Häufigkeit / 60
(=> wird weiter verwendet in der Bedarfsermittlung) |
| 6. Schritt | durchschnittliche Häufigkeit pro Woche = Summe der Häufigkeiten / Anzahl der Sportartennennungen
(=> wird weiter verwendet in der Bedarfsermittlung) |

Der Zuordnungsfaktor wird über die Frage »Wo üben Sie den Sport aus?« ermittelt. Hier gibt es verschiedene relevante Antworten. Die Antworten »Park, Feld, Wiese, Wald, Gebirge, offenes Gewässer, zu Hause und sonstige Sportgelegenheit« geben »Sportgelegenheiten« an. Sollten hier bei den einzelnen Sportarten Nennungen vorhanden sein, so gehen diese zwar in die Berechnung des Sportbedarfs ein, werden in der weiteren Bedarfsermittlung des Sportanlagenbedarfes jedoch nicht berücksichtigt. Relevant für den Sportanlagenbedarf sind nur die Nennungen in den Sportarten, die auf Sportanlagen betrieben werden (z.B. Sporthallen, Sportplätze, Hallenbad, Freibad, Leichtathletikanlage und sonstige Sportanlagen wie Tennisanlagen, Sportanlagen für Beachsport, Eissport, Golfsport, Kegelsport, usw.). Mit der Hinzunahme des Zuordnungsfaktors werden ab hier alle Rechenschritte pro Sportart für jeden Sportanlagentyp durchgeführt. Durch den Zuordnungsfaktor wird festgelegt, wie viele Sportler in der jeweiligen Sportart auf einer Sportanlage ihren Sport ausüben. Die Häufigkeiten der Sportausübung auf Sportanlagen wird dabei prozentual den gesamten Nennungen in einer Sportart gegenübergestellt. Geben z.B. 10 von 20 organisierten Fußballern an, dass sie im Winter in der Sporthalle ihren Sport ausüben, dann liegt hier ein Zuordnungsfaktor für die Sporthalle im Winter von 0,5 vor.

3.4 Erfassung weiterer sport- und sportanlagenspezifischer Planungsparameter

Sportanlagenbelegung

Im Rahmen der Ermittlung des Sportanlagenbedarfes mittels des Leitfadens des BISp wird empfohlen, den Faktor »Auslastung« über eine Überprüfung der Sporthallenbelegung zu ermitteln. Nach dem Goldenen Plan ist eine solche Überprüfung der Hallenbelegung nicht vorgesehen. Bei der kooperativen Planung ist es von der kooperativen Planungsgruppe abhängig, ob dieses optionale Modul beansprucht werden soll.

Der Auslastungsfaktor kennzeichnet den Grad der zu erreichenden Auslastung von Sportanlagen. Er ist das Verhältnis von tatsächlich gegebener Auslastung der Sportanlage zu der maximal möglichen Auslastung. Er kann zwischen 0 und 1 liegen (programmierte Nutzung von Sportanlagen = hohe Auslastung, z.B. Sporthalle von ca. 0,75 bis 0,85; nicht-programmierte Nutzung von Sportanlagen = niedrige Auslastung, z.B. Freibad unter 0,3).

Fragt man die aktuellen Nutzer (z.B. Vereine, Schulen) in einer Kommune nach der Auslastung der Sporthallen, dann erhält man nicht selten die Antwort einer 100-%igen Auslastung oder sogar einer Überlastung der Sportanlagen. Darüber hinaus liegen meist zusätzliche Nutzungswünsche von anderen Gruppen (z.B. freien Sportgruppen) vor. Insgesamt entsteht so der Eindruck, dass bei der Sportanlagenbelegung nur noch wenig Spielräume bestehen. Schaut man aber genauer hin, dann kann unter Umständen festgestellt werden, dass auch zu besten Hallenzeiten nur sehr wenige Sportler eine 3-Felder-Sporthalle belegen.

Und wie wird mit freien Vormittags- und frühen Nachmittagszeiten umgegangen? Braucht jede Schule wirklich die gesamten Stunden zwischen 7.30 und 15.00 Uhr von Montag bis Freitag? Wie können solche Freizeiten besser genutzt werden, um damit vielleicht Abendstunden zu entlasten? Solche Fragen sollten Kommunen, Schulen und Sportvereine bei der Auslastung der eigenen Sporthallen und anderer Sportanlagen klären – gerade auch, wenn

Beispiel 7: Sporthallen-Belegungsüberprüfung in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

Drei Wochen lang wurden Hallenbelegungsbücher in den Sporthallen von Lichtenstein ausgelegt. Die Vereine, Schulen und anderen Nutzer der Sporthallen erhielten im Vorfeld ein Anschreiben, in dem sie auf die Durchführung der Überprüfung und die Wichtigkeit der Untersuchung hingewiesen wurden. Diese Informationen sollten die betreffenden Institutionen an ihre Mitarbeiter weiterleiten. Außerdem wurde um eine korrekte Ausfüllung der Hallentagebücher gebeten. Es wurde angedeutet, dass bei Nichteinschreibung von einem Leerstand der jeweiligen Sporthalle ausgegangen wird und diese Zeit dann zur weiteren Verteilung bereitsteht. In dem Hallentagebuch sollte Datum, Trainingszeit, ausgeübte Sportart sowie Anzahl, Alter und Geschlecht der Sportler eingetragen werden. Innerhalb des dreiwöchigen Untersuchungszeitraumes wurden von Mitarbeitern der TU Chemnitz Stichproben vor Ort zur Kontrolle über die Richtigkeit der Eintragungen durchgeführt.

Die Sporthallennutzung wurde für jede Sporthalle auf Montag bis Freitag von 07.00 bis 21.30 Uhr festgesetzt. Samstag und Sonntag wurden aus der Betrachtung ausgeschlossen. Somit wird von einer Betriebszeit von 14,5 Stunden pro Tag und 72,5 Stunden pro Woche ausgegangen.

Bei der Belegungsüberprüfung der Sporthallen wurde zunächst eine Nichtübereinstimmung der Belegungspläne und der tatsächlichen Belegung festgestellt. In Abbildung 3 ist zu sehen, dass die Belegungsplanung aller untersuchten Sporthallen »freie Zeiten« von 14 % beinhaltet. Danach belegen die Schulen mit über 50 % und die Sportvereine mit über 30 % die Sporthallen. Bei der Überprüfung der tatsächlichen Belegung der Sporthallen wurde jedoch eine 50-%ige »freie Zeit« festgestellt. Sowohl die Schulen als auch die Sportvereine nutzten ihre zugeteilten Zeiten nicht wie angemeldet und geplant. Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, dass eine effektivere Gestaltung der Belegungen aller Sporthallen möglich wäre.

Bei der Diskussion der vorliegenden Ergebnisse der Hallenbelegungsüberprüfung wurde von der Gemeindeverwaltung sowie von den Sportvereinen und Schulen darauf hingewiesen, dass nicht in jedem Fall die ausgelegten Hallenbelegungsbücher genutzt worden sind. Die Hallennutzung liege deshalb deutlich über 50 %. Aufgrund dieser Diskussion wurde dann in den Berechnungen zu den Sportanlagenbedarfen nach dem Leitfaden des BISp von einem mittleren Wert zwischen der Hallenbelegung nach Plan und der tatsächlichen Hallenbelegung ausgegangen (Auslastungsfaktor 0,65 = 65 %).

es darum geht, den tatsächlichen Bedarf für einen Neubau nachzuweisen. Wie eine solche Überprüfung der Belegung aussehen kann, ist am Beispiel einer durchgeführten Belegungsüberprüfung der Sporthallen in Lichtenstein nachvollziehbar (vgl. Bsp. 7).

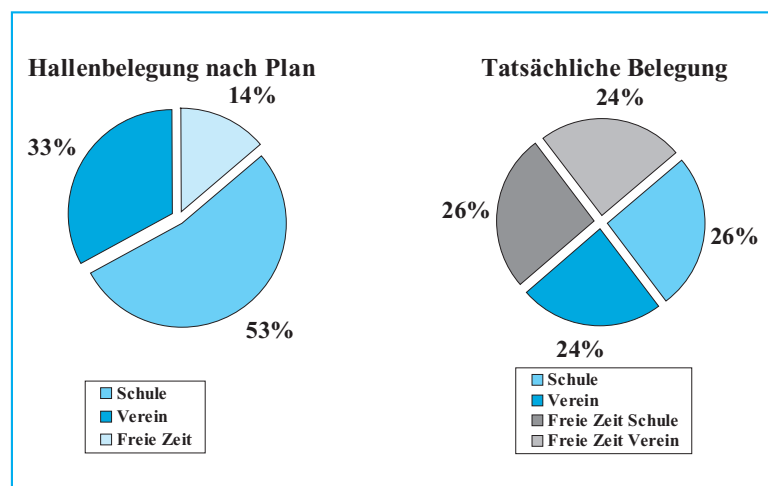


Abbildung 13: Geplante und tatsächliche Ausnutzung der Sporthallen in Lichtenstein

Bei der Überprüfung der Belegung von Sportanlagen ist allgemein zu beachten:

- rechtzeitige Ankündigung bei den Nutzern der Sportanlagen (ca. zwei Wochen vorher) vornehmen
- Durchführungszeitraum der Überprüfung: mindestens zwei Wochen
- Jahreszeitliche Nutzung von Sportanlagen beachten!
- Stichproben (Kontrolle) der Eintragungen während der Durchführung realisieren
- Eintragungen auch über Teilnehmerzahl in der angegebenen Zeit prüfen!
- Auswertung der Belegungsüberprüfung in die öffentliche Diskussion einbringen

Sportanlagennutzung

Die Befragung von Sportanlagen-Nutzern in einer Kommune ist weder für die Bedarfsermittlung nach der richtwertbezogenen noch nach der verhaltensorientierten Methode notwendig. Im Kontext der Kooperativen und Integrierten Planung kann sich allerdings aufgrund der Zielvorgaben und/oder Problemen der kommunalen Sportentwicklungsplanung ein solches Modul als sinnvoll erweisen.

Hierbei werden die speziellen Bedürfnisse und Wünsche von Sportanlagennutzern ermittelt. Dies kann am besten mittels eines standardisierten Fragebogens vor Ort in den Sportanlagen geschehen (vgl. RÜTTEN/SCHRÖDER/ZIEMAINZ 2001). Der Fragebogen sollte insbesondere Fragen dazu beinhalten, welchen Sport die Nutzer in bzw. auf der Sportanlage betreiben, wie sie die Sportanlage einschätzen sowie welche Wünsche und Ideen zu einer optimalen Sportanlage sie haben. Dabei sollten in Fragestellung und Gestaltung unterschiedliche Fragebogen für Kinder, Erwachsene und Übungsleiter verwendet werden, um von allen Altersgruppen und relevanten Akteuren entsprechende Informationen zu erhalten.

Beim Befragungszeitpunkt sollte je nach Sportanlage die Jahreszeit beachtet werden. Die Interviewer, also die Personen, welche die Fragebogen austeilen, sollten zu zufällig ausgewählten Zeiten in der Woche oder täglich zur gesamten Belegungszeit in die Sportanlagen gehen (je nach Ressourcen). Es ist sinnvoll, ein paar Tage vorher diese Befragung kurz über die Medien anzukündigen. Bis auf Bäder kann die Befragung wochentags durchgeführt werden. Das Wochenende ist besonders gut für die Befragung in Freibädern geeignet. Das Austeilen der Fragebogen sollte in Absprache mit den jeweiligen Übungsleitern am Anfang oder Ende der Übungszeit stattfinden. Am besten hat sich das Ausfüllen der Fragebogen durch die Nutzer vor Ort bewährt. In diesem Fall können die Fragebogen von den Interviewern gleich wieder eingesammelt werden, was eine hohe Antwortrate unterstützt. Die Interviewer sollten darauf achten, dass die Fragebögen von jedem Nutzer selbst ausgefüllt und nicht in Gruppenarbeit beantwortet werden (vgl. Bsp. 8/s.S. 40).

Beispiel 8: Befragung der Sportanlagennutzer in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

Im Mai 1999 wurden über ca. drei Wochen 493 Nutzerbefragungen durchgeführt. Von den befragten Nutzern stellten 55 % Mängel oder Nachteile in den Sportanlagen fest, die zu einer Beeinträchtigung der Hallennutzung bzw. der Sportplatznutzung führen. Bei der Beeinträchtigung der Sporthallen-nutzung werden an erster Stelle bauliche und funktionale Mängel z.B. bezüglich der Fenster und Lüftung genannt. An zweiter Stelle folgen Mängel im Sanitärbereich. Auf dem 3. Rang mit 9,5 % aller Nennungen wurde die Hallengröße als Mangel angeführt. Auf Mängel der Ausstattung der Sporthallen und Sportplätze weisen noch knapp 8 % der Nennungen hin, gefolgt von Mängeln bei der Sauberkeit und der Organisation der Sportanlagen. Abbildung 14 zeigt exemplarisch das Antwortverhalten der befragten Nutzer in allen Sporeinrichtungen der Gemeinde. Wie zu sehen ist, werden die Sportanlagen eher kritisch beurteilt. Besonders schlecht wird das Angebot beurteilt, das über den reinen Sportbetrieb hinaus geht. Beispielsweise werden die Sportanlagen im Hinblick auf Geräteausstattung und Personal negativ bewertet.

Spezielle Untersuchungen in Schulen

Benötigt eine Kommune spezifische Aussagen zum Bedarf von Sportangeboten und Sportanlagen im Schulsportbereich, so ist es vorteilhaft, eine exaktere Bestandsaufnahme in den Schulen der Kommune durchzuführen. Dabei können unter anderem Befragungen der Schüler und Lehrer, sportmotorische Tests zur

selbst sowie übergeordneter Behörden (z.B. Regionalschulamt, Ministerium) einzuholen. Die Auswahl der zu untersuchenden Klassen sollte über Schultypen und Klassenstufen variiert werden. Für die gleichzeitige Durchführung der Schülerbefragung und der sportmotorischen Tests müssen pro Klasse ca. 1 1/2 Stunden veranschlagt werden. Der sportmotorische Test (z.B. nach BÖS/WOHLMANN 1987) ist in diesem Fall voranzustellen. Dieser Test ist für Kinder ab zehn Jahren konzipiert, kann aber auch auf ältere Schüler angewendet werden. Bei ihm durchlaufen die Schüler die Stationen Zielwerfen, Ball-Beine-Wand-Werfen, Hindernislauf, Medizinballstoßen, 20-m-Sprint und 6-Minuten-Ausdauerlauf. Eine spezielle Reihenfolge ist nicht zu beachten, nur sollte die Ausdauerbelastung am Ende des Übungs-kreises und der Sprint nach einer ausreichenden Erwärmung stattfinden. Bei der Testumsetzung ist es vorteilhaft, pro Station zwei Personen zur Betreuung einzusetzen. In der Testanweisung werden genaue Hinweise für die Durchführung jeder einzelnen Übung gegeben. Testbögen zum Verzeichnen der einzelnen Ergebnisse eines jeden Schülers liegen diesen Hinweisen ebenso bei. Die Auswertung des Tests geschieht im Vergleich der tatsächlich erreichten Ergebnisse der Schüler mit den vorgegebenen Werten aus der Testbeschreibung. Die Befragung der Schüler ist im Anschluß an den sportmotorischen Test mittels standardisierter Fragebogen möglich (z.B. nach RÜTTEN/SCHRÖDER/ZIEMAINZ 2001). Neben Fragen, die sich auf das Sport- und Bewegungsverhalten beziehen, können die

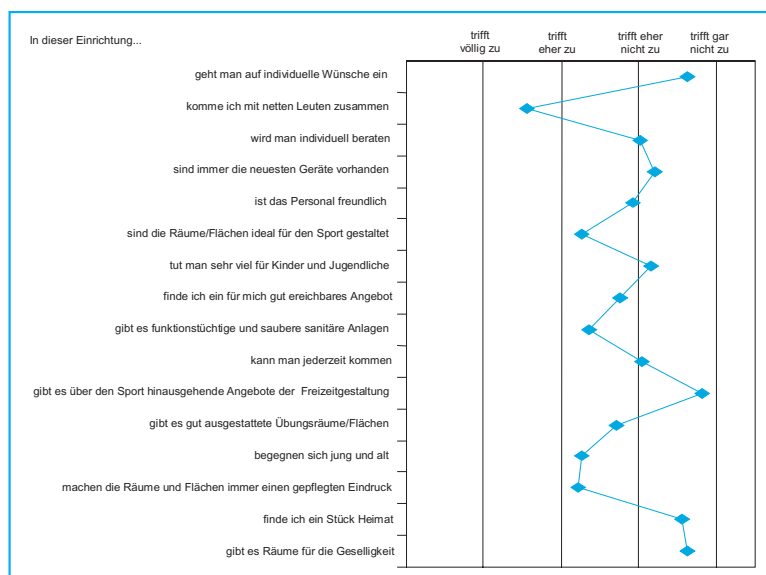


Abbildung 14: Einschätzung der Sportanlagen im Rahmen der Nutzerbefragung in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

Feststellung des koordinativen und konditionellen Zustandes der Schüler sowie Bewegungstagebücher zum Einsatz kommen. Der Untersuchungszeitraum einer solchen komplexen Untersuchung sollte auf ca. einen Monat festgelegt werden, wenn alle drei Untersuchungen gleichzeitig durchgeführt werden. Bei Untersuchungen in Schulen ist eine frühzeitige Genehmigung der Schulen

Schüler z.B. auch bezüglich ihrer Bewertung der direkten und indirekten Sport- und Bewegungs-Infrastruktur befragt werden. Weitere Inhalte können z.B. sein:

- Bewertung des Sportunterrichts (Aktivitäten und Zufriedenheit)
- Bewertung des Schulweges
- weitere körperliche Aktivitäten neben dem Schulsport (Art, Intensität, Dauer, Häufigkeit)
- psychologische Variablen (Selbstwirksamkeit)
- Soziodemographie (Alter, Geschlecht, Nationalität usw.)

Die Auswertung der Fragebogen kann auch an dieser Stelle wieder durch einfaches Auszählen oder die Verwendung von Software (Excel oder SPSS) erfolgen.

Eine weitere Methode zur Erfassung von Bewegungsaktivitäten der Schüler ist das Bewegungstagebuch. Diese Methode sollte vor allem angewendet werden, wenn geringes Wissen über Bewegungsräume von Schulkindern und deren Aktivitäten in einer Kommune vorliegen. In einem Bewegungstagebuch soll ein Kind bzw. ein Jugendlicher zwei Wochen lang genaue Aufzeichnungen führen, wie, wann, und wie lange es bzw. er sich an welchem Ort bewegt (vgl. BLINKERT 1993; RÜTTEN/SCHRÖDER/ZIEMAINZ 2001). Das ist sowohl für das Kind bzw. den Jugendlichen wie auch für denjenigen, der die Daten auswertet, ein sehr aufwendiges Verfahren, liefert aber auch genauere Erkenntnisse über das Bewegungsverhalten als eine einfache Befragung. Bei der Durchführung und Auswertung ist auf die Anonymisierung der Daten zu achten. Im Vorfeld sollten die Eltern unbedingt über die Untersuchung informiert und um Mithilfe gebeten werden.

Sportgelegenheiten und Bewegungsräume

Was sind eigentlich Sportgelegenheiten und Bewegungsräume? Und warum sollten die Menschen, die sich hier bewegen, gesondert berücksichtigt werden? Wie schon im Kapitel 3.3 erläutert, wird gerade das informelle

Sporttreiben in und auf nicht-normierten Sportanlagen immer populärer. Über die Hälfte aller sportlich Aktiven betreibt ihren Sport außerhalb der Sporthallen, Sportplätze, Bäder, Leichtathletikanlagen und speziellen Sportanlagen. Eine mögliche Definition von »Sportgelegenheiten« haben Bach und Zeisel vorgelegt: »Sportgelegenheiten sind Flächen, deren Primärnutzung eine Sekundärnutzung in Form von informellen Sport zulassen. Die Möglichkeit einer Sekundärnutzung ist dann gegeben, wenn bei der Primärnutzung zeitliche, quantitative oder qualitative Nicht- oder Umnutzungen auftreten sowie für die Sekundärnutzung eine stillschweigende, privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Duldung, Erlaubnis oder Zulassung vorliegt« (BACH/ZEISEL 1989, 661).



Sportgelegenheit oder Bewegungsraum?

Als Hinweis für die Planungspraxis kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass die Planung von Sportgelegenheiten sowohl beim richtwertorientierten Ansatz als auch beim verhaltensorientierten Ansatz (Leitfaden des BISp) eine Unterlassungsplanung in dem Sinne ist, dass auf die Bedingungen der Primärnutzung für geeignete Flächen in der Form Einfluss genommen werden sollte, dass eine Sekundärnutzung möglich wird. Interessant und notwendig wird dieses Modul insbesondere für den Kooperativen und Integrierten Ansatz, da hier im Rahmen der kooperativen

Beispiel 9: Bestandsaufnahme von Sportgelegenheiten und Bewegungsräumen

Lage	Struktur	Eignung	Eigentumsverhältnisse	Beschränkungen	Bemerkungen
Parkplatz im Gewerbegebiet	Asphaltfläche	werktags zum Parken für Einkäufer; Wochenende für Streetbasketball und Inline-Skating	Gewerbeverein; Stadt	kann nur am Wochenende und wochentags ab 20.00 Uhr genutzt werden	gut geeignet für Wochenendveranstaltungen im Sommer

Planungsgruppe auf alle Fälle Themen der Nutzung und Gestaltung von Sportgelegenheiten und Bewegungsräumen behandelt werden.

Dabei stellt sich zunächst die Frage der Erhebung solcher Räume. Einen Ansatz zur Erfassung von Sportgelegenheiten und Bewegungsräumen zeigt das Beispiel 9.

Die Bestandsaufnahme der Bewegungsräume in einer Kommune kann auf verschiedenen Wegen geschehen. Zum einen sollte die Kommune eigene Informationen aus den jeweili-

gen Ämtern (Bauamt, Grünflächenamt etc.) nutzen und sammeln. Weiterhin gibt es die Möglichkeit, Personen mit unterschiedlichen Perspektiven an einen Tisch zu bringen und dann gemeinsam zu überlegen, wie Bewegungsräume überhaupt definiert werden sollten und welche Räume dieser Art es speziell in der eigenen Gemeinde gibt (vgl. dazu Bsp. 10).

Beispiel 10: Arbeitsgruppe Bewegungsräume in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

Eine Arbeitsgruppe »Entwicklung von Bewegungsräumen« (gebildet aus der kooperativen Planungsgruppe) hat sich intensiv mit der Problematik der Sportgelegenheiten und Bewegungsräume auseinandergesetzt. In der Arbeitsgruppe wurde eine gemeinsame Definition für Bewegungsräume entwickelt und festgehalten:

Bewegungsräume findet man in und zwischen den Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein für verschiedene Zielgruppen. Bewegungsräume können sein:

- Öffentliches Verkehrsnetz, außer Bundes- und Staatsstraßen
- Feld- und Waldwege
- Parkanlagen
- Naturräume (Wald, Gewässer, Wiesen, Felder usw.)
- Sportanlagen (Schwimmbäder, Sportplätze, Sporthallen)
- Spielplätze, Schulhöfe
- Kleingartenanlagen
- Naherholungsgebiete

Die Arbeitsgruppe bestimmte weiterhin die Gestaltung und Entwicklung von Bewegungsräumen unter dem Aspekt der Gesundheitsförderung und der Freizeitgestaltung. Bei der Ermittlung von Bewegungsräumen wurde zunächst eine schematische Darstellung der Bewegungsräume in der Natur erstellt. Dazu trug jedes Arbeitsgruppenmitglied seine Vorstellungen in eine Umgebungskarte von Lichtenstein ein. In diese schematische Darstellung wurden in einem nächsten Schritt weitergehende Bewegungsräume wie Spielplätze, Sportanlagen, usw. eingezeichnet. Die Eintragungen wurden dann in der Arbeitsgruppe diskutiert und präzisiert. Abschließend wurden für die festgestellten Bewegungsräume Vorschläge der Nutzung und Verknüpfung miteinander gemacht. Ziel war es, ein Gesamtkonzept für Bewegungsräume für die Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein zu erstellen. Bei der weiteren Arbeit wurden dann das kooperative Mittelzentrum Hohenstein-Ernsttal und der Entwurf des Flächennutzungsplanes mit vordefinierten sportoffenen Landschaften einbezogen.

Weiterhin wurden im Rahmen der Beobachtung des Bewegungsverhaltens in der Bevölkerung genauere Untersuchungen der Bewegungsräume vollzogen, d.h. hier konnten innerhalb von Lichtenstein über 30 Plätze bzw. Orte in der Gemeinde aufgenommen werden, auf denen sich Menschen bewegen oder bewegen könnten.

Erfassung des Bewegungsverhaltens in der Bevölkerung

Um nicht nur das Sportverhalten auf normierten Sportstätten zu erfassen, sondern die Kommune insgesamt als Bewegungsraum zu untersuchen, können spezielle Untersuchungen der Bewegungsräume durchgeführt werden. Dabei wurde z.B. unter der Fragestellung gearbeitet: An welchen Orten bewegen sich Menschen in der Kommune bzw. könnten sie sich bewegen?

Das Beispiel 11 dokumentiert eine durchgeführte Studie zum Bewegungsverhalten in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein.

lichen aus diesen Bereichen geachtet werden. Schließlich ist es für die Entwicklung von Maßnahmen in allen Ansätzen der Sportentwicklungsplanung wichtig, schon geplante zukünftige Vorhaben in Bezug auf Sportanlagen in der Gemeinde zu erfassen und bei der Bearbeitung der weiteren Vorgehensweise einzubeziehen.

Beispiel 11: Erfassung des Bewegungsverhaltens in der Bevölkerung der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

In einer ersten Erkundungsphase der Untersuchung konnten 34 Orte in den beteiligten Gemeinden als mögliche Bewegungsräume identifiziert werden. Davon wurden 12 Orte für eine systematische Beobachtung ausgewählt. Diese Orte wurden unter dem folgenden Aspekt untersucht: Wie viele Menschen halten sich zu einer bestimmten Zeit an bzw. auf dem Platz auf und in welcher Art und Weise bewegen sie sich an diesem Ort? Personen welchen Alters und Geschlecht sind das?

Die Orte wurden jeweils werktags an einem Vormittag und einem Nachmittag sowie am Wochenende an einem Nachmittag beobachtet. Ein Beobachtungsteam bestand aus zwei Personen. Jedes der vier Teams erhielt drei Plätze zugewiesen.

Insgesamt wurden über den Zeitraum der Beobachtung von ca. drei Wochen 8.210 Personen nach Alter, Geschlecht und Art der Bewegung protokolliert. Von allen beobachteten Personen waren etwa 52 % Frauen und 48 % Männer. Dies spiegelte die realen Verhältnisse der Geschlechter in der Gemeinde wieder. Die über 8.000 beobachteten Personen bewegten sich zu über 50 % mit dem Auto. Zu Fuß waren mehr als 35 % an den beobachteten Plätzen unterwegs. Mit ca. 10 % liegt der Anteil der Radfahrer weit unter dem der Autofahrer. Fast 4 % konnten als Ruhende, Sitzende und mit-spielende Erwachsene klassifiziert werden, also als Personen, die eine längere Zeit an dem jeweiligen Ort verharren. Skater, Jogger und Rollstuhlfahrer machten gemeinsam nur einen Anteil von 0,3 % an allen beobachteten Personen aus. Wichtig ist bei der Auswertung, dass die verschiedenen Plätze auch im Einzelnen betrachtet werden.

Die gesamte Untersuchung wurde mit dem Ziel realisiert, dass zwei Jahre später noch einmal die gleiche Untersuchung an den gleichen Orten durchgeführt werden sollte, um Veränderungen im Bewegungsverhalten der Bevölkerung feststellen zu können. In den dazwischenliegenden zwei Jahren sollten bestimmte Maßnahmen zur Förderung von Bewegung an den verschiedenen Orten realisiert werden.

Erfassung anderer Planungsparameter

Die Erfassung anderer spezifischer Planungsparameter bezieht sich beispielsweise auf die Erfassung von Daten aus dem Bereich des Tourismus.

Dabei kann es sich um Sehenswürdigkeiten und Attraktionen der Kommune bzw. der Region handeln, die in engem Zusammenhang mit körperlicher Aktivität und Sport stehen. Zudem können auch Probleme und Gesetzesvorgaben des Umwelt- und Naturschutzes für das Thema Sport- und Bewegungsräume relevant sein. Hier sollte von Anfang an auf eine enge Zusammenarbeit mit den Verantwort-

4. Bedarfsermittlung

Bei der Bedarfsermittlung geht es darum, die notwendigen Sportanlagen und Sportgelegenheiten für die Bevölkerung einer Kommune zu bestimmen. Dabei gibt es die schon vorgestellten unterschiedlichen Methoden, die von der Festlegung von Richtwerten für Quadratmeter (qm) Sportanlagenfläche pro Einwohner über eine auf dem realen Sportverhalten basierende Berechnung bis hin zu der gemeinsamen Bestimmung von Bedarfen durch Bürger, Entscheidungsträger und Experten reichen. Im Folgenden sollen die Methoden hinsichtlich ihrer praktischen Umsetzung bei der Bedarfsermittlung detailliert dargestellt werden.

4.1 Bedarfsermittlung in der richtwertbezogenen Sportstättenentwicklungsplanung

Allgemeine Hinweise zur Vorgehensweise

Die Bedarfsermittlung nach dem Goldenen Plan wird auf der Grundlage der Einwohnerzahlen und der DOG-Richtwerte für die Kommune berechnet. Ebenso wird parallel der Sportstättenbedarf für den Schulsport ermittelt.

Die Richtwerte beziehen sich auf alle Kernsportanlagen nach Anzahl, Abmessung und Standort. Dabei ist für die Anlagen der Grundversorgung, wie Sportplätze, Sporthallen, Hallen- und Freibäder, die Gesamteinwohnerzahl der Kommune maßgebend. Zusätzlich zu den traditionellen Sportanlagen für die Grundversorgung gehören zur Standortplanung auch spezielle Anlagen für einzelne Sportarten. Hierzu zählen: Eissport, Flugsport, Golf, Pferdesport, Radsport, Schießsport, Squash, Wassersport, Wintersport und andere. Dabei ist nach den Vorgaben des Goldenen Plans zu beachten, dass der Bedarf an solchen speziellen Anlagen für jede einzelne Sportart örtlich verschieden ist. Deshalb kann der Bedarf hier

nicht einfach aus der Einwohnerzahl abgeleitet werden; d.h. es werden auch keine Richtwerte für die Bedarfsermittlung vorgegeben, sondern der Bedarf sollte jeweils aus dem Umfang der vorhandenen bzw. erwarteten Aktivitäten in der betreffenden Sportart abgeleitet werden.

Bei Orten mit einer hohen Anzahl von Schulen kann der Schulbedarf höher als der Allgemeinbedarf sein. Dies gilt es für die Kommune jeweils zu überprüfen und bei der Festlegung des Gesamtbedarfes entsprechend zu berücksichtigen.

Bedarfsermittlung nach Richtwerten für die Bevölkerung

Die vorgegebenen Orientierungswerte sind in Abhängigkeit von Siedlungsstruktur und Einwohnerzahl festgelegt worden. Sie orientieren sich an den Richtwerten der Deutschen Olympischen Gesellschaft (DOG) aus dem Jahre 1956. Diese Richtwerte, die den Bedarf an Sportfläche je Einwohner kennzeichnen, sind in den Bemessungsdiagrammen des Goldenen Plans dargestellt (vgl. Tab. 11 bis 14). Der Gesamtbedarf an Sportfläche wird gesondert für folgende Arten an Sportanlagen berechnet: Sportplätze, Sporthallen, Bäder (Hallen- und Freibäder).

Nach der Erfassung des Sportstättenbestandes (vgl. Kap. 3.2 »Erfassung der Sportanlagen und der Sportangebotsstruktur«) kann z.B. anhand der Orientierungswerte der »Richtlinien für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen (in den neuen Bundesländern)« der Bedarf für eine Gemeinde ermittelt werden.

Im Folgenden wird anhand eines Beispiels für einen sächsischen Planungsraum exemplarisch die Ermittlung des Sportstättenbedarfs für die Bevölkerung nach dem Richtwertansatz dargestellt.

Sportplätze

Sportplätze können nach dem Goldenen Plan Ost (GPO) Großspielfelder, Kleinspielfelder, Tennisplätze, Anlagen für Leichtathletik sowie spiel- und sportorientierte Freizeitanlagen sein. Bei dieser Kategorisierung zeigt sich, dass nicht nur die Nutzbarkeit für Sportunterricht, Training, Übung und Leistungsvergleich auf Sportplätzen beachtet werden sollte, sondern zusätzlich der Freizeit- und Erholungswert bei jeder Konzipierung eines Sportplatzes

Bedarfsflächen für den Tennissport werden extra gekennzeichnet. Wald, Erholungsparks, Wanderwege, allgemeine Grünanlagen o.ä. sind in der Bedarfsermittlung für Sportplätze nicht enthalten, sollen aber mit Hilfe anderer Methoden berücksichtigt werden (sagt der GPO, jedoch ohne nähere Ausführungen dazu zu machen).

In unserem Planungsbeispiel der sächsischen Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

Beispiel 12: Richtwerte Sportplätze in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

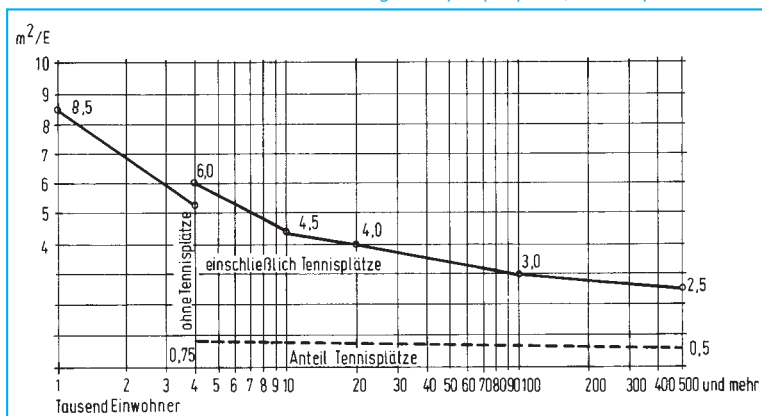
	Richtwert Sportplatz (gesamt)	Fläche Tennisplatz (von gesamt)
Bernsdorf	6,30 qm pro Einwohner	-
Lichtenstein	4,30 qm pro Einwohner	0,70 qm pro Einwohner
St. Egidien	5,50 qm pro Einwohner	-
VG (als Kommune)	4,00 qm pro Einwohner	0,70 qm pro Einwohner

zu berücksichtigen ist. Denn unterschiedliche Sportformen, wie der Vereinssport, der Schulsport und der außerhalb des Sportvereins betriebene Sport der Bevölkerung, rufen natürlich auch unterschiedliche Ansprüche an das Angebot an Sportplätzen hervor. Im GPO wird von einer »nutzbaren Sportfläche« als Nettofläche von Sportplätzen, d.h. der tatsächlichen Stätte der Sportausübung, gesprochen. Alle anderen Flächen, wie Flächen für Zuschauer, Zugänge und Verkehrswege, Umgänge, Vegetationsflächen, Stell- und Vorplätze sowie Gebäudeflächen, sind nicht in der Nettofläche an nutzbarer Sportfläche enthalten.

(VG) können die Richtwerte an Sportfläche für Sportplätze den Tabellen des Goldenen Plan Ost entnommen werden (vgl. Tab. 11). Diese Werte sind für die jeweilige Gemeindegröße unterschiedlich. Folgende Richtwerte gelten dort für die entsprechenden Gemeindegrößen der Verwaltungsgemeinschaft (s. Bsp.)

Abhängig von der Siedlungsstruktur und der Einwohnerzahl sind bei Sportplätzen zwischen 8,5 qm nutzbare Sportfläche pro Einwohner (für Versorgungsbereiche oder Gemeinden mit etwa 1.000 Einwohnern) und 2,5 qm pro Einwohner (für Städte mit 500.000 und mehr Einwohnern) möglich. Für Tennisplätze sind in diesen Bedarfswerten bei Gemeinden mit 4.000 Einwohnern 0,75 qm nutzbare Tennisfläche pro Einwohner enthalten (entspricht 5 Tennisplätzen). Der Orientierungswert für Tennisplatzflächen mindert sich von 0,75 qm pro Einwohner bei Gemeinden mit 4.000 Einwohnern auf 0,5 qm pro Einwohner bei 500.000 und mehr Einwohnern. Bei kleineren Gemeinden, wie Bernsdorf und St. Egidien, wird eine gemeinsame Planung zur Erreichung der notwendigen Versorgung von Tennisplatzflächen vorgeschlagen (Verwaltungsgemeinschaft).

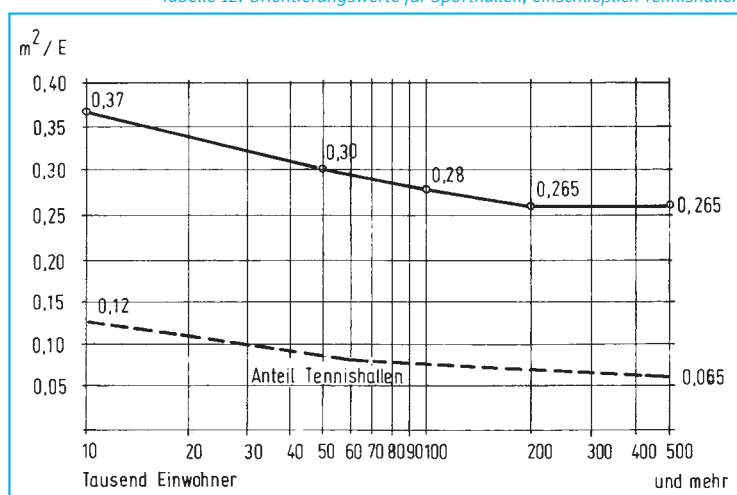
Tabelle 11: Orientierungswerte für Sportplätze, einschließlich Tennis



Sporthallen

Zu Sporthallen zählen: Hallen für Turnen, Spiele und Mehrzwecknutzung sowie Tennishallen. Auch für Sporthallen können die Richtwerte den Tabellen des GPO entnommen werden (vgl. Tab. 12). Der Richtwert für Sporthallen liegt in der Verwaltungsgemeinschaft bei 0,34 qm pro Einwohner; davon entfallen 0,10 qm pro Einwohner auf Flächen für Tennishallen.

Tabelle 12: Orientierungswerte für Sporthallen, einschließlich Tennishallen



Für die einzelnen Kommunen sieht die Berechnung folgendermaßen aus:

Beispiel 13: Richtwerte Sporthallen in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

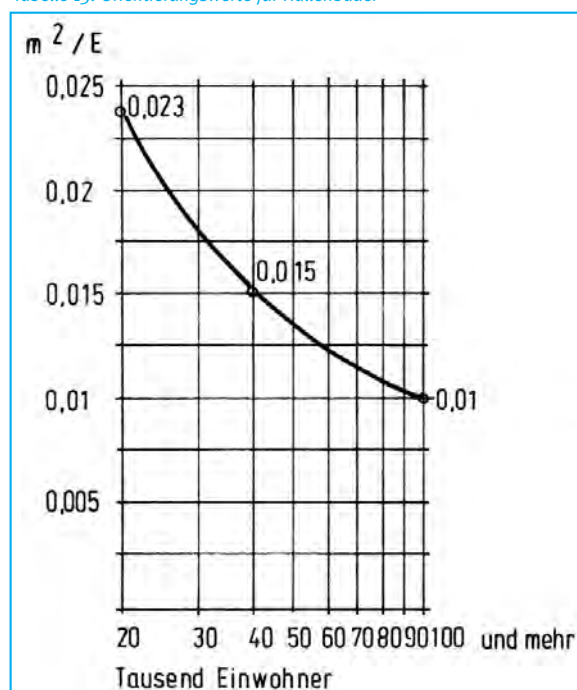
	Richtwert Sporthalle (gesamt)	Fläche Tennishalle (von gesamt)
Bernsdorf	0,37 qm pro Einwohner	0,12 qm pro Einwohner
Lichtenstein	0,35 qm pro Einwohner	0,11 qm pro Einwohner
St. Egidien	0,37 qm pro Einwohner	0,12 qm pro Einwohner
VG (als Kommune)	0,34 qm pro Einwohner	0,10 qm pro Einwohner

Ein Spezifikum gegenüber der verhaltensorientierten Methode ist sowohl bei den Sportplätzen als auch bei den Sporthallen, dass bei der richtwertbezogenen Methode die Tennisanlagen in den Kategorien Sportplätze bzw. Sporthallen mit berücksichtigt werden. Bei der verhaltensorientierten Methode werden die Kategorien Tennishalle und Tennisplatz separat behandelt.

Hallenbäder

Die Richtwerte für Hallenbäder liegen zwischen 0,023 qm nutzbare Wasserfläche pro Einwohner bei Städten mit etwa 20.000 Einwohnern und 0,01 qm pro Einwohner bei Städten von 100.000 und mehr Einwohnern.

Tabelle 13: Orientierungswerte für Hallenbäder



In Tabelle 13 sind keine Richtwerte für Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern abzulesen. In Gemeinden mit 12.000 bis 20.000 Einwohnern kann aber als Richtwert der unterste Richtwert von 0,023 qm pro Einwohner verwendet werden. In Gemeinden dagegen von 10.000 bis 12.000 Einwohnern sollte ein Richtwert von einer Wasserfläche mit 270 qm angenommen werden. Für Gemeinden unter 10.000 Einwohnern gilt ein Richtwert von 270 qm nach dem GPO nur dann, wenn sich

mehrere Gemeinden zu einer Gemeinschaft zusammenschließen, die dann ca. 10.000 Einwohner versorgt.

In Kommunen mit starkem Fremdenverkehr wird möglicherweise ein Zuschlag auf die Richtwerte notwendig. Zudem kann das Hallenbadangebot stark durch den Bedarf des Schulsports (s.u.) beeinflusst werden.

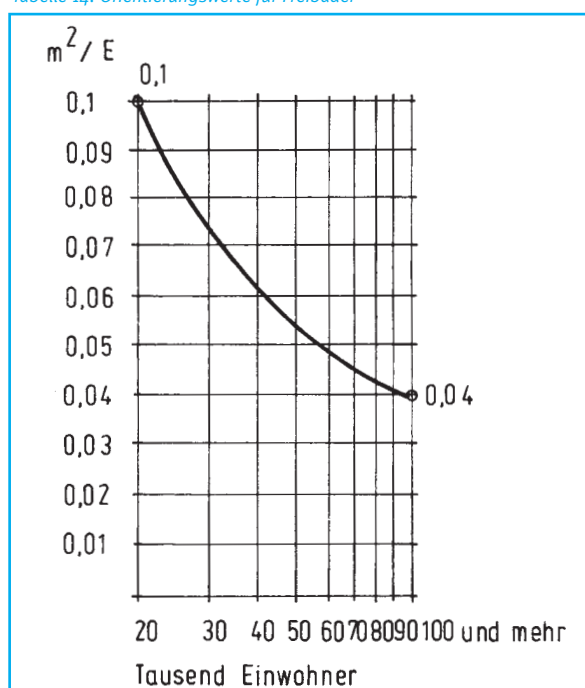
Beispiel 14: Richtwerte Hallenbäder in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

Richtwert Hallenbad (gesamt)	
Bernsdorf	nur in Gemeinschaft
Lichtenstein	0,023 qm pro Einwohner
St. Egidien	nur in Gemeinschaft
VG (als Kommune)	0,023 qm pro Einwohner

Freibäder

Zu der Kategorie Freibäder zählen auch Freiwasserflächen und Naturbäder. Als Naturbäder gelten nur unter Badeaufsicht stehende und über ein den Freibädern vergleichbares Freiflächenangebot sowie über sanitäre Anlagen verfügende Bäder. Der nach den Orientierungswerten errechnete Bedarf an Freibadwasserfläche kann bis 25 % durch Naturbäder ausgeglichen werden.

Tabelle 14: Orientierungswerte für Freibäder



In Gemeinden mit 12.000-20.000 Einwohnern (wie die Stadt Lichtenstein) kann mit dem Richtwert von Städten von etwa 20.000 Einwohnern gerechnet werden. In Kommunen unter 10.000 Einwohnern kann nach dem GPO ein Freibad mit einer Fläche von 1.200 qm nur dann empfohlen werden, wenn sich mehrere Gemeinden zu einer Gemeinschaft zusammenschließen.

Beispiel 15: Richtwerte Freibäder in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

Richtwert Freibad (gesamt)	
Bernsdorf	nur in Gemeinschaft
Lichtenstein	0,1 qm pro Einwohner
St. Egidien	nur in Gemeinschaft
VG (als Kommune)	0,1 qm pro Einwohner

In Kommunen mit starkem Fremdenverkehr ist auch bei den Freibädern ein Zuschlag auf die Orientierungswerte möglich.

Spezielle Anlagen

Für die Planung von speziellen Anlagen, wie z.B. Eissportanlagen, Golfanlagen, Reit- und Fahrsportanlagen sowie Rollsportanlagen, gibt der GPO keine speziellen Richtwerte an (s.o.). Er verweist jedoch als Orientierungshilfe auf einige Grundsätze der Stadtentwicklungsplanung. Bei der Bedarfserstellung solcher Anlagen sei aus Gründen der Vermeidung von Überangeboten folgende Situation genauer zu untersuchen:

- Gesamtheit der Sportanlagenversorgung
- Langfristig absehbare Entwicklung konkurrierender Sportarten
- Gleichartige bzw. ähnliche Anlagen in unmittelbarer Nachbarschaft der Kommune
- Überregionaler Einzugsbereich
- Voraussehbarer anhaltender Bedarf für möglichst viele Nutzer- und Altersgruppen
- Einbindung in Siedlungsstruktur (Qualitätsverbesserung des Wohnumfeldes und der Umweltverträglichkeit, günstiger Standort)
- Kombinierbarkeit neuer Anlagen mit vorhandenen oder bereits geplanten Anlagen
- Fachliteratur zum Thema

Bedarfsermittlung nach Richtwerten für den Schulsport

Der Schulsportbedarf wird nach dem GPO nur für die Sportanlagenkategorien Sporthalle, Sportplatz und Hallenbad ermittelt. Wie bereits angedeutet, kann bei Gemeinden mit einer hohen Anzahl von Schulen der Schulbedarf höher sein als der Sportstättenbedarf der Bevölkerung. Sollte dies der Fall sein, so wird der Bedarf des Schulsports zugrunde gelegt. Der Bedarf der Bevölkerung wird bei der richtwertbezogenen Methode mit dem Bedarf des Schulsportes also nicht addiert,



Schulsport: Spiel – Spaß – Bewegung

sondern verglichen; der höhere Bedarf geht in die Bilanzierung mit dem Bestand ein.

Sportplätze

Beim Schulsport sind für Sportplätze gesonderte Orientierungswerte vorgesehen. Für je 10 Klassen ist nach GPO eine »Übungseinheit« erforderlich. Dabei umfasst die Mindestausstattung der Anlagen die Versorgung für Mannschaftsspiele und Leichtathletik. Für die Primarstufe kommt auch eine Nutzung des Pausenhofes für Spiel und Sport in Betracht. Als sinnvoll gilt eine Anlage mit einem oder mehreren multifunktional zu nutzenden Kleinspielfeld(ern) mit Kunststoffbelag. Die in Tabelle 15 ausgewiesenen Richtwerte geben die erforderliche Mindestausstattung der einzelnen Übungseinheiten (ÜE) für den Schulsport an. Die Tabelle gibt auch Auskunft über den schulischen Bedarf an ÜE im Verhältnis zur Klassenanzahl sowie über Anzahl und Art der erforderlichen Einzelanlagen.

Sporthallen

In der Tabelle 16 (S.49) sind unterschiedliche Varianten der Deckung des Schulsportbedarfes an Sporthallen dargestellt.

Tabelle 15: Übungseinheiten für den schulischen Bedarf an Sportplätzen, nach Anzahl der Klassen und Art der Einzelanlagen (DSB 1992)

Anzahl der Klassen	10	20	30	40	50	60
Erforderliche ÜE	1	2	3	4	5	6
Kleinspielfeld 27 x 45 m 22 x 44 m	1 -	2 1	1 1	2 1	2 2	2 3
Kurzstreckenlaufbahn - Einzelbahn 1,20 x 130 m	4	4	6	6	6	6
Kugelstoßbringe	4	4	4	4	4	4
Gymnastikrasen ca. 1.000 qm	1	1	-	-	-	-
Großspielfeld 62 x 94 m	-	-	1	1	1	1
Nutzbare Sportfläche gesamt ca. in 1.000 qm	3,5	6	10	11	12	13

Tabelle 16: Schulversorgung mit Sporthallen-Varianten nach Hallentypen (DSB 1992)

	Benötigte ÜE	Einzelhalle 15 x 27 x 5,5m	Zweifachhalle 22 x 44 x 7m teilbar	Dreifachhalle 27 x 45 x 7m teilbar	Spielhalle 22 x 44 x 7m nicht teilbar
Schulen bis zu 10 Klassen	1	X			
					X
Schulen bis zu 20 Klassen	2	X		X	
			X		
Schulen bis zu 30 Klassen	3	X	X		
			X		X
			X		
Schulen bis zu 40 Klassen	4	X		X	
				X	X
		X	X		X

Berechnungsgrundlage für die Bedarfsermittlung der Sporthallenfläche für den Schulsport ist die Anzahl der Klassen sowie der Sportstunden pro Woche. Danach ist für je 10 Klassen bei einer Sportstunde in der Woche eine ÜE in der Regelgröße 15 x 27 m (405 qm) erforderlich. Bei zwei oder mehr ÜE sollte der Bedarf wegen der günstigeren Nutzungsmöglichkeiten durch teilbare Hallen gedeckt werden.

Der Schulbedarf für das Schwimmen wird ebenso anhand der geltenden Lehrpläne ermittelt. Der Bedarf wird allein durch Hallenbäder abgedeckt, um das Schwimmen wetterungsabhängig durchführen zu können. In der Regel kann der Schulbedarf an Hallenbadfläche über den Bedarf der Bevölkerung befriedigt werden (vgl. Bsp. 16 mit *).

Beispiel 16: Schulsportbedarf nach den Richtwerten des GPO für die Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

Schulart	Schule	Klassen 1999	Übungseinheiten			Sportfläche in 1.000 qm		
			Sporthalle	Sportplatz	Hallenbad	Sporthalle	Sportplatz	Hallenbad
Grundschulen	Bernsdorf	4	1	1	-*	0,4	3,5	-*
	St. Egidien	7	1	1	-*	0,4	3,5	-*
	Rödlitz	5	1	1	-*	0,4	3,5	-*
	Kleist	8	1	1	-*	0,4	3,5	-*
	Diesterweg	4	1	1	-*	0,4	3,5	-*
	Pestalozzi	7	1	1	-*	0,4	3,5	-*
Mittelschulen	St. Egidien	12	1	1		0,4	3,5	
	Diesterweg	16	2	1		1	3,5	
	Kleist	14	2	1		1	3,5	
Gymnasium	Gymnasium Lichtenstein	32	4	3		2	10	
Sonderschulen	Förderschule Pestalozzi	9	1	1	-*	0,4	3,5	-*
Gesamt		118	16	13	-*	7,2	45*	-*

* über Bevölkerungsbedarf abgedeckt

Bei Schulen, die ein gemeinsames Schul- und Sportgelände nutzen, können Übungseinheiten gemeinsam berechnet und aufgeteilt werden.

Die Ermittlung des Schulsportbedarfs nach der richtwertbezogenen Methode hat bei dem dargestellten Beispiel in Lichtenstein ergeben, dass der Bedarf an Sportplätzen durch den Schulsport (45.000 qm) unter dem der Bevölkerung (83.400 qm) liegt. Dies ist bei den Hallenbädern ebenso der Fall. Der Bedarf an Sporthallenfläche für den Schulsport liegt mit 7.200 qm allerdings leicht über dem Bedarf der Bevölkerung (von 7.089 qm); der Sportstättengesamtbedarf für Sporthallen orientiert sich demzufolge am Schulsportbedarf (vgl. Bsp. 17).

Anlagen im Wohnbereich

Nach dem GPO können auch Flächen für Sportgelegenheiten anhand von städtebaulichen Orientierungswerten ermittelt werden (vgl. Tab. 16). Dabei sind die entsprechenden Vorgaben weitgehend auf Sportgelegenheiten im Wohnbereich ausgerichtet.

Die Orientierungswerte des GPO für solche Sportgelegenheiten gelten jeweils für das gesamte Gemeindegebiet und sollen so angewendet werden, dass eine gleichmäßige und unmittelbare Versorgung der Bevölkerung in den einzelnen Wohnbereichen gewährleistet ist.

Beispiel 17: Gesamt-Sportstättenbedarf der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

	Verwaltungsgemeinschaft (als Kommune)	Bernsdorf	Lichtenstein	St. Egidien
Einwohner gesamt	20.850	2.629	14.279	3.942
Sportplätze (in qm)	83.400	16.563	61.400	21.131
Sportplätze	68.805	16.563	51.405	21.131
Tennisplätze	14.595	-	9.995	-
Sporthallen (in qm)	7.200	973	4.998	1.422
Sporthallen	5.115	658	3.427	961
Tennishallen	2.085	315	1.571	461
Hallenbäder (in qm)	480	(270)	328	(270)
Freibäder (in qm)	2.085	(1.000)	1.428	(1.000)



Schulsportbedarf – unbedingt die Nutzerinnen und Nutzer befragen

Tabelle 16: Orientierungswerte für Spielplätze, Spiel- und Sportgelegenheiten (DSB 1992)

Altersstufen	Kleinkinder unter 5 Jahre	Kinder 6 bis 11 Jahre	Kinder & Jugendliche über 12 Jahre	Erwachsene und Senioren
Städtebauliche Orientierungswerte qm/Einwohner Netto	0,5	0,5	0,5	Anlagenteile der nebenstehenden Spielplätze sowie öffentliche Parks und sonstigen Freiflächen können bei entsprechender Ausgestaltung allen Altersstufen als Spiel- und Sportgelegenheiten dienen
Brutto	0,75 bis 1,0	0,75 bis 1,0	0,75 bis 1,0	
Richtmaße in qm Netto	40-150	450-800	600-3.000	
Richtmaße in qm Brutto	60-300	675-1.600	900-6.000	
Standort	In Sicht- und Rufweite der Wohnungen	Innerhalb der Wohngebiete	Zuordnung zu Stadtvierteln, möglichst in Grünzonen	
Entfernung von der Wohnung	bis 100 m	bis 400 m	bis 800 m	

Die Bilanz

Bei der Bestimmung der Sportstättenentwicklungsbedarfe nach der richtwertbezogenen Methode wird von einer Bilanzierung der nach den Vorgaben des Goldenen Plans klassifizierten Sportstättenbestände und Sportstättenbedarfe in einer Gemeinde ausgegangen. D.h. es werden die erhobenen Sportstättenbestände (vgl. Kap. 3 »Bestandsaufnahme«) dem ermittelten Bedarf an Sportstätten gegenübergestellt. Um dies zu veranschaulichen, wird am Beispiel der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein die ermittelte Bilanz in Abbildung 15 dargestellt.

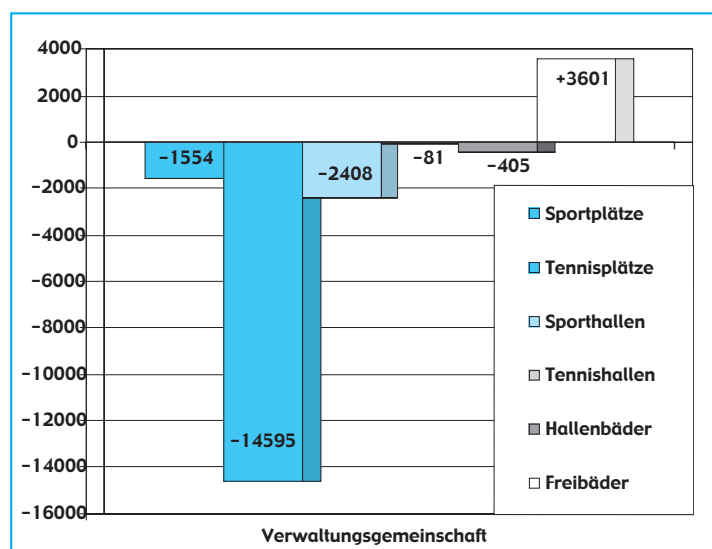


Abbildung 15: Bilanz in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein nach Goldenem Plan Ost in qm

Wie der Abbildung 15 zu entnehmen ist, weist die Bilanz bei Sportplätzen, Sporthallen und Hallenbädern in der Verwaltungsgemeinschaft insgesamt Fehlbestände auf. Zur Deckung dieser Fehlbestände sind auch bei Sanierung aller bestehenden Anlagen zusätzliche Neuanlagen erforderlich. Dagegen ist für Freibäder hinsichtlich der Wasserfläche ein bedarfsübersteigender Bestand in der Verwaltungsgemeinschaft insgesamt zu verzeichnen. Neuanlagen sind hier nicht erforderlich, und eine Sanierung bestehender Anlagen sollte sich am Bedarf ausrichten (Flächenverkleinerung möglich). Obwohl Bernsdorf und St. Egidien als Einzelgemeinden betrachtet ein Defizit an Freibadfläche aufweisen, gilt hier die Empfehlung für Gemeinden unter 10.000 Einwohnern, wonach nur ein Freibad in einer Gemeinschaft (also z.B. in der Verwaltungsgemeinschaft) zu empfehlen ist.

In absoluten Zahlen nach qm Sportfläche betrachtet, fehlen in der Verwaltungsgemeinschaft insgesamt nach der richtwertbezogenen Bilanzierung ca. 1.500 qm Sportplatz- und Leichtathletikanlagenfläche, ca. 15.000 qm Tennisplatzfläche, ca. 2.400 qm Sporthallenfläche, 80 qm Tennishallenfläche sowie ca. 400 qm Hallenbadfläche. Bei den Freibädern kann dagegen ein Überangebot von ca. 3.600 qm festgestellt werden.

In Anlageneinheiten ausgedrückt bedeutet dies ein Defizit von ca. 1 Anlageneinheit (AE) bei den Sportplätzen (inkl. Leichtathletikanlage), von ca. 22 AE bei den Tennisplätzen, von ca. 6 AE bei den Sporthallen und von ca. 2 AE Hallenbadfläche. Dem steht ein Überangebot an Freibadfläche von ca. 9 AE gegenüber.

4.2 Bedarfsermittlung in der verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung

Grundlage der verhaltensorientierten Bedarfsermittlung für Sportstätten nach dem Leitfaden des Bundesinstituts für Sportwissenschaft (BISp) sind die im Kapitel Bestandsaufnahme beschriebenen allgemeinen und spezifischen Planungsparameter. Auf der Basis der vorliegenden bzw. erhobenen Daten wird eine Bedarfsermittlung durchgeführt, die auf das jeweilige gegenwärtige Planungsjahr und zwei festgelegte zukünftige Planungszeitpunkte innerhalb eines Planungshorizontes von ca. 15 Jahren bezogen ist.

Das Ziel der verhaltensorientierten Sportstättenplanung ist die Ermittlung und die Prognose des Sportanlagenbedarfs, wobei dieser über die Bestimmung des Sportbedarfs, d.h. den Umfang des Sporttreibens, ermittelt wird.

Allgemeine Hinweise zur Vorgehensweise

Der aktuelle und zukünftige Sportanlagenbedarf innerhalb der verhaltensorientierten Sportentwicklungsplanung wird über folgende Gleichung berechnet:

$$\text{Anlageneinheit} = \frac{\text{Einwohner} \times \text{Aktivenquote} \times \text{Präferenzfaktor} \times \text{Häufigkeit} \times \text{Dauer} \times \text{Zuordnungsfaktor}}{\text{Belegungsdichte} \times \text{Nutzungsdauer} \times \text{Auslastungsfaktor}}$$

Die allgemeinen und sportspezifischen Planungsparameter Einwohner, Aktivenquote, Präferenzfaktor, Häufigkeit und Dauer, der Zuordnungsfaktor, die Belegungsdichte, die Nutzungsdauer und der Auslastungsfaktor sind nach der verhaltensorientierten Methode die entscheidenden Determinanten für den heutigen und zukünftigen Sportstättenbedarf. Zur besseren Verständlichkeit und Nachvoll-

ziehbarkeit der rechnerischen und prognostischen Darstellung der Bedarfsermittlung werden im Folgenden zunächst die Planungsparameter in Anlehnung an den Leitfaden (BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000) definiert.

Einwohner

stellt die Einwohnerzahl der jeweiligen Kommune im aktuellen Planungsjahr dar. Für die Prognose der Einwohnerzahl werden die Daten der Kommune selbst oder die Daten des Statistischen Landesamtes verwendet (vgl. Kap. 3.1 »Kommunale Eckdaten«).

Aktivenquote

gibt den Anteil derjenigen Einwohner aus der gesamten Bevölkerung der jeweiligen Kommune an, die Sport treiben. Diese bilden die sogenannte sportaktive Bevölkerung. Die Aktivenquote liegt zwischen 0 und 1. Dieser Wert kann über eine repräsentative Bevölkerungsbefragung oder gegebenenfalls über Referenzdaten aus einer vergleichbaren Kommune ermittelt werden (vgl. Kap. 3.3 »Erfassung des Sportverhaltens in der Bevölkerung«).

Präferenzfaktor

gibt den Anteil der sportaktiven Einwohner an, die eine bestimmte Sportart ausüben (drückt die Vorliebe eines Einwohners für die ausgewählte Sportart aus). Der Präferenzfaktor liegt zwischen 0 und 1. Er wird ebenso über eine Bevölkerungsbefragung oder entsprechende Referenzdaten ermittelt (vgl. Kap. 3.3), in dem

die Anzahl der Nennungen in einer Sportart durch die gesamte Anzahl der Sportartenennungen dividiert wird.

Beispiel Kaufungen: 13 Sportler haben angegeben, dass sie Basketball spielen; insgesamt wurden 1.131 Sportartenennungen registriert; dividiert man die 13 Basketballnennungen durch alle Sportartenennungen, erhält man den Präferenzfaktor 0,0115 für Basketball.

Dauer

der jeweiligen Sportaktivität gibt, bezogen auf den einzelnen Sportler, den durchschnittlichen zeitlichen Umfang einer Sportaktivität in einer bestimmten Sportart an (in Stunden pro Woche). Dieser Wert wird über die Bevölkerungsbefragung oder Referenzdaten ermittelt (vgl. Kap. 3.3).

Häufigkeit

der Sportausübung gibt die durchschnittliche Anzahl der Sportausübungen pro Woche bezogen auf den einzelnen Sportler in einer bestimmten Sportart an. Die Häufigkeit wird ebenfalls über eine eigens durchzuführende Bevölkerungsbefragung oder Referenzdaten ermittelt (vgl. Kap. 3.3).

Zuordnungsfaktor

gibt den Anteil der Sportaktivitäten in einer Sportart an, der auf einer bestimmten Sportanlagenart ausgeübt wird. Der Zuordnungsfaktor liegt zwischen 0 und 1. Die Summe aller Zuordnungsfaktoren in einer Sportart muss gleich 1, also 100 %, sein. Der Zuordnungsfaktor wird wiederum über Daten aus einer Bevölkerungsbefragung oder über Referenzdaten ermittelt (vgl. Kap. 3.3).

Beispiel Kaufungen:

Hauptsportart	Zuordnungsfaktor Winter 2001			
	Sporthalle		Sportplatz	
	Organisiert	Unorganisiert	Organisiert	Unorganisiert
Basketball	1,00	0,60	0,00	0,40
Fußball	0,65	0,50	0,35	0,08

Alle befragten organisierten Basketballer betreiben ihre Sportart im Winter zu 100 % in der Sporthalle (Zuordnungsfaktor = 1). Dagegen trainieren die organisierten Fußballer im Winter zu 65 % in der Sporthalle und zu 35 % auf dem Sportplatz. Die unorganisierten Fußballer spielen zu 50 % im Winter in der Sporthalle, zu 8 % auf dem Sportplatz und die restlichen 42 % auf sonstigen Spiel- und Freizeitflächen.

Belegungsdichte

ist die Anzahl derjenigen Sportler in einer Sportart, die gleichzeitig auf einer Sportanlage Sport ausüben können (in Sportler pro AE). Für den Wettkampfsport wie auch den Breiten-

und Freizeitsport werden hier Normmaße aus den Sportverbänden benutzt (vgl. BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000, Abb.3).

Beispiel:

Es wird festgelegt, dass 20 Basketballer gleichzeitig (sowohl organisiert als auch unorganisiert) auf einer Anlageneinheit Sporthalle à 405 qm trainieren können. Die Belegungsdichte für Basketball beträgt 20 Sportler pro AE (Einzel-Sporthalle à 405 qm).

Nutzungsdauer

ist der Zeitumfang, den eine Sportanlage für Sportzwecke genutzt werden kann (in Stunden pro Woche). Die Nutzung der Sportanlagen durch den Schulsport ist dabei zu berücksichtigen.

Beispiel Kaufungen:

Die Nutzungsdauer von Sporthallen wurde für die Sportvereine und andere Nutzungsgruppen auf 75 Stunden pro Woche für die Gemeinde festgelegt. Dabei wird die Nutzung der Sporthallen und -plätze am Wochenende nicht berücksichtigt, denn diese werden dann in der Regel für Wettkämpfe genutzt. Dagegen wird bei den speziellen Sportanlagen wie Kegelanlagen etc. das Wochenende in die Nutzungsdauer integriert.

Auslastungsfaktor

kennzeichnet den Grad der zu erreichenden Auslastung von Sportanlagen. Der Auslastungsfaktor ist das Verhältnis von tatsächlicher Auslastung der Sportanlage zu der maximal möglichen Auslastung. Er kann zwischen 0 und 1 liegen und ist normativ mit den Entscheidungsträgern und/oder über die Belegungsüberprüfung der Sportanlagen festzulegen (programmierte Nutzung von Sportanlagen = hohe Auslastung, z.B. Sporthalle ca. 0,75 - 0,85; nichtprogrammierte Nutzung von Sportanlagen = niedrige Auslastung, z.B. Freibad unter 0,3).

Beispiel Kaufungen:

Der Auslastungsfaktor der Sporthallen in der hessischen Modellgemeinde Kaufungen ist auf 0,75 (75 %) festgelegt worden. Dabei wurden in Anlehnung an den Leitfaden professionell geschätzte Erfahrungswerte zugrunde gelegt. Eine genaue Überprüfung des tatsächlichen Auslastungsfaktors (z.B. über eine Belegungskontrolle) ist jedoch auch hier zu empfehlen (vgl. Kapitel »Sportverhalten in der Bevölkerung«).

In Tabelle 17 sind Referenzwerte für die Nutzungsdauer und den Auslastungsfaktor der einzelnen Sportanlagen zusammengestellt, die entweder direkt aus dem Leitfaden oder aus modellhaften Planungen mit diesem Instrument in den alten und neuen Bundesländern entnommen sind.

Der Leitfaden des BISP gibt eine Reihe von Rechenschritten für die Bedarfsermittlung von Sportanlagen vor. Wie schon erwähnt, ist das Sportverhalten der Bevölkerung die Grundlage für die Bedarfsermittlung. Mit Hilfe des aktuellen Sportverhaltens der Bevölkerung wird der Sportbedarf ermittelt.

Tabelle 17: Referenzwerte für Nutzungsdauer (ND) und Auslastungsfaktor (AF) nach dem Leitfaden des BISP und modellhaften kommunalen Planungen

Sportanlage	Leitfaden des BISP		Weimar ¹		Buchholz ²	
	ND (in h/Wo)	AF (in %)	ND (in h/Wo)	AF (in %)	ND (in h/Wo)	AF (in %)
Turnhalle	74	0,83	74	0,85	74	0,70
Sportplatz	keine Angabe	0,30	54	0,70	53	0,25
Hallenbad	keine Angabe	0,45	91	0,55	94	0,27
Freibad	keine Angabe	0,30	84	0,30	93	0,46
Rundlaufbahnen	keine Angabe	keine Angabe	39	0,60	53	0,40
Reithalle	keine Angabe	keine Angabe	98	0,85	92	0,75
Reitplatz	keine Angabe	keine Angabe	70	0,60	70	0,40
Tennisplatz	98	0,75	98	0,75	98	0,75
Tennishalle	92	0,85	98	0,85	92	0,85
Billardanlage	keine Angabe	keine Angabe	70	0,30	42	0,25
Eissportanlage	keine Angabe	keine Angabe	98	0,40	92	0,45
Golfplatz	keine Angabe	keine Angabe	70	0,30	84	0,60
Kegelsportanlagen	keine Angabe	keine Angabe	21	0,70	42	0,25
Schießsportanlagen	keine Angabe	keine Angabe	45	0,30	42	0,25
Rollsportanlagen	keine Angabe	keine Angabe	39	0,40	54	0,25
Freizeitfläche	keine Angabe	0,3	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe
Gymnastik-/Turnraum	74	0,75	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe

¹ Modellhafte kommunale SEP nach Leitfaden des BISP für die neuen Bundesländer (BACH/KÖHL 1995, 98)

² Modellhafte kommunale SEP nach Leitfaden des BISP für die alten Bundesländer (KÖHL/BACH 1998, Abb. A4-27)

Tabelle 17 zeigt, dass u.a. durch die normative Festlegung der Auslastungsfaktoren teilweise starke Differenzen im Vergleich auftreten. Der Leitfaden selbst kann durch Vorgaben dieses Defizit kaum beheben. Die Orientierung an den dargestellten Parametern aus modellhaften Planungen ist deshalb eine weitere Möglichkeit, Anhaltspunkte für die jeweilige Kommune zu erhalten.

Der Sportbedarf bezieht sich auf die Sportler einer bestimmten Sportart und auf das jeweilige Sportvolumen (Dauer und Häufigkeit) dieser Sportart. Die Sportler werden nach Sportarten unterschieden, die sie aktuell betreiben. Ebenso ist der Organisationsrahmen der Sportausübung bei der Bedarfsermittlung zu beachten, d.h. ob die Sportausübung innerhalb oder außerhalb eines Sportvereins durch-

geführt wird. Im Folgenden werden dafür die Begriffe des »organisierten Sports« für die Sportausübung im Verein und die des »unorganisierten Sports« für die Sportausübung außerhalb des Sportvereins (z.B. Sport im Jugendverein, im Seniorenverein, in der Kirchengemeinde, an der Volkshochschule, im Rahmen einer Krankenkasse und der selbstorganisierte informelle Sport) verwendet. Da sich der Sportbedarf über die Jahreszeiten hinweg verändern kann, wird zudem zwischen Sommer und Winter unterschieden.

Ist der gegenwärtige Sportbedarf für den organisierten und unorganisierten Sport nach Sommer und Winter für jede Sportart berechnet, so kann schließlich der Sportanlagenbedarf bestimmt werden. Der berechnete Sportanlagenbedarf stellt die für die Sportausübung der Bevölkerung erforderlichen Sportanlagen nach Anzahl, Art, Größe, Ausstattung und Standort dar. Die erforderlichen Anlageneinheiten einer jeden Sportanlagenkategorie

gemeinde (Kaufungen in Hessen) durchgeführt werden. Zunächst werden die gegenwärtigen Bedarfe ermittelt und anschließend die Berechnungen zur Prognose dargestellt.

Ermittlung des gegenwärtigen Sportanlagenbedarfes

Ermittlung der Sportler

Die erste Bezugsgröße, die für die Bedarfsermittlung berechnet werden muss, ist die der Sportler. Auf der Grundlage der Einwohnerzahl und der ermittelten Aktivenquote (s. Kap. 3. »Bestandsaufnahme«) wird mit sportartspezifischen Präferenzfaktoren die Anzahl der Sportler nach »Hauptsportarten« berechnet. Die ermittelte Anzahl der Sportler umfasst sowohl die organisierten wie auch die unorganisierten Sportler der jeweiligen Hauptsportart. Die Sportler werden berechnet über die Formel:

$$\text{Sportler} = \text{Einwohner} \times \text{Aktivenquote} \times \text{Präferenzfaktor}$$

werden für jede Sportart einzeln berechnet. Das Ergebnis der Bedarfsermittlung stellt sich in Anlageneinheiten pro Sportart dar, die addiert den gesamten Anlagenbedarf in der jeweiligen Sportanlagenkategorie aufzeigen. Der Anlagenbedarf der Bevölkerung und des Schulsports wird innerhalb des Leitfadens des BISp also in der rechnerischen Größe »Anlageneinheit« (AE) ermittelt. Jede einzelne Sportanlagenkategorie wird in einer Anlagendimension dargestellt (vgl. Kap. 3. »Bestandsaufnahme«). Abschließend wird der ermittelte Anlagenbedarf pro Sportanlagenkategorie in einer Bilanzierung dem aktuellen Bestand an Sportanlagen einer Kommune gegenübergestellt. Damit können Aussagen getroffen werden, für welche Sportanlagen ein Defizit, ein Überangebot oder ein zwischen Bestand und Bedarf ausgeglichener Versorgungsstand gegeben ist.

Im Folgenden soll die Ermittlung des rechnerischen Sportanlagenbedarfs nach der vorgestellten Vorgehensweise für eine Modell-

Dabei ist zu beachten, dass der Leitfaden eine Berechnung mit den organisierten Sportlern empfiehlt, die in der aktuellen Vereinsstatistik zu finden sind. Dadurch werden in einer Kommune auch die Personen in die Bedarfsermittlung eingeschlossen, welche zwar in einem



Die Zukunft von Sport und Bewegung im kommunalen Raum...

Sportverein in der Kommune Sport treiben, aber nicht Einwohner der Kommune sind. Vor diesem Hintergrund empfehlen wir zwei Varianten der Berechnung des gegenwärtigen Bedarfes.

Variante 1

Die ermittelten organisierten und unorganisierten Sportler aus der Bevölkerungsbefragung bzw. den Referenzdaten einer vergleichbaren Gemeinde werden auf die Gesamtbevölkerung der Kommune hochgerechnet und der Bedarfsermittlung zugrunde gelegt. Bei dieser Variante werden nur Sportvereinsmitglieder erfasst, die in der Kommune selbst leben und wohnen. Sportvereinsmitglieder, die in Nachbargemeinden ansässig sind, bleiben dabei unberücksichtigt.

Variante 2

Hier werden nach Empfehlung des Leitfadens die organisierten Sportler aus der aktuellen Vereinsstatistik (unter Abzug einer Passivenquote) entnommen. Die Anzahl der unorganisierten Sportler hingegen wird wie in Variante 1 aus der Bevölkerungsbefragung bzw. den Referenzdaten hochgerechnet. Somit wird der oben beschriebene Einpendler-Effekt in die Sportvereine durch »Ortsfremde« berücksichtigt.

Die verwendete Einwohnerzahl (s. Kap. 3.1 »Ermittlung kommunaler Eckdaten«) bei der Ermittlung der Sportler hängt davon ab, welche Altersgruppen bei der Erhebung des Sportverhaltens in der Bevölkerungsbefragung bzw. in den Referenzdaten berücksichtigt wurden. Im Falle Kaufungen sind dies Personen ab sieben Jahren. Die Aktivenquote und der Präferenzfaktor für die jeweiligen Hauptsportarten wurden in Kaufungen über eine eigens durchgeführte telefonische Bevölkerungsbefragung ermittelt. Die Hauptsportarten sind der Abbildung 1 des Leitfadens des BISP (BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000) entnommen. Dabei kann jede genannte Sportart aus der Bevölkerungsbefragung einer solchen Hauptsportart zugeordnet werden. Eine entsprechende Einordnung sollte mit den

Mitgliedern der verschiedenen Sparten in den Sportvereinen erfolgen. Bei Variante 2 ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass bei einer Orientierung an der Bevölkerung ab sieben Jahren diese Altersgrenze auch für die Festlegung der organisierten Sportler gilt (unter 7-jährige Mitglieder ausschließen). Nach der Einordnung aller genannten Sportarten in die vorgegebenen Hauptsportarten des Leitfadens werden in einem ersten Schritt pro Hauptsportart die Präferenzfaktoren berechnet. Dabei werden die Nennungen pro Sportart durch die gesamten Sportartennennungen dividiert. Die Summe aller ermittelten Präferenzfaktoren ergibt 1 (100 %). Mit Hilfe der ermittelten Präferenzfaktoren können dann die Sportler pro Hauptsportart in der Kommune ermittelt werden. Dabei werden die Einwohnerzahl der Kommune, die ermittelte Sportaktivitätsquote (nur Sportarten, die auch einer Hauptsportart – s. Abb. 1, BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000 – zugeordnet werden konnten) und der Präferenzfaktor der jeweiligen Sportart multipliziert (vgl. Bsp. 18).

*Beispiel 18:
Berechnung der Sportler nach Variante 1 pro Sportart (Kaufungen 2002)*

Fußball

Befragung:

n = 54	(alle befragten Fußballer)
N = 1.131	(alle Sportartennennungen)
Einwohner ab 7 Jahren	11.891
Sportaktivitätsquote	0,676

1. Berechnung des Präferenzfaktor

$$PF = \frac{n}{N} = 0,0477$$

2. Berechnung der Sportler (Fußball)

$$\text{Sportler (Fußball)} = \text{Einwohner} \times \text{Aktivitätsquote} \times \text{Präferenzfaktor}$$

$$\text{Sportler (Fußball)} = 11.891 \times 0,676 \times 0,0477 = \mathbf{384^*}$$

* 384 Sportaktive in Kaufungen betreiben die Sportart Fußball

Bei der weiteren Ermittlung des Sportbedarfes wird die oben eingeführte Aufteilung nach organisierten und unorganisierten Sportlern relevant. Hier werden je nach Variante der Bedarfsermittlung neben der Anzahl der mittels Bevölkerungsbefragung ermittelten unorganisierten Sportler entweder die hochgerechnete Anzahl der organisierten Sportler aus der Bevölkerungsbefragung verwendet oder die Anzahl der Sportler aus der Vereinsstatistik (für Variante 2).

Ermittlung des Sportbedarfes

Nach der Berechnung der Sportler in den Hauptsportarten mit der entsprechenden Festlegung des Anteils der Anzahl der organisierten und unorganisierten Sportler wird der Sportbedarf der Bevölkerung für jede Hauptsportart mit folgender Formel berechnet:

$$\text{Sportbedarf} = \text{Sportler} \times \text{Häufigkeit} \times \text{Dauer}$$

Zur Bestimmung des Sportbedarfs wird für jede Hauptsportart der zeitliche Umfang der Sportaktivitäten pro Woche, d.h. die Dauer und Häufigkeit, jeweils getrennt für die organisierten und unorganisierten Sportler aus der Bevölkerungsbefragung bzw. den Referenzdaten einer vergleichbaren Gemeinde entnommen (vgl. Kap. 3.3 »Erfassung des Sportver-

Beispiel 19

Von den 384 hochgerechneten Fußballern sind – ebenfalls hochgerechnet – 263 organisiert und 121 unorganisiert. Die letztgenannte Anzahl der unorganisierten Fußballer wird in beiden Varianten der Bedarfsermittlung verwendet. Des Weiteren werden in der 1. Variante von den 263 über die Bevölkerungsbefragung ermittelten organisierten Fußballern 32 passive Mitglieder* abgezogen. Somit gehen hier 231 organisierte Fußballer und 121 unorganisierte Fußballer in die Berechnung ein. In Variante 2 ist dagegen die Anzahl der registrierten Sportvereinsmitglieder in der Sparte Fußball höher als die über die Bevölkerungsbefragung hochgerechneten Fußballer insgesamt (434 nach Abzug von 59 passiven Fußballern*). In Variante 2 geht dementsprechend ein deutlich größerer Sportbedarf in die Berechnung des Sportanlagenbedarfes ein.

* Die Quote der passiven Sportler wurde über die Bevölkerungsbefragung ermittelt (12 %). Diese Kategorie umfasst jene Personen, die auf die Frage »Treiben Sie Sport?« mit »Nein« antworteten, aber zugleich Angaben, Mitglied in einem Sportverein zu sein.

haltens in der Bevölkerung«; vgl. ebenda »Allgemeine Hinweise zur Vorgehensweise«). Diese Werte werden mit der Anzahl der Sportler multipliziert und ergeben so den wöchentlichen Sportbedarf in h / pro Woche einer jeden Sportart (vgl. Bsp. 19 und Tab. 18).

Tabelle 18: Ermittlung des Sportbedarfes für die Sportart Fußball (Kaufungen 2002)

	Variante 1				Variante 2			
	Sommer		Winter		Sommer		Winter	
	organisiert	unorganisiert	organisiert	unorganisiert	organisiert	unorganisiert	organisiert	unorganisiert
Anzahl der Sportler	231	121	231	121	434	121	434	121
Häufigkeit (pro Woche)	2,37	1,91	2,08	0,88	2,37	1,91	2,08	0,88
Dauer (h)	1,60	1,80	1,59	1,52	1,60	1,80	1,59	1,52
Sportbedarf (h / Wo)	875,95	416,00	763,96	161,85	1.645,12	416,00	1.434,80	161,85

Ermittlung des Sportanlagenbedarfes für die Bevölkerung und den Schulsport

Bevölkerung

Ist der Sportbedarf für jede Hauptsportart nach Organisationsgrad und Jahreszeiten berechnet, kann die Ermittlung des Sportanlagenbedarfes für jede Sportart vorgenommen werden. Dazu werden der Sportbedarf und der Zuordnungsfaktor multipliziert und folgend durch die sportartspezifische Belegungsdichte, die Nutzungsdauer und den Auslastungsfaktor einer Sportanlagenkategorie dividiert.

$$\text{Sportanlagenbedarf} = \frac{\text{Sportbedarf} \times \text{Zuordnungsfaktor}}{\text{Belegungsdichte} \times \text{Nutzungsdauer} \times \text{Auslastungsfaktor}}$$

Der Zuordnungsfaktor kann sowohl über die Bevölkerungsbefragung als auch über Referenzdaten einer vergleichbaren Gemeinde bereitgestellt werden (vgl. Kap. 3.3; vgl. ebenda »Allgemeine Hinweise zur Vorgehensweise«). Wird eine Sportart nur auf Sportgelegenheiten betrieben, ist die Bedarfsermittlung für diese Sportart hier beendet. So liegt der Sportbedarf bei den unorganisierten Sportlern in der Sportart »Radfahren« zwar besonders hoch, doch ergibt sich daraus aufgrund des Ortes des Sporttreibens (auf »Sportgelegenheiten« bzw. in freier Natur) kein Sportanlagenbedarf. Für die Sportarten mit Sportanlagenbedarf werden dagegen entsprechend der Zuordnung zu den verschiedenen Sportanlagentypen die benötigten An-

lageneinheiten berechnet. Bei der Sportart Fußball sind das in Kaufungen z.B. die Sporthalle, der Sportplatz und die sonstige Sportfläche im Außenbereich.

Beispiel 20: Sportanlagenbedarf der Sportart Fußball (Kaufungen 2002)

Abbildung 3 im Leitfaden des BISp (BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000) gibt die Anlagendimensionen für jede Sportart vor. Hier werden für die Sportart Fußball die Kategorien Sporthalle mit 2 AE (Zweifach-Sporthalle) und Großspielfeld angeführt. Zusätzlich haben in Kaufungen Befragte angegeben, dass sie Fußball auch auf Sonstigen Flächen im Außenbereich betreiben. Aus diesem Grund wurden die weiteren Berechnungen für die Sportart Fußball für die Sportanlagenkategorien Zweifach-Sporthalle, Großspielfeld und Sonstige Sportfläche durchgeführt (siehe Tabelle 10). Mit dem vorab berechneten Sportbedarf werden an dieser Stelle die sportanlagenrelevanten Planungsparameter einbezogen. Die Belegungsdichte, die Nutzungsdauer und der Auslastungsfaktor können dem Leitfaden des BISp bzw. den modellhaften Planungen (in diesem Buch) entnommen werden.

Tabelle 19: Anlagenbedarf für die Sportart Fußball in der Gemeinde Kaufungen

Zweifach-Sporthalle	VARIANTE 1				VARIANTE 2			
	Sommer		Winter		Sommer		Winter	
	organisiert	unorganisiert	organisiert	unorganisiert	organisiert	unorganisiert	organisiert	unorganisiert
Sportbedarf	875,95	416,00	763,96	161,85	1.645,12	416,00	1.434,80	161,85
Zuordnungsfaktor	0,00	0,20	0,62	0,50	0,00	0,20	0,62	0,50
Belegungsdichte	20	20	20	20	20	20	20	20
Nutzungsdauer	75	75	75	75	75	75	75	75
Auslastungsfaktor	0,75	0,75	0,75	0,75	0,75	0,75	0,75	0,75
Anlagenbedarf	0,0000	0,0740	0,4210	0,0719	0,0000	0,0740	0,7907	0,0719

Tabelle 19: Anlagenbedarf für die Sportart Fußball in der Gemeinde Kaufungen

Großspielfeld	VARIANTE 1				VARIANTE 2			
	Sommer		Winter		Sommer		Winter	
	organisiert	unorganisiert	organisiert	unorganisiert	organisiert	unorganisiert	organisiert	unorganisiert
Sportbedarf	875,95	416,00	763,96	161,85	1.645,12	416,00	1.434,80	161,85
Zuordnungsfaktor	0,90	0,20	0,35	0,08	0,90	0,20	0,35	0,08
Belegungsdichte	30	30	30	30	30	30	30	30
Nutzungsdauer	62,50	62,50	62,50	62,50	62,50	62,50	62,50	62,50
Auslastungsfaktor	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25
Anlagenbedarf	1,6818	0,1775	0,5704	0,0276	3,1586	0,1775	1,713	0,0276

Bolzplatz/ Freizeitfläche	VARIANTE 1				VARIANTE 2			
	Sommer		Winter		Sommer		Winter	
	organisiert	unorganisiert	organisiert	unorganisiert	organisiert	unorganisiert	organisiert	unorganisiert
Sportbedarf	875,95	416,00	763,96	161,85	1.645,12	416,00	1.434,80	161,85
Zuordnungsfaktor	0,10	0,60	0,03	0,42	0,10	0,60	0,03	0,42
Belegungsdichte	20	20	20	20	20	20	20	20
Nutzungsdauer	62,50	62,50	62,50	62,50	62,50	62,50	62,50	62,50
Auslastungsfaktor	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25
Anlagenbedarf	0,2803	0,7987	0,0733	0,2175	0,5264	0,7987	0,1377	0,2175

Nachdem für jede Hauptsportart festgelegt wurde, welche Anlagentypen von den Sportlern genutzt werden, und daraufhin der Sportanlagenbedarf für jede Sportart berechnet wurde, wird der Sportanlagenbedarf in jeder Anlagenkategorie aufaddiert. Im folgenden soll dies für die Beispiele Zweifach-Sporthalle und Großspielfeld (Tab. 20 und 21) dargestellt werden.

In der Gemeinde Kaufungen ergibt sich der Sportanlagenbedarf an Zweifach-Sporthallen (1 AE = 968 qm; vgl. Tab. 20) aus den Sportarten Fußball, Handball und Volleyball. Dies sind die Sportarten, bei denen mindestens eine Sporthalle in dieser Größe zur Ausübung vorhanden sein sollte. Im vorliegenden Beispiel besteht der größte Sportanlagenbedarf in dieser Sportanlagenkategorie für Fußball (mit 0,7907 AE) im Winter. Im Sommer benötigen dagegen die organisierten Fußballer in beiden Varianten keine Sporthallenfläche. In

der Sportart Handball werden vor allem im organisierten Sport Sporthallenflächen benötigt (Winter: 0,3934 AE bzw. 0,5300 AE). Das gilt auch für Volleyball (Winter: 0,1518 bzw. 0,1680 AE).

Die addierten Sportanlagenbedarfe über alle Hauptsportarten, die eine Zweifach-Sporthalle verlangen, werden in einem letzten Schritt nach Jahreszeiten verglichen. Der jeweils höhere Wert (Sommer oder Winter) geht als Bedarf in dieser Sportanlagenkategorie in die Bilanzierung ein. Im vorliegenden Beispiel ist in Variante 1 wie in Variante 2 der höchste Bedarf an Zweifach-Sporthallen-Fläche im Winter zu verzeichnen. In Variante 1 liegt der Bedarf bei den organisierten Sportlern bei 0,9662 AE, in Variante 2 deutlich höher bei 1,4887 AE. Die unorganisierten Sportler gehen mit einem Bedarf an Zweifach-Sporthallen von 0,1099 AE in die Bilanzierung ein.

Tabelle 20: Anlagenbedarf relevanter Hauptsportarten für Zweifach-Sporthalle à 968 qm (in AE)

Anlagenrelevante Hauptsportarten	Anlagenbedarf für Sporthallen					
	Sommer			Winter		
	organisiert		unorganisiert	organisiert		unorganisiert
	Variante 1	Variante 2	Variante 1/2	Variante 1	Variante 2	Variante 1/2
Fußball	0,0000	0,0000	0,0740	0,4210	0,7907	0,0719
Handball	0,3627	0,4887	0,0000	0,3934	0,5300	0,0000
Volleyball	0,1174	0,1299	0,0213	0,1518	0,1680	0,0380
Gesamt:	0,4801	0,6186	0,0953	0,9662	1,4887	0,1099

Bei der Bedarfsermittlung für die Sportanlagenkategorie Großspielfeld (vgl. Tab. 21; 1 AE = 7.700 qm) ist das gleiche Vorgehen anzuwenden. Der Bedarf wird hier in beiden Varianten vor allem im Sommer durch die Fußballer bestimmt. In Kaufungen sind keine anderen Sportarten in die Bedarfsermittlung eingegangen, die ein Großspielfeld verlangen (wie z.B. American Football, Baseball, Feldhockey, Faustball, Polo, Rugby). In dem dargestellten Beispiel haben die unorganisierten Fußballer nur einen geringen Anteil an dem ermittelten Bedarf an Großspielfeld-Fläche. In der Bilanzierung werden die organisierten Sportler somit mit 1,6818 AE (Variante 1) bzw. 3,1586 AE (Variante 2) und die unorganisierten Sportler mit 0,1775 AE berücksichtigt.

Ermittlung des gesamten Sportanlagenbedarfs in einer Kommune. Der gegenwärtige Schulsportbedarf für das jeweilige Ausgangsjahr der Planung wird auf der Grundlage der vorhandenen Schulklassen berechnet. Zusätzlich werden die Schulstunden für den Sportunterricht und das Schulschwimmen beachtet (nach Vorgabe der Bundesländer; Lehrpläne). Darüber hinaus werden die Nutzungsdauer des Schulsportes in bzw. auf den verschiedenen Sportanlagen sowie die Belegungsdichte berücksichtigt. Folgende Formel wird bei der Ermittlung des Schulsportbedarfes angewendet:

$$\text{Anlageneinheit} = \frac{\text{Klassen} \times \text{Zeitstunden Sportunterricht/Schulschwimmen pro Woche}}{\text{Belegungsdichte} \times \text{Nutzungsdauer pro Woche}}$$

Ermittlung des Schulsportbedarfes

Die Berechnung des Schulsportbedarfes ist beim verhaltensorientierten Ansatz Teil der

Der Anlagenbedarf des Schulsports differenziert sich nach folgenden Anlagenkategorien:

Tabelle 21: Anlagenbedarf relevanter Hauptsportarten für Großspielfeld à 7.700 qm (in AE)

Anlagenrelevante Hauptsportarten	Anlagenbedarf für Großspielfeld					
	Sommer			Winter		
	organisiert		unorganisiert	organisiert		unorganisiert
	Variante 1	Variante 2	Variante 1/2	Variante 1	Variante 2	Variante 1/2
Fußball	1,6818	3,1586	0,1775	0,5704	1,0713	0,0276
Gesamt	1,6818	3,1586	0,1775	0,5704	1,0713	0,0276

Einzel-Sporthalle (405 qm), Kleinspielfeld (968 qm), Leichtathletik-Anlage (1.500 qm) für Schulen und Hallenbad (420 qm).

Tab. 22: Referenzwerte für Belegungsdichte bei der Ermittlung des Schulsportbedarfes

		Buchholz
Belegungsdichte (Klassen pro AE)	Einzel-Sporthalle	1
	Kleinspielfeld	1,5
	Leichtathletikanlage	1,5
	Hallenbad	2,5

Die Bestandsaufnahmen zu den verwendeten Parametern Klassen und Schulsportstunden sind im Kapitel »Kommunale Eckdaten« nachzulesen. Über die Parameter Belegungsdichte und Nutzungsdauer im Schulsport liegen im Leitfaden des BISp keine expliziten Aussagen vor. Die Werte der Nutzungsdauer können aber entsprechend der Bedarfsermittlung für die Bevölkerung festgelegt werden (s.o.). Für den Parameter Belegungsdichte stehen zudem Referenzwerte aus der modellhaften Leitfaden-Planung in Buchholz zur Verfügung (Tab. 22). Da der Bedarf für den Schulsport parallel zum Bedarf der Bevölkerung ermittelt wird, sollte schon bei der Bestandsaufnahme auf eine separate Erhebung der Schulsportanlagen

geachtet werden. Damit können auch in der Bilanzierung Bedarf und Bestand separat für den Schulsport ausgewiesen und so speziell Einfluß auf die spätere Maßnahmenentwicklung im Bereich des Schulsportes genommen werden. Am Beispiel der Modellgemeinde Kaufungen soll die Ermittlung des Schulsportanlagenbedarfes kurz demonstriert werden (vgl. Bsp. 21).

Bilanzierung von ermitteltem Bedarf und Sportanlagenbestand

Bei der Analyse und Bewertung der Sportstättenentwicklungsbedarfe nach dem verhaltensorientierten Ansatz wird von einer Bilanzierung der gegenwärtigen Bedarfe an Sportanlagen mit dem gegenwärtig anrechenbaren Bestand an Sportanlagen ausgegangen. Damit können Aussagen getroffen werden, für welche Sportanlagen ein Defizit, ein Überschuss oder ein zwischen Bestand und Bedarf ausgeglichener Versorgungsstand gegeben ist. Wie dies praktisch aussieht, wird im Folgenden wieder am Beispiel Kaufungen demonstriert. Die Tabelle 24 und die Abbildung 16 zeigen die Ergebnisse der Bilanzierung der

Beispiel 21: Anlagenbedarf der Kaufunger Schulen (Klassen gesamt N = 60)

Wie in den Kapiteln »Kommunale Eckdaten« sowie »Erfassung der Sportanlagen und der Sportangebotsstruktur« dargestellt, wird die Anzahl der Klassen nach Schultyp erhoben, um mögliche Differenzen bei den Schulsport- und Schwimmstunden berücksichtigen zu können. In Kaufungen war eine Unterscheidung nach Schultypen allerdings nicht notwendig, da in jeder Schule die gleiche Anzahl an Schulsport- (2,25 Stunden pro Woche) und Schwimmstunden (0,75 Stunden pro Woche) absolviert wird. Die Belegungsdichten wurden der modellhaften Leitfaden-Planung Buchholz entnommen und die Nutzungsdauer entsprechend der Bedarfsermittlung der Bevölkerung übertragen. Tabelle 23 zeigt den nach der oben genannten Formel berechneten Anlagenbedarf des Schulsportes für jeden einzelnen Sportanlagentyp in Kaufungen. Der Anlagenbedarf an Sporthallenfläche (Einzel-Sporthalle) liegt demnach bei knapp 2 Anlageneinheiten (729 qm). Der Bedarf an Sportplatzfläche in Bezug auf Kleinspielfelder beträgt mit 1.394 qm fast 1 1/2 Anlageneinheiten. Bei den Leichtathletikanlagen bedarf es ebenso ca. 1 1/2 AE. Das Schulschwimmen geht mit einem Bedarf von 168 qm Hallenbadfläche in die Bilanzierung ein.

Tab. 23: Anlagenbedarf des Schulsportes in der Gemeinde Kaufungen

Anlageneinheit	Größe(qm/ AE)	Zeitstunden (in h)	Belegungs- dichte (Klassen/ AE)	Nutzungsdauer (h / pro Woche)	Anlagenbedarf	
					in AE	in qm
Einzel-Sporthalle	405	2,25	1	75	1,80	729
Kleinspielfeld	968	2,25	1,5	62,5	1,44	1.394
Leichtathletikanlage	1.500	2,25	1,5	62,5	1,44	1.440
Hallenbad	420	0,75	2,5	91	0,4	168

Sportanlagen für das Jahr 2001. Die Bilanzierung des Bestandes und des Bedarfes wird in den verschiedenen Sportanlagentypen durchgeführt (vgl. Tab. 24). In einem ersten Schritt wird der erhobene Bestand in den Dimensionen qm und AE in den angegebenen Anlagentypen dargestellt (zur Vorgehensweise vgl. Kapitel »Erfassung der Sportanlagen und der Sportangebotsstruktur«). Dabei sind in der Spalte »faktischer Bestand« die reale Anzahl der Sportanlagen und in der Spalte »rechnerischer Bestand« die Anzahl der Sportanlagen nach der jeweiligen Dimension des Sportanlagentyps festgehalten. Im zweiten Schritt wird der ermittelte Bedarf (Vorgehensweise in diesem Kapitel) gegliedert nach Schulsport sowie organisiertem und unorganisiertem Sport in Anlageneinheiten (AE) aus den vorangegangenen Berechnungen übertragen (Spalten 10-12). Diese AE können wiederum über die Dimension des Sportanlagentyps in qm (Spalten 6-9) übertragen werden.

Aus der Differenz von Bestand (Spalte 3) und Bedarf (Spalte 9) ergibt sich in Spalte 13 der Tabelle 24 das bilanzierte Ergebnis in qm. Dividiert man das Ergebnis in Spalte 13 mit der jeweiligen Dimension aus Spalte 2, ergibt sich das bilanzierte Ergebnis in Anlagenein-



Faktischer Bestand – Rechnerischer Bestand – Bedarf – Differenz – Ergebnis

heiten (Spalte 14). Das Ergebnis der Bilanz kann somit in jeder Sportanlagenkategorie für jede einzelne Dimension sowohl in qm als

auch in AE angegeben werden. In Kaufungen ist z.B. in der Sportanlagenkategorie Sporthalle ein Bestand von insgesamt 2.500 qm und ein Bedarf von insgesamt 4.219 qm vorhanden. Dies ergibt ein Bilanzierungsergebnis für Sporthallen insgesamt von -1.719 qm. Dem entspricht bei einer Anlagendimension von 405 qm ein Defizit von -4,25 AE.

Bei der Bilanzierung von Bestand und Bedarf kann für die Modellgemeinde Kaufungen zunächst ein Überschuss an Sportplätzen (einschließlich Leichtathletikanlagen) von fast 16 AE nach Variante 1 bzw. 3 AE nach Variante 2 festgestellt werden (vgl. Abb. 16). Ebenso ist ein Überschuss bei den Tennishallen bei Variante 1 von 9 AE bzw. in Variante 2 von 8 AE und bei den Tennis-Außenanlagen von 8 AE (Variante 1) bzw. 7 AE (Variante 2) zu verzeichnen. Bei den Bädern und Sporthallen sind Defizite vorhanden. So wurde bei den Sporthallen ein Defizit von 4 AE nach Variante 1 und 8 AE nach Variante 2 ermittelt. In der Kategorie Hallenbad besteht in beiden Varianten ein Defizit von 1 AE. Bei den Freibädern liegt ein Defizit von 1 AE (Variante 1) bzw. 2 AE (Variante 2) vor.

Insgesamt wird an diesem Beispiel deutlich, dass bei der Berücksichtigung der Vereinsmitglieder nach Vereinsstatistik, d.h. auch der einpendelnden organisierten Sportler (Variante 2), die Bedarfe höher sind und sich folgend in der Bilanzierung die Defizite erhöhen bzw. Überschüsse verringern.

Ein Vorteil des verhaltensorientierten Ansatzes der Bedarfsermittlung nach dem Leitfaden des BISp ist die differenzierte Betrachtung nach verschiedenen Anlagenkategorien. Dadurch können Unterschiede in den Bedarfen innerhalb einer spezifischen Sportanlagenkategorie erkannt und berücksichtigt werden. Im Folgenden sollen exemplarisch die einzelnen Sporthallen- sowie Sportplatztypen am Beispiel Kaufungen analysiert werden. Bei den Sporthallen ergibt sich in Kaufungen insgesamt über alle Sporthallen hinweg ein Defizit. Betrachtet man das Defizit der Sporthallen differenziert nach den verschiedenen

Tabelle 24: Bilanzierung in der Gemeinde Kaufungen nach der verhaltensorientierten Methode (Leitfaden des BfSp) 2001
 VARIANTE 1

Sportanlagen (Anlagenart)	Anrechenbarer Bestand				Rechnerischer Bedarf						Bilanzierung Bestand und Bedarf			
	Planungseinheit			(4) Faktisch (AE)	(5) Rech- nerisch (AE)	Flächen Sportanlagen			Anlageneinheiten Sportanlagen			(13) (qm)	(14) (AE)	
	(1) Dimension (qm)/(AE*)	(2) Größe (qm)/(AE)	(3) vorhan- dener Bestand in qm			(6) Sspo** (qm)	(7) unorgani- siert (qm)	(8) organisiert (qm)	(9) Ins-g. (qm)	(10) Sspo (AE)	(11) unorgani- siert (AE)			(12) organisiert (AE)
Sporthalle:	(qm)	405	2.500			729	909	2.581	4.219	1,80	3,20	4,84	-1.719	-4,25
Einzelhalle, normal	(qm)	405	830	2	2,0	729	496	1.312	2.537	1,80	1,22	3,24	-1.707	-4,22
Dreifachhalle	(qm)	1.215	1.620	1	1,3		134	1.174	1.307		0,11	0,97	313	0,26
Sonst.-Sportraum	(qm)	150	50	1	0,3		280	95	375		1,87	0,63	-325	-2,16
Sportplatz:	(qm)	968	29.015			1.394	3.003	13.221	17.619	1,44	1,87	1,96	11.396	11,77
Kleinspielfeld	(qm)	968	1.200	1	1,2	1.394	1.637	271	3.302	1,44	1,69	0,28	-2.102	-2,17
Großspelfeld	(qm)	7.700	27.815	4	3,6		1.367	12.950	14.317		0,18	1,68	13.498	1,75
Leichtathletikanlage:	(qm)	968	7.100			1.440	302	1.124	2.866	1,13	0,04	0,14	4.234	4,37
mit Rundlaufbahn (Typ C)	(qm)	8.000	5.300	1	0,7		302	1.124	1.426		0,04	0,14	3.874	0,48
kleine LA für Schule	(qm)	1.500	1.800	3	1,2	1.440			1.440	1,13			360	0,24
Freibad	(qm)	400	0	0	0,0		389	65	455		0,97	0,16	-455	-1,14
Hallenbad	(qm)	250	0	0	0,0	168	100	7	274	0,40	0,40	0,03	-274	-1,10
Kegelsportanlage	(AE)	1Bahn	0	8	8,0						0,99	1,44		5,57
Golfanlage	(AE)	9 Loch	0	0	0,0							1,80		-1,80
Rollsportanlage	(qm)	800	1.450	2	1,8		384	63	447		0,48	0,08	1.003	1,25
Reitsportanlage	(qm)	1.200	18.874	7	15,7		1.000	683	1.683		0,83	0,57	17.191	14,33
Tennishalle	(AE)	264	2.672	4	10,1		134	415	549		0,51	1,57	2.123	8,04
Tennisplatz	(AE)	264	3.340	5	12,7		111	756	867		0,42	2,86	2.473	9,37

* AE = Anlageneinheit; 1 ** Sspo = Schulsport

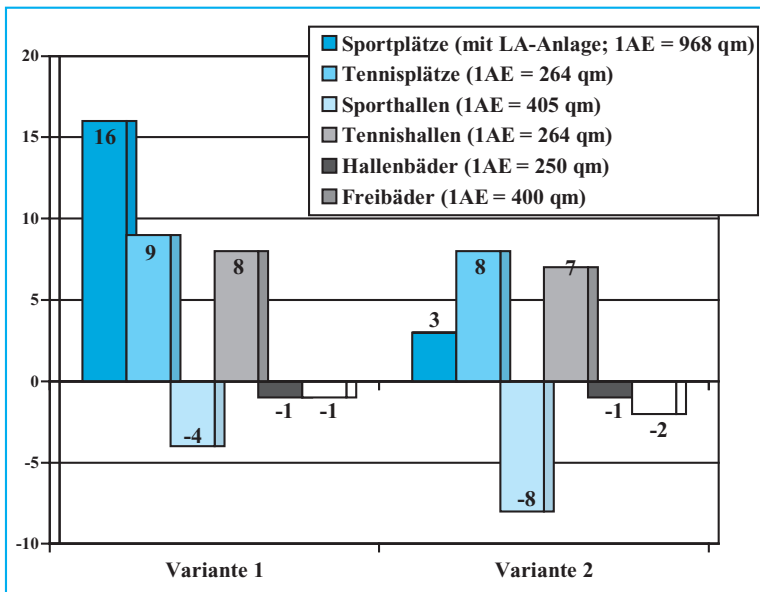


Abbildung 16: Bilanz der Gemeinde Kaufungen nach der verhaltensorientierten Bedarfsermittlung in AE

Anlagentypen, so besteht bei der »Einzel-Sporthalle« mit festgelegter Anlagendimension von 405 qm ein Defizit an Sporthallenfläche von 1.707 qm (4 AE) in Variante 1 und von 2.745 qm (7 AE) in Variante 2 (vgl. Abb. 17). Ein Defizit an Sporthallenfläche bei der Kategorie Dreifach-Sporthalle ist in Variante 2 mit 322 qm feststellbar. In Variante 1 dagegen findet man in dieser Kategorie einen leichten Überschuss von 313 qm. Der organisierte und unorganisierte Sport hat einen Mehrbedarf an Sporthallenfläche in der Kategorie Einzel-Sporthalle, der natürlich auch über die Nutzung einer Zwei- bzw. Dreifach-Sporthalle abgedeckt werden könnte. Die Sportarten Fußball, Handball, Radsport und Volleyball verlangen Sporthallengrößen in diesen Dimensionen. Der Bedarf des Schulsportes an Einzel-Sporthallen kann ebenfalls mit einer teilbaren Zwei- oder Dreifeld-Sporthalle abgedeckt werden. Das Defizit innerhalb dieser Sporthallenkategorie liegt neben den Einzel-Sporthallen auch bei den Sonstigen Sporträumen. Hier ist ein Defizit in Variante 1 von 325 qm (1 AE) bzw. in Variante 2 von 403 qm (2 AE) zu verzeichnen.

Betrachtet man in Kaufungen die Gesamtheit aller Sportplätze, so kann bei der Berechnung nach der verhaltensorientierten Methode ein Überangebot von 16 AE (1 AE = 968 qm) fest-

gestellt werden (vgl. Abb. 18). Nach Sportplatztypen differenziert, ergeben sich allerdings sowohl Defizite als auch Überangebote. So kann ein spezielles Defizit von 2.102 qm in Variante 1 (2 AE) bzw. 2.340 qm in Variante 2 (2 AE) bei den Kleinspielfeldern ermittelt werden. Die Gemeinde Kaufungen ist demnach speziell mit Kleinspielfeldern unterversorgt, während bei den Großspielfeldern ein Überangebot besteht. In Variante 1 liegt ein Überangebot an Großspielfeldfläche von 13.498 qm (2 AE) vor, in Variante 2 nur noch von 2.127 qm (das sind 0 AE, bei 1 AE = 7.700 qm). In der Kategorie Leichtathletikanlage Rundlaufbahnen sind in beiden Varianten leichte Überangebote zu verzeichnen (Variante 1 = 3.874 qm und Variante 2 = 2.285 qm), die jedoch ebenfalls keine Anlageneinheit ausmachen (1 AE = 8.000 qm). Vergleichbares ergibt sich bei den Leichtathletikanlagen der Schulen. Hier liegt der Überschuss in beiden Varianten bei ca. 360 qm, was bei einer Anlagendimension von 1.500 qm keine zählbare Anlageneinheit ergibt.

Die Prognose

Die verhaltensorientierte Methode nach dem Leitfaden des BISp beschäftigt sich auch mit der Prognose zukünftig zu erwartender Veränderungen – sowohl im Sportverhalten als auch im Sportstättenbestand – und den

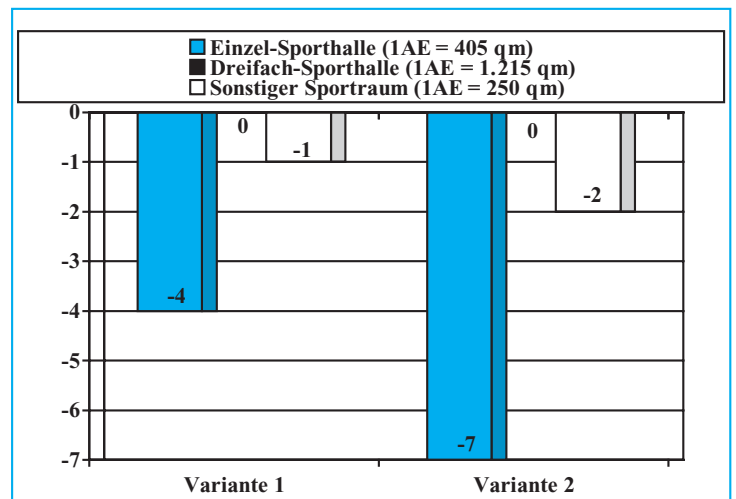


Abbildung 17: Bilanz Sporthallen nach der verhaltensorientierten Methode, Kaufungen 2001 in AE

Konsequenzen, die sich daraus für den Sportanlagenbedarf ergeben. Für die prognostische Fortschreibung im Rahmen der Bedarfsermittlung wird nach dem Leitfaden ein Planungskorridor vorgeschlagen. Zudem besteht die Möglichkeit, verschiedene Prognosevarianten zu berechnen, in dem die Planungsparameter auf verschiedene Art und Weise prognostisch verändert werden (Szenario-Technik). Die Rechenschritte werden im Prinzip auch bei der Prognose so durchgeführt, wie sie in diesem Kapitel zur Ermittlung des aktuellen Sportanlagenbedarfs beschrieben wurden.

Von zukünftig zu erwartenden Veränderungen des Sportverhaltens sind die folgenden Planungsparameter abhängig: Aktivenquote, Präferenzfaktor, Häufigkeit und Dauer. Vom Sportverhalten beeinflusst, jedoch als anzustrebende Zielgröße auch normativ festlegbar, ist der Planungsparameter Auslastungsfaktor. Sollte von der Gemeinde in Zukunft eine höhere Auslastung der Sportanlagen angestrebt werden, kann mit einer solchen Prognosevariante aufgezeigt werden, welche zusätzliche Bedarfsdeckung mit einem besseren Auslastungsfaktor erreicht werden kann. Eine normative Veränderung kann ebenso bei den Planungsparametern Zuordnungsfaktor, Belegungsichte und Nutzungsdauer durchgeführt werden. Der Leitfaden empfiehlt an dieser Stelle, dass die entsprechenden Festsetzungen mit den Zielvorstellungen der kommunalen Entscheidungsträger abgestimmt sein sollten.

Ermittlung des zukünftigen Sportanlagenbedarfes für die Bevölkerung und den Schulsport

Wie schon erwähnt, sollte nach den Empfehlung des Leitfadens bei der Ermittlung der zukünftigen Bedarfe ein Planungskorridor angegeben werden, d.h. es werden zwei Prognosen angestellt, durch die eine untere und eine obere Grenze der Bedarfsentwicklung bestimmt wird. Die untere Grenze soll die Mindestgrößen angeben, die für die kurzfristige Haushaltsplanung einer Kommune heranzuziehen sind. Dabei werden z.B. die

Planungsparameter gegenüber dem Ausgangsjahr unverändert übernommen. Die Ergebnisse der oberen Grenze sollten für die langfristige Standort- und Flächenversorgung zur Verfügung stehen. In diesem Falle werden z.B. die Planungsparameter Aktivenquote und

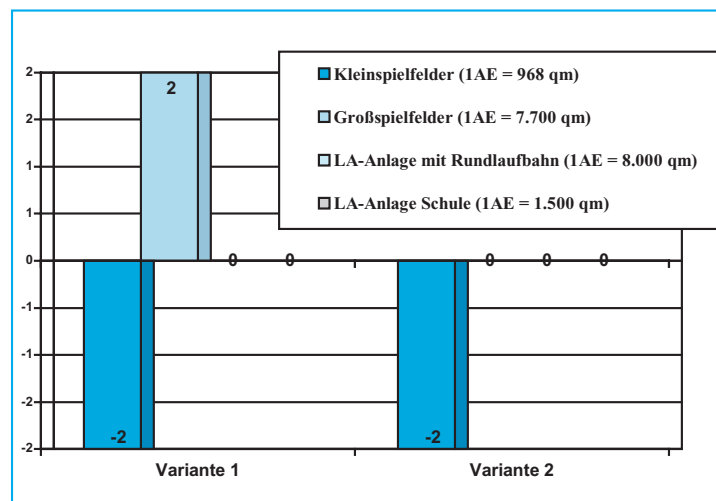


Abbildung 18: Bilanz Sportplätze (mit LA-Anlage) nach der verhaltensorientierten Methode, Kaufungen 2001 in AE

Präferenzfaktor prognostisch fortgeschrieben, Dauer und Häufigkeit aber nicht. Alle übrigen Planungsparameter sollten nach Empfehlung des Leitfadens sowohl bei der unteren als auch bei der oberen Grenze in Abhängigkeit der Zielsetzungen der Entscheidungsträger durch normative Setzungen festgelegt werden.

Bevölkerung

Im Leitfaden des BISp werden für die prognostische Fortschreibung der Planungsparameter Aktivenquote, Präferenzfaktor und Auslastungsfaktor allgemeine Vorgehensweisen und Beispiele angegeben. Ein generelles Problem ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass sich auf der Grundlage der vorliegenden Daten zum Sportverhalten (in der Regel keine Längsschnittdaten) keine verlässlichen Voraussagen zur Entwicklung der Aktivenquote sowie einzelner Sportartpräferenzen anstellen lassen. Die einzigen relativ verlässlichen prognostischen Daten, die in diesem Kontext vorliegen, beziehen sich in der Regel auf die Bevölkerungsentwicklung (zukünftig zu erwartende Einwohnerzahl und Altersstruktur) in der Kommune. Im folgenden Beispiel soll kurz aufge-

zeigt werden, wie solche Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung auch die Sportverhaltensparameter in einer Gemeinde verändern können.

Es wird für die Prognose des zukünftigen Sport- und Sportanlagenbedarfes in Kaufungen angenommen, dass sich die Planungsparameter Aktivenquote, Präferenzfaktor, Häufigkeit und Dauer zukünftig im Vergleich zum Ausgangsjahr nicht verändern.

Für die Erstellung der Prognose werden die prognostizierten Bevölkerungszahlen nach Altersklassen für Kaufungen benötigt. In Tabelle 25 wird die Prognose der Aktivenquote für die Jahre 2008 und 2016 aufgezeigt, die sich allein auf der Grundlage der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung ergibt. In einem ersten Schritt werden die ermittelten Sportaktiven pro Altersklasse aus der Bevölkerungsbefragung übertragen. Damit können die altersklassenabhängigen Aktivenquoten er-

mittelt werden (Aktivenquote = Sportaktive in Stichprobe / Gesamtstichprobe). Im Schritt 2 werden die prognostizierten Bevölkerungszahlen im prozentualen Verhältnis zur Gesamtbevölkerung dargestellt. Unter der Annahme einer gleichbleibenden Aktivenquoten pro Altersklasse können so in einem Schritt 3 die Sportler pro Altersklasse ermittelt werden. Über diese Prognose der Sportler werden abschließend entsprechend dem Verhältnis der Sportler zur Gesamtbevölkerung die Aktivenquoten für 2008 und 2016 berechnet. Betrachtet man also die Entwicklung der Aktivenquote – bei der die Bevölkerungsentwicklung Berücksichtigung findet und die Aktivenquote pro Altersklasse als konstant angenommen wird – ist von einem leichten Absinken der Aktivenquote auszugehen. Für das Jahr 2001 beträgt die Aktivenquote 67,6 %, für 2008 ist sie 67,4 %, und für 2016 wurden 66,6 % ermittelt.

Tabelle 25: Entwicklung der Aktivenquote unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung in Kaufungen

	7-13 Jahre	14-18 Jahre	19-25 Jahre	26-35 Jahre	36-45 Jahre	46-55 Jahre	56-65 Jahre	älter als 65 Jahre	keine Alters- angabe	gesamt
1. Ermittelte Sportaktive pro Altersklasse über Bevölkerungsbefragung										
Sportaktive in Stichprobe (N)	61	53	46	107	132	125	87	76	11	698
Gesamtstichprobe	75	63	60	142	185	174	150	159	24	1.032
Aktivitätsquote 2001	0,81	0,84	0,77	0,75	0,71	0,72	0,58	0,48		0,676
2. Prognostizierte Bevölkerung pro Altersklasse für Kaufungen										
Kaufungen 2001	912	682	824	1.759	2.262	1.909	1.621	1.922		11.891
Kaufungen 2008	888	690	945	1.378	2.137	1.934	1.522	2.355		11.848
Kaufungen 2016	736	631	988	1.424	1.498	2.232	1.784	2.556		11.848
in % 2008	7,49	5,82	7,97	11,63	18,04	16,32	12,84	19,88		
in % 2016	6,21	5,32	8,34	12,02	12,64	18,84	15,06	21,58		
3. Prognostizierte Sportler pro Altersklasse für Kaufungen										
Sportler 2008	722	580	724	1.038	1.525	1.389	883	1.126		7.987
Sportler 2016	598	531	757	1.073	1.069	1.603	1.035	1.222		7.888
4. Ermittelte Aktivitätsquoten für Kaufungen										
Aktivitätsquote 2008	= Sportler 2008 / Kaufungen 2008									0,674
Aktivitätsquote 2016	= Sportler 2016 / Kaufungen 2016									0,666

Tabelle 26: Veränderung des Präferenzfaktors für die Sportart Fußball über die Zeit mit Einflußnahme der Bevölkerungsentwicklung über das Alter in Kaufungen

	7-13 Jahre	14-18 Jahre	19-25 Jahre	26-35 Jahre	36-45 Jahre	46-55 Jahre	56-65 Jahre	älter als 65 Jahre	gesamt	Präferenz- faktor
Sportarten- nennungen 2001	93	82	83	190	244	216	170	149	1227	
davon Fußball	14	9	6	10	9	2	4	0	54	0,0440
Sportarten- nennungen 2008	91	83	95	149	231	219	160	183	1209	
davon Fußball	14	9	7	8	9	2	4	0	52	0,0430
Sportarten- nennungen 2016	75	76	99	154	162	253	187	198	1204	
davon Fußball	11	8	7	8	6	2	4	0	48	0,0399

Die Bevölkerungsentwicklung kann neben der Aktivenquote auch die Präferenzfaktoren in den Sportarten beeinflussen. Um entsprechende Veränderungen zu prognostizieren, müssen zunächst die verschiedenen Sportartennennungen nach Altersklassen differenziert werden. Die Entwicklung der Altersklassen wird aus der Prognose der Bevölkerung übertragen. Der zukünftige Präferenzfaktor wird letztendlich über das Verhältnis der Sportler in einer Sportart zu den gesamten Sportartennennungen ermittelt. Für das Jahr 2008 wären dies z.B.: 52 Fußballer / 1.209 Sportartennennungen = 0,0430 (vgl. Tab. 26). Insgesamt wird am Beispiel Fußball der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung noch einmal deutlich. Die Anzahl der jüngeren männlichen Einwohner, welche die Sportart Fußball eher bevorzugen, nimmt über die Zeit ab. Damit wird auch der Präferenzfaktor für diese Sportart niedriger.

Die Berechnungen zur Bedarfsermittlung werden für die Prognosejahre äquivalent zum Ausgangsjahr durchgeführt. Dementsprechend ergeben sich für die Modellgemeinde Kaufungen die in Tabelle 27 (auf Seite 68) dargestellten Bedarfe. Insgesamt ist dabei zu erkennen, dass in dieser Gemeinde die Sportanlagenbedarfe bis in das Jahr 2016 relativ stabil bleiben.

Schulsport

Die Prognose des zukünftigen Schulsportbedarfs basiert auf der zukünftigen Entwicklung der Schulklassen. Zusätzlich werden die Schulstunden für den Sportunterricht und das Schulschwimmen in ihrer Entwicklung beachtet. Äquivalent zur Bedarfsermittlung der Bevölkerung können die zukünftige Nutzungsdauer des Schulsportes in bzw. auf den verschiedenen Sportanlagen sowie die Belegungsdichte aus dem Ausgangsjahr übernommen oder normativ neu festgelegt werden. Für die Modellgemeinde Kaufungen ergeben sich z.B. aufgrund der prognostizierten Schülerzahlen keine Veränderungen im Sportanlagenbedarf: Die Prognose des zukünftigen Schulsportbedarfs der Planungsjahre 2008 und 2016 basiert auf der zukünftigen Entwicklung der Schulklassen. Für das Prognosejahr 2008 werden 58 Klassen und für das Jahr 2016 56 Klassen berücksichtigt (im Jahr 2001 waren es 60 Klassen). Der Schulsportbedarf an Sportanlagen wird auf Grund der geringen Veränderung der Anzahl der Schulklassen bis in das Jahr 2016 unverändert zum Ausgangsjahr 2001 sein. Die Daten der Bedarfsermittlung für das Jahr 2001 können somit für die Jahre 2008 und 2016 übernommen werden. Anders sieht dies in den neuen Bundesländern aus, wie das Beispiel der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein zeigt. Aufgrund der Verringerung der Schulklassen ist hier mit der Reduzierung des Anlagenbedarfes für den Schulsport zu rechnen.

Tabelle 27: Anlagenbedarfe in der Gemeinde Kaufungen nach der Prognose für 2008 und 2016 (in AE)

Sportanlagenart	2001 (Variante 2)	2008	2016
Sporthalle:	13,44	13,43	13,38
Einzel-Sporthalle	8,82	8,82	8,80
Dreifach-Sporthalle	1,60	1,60	1,60
Sonstiger Sportraum	3,02	3,01	2,98
Sportplatz:	7,00	6,99	6,96
Kleinspielfeld	3,66	3,65	3,63
Großspielfeld	3,34	3,34	3,33
Leichtathletikanlage:	1,51	1,51	1,51
mit Rundlaufbahn (Typ C)	0,38	0,38	0,38
LA-Anlage Schule	1,13	1,13	1,13
Freibad	2,04	2,04	2,04
Hallenbad	0,98	0,98	0,97
Kegelsportanlage	0,99	0,98	0,97
Golfsportanlage	0,00	0,00	0,00
Rollsportanlage	0,96	0,96	0,95
Reitsportanlage	1,92	2,17	2,15
Schießsportanlage	0,14	0,14	0,14
Tennishalle	2,74	2,73	2,73
Tennisplatz	4,49	4,49	4,49

Für das Ausgangsjahr 1999 wurden 118 Schulklassen in die Ermittlung des Anlagenbedarfes des Schulsportes einbezogen. Dem stehen für das Jahr 2005 nur noch 91 Schulklassen bzw. für das Prognosejahr 2012 noch 93 Schulklassen gegenüber.

In Tabelle 28 ist der Verlauf des Bedarfes für den Schulsport ablesbar. Der Schulsportbedarf an Sportanlagen verringert sich bis in das Jahr 2012 in den Anlagenkategorien Sporthalle, Sportplatz und Leichtathletikanlage um je ca. eine Anlageneinheit.

Bilanzierung

Nach der prognostischen Fortschreibung der Sportanlagenbedarfe sowohl für die Bevölkerung als auch für den Schulsport kann die Bilanzierung des zukünftigen Sport- und Sportanlagenbedarfes mit dem Sportanlagenbestand erfolgen. Bevor diese Gegenüberstellung geschieht, muss auch der Bestand an die zukünftige Situation angepasst werden. Es muss an dieser Stelle überlegt werden, welche Sportanlagen auch in 15 Jahren noch Bestand haben werden und in welchem Zustand sie sich dann befinden. Der Leitfaden gibt in diesem Zusammenhang eine Empfehlung für die Einstufung der zukünftigen Eignung von Sportstätten (vgl. Tab. 29).

Tabelle 28: Prognose des Schulsportbedarfes in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

Anlagenart	Anlagenbedarf 1999		Anlagenbedarf 2005		Anlagenbedarf 2012	
	in AE	in qm	in AE	in qm	in AE	in qm
Sporthalle	3,54	1.434	2,73	1.106	2,79	1.130
Sportplatz	2,83	2.739	2,18	2.110	2,23	2.159
LA-Anlage	2,83	4.245	2,18	3.270	2,23	3.345
Hallenbad	0,05	21	0,03	13	0,05	21

Tabella 29: Kategorien der baulichen Bestandsbewertung und ihre Bedeutung für die zukünftige Eignung von Sportanlagen (BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2001, Abb. 16)

Kategorien der Bewertung	Eignung der Sportanlage		
	kurzfristig	mittelfristig	langfristig
1 Sportanlage in gebrauchsfähigem Zustand	geeignet	geeignet	geeignet
2 Sportanlage mit geringen Mängeln	geeignet	bedingt geeignet kompensatorische Maßnahmen erforderlich: umfangreiche Erneuerungsmaßnahmen	bedingt geeignet nur nutzbar, wenn mittelfristig kompensatorische Maßnahmen durchgeführt werden
3 Sportanlage mit schwerwiegenden Mängeln	bedingt geeignet kompensatorische Maßnahmen erforderlich: umfangreiche Erneuerungsmaßnahmen	nicht geeignet nur nutzbar, wenn kurzfristig kompensatorische Maßnahmen durchgeführt werden	nicht geeignet nur nutzbar, wenn kurzfristig kompensatorische Maßnahmen durchgeführt werden
4 Sportanlage unbrauchbar	nicht geeignet	nicht geeignet	nicht geeignet

Demnach sind jene Sportanlagen aus dem zukünftigen Bestand auszuschließen, die zum aktuellen Stand mit der Nutzungsstufe 3 und 4 bewertet wurden. Bei Stufe 3 wird allerdings eine Einschränkung gemacht. Hier können Sportanlagen auch zukünftig im Sportanlagenbestand berücksichtigt werden, wenn kurzfristige kompensatorische Maßnahmen zur Erneuerung der Sportanlage geplant werden. Einer Überprüfung sollten mittelfristig auch die in Stufe 2 befindlichen Sportanlagen unterzogen werden. Sportanlagen der Stufe 1 sind auch zukünftig ohne Einschränkung in den Bestand einzubeziehen.

Betrachtet man die Bilanzierung von zukünftigem Bedarf und zukünftigem Bestand in der Gemeinde Kaufungen, so kann zunächst davon ausgegangen werden, dass der aktuelle Bestand an Sportanlagen bis in das Jahr 2016 erhalten bleibt, da keine Anlagen mit der Nutzungsstufe 3 oder 4 im Erhebungsjahr 2001 ermittelt wurden. Wie Abbildung 19 zu entnehmen ist, werden dementsprechend aufgrund der relativen Stabilität im Bedarf bei der Bilanzierung im Rahmen der Prognose keine nennenswerten Unterschiede zu den bereits für 2001 ermittelten Überschüssen bzw. Defiziten an Sportanlagen ermittelt. Der Überschuss an Sportplatzfläche steigt bis in das

Jahr 2016 etwas an (von 2.400 qm auf 2.500 qm). Ebenso bleiben die Überschüsse bei den Tennishallen und Tennisplätzen bestehen bzw. erhöhen sich sehr gering. Die Defizite an Sporthallen-, Freibad- und Hallenbadfläche reduzieren sich bis in das Jahr 2016 minimal.

Vergleicht man an dieser Stelle die Ergebnisse der Prognosen aus der Modellgemeinde Kaufungen mit denen aus der Modellgemeinde Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein, ergeben sich hier aufgrund eines prognostizierten Rückgangs der Bevölkerung bis in das Jahr 2012 um 10 % einige Unterschiede. Wie in Abbildung 20 abzulesen ist, werden sich tendenziell in den verschiedenen Sportstättenkategorien die Überschüsse verstärken und die Defizite verringern. Allerdings greifen auch einige sportpolitische Maßnahmen in die zukünftige Entwicklung ein. So wird das Defizit an Sporthallenfläche bis in das Jahr 2005 durch den Bau einer Dreifach-Sporthalle verschwinden. Der Überschuss an Sportplatzfläche steigt von fast 11.000 qm (1999) auf 19.000 qm im Jahr 2005 und wird dann bis in das Jahr 2012 wieder auf ca. 16.000 qm sinken. Dabei wird bis zum Jahr 2012 von einem Rückbau eines Großspielfeldes zu einem Kleinspielfeld ausgegangen. Ebenso verstärkt sich der

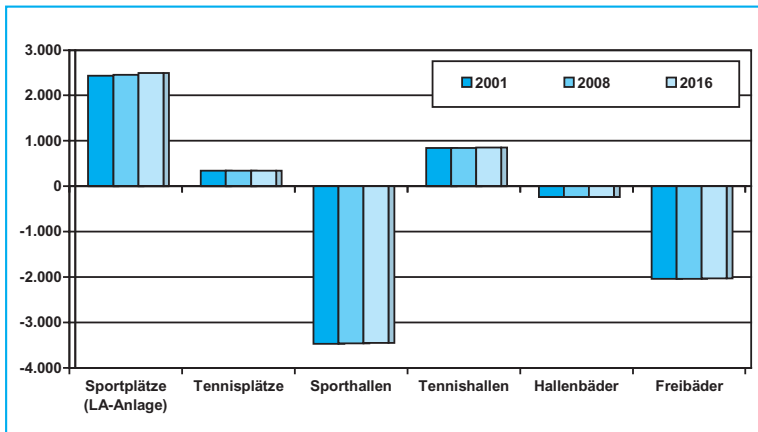


Abbildung 19: Prognose für die Jahre 2008 und 2016 im Vergleich zum Ausgangsjahr 2001 in qm (Kaufungen 2002)

Überschuss bei den Tennishallen bis in das Jahr 2012 auf fast 2.000 qm. Bei den Tennisaußenanlagen und Tennisplätzen in Tennishallen werden keine Bestandsveränderungen angenommen. Der Überschuss bei den Freibädern erhöht sich bis in das Jahr 2005 auf 4.000 qm. Zwischen 2005 und 2012 ist jedoch eine Verringerung der Wasserfläche in der Verwaltungsgemeinschaft geplant (Schließung eines Freibades). So könnte der Überschuss bei der Freibadfläche bis ins Jahr 2012 ebenfalls verschwinden. Das Defizit bei der Hallenbadfläche verringert sich bis in das Jahr 2012 aufgrund des Einflusses der Bevölkerungs- und Schulentwicklungen.

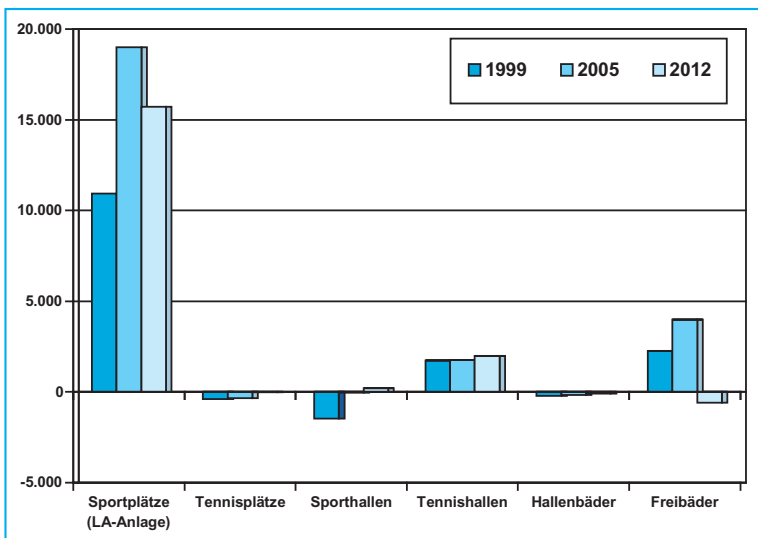


Abbildung 20: Prognose für die Jahre 2005 und 2012 im Vergleich zu Ausgangsjahr 1999 in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein (in qm)

4.3 Bedarfsermittlung in der Kooperativen Sportentwicklungsplanung

Die Ermittlung der Sportentwicklungsbedarfe nach der Kooperativen Methode ist eingebettet in einen offenen und demokratischen Planungs- und Entscheidungsprozess, dessen Ziel es ist, Ideen und Maßnahmen zur Sportentwicklung zu finden, die von allen Beteiligten in einer Kommune mitgetragen werden können. Grundprinzipien der Kooperativen Planung sind die Gleichberechtigung aller Teilnehmer sowie ein konstruktives und faires Klima in der Planungsgruppe. Konflikte und unterschiedliche Ansichten sollten dabei nicht unterdrückt, sondern gemeinsam besprochen und gelöst werden.

Die Kooperative Methode benötigt eine umfangreiche Vorbereitung. Für die Phase des Planungsprozesses selbst sollten mindestens drei bis vier Monate veranschlagt werden. Im Folgenden wird die Bedarfsermittlung im Kontext des gesamten Planungsverlaufs am Beispiel der Gemeinde Kaufungen skizziert. Einen ersten Überblick gibt die Abbildung 21 auf der folgenden Seite.

Vorbereitung des kooperativen Planungsprozesses

Bildung eines Organisations- und Moderationsteams

Um unterschiedliche Interessenvertreter in einer Gemeinde an einen gemeinsamen Tisch zu bringen und zu nachhaltigen Lösungen und Umsetzungen zu kommen, bedarf es einer gezielten Moderation und Leitung der Planung. In diesem Sinne sollte ein Organisations- und Moderationsteam bereits im Vorfeld dafür sorgen, dass Teilnehmer der Planungsgruppe in Einzelgesprächen über den Sinn und Zweck der Veranstaltung und die Regeln der Zusammenarbeit informiert werden. Darüber hinaus moderiert dieses Team die einzelnen Abschnitte der Planungssitzungen, bereitet sie vor und nach und arbeitet der Gruppe auch sonst in jeder erdenklichen Weise zu. Im Sinne eines Qualitätsmanagements des

kooperativen Planungsprozesses ist es sinnvoll, dass sich ein bis zwei Personen des Organisations- und Moderationsteams ganz auf die Aufgaben der Evaluation konzentrieren. Diese Personen können zum Erfolg des Planungsprozesses beitragen, indem sie beispielsweise Beobachtungen und Bewertungen der Gruppenprozesse an das Organisations- und Moderationsteam zurückmelden oder auch direkt mit der Gruppe diskutieren, um darüber eine Optimierung der Arbeit und Selbstregulierung der Gruppe zu erreichen. Außerdem tragen sie im Sinne einer »Evaluierbarkeitsbestimmung« dazu bei, dass die Ziele und konkreten Maßnahmen der Planungsgruppe am Ende realistisch und umsetzbar sind.

Die Anforderungen an ein Organisations- und Moderationsteam im Rahmen der Kooperativen Planung sind umfangreich und sehr komplex. Zu empfehlen ist – auch aus Gründen der Professionalität und Akzeptanz bei allen Beteiligten –, ein externes Organisations- und Moderationsteam einzusetzen.

Auswahl der Teilnehmer

An kooperativen Verfahren in der Sportentwicklungsplanung werden in der Regel drei Gruppen beteiligt (vgl. RÜTTEN 2001; WETTERICH 2002):

- Bürger
- Entscheidungsträger
- Experten, wobei diese Gruppe nach wissenschaftlichen Experten und sogenannten Basisexperten differenziert werden kann.

Die Auswahl der Teilnehmer kann auf unterschiedlichen Wegen erfolgen. Eine Möglichkeit der Auswahl wird im Folgenden kurz vorgestellt.

Vor Beginn des Planungsprozesses werden demnach drei Vorbereitungssitzungen durchgeführt. Die erste Sitzung richtet sich an die politischen Entscheidungsträger (Stadt- bzw. Gemeinderäte) der Kommune. Diese werden in einer Gesprächsrunde über das Vorhaben informiert, und es wird über vorliegende Interessen diskutiert. Am Ende der Sitzung werden

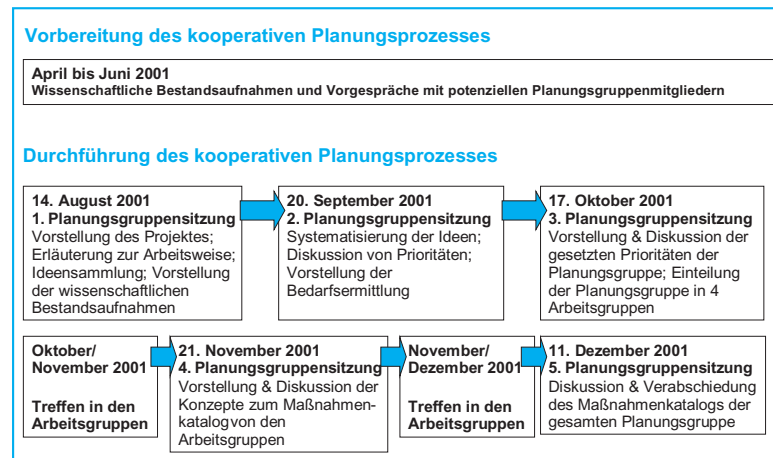


Abbildung 21: Ablauf des kooperativen Planungsprozesses in der Gemeinde Kaufungen

von den Entscheidungsträgern ihre Vertreter für die Teilnahme an der kooperativen Planungsgruppe bestimmt. Zusätzlich werden in Absprache mit der Verwaltung auch Vertreter der Exekutive (z.B. Bürgermeister, Amtsleiter) benannt.

Eine zweite Sitzung wird mit allen Institutionen und Sportanbietern, die für die Sportentwicklung in der Kommune relevant sein können, durchgeführt. Das sind Vertreter der Sportvereine, der Schulen, der Kindergärten, der verschiedenen Vereine der Gemeinde (z.B. Fremdenverkehrsverein, Gewerbeverein, Musikverein, Jugendvereine), der Kirchen, des Natur- und Umweltschutzes usw. Auch hier erfolgt im Rahmen der Sitzung nach der Vorstellung des Vorhabens eine Auswahl von Vertretern für die kooperative Planungsgruppe.

Eine dritte Sitzung wird mit Bürgern der Gemeinde durchgeführt. Diese können z.B. über die repräsentative Bevölkerungsbefragung erfasst werden. Bei der Auswahl der Bürgervertreter für die kooperative Planungsgruppe sollte eine gute Mischung nach Alter, Geschlecht und Beruf sowie nach sportlichem Engagement (möglicherweise auch Nicht-Sportler) gewährleistet werden. Wichtig ist vor allem, dass das nicht-organisierte Sporttreiben in der Bevölkerung durch die beteiligten Bürger in der Planungsgruppe vertreten wird.

Beispiel 22: Zusammensetzung der kooperativen Planungsgruppe in Kaufungen

Betroffene Bürger Vertreter der Sportvereine des kommerziellen Sports der Senioren der Familien/Kinder der Schulen repräsentativ ausgewählter Bürger aus der Bevölkerungsbefragung	Experten Vertreter aus der Gemeindeverwaltung aus der Wissenschaft
Entscheidungsträger Bürgermeister Vertreter des Gemeinderates	Organisations- & Moderationsteam Vertreter des Instituts für Sportwissenschaft und Sport der Uni Erlangen-Nürnberg Vertreter des Landessportbundes Hessen

Mit den ausgewählten Teilnehmern der kooperativen Planungsgruppe werden im Vorfeld des Planungsprozesses das Projektziel, die Projektinhalte und die Methode der Kooperativen Planung erörtert. Dabei sollte nochmals ausführlich die Notwendigkeit der regelmäßigen Teilnahme und die Rolle jedes Einzelnen unter Berücksichtigung der vorhandenen unterschiedlichen Interessen und Perspektiven unterstrichen werden (vgl. Abb. 22).

Durchführung des kooperativen Planungsprozesses

Prinzipien der Kooperativen Planung

- Jeder Teilnehmer nimmt regelmäßig an den Sitzungen teil. Bitte keinen Vertreter schicken!
- Jeder Teilnehmer ist in jeder Hinsicht gleichberechtigt.
- Das Gesprächsklima ist offen, konstruktiv und fair.
- Konflikte und unterschiedliche Ansichten werden nicht unterdrückt, sondern gemeinsam besprochen und gelöst.
- Es werden Lösungen gefunden, die von allen Beteiligten getragen werden.

Abbildung 22: Prinzipien der Kooperativen Planung

Ideensammlung

Der Planungsprozess selbst beginnt mit einem sehr offenen Brainstorming. Gefragt sind alle erdenklichen – auch ungewöhnlichen – Ideen und Gedankenspiele hinsichtlich des Wünschbaren und des Möglichen der Sportentwicklung in einer Gemeinde. Dieses Brainstorming zur Ermittlung der »subjektiven Bedarfe« bildet die wesentliche Arbeitsbasis für die weitere Strukturierung, Prioritätensetzung und Konkretisierung von Ideen und Maßnahmen. Das Brainstorming beginnt beispielsweise mit der folgenden Fragestellung an die Teilnehmer der kooperativen Planungsgruppe: »Welche Aspekte sollten bei der Erarbeitung einer Sportentwicklungsplanung aus Ihrer Sicht in Ihrer Gemeinde analysiert und berücksichtigt werden?« Um die Ideensammlung so erfolgreich wie möglich zu gestalten, sind einige Regeln zu beachten (vgl. Abb. 23). Alle Ideen, die zur Beantwortung der eben genannten Frage von der Planungsgruppe eingebracht werden, sollten kurz vom Moderationsteam notiert und an eine für alle Teilnehmer sichtbare Tafel angebracht werden.

Welche Ideen und Wünsche fallen Ihnen zur folgenden Frage ein:

»Welche Aspekte sollten analysiert und berücksichtigt werden?«

Dabei wird beachtet:

- Jeder äußert mindestens eine Idee/einen Wunsch/einen Hinweis
- Es sind alle – auch ungewöhnliche – Ideen gefragt
- Alle Ideen sind wichtig und gleichberechtigt
- Diskussion und Bewertung der Ideen erfolgt später
- Jede Idee wird für alle sichtbar notiert

Abbildung 23: Regeln zur Ideensammlung

Strukturierung der Ideen

Im Nachgang zur Ideensammlung werden die gesammelten Ideen vom Organisations- und Moderationsteam nach Themenbereichen strukturiert (vgl. Bsp. 23).

1. ÜBERGEORDNETE ZIELE

- Berücksichtigung ökologischer Aspekte
- schonender Umgang mit Ressourcen
- rationellere Nutzung der vorhandenen Kapazitäten/Verbesserung und Optimierung von Nutzungsmöglichkeiten vorhandener Sportstätten

2. KONZEPTE SPORTSTÄTTEN: SCHWIMMBAD

- Neubau eines Hallenschwimmbades (in Kooperation mit den Nachbargemeinden?)
- Freibad/Schwimmbad/Schwimmangebote für Ältere
- Verbesserung der Schwimmbildung/Schwimmangebote im Allgemeinen
- Schwimmmöglichkeiten (kein Spaßbad)
- Badeteich/Badeseen/Baggersee

3. KONZEPTE SPORTSTÄTTEN: SPORTHALLEN

- Neubau einer Mehrzweckhalle/Neubau einer Multifunktionshalle (mit Kraftraum, Badminton-Court etc.)
- Erweiterung der Sporthallenkapazitäten Grundschule: Anbau oder Trennwände
- Gemeinsame Nutzung von Sportgeräten durch den Schulsport und Vereinssport
- Prüfung der Sportstätten-/Hallenbelegung
- Gymnastikraum / kleine Räume: multifunktional mit Geräten (Matten etc.); »Bewegen, Spielen, Lernen«; Materialien sowie Angebote »Psychomotorik«
- Sporthalle mit Außenanlage

4. KONZEPTE SPORTSTÄTTEN: SPORTPLÄTZE

- Losse-Stadion: Renovierung, Erstellung eines Belegungsplanes, Aufarbeitung mit Schwerpunkten
- Gesamtschule: Erneuerung im Außenbereich des Sportgeländes, Anlage einer 100m-Tartanbahn
- Dezentralisierung des Außensportbereiches Außenanlage mit Kletterwand/Kletteranlage und Spielplatz

5. KONZEPTE SPORTSTÄTTEN: SPEZIELLE SPORTANLAGEN

- Erweiterung der Inline-Hockey-Anlage (auf Eishockeyfeldgröße)
- Schaffung eines Eisfeldes (evtl. in Kombination mit den Inline-Sportanlagen)
- Verlegung des Reitsportzentrums in den Außenbereich/Verbesserung Schießsportanlage und Skateranlage

6. KONZEPTE BEWEGUNGSRÄUME

- Aufstellen von Bänken für ältere Menschen
- Schaffung öffentlicher, frei nutzbarer Sportflächen/Sportpfad im Wald
- Erweiterung/Schaffung von Radwegen zu den Nachbarorten
- Wohngebietsnahe Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- Öffnung der Schulhöfe als Bewegungsgelegenheit
- Freigegebene Eisfläche im Winter/Flutung der Inline-Bahn als Eisfläche
- Trainingslaufstrecke im Außenbereich
- Entwicklung von (Pauschal-) Angeboten »Natur und Aktivität«
- Spielplätze, verteilt über die Gemeinde/Überprüfung der Eignung von Plätzen und Wegen zum Skaten/Radwege durch Kaufungen

7. KOORDINATION/ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

- Öffentlichkeitsarbeit Radwege: Beschilderung, Information über Radwege (Veröffentlichungen)
- Optimierung vorhandener Radwege
- Verbesserung der Vernetzung Sportstätten und Angebote für ältere Menschen
- Koordination der verschiedenen Sportanbieter
- Informationen über Bestände
- Bestandsprüfung von Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- Entwicklung eines Sportkalenders zur Verbesserung der Information
- finanzielle Entlastung der Eltern mit mehreren Kindern
- »Kaufunger Jugendatlas« u.a. mit Informationen über Sportangebote

Prioritätensetzung

Im Sinne der Umsetzungsorientierung der Kooperativen Planung werden im nächsten Schritt die gesammelten und strukturierten Ideen zur Sportentwicklung nach Wichtigkeit geordnet. Bei der Prioritätensetzung kann jeder Teilnehmer der kooperativen Planungsgruppe jede Idee mit einer Schulnote zwischen 1 und 6 bewerten, wobei eine 1 »sehr wichtig« und eine 6 »gar nicht wichtig« bedeutet (vgl. Formular »Prioritätensetzung« im ANHANG).

In der Auswertung durch das Organisations- und Moderationsteam werden die für jede Idee vergebenen Noten addiert und durch die Anzahl der abgegebenen Stimmen dividiert (Mittelwert). Anhand dieses Mittelwertes kann sich jeder Teilnehmer über die Wichtigkeit der einzelnen Ideen aus der Sicht der gesamten Planungsgruppe ein Bild machen (vgl. Bsp. 24). Die kooperative Planungsgruppe nutzt die Ergebnisse aus der Prioritätensetzung als Planungsgrundlage für die Entwicklung von Maßnahmen (s.u.). Zudem werden sie bei Abwägung der verschiedenen Interessen bei der Maßnahmenfestlegung berücksichtigt.

4.4 Bedarfsermittlung in der Integrierten Sportentwicklungsplanung

Im Rahmen der Integrierten Sportentwicklungsplanung (ISEP) findet sowohl eine objektive Bedarfsermittlung, angeleitet durch den Leitfaden des BISp (vgl. Kap. 4.2 »Bedarfsermittlung in der verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung«), als auch eine subjektive Bedarfsermittlung durch die Kooperative Planung in der gerade vorgestellten Form statt. Genaugenommen wird eine integrierte Form beider Verfahren für eine umfassende Bedarfsermittlung genutzt. So dienen bei ISEP die Ergebnisse aus der Bevölkerungsbefragung und der Bedarfsermittlung nach dem Leitfaden des BISp als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für die Prioritätensetzung in der kooperativen Planungsgruppe. Darüber hinaus nutzt die kooperative Planungsgruppe die Ergebnisse aus den wissen-

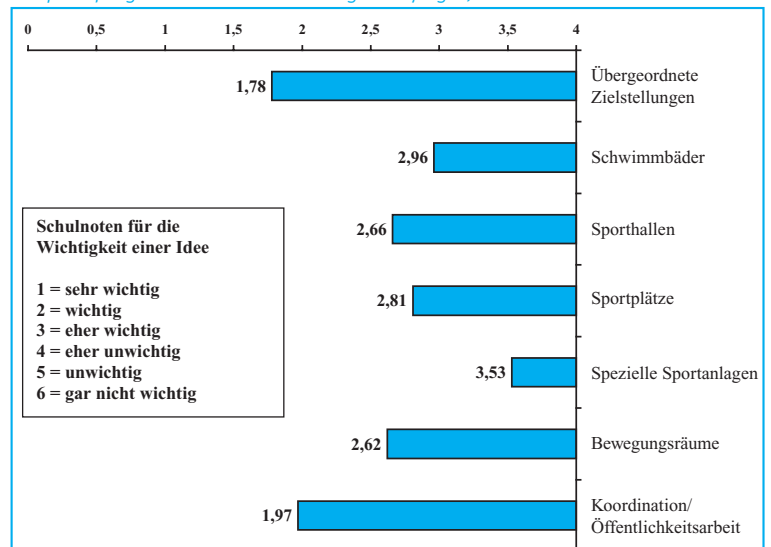
schaftlichen Bestandsaufnahmen und Bedarfsermittlungen als Grundlage für die Erstellung von Maßnahmen zur Sportentwicklungsplanung. Die Bestandsaufnahmen und Bedarfsermittlungen sind also ein wesentlicher Input für die Abwägung der verschiedenen »subjektiven Bedarfe« und Interessenlagen innerhalb der kooperativen Planungsgruppe und haben Einfluss auf die Prioritätensetzung sowie die Entwicklung und abschließende Verabschiedung der Maßnahmen im Rahmen des kooperativen Planungsprozesses.

Als eine weitere Möglichkeit der Integration von »subjektiven« und »objektiven« Bedarfen bietet sich bei der Integrierten Sportentwicklungsplanung an, die Prognose aus dem Leitfaden im kooperativen Planungsprozess im Sinne einer Szenario-Technik anzuwenden.

Was passiert, wenn bestimmte Planungsparameter zukünftig verändert werden?

Wie kann es z.B. über eine Verbesserung des Auslastungsfaktors zu einer Reduktion des Bedarfes an Neuinvestitionen kommen? Das

Beispiel 24: Ergebnis zur Prioritätensetzung in Kaufungen, Mittelwerte zu den Ideenblöcken



Die durchschnittlich höchste Priorität haben für die Planungsgruppe in Kaufungen die übergeordneten Ziele (z.B. die rationellere Nutzung vorhandener Kapazitäten) sowie Fragen der Koordination und Öffentlichkeitsarbeit. Es folgen konzeptionelle Ideen zu Bewegungsräumen und Sporthallen vor Sportplätzen und Schwimmbädern. Die geringste Priorität erhalten Ideen zu speziellen Sportanlagen.

folgende Beispiel der prognostischen Veränderung des Auslastungsfaktors bei der Berechnung der zukünftigen Sporthallenbedarfe in Kaufungen soll dies veranschaulichen (vgl. Abb. 24). Alle Prognosen stehen unter dem Einfluss der bereits beschriebenen zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in einer Gemeinde (vgl. Kap. 4.2).

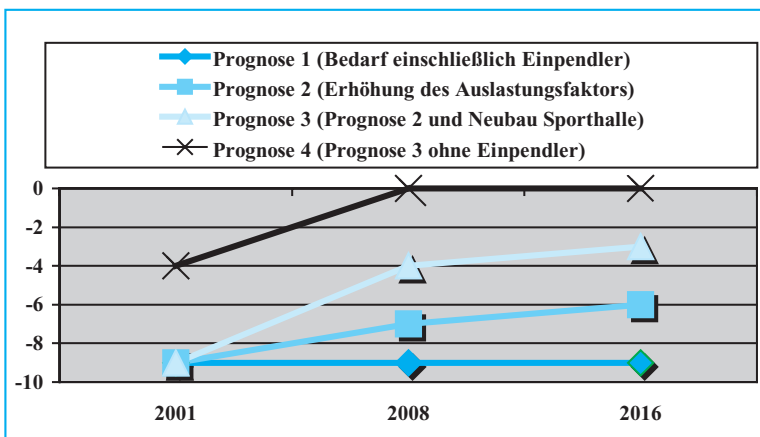


Abbildung 24: Planungskorridor Sporthallen in AE in Kaufungen

Drei mögliche zukünftige Entwicklungen im Bereich der Anlagenkategorie Sporthalle in Kaufungen sind der Abbildung 24 zu entnehmen. Die Prognose 1 = »obere Grenze« sagt ein gleichbleibendes Defizit für die Zukunft voraus, d.h. das Defizit von 9 AE im Jahr 2001 würde bis in das Jahr 2016 bestehen bleiben. Die Prognose 2 gibt eine Veränderung im Defizit von 9 AE auf 6 AE bis in das Jahr 2016 an. Diese Verringerung des Defizits an Sporthallenfläche würde allein durch das effizientere Gestalten der Auslastung in den Sporthallen erreicht. D.h. hier wurde anstelle des bisher verwendeten Auslastungsfaktors von 75 % im Jahr 2001 ein erhöhter Auslastungsfaktor von 85 % für das Jahr 2008 und 95 % für das Jahr 2016 angenommen.

Unter der Annahme des zusätzlichen Baues einer Dreifach-Sporthalle vor dem Jahr 2008 kann das Defizit von 9 AE im Jahr 2001 bis 2008 sogar auf 4 AE und bis 2016 auf 3 AE verringert werden, wenn gleichzeitig die beschriebene Verbesserung der Auslastung erreicht wird (Prognose 3). Die »untere Grenze« des Planungskorridors (Prognose 4) bildet schließ-

lich die Kombination des Baues einer Dreifach-Sporthalle und effektiverer Auslastung mit Variante 1 der Bedarfsermittlung (nur organisierte Sportler aus Kaufungen, keine Einpendler). Damit wäre das aktuelle Defizit bis 2008 und weiterhin bis 2016 komplett auszugleichen.

Auf der Grundlage der dargestellten Szenariotechnik können natürlich auch andere Planungsparameter wie Nutzungsdauer und Belegungsdichte prognostisch variiert werden, um der Planungsgruppe konkrete Anhaltspunkte für die Maßnahmenentwicklung aufzuzeigen.

Der Plan ist nur die eine Seite

Reale Turnhallenbelegung ergibt andere Auslastung

Von Viola Heidrich

LICHTENSTEIN. Nimmt man alle Turnhallen Lichtensteins (ohne Verwaltungsgemeinschaft) zusammen, dann stehen diese prozentual gesehen zu 50 Prozent leer. Dieses verblüffende Ergebnis brachte ein Vergleich der Belegungspläne mit der tatsächlichen Auslastung der Turnhallen, den die SpoBELi-Arbeitsgruppe Sportstättenentwicklung und -management als Bestandteil ihres Maßnahmenkatalogs durchführte. Betrachtet wurde die Zeit zwischen 7 und 21.30 Uhr.

Ein Ziel war es, zu prüfen, ob eine Auslagerung der Sportgruppen und Schulklassen, die die alte Stadturnhalle nutzen, möglich ist und wohn. Denn die Stadturnhalle soll geschlossen werden, da ihr baulicher Zustand den Begriff „Turnhalle“ nicht mehr rechtfertigt. Das Ergebnis vorweg: Bis auf eine Schulstunde sind für alle Sportgruppen Verlegungen in andere Hallen möglich.

Wie Jana Schröder von der SpoBELi-Projektleitung sagte, habe man in allen Turnhallen der Verwaltungsgemeinschaft zum einen die Hallenbelegungspläne durchgesehen und zum anderen in den

Hallen Bücher ausgelegt und die Nutzer aufgefordert, sich einzutragen. Die Nutzer seien zuvor darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Halle bei Nichteintrag dann in der genutzten Zeit als leer gilt.

Aufgeteilt wurde die Nutzung nach Schulen und Vereinen. Sah der Belegungsplan für alle Turnhallen Lichtensteins zusammen so aus, dass 53 Prozent durch die Schulen und 33 Prozent durch die Vereine reserviert wurden und 14 Prozent frei blieben, so ergab die tatsächliche Belegung, dass die Nutzung zu etwa je einem Viertel durch die Schulen und die Vereine erfolgte, aber auch je ein Viertel der reservierten Zeit für Schulen und Vereine nicht genutzt wurde.

Was die ungenutzte Zeit durch die Schulen betreffe, müsse noch geklärt werden, ob hier beispielsweise Erkrankungen von Lehrern und somit Ausfallstunden eine Rolle spielen, sagte Schröder.

Generell könne man sagen, dass Reserven vornehmlich von Seiten der Schulen existieren, die Blöcke reserviert haben, aber nicht durchweg nutzen. Offenbar schwer zu belegen, also schon im Plan frei, seien früh die ersten Stunden und der zeitige Nachmittag.

Veranstaltungstipp zum Thema

Die SpoBELi-Arbeitsgruppe Sportstättenentwicklung und -management lädt für den 23. März, 18 Uhr, zu einer Veranstaltung in die Regionale Forschungsstelle für Gesundheitsförderung, Am Eichenwald 15 (im TDL), Zimmer 201, ein. Folgende Themen werden vorgestellt:

- Finanzierungsmodelle für Sportstätten
- Auswertung der Hallenbelegung
- Öko-Check

Freie Presse 18.03.2000

Nur 62 Prozent körperlich aktiv

Team der Technischen Universität wertet Studie zu Sportstadt Chemnitz aus

Von Matthias Schmid

Die Fragen hatten es in sich. Insgesamt 445 Chemnitzer erklärten sich am Telefon bereit, sie den Studenten und Mitarbeitern von Prof. Alfred Rütten zu beantworten. Im Rahmen einer Studie die wollten wir herausfinden, wie es um die Sportstadt Chemnitz tatsächlich bestellt ist und haben 1400 zufällig ausgewählte Telefonnummern in der Stadt angewählt“, erläutert Rütten das Verfahren. Dabei ging es nicht nur um den Sport in Vereinen, sondern um jede Form körperlicher Aktivität: „Das reicht vom Fahrradfahren über das Wandern bis hin zum Gartenarbeit.“

Mit 62 Prozent körperlich aktiv ver Personen hat Chemnitz in der Region zu anderen, Regionen in Europa einigen Nachholbedarf. „Sachsen ist mit 64 Prozent in Deutschland und Europa Schlusslicht. In Nordrhein-Westfalen war es immerhin 70, in Finnland 90 und die Schweiz hatte gar 84 Prozent aktiv zuweisen“, nennt Rütten Zahlen aus einer früheren Studie. Da ein Grund dafür in der besseren Infrastruktur zu suchen ist, ver-

suchte das TU-Team um Mitarbeiterin Jana Schröder mehr Informationen dazu zu sammeln: „Wir fragten die Leute natürlich, welchen Sport sie machen, ob sie in Vereinen sind, wie sie die Angebote von Vereinen beurteilen, die Sport-Anbieter einschätzen“, erläutert Jana Schröder einige Fragen.

Und ihre Ergebnisse deckten sich zum einen mit den Auswertungen anderer Studien und zum anderen mit den aktuellen Zahlen über die Vereinsmitglieder. Demnach wären von den 62 Prozent Sporttreibern oder körperlich Aktiven lediglich fünf Prozent im Wettkampfsport zu finden, die übrigen sind „unorganisiert“. Demzufolge liegen auch die Sportarten Schwimmen, Gymnastik und Radfahren in Chemnitz in dieser Reihenfolge ganz vorn. Eine organisierte Sportart wie Fußball rangiert beispielsweise noch hinter Gartenarbeit auf der achten Stelle“, verdeutlicht Prof. Rütten das Ergebnis.

Das spiegelt sich auch in den Antworten auf die Frage, wie und wo die Befragten ihren Sport aus-

üben, wider: Mehr als drei Viertel organisieren es selbst, gehen also privat in die Schwimmhalle oder laufen durch den Wald, etwas mehr als zehn Prozent sind in Vereinen und deren Sportstätten aktiv, und sieben Anbieter nutzen die Fitnessstudios. Ergebnisse aus solchen Studien sind für die Sportwissenschaftler kein reiner Selbstzweck. Wenn man bedenkt, wie wichtig die Bewegung für die Gesundheit ist, müßte eine Stadt Anstrengungen unternehmen, damit noch viel mehr Sportangeboten bekommen. Zwischen zwei und drei, die Sportstätten ebenfalls, doch andere Bewusstseinsmaßnahmen sind als Verbesserungen wurden an erster Stelle preisinstigere Angebote genannt“, ergänzt er.

Schließlich wurde die Gretchenfrage gestellt: „Stimmen Sie dem Satz: Meine Stadt tut zu wenig für die Bürger und ihre körperliche Aktivität“ zu?“ 32 Prozent der Befragten antworteten mit „ja“.

Forderung nach mehr Angeboten

TU-Studie: Wie ist es um Sport in Chemnitz bestellt?

Von Matthias Schmid

„80 bis 90 Prozent aller sportlichen Aktivitäten finden im Freizeitsportbereich und außerhalb der Vereine statt“ – mit dieser These wird Prof. Alfred Rütten so manchen Widerspruch hervorrufen. In der „Sportstadt Chemnitz“ mit ihren sowohl zahl- als auch erfolgreichen Vereinen noch eher als anderswo. Doch der Professor von der Technischen Universität weiß, wovon er redet, forscht er doch schon seit Ende der 80er Jahre in diesem Bereich. Gemeinsam mit seinen Mitarbeitern und Studenten will er durch eine Umfrage unter der Chemnitzer Bevölkerung herausfinden, wie es um den Sport hier tatsächlich bestellt ist.

Jana Schröder leitet die Befragung, sitzt auch selbst mit Kopfhörer und Mikrofon vor dem Computer und ruft eine der insgesamt 1400 zufällig ausgewählten Telefonnummern an. Davon bleiben dann etwas mehr als 400 brauchbare Interviews übrig. „Wir stellen uns natürlich erst einmal vor, denn durch die ganzen Marktforschungsprojekte und manche unseriöse Aktion sind viele Menschen verunsichert“, hat sie eine erste Hürde zu nehmen. „Wir fragen zuerst, ob sie Sport oder körperliche Aktivitäten ausüben. Da fühlt sich mancher nicht gleich angesprochen, deshalb erläutern wir die Frage auch – es geht um alles, mit dem man ins Schwitzen kommt“, so Jana Schröder.

Ein Gespräch dauert im Schnitt zehn Minuten, die Antworten werden direkt in den Computer eingegeben, natürlich strikt getrennt von Namen oder Adresse. Dabei sind die Fragen leicht zu beantworten, kommt es doch auf die subjektive Sicht des Befragten an: Ob sie mit den Sportstätten in Chemnitz und der Erreichbarkeit zufrieden sind, ob sie gerne mehr machen würden,

aber keine Möglichkeit aufgrund fehlender Sportstätten haben, wie gut sie sich über das Sportangebot in Chemnitz informiert fühlen und manches mehr.

Die bisherigen Ergebnisse nach ungefähr der Hälfte der Befragung hält Prof. Rütten unter Verschluss: „Erst Ende Februar können wir ein aussagekräftiges Ergebnis präsentieren, aber es sieht so aus, als würden sich die Erkenntnisse einer sachsenweiten Untersuchung von 1997 bestätigen, daß die vorhandenen Bewegungsmöglichkeiten vom überwiegenden Teil der Bevölkerung kritisch gesehen werden.“ Damals hatten sie in einer großangelegten Studie herausgefunden, daß die Sportaktivität in Sachsen im Vergleich zu anderen Bundes- und fünf europäischen Ländern am geringsten und die Unzufriedenheit der Menschen mit dem vorhandenen Angebot sehr groß ist.

Mit der neuen Studie möchte das Team der TU auch ein wenig die Interessen derjenigen aufzeigen, die nicht in Vereinen organisiert sind und einfach so, allein, in der Familie, in einer Gruppe, schwimmen, Radfahren, laufen oder wandern. „Denn das sind die Sportarten, die in allen Untersuchungen am häufigsten genannt werden. Und das müssen die Stadt und das Land in ihren Planungen berücksichtigen und die entsprechenden Möglichkeiten schaffen“, verdeutlicht Rütten. Ist Chemnitz mit Schwimmhallen noch ganz gut ausgestattet, sieht es im Hinblick auf Radwege oder ausgewiesene Laufstrecken mehr als dürftig aus.

„Alles kostet Geld, aber kranke Menschen sind teuer, und körperliche Aktivitäten sind unschätzbare Präventivmaßnahmen für die Gesundheit“, gibt Rütten zu bedenken. Und er ist von einem überzeugt: „Die Bevölkerung verlangt ein verstärktes Angebot für den reinen Freizeitsport.“



Wird Chemnitz dem Namen „Sportstadt“ gerecht? Mitarbeiter und Studenten der TU Chemnitz wollen es herausfinden. Foto: Andreas Seidel

5. Maßnahmenentwicklung

Die Entwicklung von Maßnahmen wird von allen Verfahren der Sportentwicklungsplanung angesprochen. Es bestehen allerdings große Unterschiede darin, wie ausführlich die Frage im Planungsverfahren behandelt wird. Im Folgenden werden die einzelnen Ansätze im Hinblick auf ihre Aussagen zur Umsetzung der Ergebnisse der Bedarfsermittlung in Maßnahmen zur Sport(stätten)entwicklung analysiert.

5.1 Maßnahmenentwicklung in der richtwertbezogenen und verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung

Maßnahmenentwicklung in der richtwertbezogenen Sportstättenentwicklungsplanung

Über die Maßnahmenentwicklung werden im Goldenen Plan keine ausführlichen Angaben gemacht. In der Praxis soll sich die kommunale Sportverwaltung an den Richtwerten und den darüber ermittelten Bedarfswerten orientieren. Anhand dieser Vorgaben werden Objektplanungen federführend durch die Gemeindeverwaltung entwickelt und durchgeführt. Dafür sollen Vorschläge zu Anlagenprogrammen, Standorten und Kostenschätzungen vorgenommen werden. Es ist nicht explizit vorgesehen, Bürger, Betroffene und andere Interessenperspektiven zu beteiligen. In der Praxis werden aber vor allem die Vertreter der Sportverbände und -vereine in die jeweiligen Planungen und Umsetzungen von Sanierungen, Neugestaltungen und Neubauten von Sportanlagen eingebunden. Nach der Erarbeitung des Entwurfs eines Sportstättenleitplanes nach dem Goldenen Plan soll dieser in den Fachgremien der Kommunalverwaltung diskutiert und einvernehmlich verabschiedet werden. Hier wird mit ersten Prioritätensetzungen die Grundlage für

spätere Sanierungen und Investitionen im Sport gelegt. In diesem Zusammenhang wird ein verbindlicher Fachplan empfohlen, der die Flächensicherung gewährleisten soll und eine Entscheidungshilfe für die spätere schrittweise Umsetzung ist.

Die Entwicklung eines Sportstättenleitplanes ist dennoch ein Schwerpunkt der Maßnahmenentwicklung im Rahmen der richtwertorientierten Sportstättenentwicklungsplanung. Daraus abzuleiten sind Objektplanungen. Diese werden nach dem richtwertbezogenen Ansatz vom Planer auf traditionelle Art und Weise in Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung



Sportstätte zukunftsorientiert und multifunktional

entwickelt und diskutiert. Anschließend können Betroffene sich nach dem offiziellen Verfahren der Bauleitplanung zur Planung äußern. Ob diese Stellungnahmen der betroffenen Bürger eingearbeitet werden, obliegt der Kommunalverwaltung. Der Goldene Plan gibt schließlich zu den Objektplanungen Empfehlungen weiter, die sich mit der sportgerechten und umweltverträglichen Gestaltung von Sportanlagen beschäftigen. So nennt er z.B. folgende Leitkriterien:

- Attraktivität, Erreichbarkeit, Zugänglichkeit und Kostengünstigkeit für alle Nutzer
- vielseitige Nutzbarkeit der Sportanlagen für Menschen aller Alters-, Interessen- und Leistungsgruppen
- Aufforderungscharakter für neue Bewegungs- und Spielformen, Förderung der sinnlichen und körperlichen Erfahrung
- Integration von freizeitorientierten sozialen Einrichtungen
- Gesundheitsförderung insbesondere auch durch Naturnähe
- verantwortungsvolle Mitnutzung von Wegen, Wasserwegen und Flächen in Natur und Landschaft sowie Siedlungsbereichen
- Umweltverträglichkeit wie auch Nachbarschaftsverträglichkeit aller Sportanlagen

Maßnahmenentwicklung in der verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung

Auf der Grundlage einer systematischen Sportstättenbedarfsermittlung ist in der verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung die Konzipierung von Maßnahmen vorgesehen. Der Leitfaden gibt in diesem Kontext an, dass Überlegungen zu fehlenden bzw. überzähligen Sportanlagen angestellt und zu jedem Vorschlag Alternativen entwickelt werden sollten, die untereinander vergleichend zu bewerten sind. Dabei ist sowohl an Maßnahmen zur Anpassung des Sportstättenangebotes als auch zur Verbesserung der Organisation des Sportbetriebes und zur Entwicklung des Sporttreibens zu denken.

Ohne eine genaue Vorgehensweise anzugeben, werden verschiedene Beispiele angeführt (BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000, 30):

- Überwachung und Steuerung der Belegung von Sportstätten mit dem Ziel einer optimalen Auslastung;
- Erstellung eines kommunalen Sportberichtes;
- Bildung eines Stadtforums Sport;
- Sportprogramme für ältere Menschen;
- kooperative Sportangebote zwischen Schule und Verein;

- Schnupperkurse für bestimmte Sportarten;
- Schließung, Umwidmung, Modernisierung, Umbau, Erweiterung oder Neubau von Sportanlagen.

In einem weiteren Schritt des Gesamttablaufes der Planung ist im Leitfaden vorgesehen, alle konzipierten Maßnahmen noch auf ihre Wirkungen hin abzuschätzen. Dabei soll die Kommune mögliche Folgewirkungen insbesondere unter folgenden Gesichtspunkten zusammenstellen (nach BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000, 30 f):

- Folgewirkungen für die Förderung oder Behinderung von bestimmten Sportarten und Bevölkerungsgruppen
- Folgewirkungen für den Ressourceneinsatz, wie Flächenbedarf, Investitionskosten, Betriebskosten, Personalkosten
- Folgewirkungen für die Anlagenkapazität und den Anlagenstandard, wie Auslastung von Sportanlagen, Attraktivität von Sportanlagen, Erreichbarkeit von Sportanlagen
- Folgewirkungen für die Bedarfsdeckung, wie Deckung unbefriedigten Bedarfs, Aktivierung neuen Bedarfs, Erhöhung der Sportbeteiligung und Sportausübung, Erhöhung des sportlichen Leistungsniveaus
- Folgewirkungen für die gebaute und natürliche Umwelt, wie Integration in das Stadtgefüge, Integration in die Landwirtschaft, Verkehrsbelastungen, Lärmbelastungen, Einwirkungen auf Boden, Wasser, Luft, Natur und Landschaft
- ... und weitere Folgewirkungen, wie z.B. kommunalpolitische Bedeutung bestimmter Sportarten und Sportanlagen

Unter Beachtung der übergreifenden Ziele der Planung und bei Berücksichtigung aller Folgewirkungen sollte dann über die Maßnahmen entschieden werden. In diesem Kontext wird vom Leitfaden empfohlen, die Stellungnahmen und Empfehlungen aller Akteure einzubeziehen, um eine möglichst breite Akzeptanz für die im Sportentwicklungsplan enthaltenen Aussagen zu erreichen (Bildung von Allianzen). Die so entstandenen Maßnahmen sollten

Eingang in Pläne und Programme der Kommune finden (z.B. Flächennutzungsplan, Bebauungsplan usw.). Eine genaue Vorgehensweise – z.B. zur Form der Allianzenbildung – wird auch an dieser Stelle vom Leitfaden nicht aufgezeigt.

5.2 Maßnahmenentwicklung in der Kooperativen und Integrierten Sportentwicklungsplanung

Maßnahmenentwicklung in der Kooperativen Sportentwicklungsplanung

Im Gegensatz zu den bisher angesprochenen Verfahren bildet bei der Kooperativen Planung die Maßnahmenentwicklung und die Umsetzung der Maßnahmen einen Schwerpunkt im Verfahren. Die Stärke des Kooperativen Ansatzes in der kommunalen Sportentwicklungsplanung liegt daher in der gemeinsamen Festlegung von Prioritäten und Maßnahmen mit einer klaren Umsetzungsorientierung. Wie im Kapitel »Bedarfsermittlung« schon erläutert wurde, sollte am Ende der ersten Planungsphase ein konkreter Maßnahmenkatalog vorliegen, der präzise Angaben zu Verantwortlichkeiten und Zeiträumen für die Umsetzung macht (vgl. Bsp. 25). Die zweite Planungsphase ist auf die eigentliche Umsetzung bezogen, d.h. die Planungsgruppe tritt weiter – in jetzt allerdings größeren zeitlichen Abständen – zusammen, um die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zu begleiten. Deshalb spricht man auch von einer »Methode für Planung und Umsetzung« (RÜTTEN 1998). Genaugenommen beginnt die Umsetzung natürlich schon in der ersten Planungssitzung, in der die verschiedenen Akteure sich zum ersten Mal austauschen und abstimmen.

Ein besonderes Kennzeichen der Kooperativen Planung ist es, dass auch die Umsetzung der geplanten Maßnahmen durch die kooperative Planungsgruppe betreut wird. Dies bedeutet einen hohen Zeit- und Arbeitsaufwand, der nicht zu unterschätzen ist und über den von Anfang an offen gesprochen werden sollte.

Gegebenenfalls wird sich die Maßnahmenentwicklung selbst schon mit dieser Problematik beschäftigen. In der Modellgemeinde Kaufungen wurde z.B. die Phase der Planung im Rahmen des kooperativen Verfahrens im Dezember 2001 beendet. Im Rahmen des Maßnahmenkatalogs wurden auch Maßnah-



Von der Allianz zur Bilanz

men berücksichtigt, welche die Phase der Umsetzung betrafen. So wurden z.B. eine Überprüfung der Maßnahmenumsetzung, die Fortführung der Planungsgruppe und die Konstituierung eines Gremiums für Sportentwicklung in der Gemeinde aus der kooperativen Planungsgruppe von der kooperativen Planungsgruppe beschlossen. In der Praxis wird dies durch ein vierteljährliches Treffen eines aktiven »Kerns« der kooperativen Planungsgruppe realisiert, die die geplanten Maßnahmen in ihrer Umsetzung begleitet. Zur Koordinierung dieser Gruppe und der Umsetzung der entwickelten Maßnahmen wurde darüber hinaus durch die Gemeinde eine ABM-Stelle eingerichtet.

Maßnahmenentwicklung in der Integrierten Sportentwicklungsplanung

Da die Integrierte Sportentwicklungsplanung darauf ausgerichtet ist, die elaboriertesten Planungsmethoden aus den verschiedenen Ansätzen zu nutzen, steht das gerade be-

Beispiel 25: Ausschnitt aus dem Maßnahmenkatalog der Gemeinde Kaufungen

Die folgende Tabelle zeigt eine kleine Auswahl an Maßnahmen aus verschiedenen Themenbereichen. Die Prüfung der Sportstättenbelegung und der Neubau einer Mehrzweckhalle wurden in der Arbeitsgruppe »Sportstätten – Sporthallen« konzipiert. Die Maßnahme »Inbetriebnahme einer Schwimmbadbuslinie« wurde von der Arbeitsgruppe »Sportstätten – Schwimmbad« erarbeitet. Die Arbeitsgruppe »Bewegungsräume« plante die Maßnahmen »Aufstellen von Bänken für ältere Menschen« und »Schaffung/Erweiterung von Radwegen«. Insgesamt wurden 34 Maßnahmen entwickelt, denen 103 Umsetzungsschritte zugeordnet sind.

Maßnahme	Umsetzungsschritte	Zeitraum	Verantwortlichkeit
Prüfung der Sportstättenbelegung: Sporthallen und Freianlagen	<ul style="list-style-type: none"> - Die Prüfung soll über Externe, z.B. Studenten, Schüler (mind. Oberstufe) oder über Arbeitsvermittlung Studentenwerk erfolgen. - Die Überprüfung muss täglich einschl. Wochenende erfolgen und nach der Schulzeit bzw. unmittelbar nach Schulschluss beginnen. - Die Überprüfung sollte mindestens über 14 Tage durchgeführt werden. - Die Erhebung wird je einmal im Winter und Sommer durchgeführt. 	1.-4. Quartal 02	Gemeinde Vereine
Neubau einer Mehrzweckhalle	<ul style="list-style-type: none"> - Einbeziehen möglichst aller Nutzergruppen in den Planungsprozess (Sicherung und Erweiterung der AG Sporthallen und Sportplätze) - Erstellung eines Bedarfs- und Anforderungskataloges für ein Raumkonzept (evtl. mit Kletteranlage); dabei Verknüpfung zur Sportstättenbelegungsprüfung - Erstellung eines Raumkonzeptes - Suche von Sponsoren für ein Marketing des Planungsprozesses - Erstellung einer Machbarkeitsstudie - Erstellung eines Finanzierungskonzeptes - Erstellung von Vorschlägen für Betriebsmöglichkeiten - Erstellung eines Betriebskonzeptes 	1. Quartal 02 1. Quartal 02 2./3. Quartal 02 (1./2. Quartal 02) 4. Qu. 02-1. Qu. 03 4. Qu. 02-1. Qu. 03 3./4. Quartal 02 3./4. Quartal 02	Gemeinde, Vereine, AG Sporthallen und Sportplätze, andere Nutzergruppen Vereine, AG Sporthallen und Sportplätze Gemeinde, AG Vereine Gemeinde Gemeinde, Vereine Vereine, AG Sporthallen/ -plätze Gemeinde, Vereine
Inbetriebnahme einer Schwimmbadbuslinie	<ul style="list-style-type: none"> - Prüfung der Möglichkeit zur Einrichtung einer festen Buslinie ab Zentrum Oberkaufungen und Zentrum Helsa in Abwägung zur Straßenbahn - vormittags für Schüler/Unterricht - Unterstützung DLRG (spezifische Belange/Bedarfe) 	4. Quartal 02	Gemeinde Landkreis, Schule Gemeinde
Aufstellen von Bänken für ältere Menschen	<ul style="list-style-type: none"> - Bestandsaufnahme der bereits aufgestellten Bänke - Projektteam bilden - Vorschlag für weitere Aufstellungsorte, Gesamtanzahl und Gesamt-Projektdauer festlegen - Vorbereitung der Finanzierung, Sponsorenbrief, Haushaltsplanung - Aufstellung der Bänke, Aktionstage »Bänke in und um Kaufungen« - Aufnahme der Standorte in einen Plan der Gemeinde und Aktualisierung in den Folgejahren 	1. Quartal 02 2. Quartal 02 2. Quartal 02 4. Quartal 02 4. Quartal 02 4. Quartal 03	Gemeinde/Bauhof AG »Bewegungsräume (BewR)«, Gemeinde, AKV, Begegnungsstätte, Seniorenzentren AG »BewR« mit Projektteam Gemeinde, AG »BewR« Gemeinde, AKV - Vereine Gemeinde
Schaffung/ Erweiterung von Radwegen zu den Nachbargemeinden (Radweg nach Vollmarshausen)	<ul style="list-style-type: none"> - Bestellung eines Fahrradbeauftragten, Ziele festlegen - Erkundung und Festlegung von Trassen-vorschlägen - Prüfung : Erweiterung der Landesstraße L3203 mit Radweganteil oder Parallel-Trasse zur L3203 	1. Quartal 02 3. Quartal 02 2002 - 2005	Gemeinde, AG »BewR« Fahrradbeauftragter, Gemeinde Gemeinde, Kreis

Finanzen	Anmerkungen
Praktikum Gemeindehaushalt	die zu prüfenden Anlagen sind von der Arbeitsgruppe festzulegen
Gemeinde, Land, Verbände, Vereine, private Investoren	Projektbeispiele Landessportbund Hessen
Gemeinden Kaufungen und Helsa sowie Landkreis Kassel (Schulen)	
Industrie/ Verbände Vereine, Gemeinde	

schriebene Modul der Kooperativen Planung im Mittelpunkt der Maßnahmenentwicklung von ISEP. Gleichzeitig werden die Vorteile des verhaltensorientierten Ansatzes integriert und in die Maßnahmenentwicklung eingebunden, d.h. die Integrierte Sportentwicklungsplanung nutzt die Ergebnisse aus der »objektiven Bedarfsermittlung« als Grundlage für die Maßnahmenentwicklung (zur Vorgehensweise vgl. vorangegangenes Kapitel).

Das Ergebnis der Maßnahmenentwicklung in der Integrierten Sportentwicklungsplanung ist wie in der Kooperativen Planung ein gemeinsam entwickelter Maßnahmenkatalog mit festgelegten Zeiträumen und Verantwortlichkeiten, der dann weiter in seiner Umsetzung begleitet wird.

6. Evaluation

»Evaluation« bedeutet allgemein »Auswertung«; im engeren Sinne »Wirkungsanalyse«. Es geht also um die Frage, inwieweit eine systematische Analyse und Bewertung der durch den jeweiligen Ansatz der Sportentwicklungsplanung erzielten Wirkungen erfolgt bzw. schon im Verfahren selbst berücksichtigt wird.

6.1 Evaluation in der richtwertbezogenen und verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung

Als Ergebnis des richtwertbezogenen Planungsansatzes sollen Fehlbedarfe und darauf basierende Investitionsbedarfe für die nächsten 15 Jahre berechnet und in einem Sportstättenleitplan festgehalten werden. Aufgrund einer solchen Laufzeit kann laut Goldener Plan der Sportstättenleitplan für das jeweilige Untersuchungsgebiet nur ein Programm sein, dessen Umsetzung in etwa fünfjährigen Phasen überprüft, fortgeschrieben und an die auftretenden Veränderungen und Anforderungen angepasst werden soll. In den weiteren Erläuterungen zur Vorgehensweise wird dieser Schritt der Überprüfung und Fortschreibung des Sportstättenleitplanes nicht genauer dargestellt.

Der Leitfaden des BISp gibt in seinem neunten und letzten Planungsschritt die Erfolgskontrolle und Fortschreibung des Sportstättenentwicklungsplanes vor. Hier wird formuliert, dass im Zuge der Durchführung der geplanten Maßnahmen deren Beitrag zur Erreichung der Ziele der Sportentwicklungsplanung (Planungsschritt 1) zu überprüfen ist. Wie diese

Überprüfung durchgeführt werden soll, wird nicht weiter ausgeführt. Es werden aber folgende mögliche Veränderungen aufgezählt, die zu einer Fortschreibung des Planes führen können:

- Veränderungen in den Zielen kommunaler Entwicklungspolitik und kommunaler Sportpolitik,
- Veränderungen in der Bevölkerungszahl und Bevölkerungszusammensetzung,
- Veränderungen in den Sportverhaltensparametern, wozu Aktivenquote, Präferenzfaktoren, Häufigkeit und Dauer der Sportausübung zählen,
- Veränderungen in den Sportanlagenparametern, wozu Zuordnungsfaktor, Auslastungsfaktor, Belegungsdichte und Nutzungsdauer zählen,
- Veränderungen im Bestand an Sportanlagen und Sportgelegenheiten,
- Veränderungen in den freien Kapazitäten auf Schulsportanlagen.

Eine Folge der Erfolgskontrolle in den o.g. Schwerpunkten kann die Fortschreibung des Sportentwicklungsplanes mit dem erneuten Durchlaufen aller Planungsschritte nach dem Leitfaden des BISp sein.

6.2 Evaluation in der Kooperativen und Integrierten Sportentwicklungsplanung

Für die einzelnen Phasen des Planungs- und Umsetzungsprozesses in der Kooperativen Planung wurden verschiedene Evaluationselemente konzipiert, die sich zum einen als Prozessevaluation und zum anderen als



Abbildung 25: Prozessevaluation in der Kooperativen/Integrierten Planung

Ergebnisevaluation

Umgesetzte Maßnahmen
Veränderung der Sportstätten und Bewegungsräume
Veränderung der Angebotsstruktur
Veränderung im Sport- und Bewegungsverhalten
Veränderung im Nutzerverhalten
Veränderung der Rahmenbedingungen
Bewertung des Planungsprozesses

Abbildung 26: Ergebnisevaluation der Kooperativen/Integrierten Planung

Ergebnisevaluation klassifizieren lassen. Die *Prozessevaluation* folgt dem Verlauf des kooperativen Planungsprozesses. Wichtig ist hierbei die unmittelbare Rückkopplung von Beobachtungen über Arbeitsfortschritte und gruppenspezifische Vorgänge mit der gesamten Planungsgruppe; d.h., die Analyse sollte im Sinne partizipatorischer Evaluation unter Beteiligung der Planungsgruppe erfolgen und insbesondere der Selbstregulierung der Gruppe dienen. Neben der Dokumentation inhaltlicher Fortschritte durch die Anfertigung von Verlaufsprotokollen konzentriert sich die Prozessevaluation auch auf eine ausgewogene Beteiligung am Planungsprozess und auf die Beziehungen der Teilnehmer untereinander. So sollten z.B. die Regelmäßigkeit der Teilnahme, die Redeanteile sowie beobachtete Verhaltensmuster ausgewertet und speziell in der Anfangsphase zur Optimierung des Planungsprozesses mit den Teilnehmern erörtert werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Prozessevaluation besteht gegen Ende des Planungsprozesses in der Bestimmung der Evaluierbarkeit der geplanten Maßnahmen. Mit dieser Methode, nach der jede geplante Maßnahme gemeinsam mit der gesamten Planungsgruppe z.B. auf ausreichende Konkretheit, Umsetzbarkeit, Zurechenbarkeit (im Sinne festgelegter Zeiträume und Verantwortlichkeiten) und Kontrollierbarkeit (Erfolgsindikatoren) überprüft werden kann, wird zugleich eine wesentliche Grundlage für die folgende Ergebnisevaluation geschaffen. Zur Prozessevaluation gehört auch die fortlaufende Analyse des situativen Kontextes und der politischen Rahmenbedingungen, d.h. des komplexen Zusammenspiels von politischen,

ökonomischen und sozialräumlichen Faktoren sowie öffentlichen und privatwirtschaftlichen Interessen in der Kommune.

Die *Ergebnisevaluation* bezieht sich zunächst auf die Frage, ob die geplanten Maßnahmen auch wirklich umgesetzt werden konnten. Gleichzeitig sollten die Auswirkungen der durchgeführten Maßnahmen analysiert werden. Das kann über verschiedene Erhebungen erfolgen, z.B. durch eine erneute Bestandsaufnahme der Sportstätten und Bewegungsräume sowie der Sportangebote.

Beispiel 26: Ergebnisevaluation in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein

In Abbildung 27 ist das Ergebnis der Umsetzung in der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein abgebildet. Insgesamt wurden 51 Maßnahmen von der kooperativen Planungsgruppe geplant. Davon konnten bisher 75 % umgesetzt werden. Ein Viertel aller Maßnahmen wurde nicht umgesetzt. Betrachtet man das Ergebnis nach den vier Arbeitsthemen bzw. Arbeitsgruppen, dann kann festgestellt werden, dass vor allem die Arbeitsgruppen »Sportstätten/-management« sowie »Öffentlichkeitsarbeit und Koordination« mit einer Realisierungsquote von über 80 % ein sehr gutes Ergebnis erzielt haben. Bei den beiden Arbeitsgruppen »Sportangebote und Organisationsentwicklung« und »Entwicklung von Bewegungsräumen« liegt die Umsetzungsquote der Maßnahmen immerhin bei ca. 60 %.

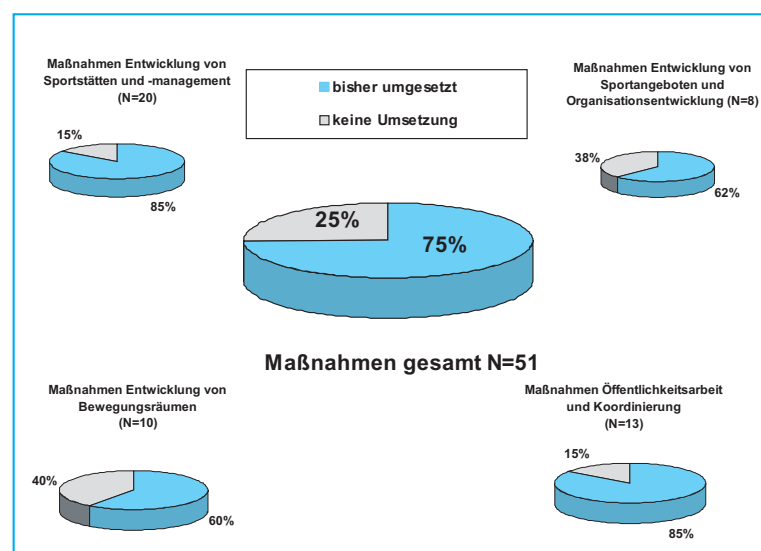


Abbildung 27: Ergebnisevaluation zur Maßnahmenumsetzung am Beispiel der Verwaltungsgemeinschaft um Lichtenstein (Stand September 2002)

Die Ergebnisevaluation bezieht sich auch auf den kooperativen Planungsprozess selbst. Hierzu werden nach Abschluss der Planungsphase Interviews mit den Teilnehmern der Planungsgruppe durchgeführt. In diesem Zusammenhang soll z.B. erfasst werden, wie die Teilnehmer nach den gemachten Erfahrungen den Prozess insgesamt bewerten, inwieweit ihres Erachtens die Ziele der Planung mit dieser Methode erreicht wurden, welche spezifischen Beiträge die unterschiedlichen Interessen und beteiligten Perspektiven geleistet haben und inwieweit die Erfahrung der kooperativen Planung sich auf die Teilnehmer selbst auswirkt.

Die vorgestellten Evaluationsmodule der kooperativen Methode werden auch in der Integrierten Sportentwicklungsplanung genutzt. Darüber hinaus bietet sich gerade für die Integrierte Sportentwicklungsplanung eine enge Verzahnung von Evaluation und Qualitätsmanagement an, wie sie im abschließenden Kapitel näher erläutert werden soll.

Beispiel 27: Ergebnisevaluation zur Kooperativen Planung in der Gemeinde Kaufungen

Die Ergebnisse in Abbildung 28 zeigen eine durchaus positive Bewertung der Planung durch die Teilnehmer in der Gemeinde Kaufungen. Über 90 % sehen die Ziele der durchgeführten Planung umgesetzt, fast $\frac{3}{4}$ der befragten Teilnehmer gehen jetzt von einem erhöhten Verständnis für andere Interessen aus und fast 90 % sind der Meinung, dass gerade eine solche bereichsübergreifende Zusammenarbeit, wie in der Kooperativen Planung, eher zum Erfolg führt als ein sektoriales Vorgehen.

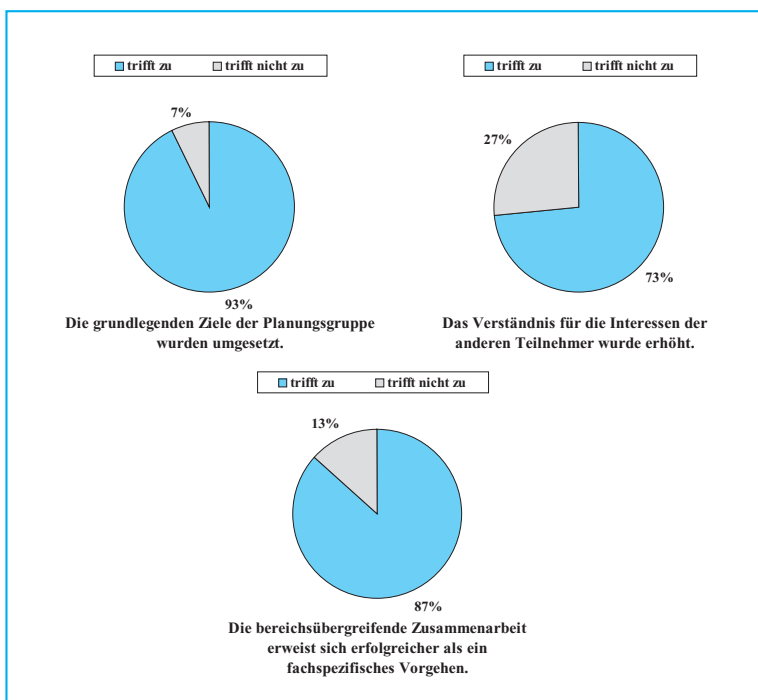


Abbildung 28: Ergebnisevaluation – Bewertung des Planungsprozesses durch die Teilnehmer in der Gemeinde Kaufungen

7. Qualitätsmanagement

Zur Sicherung einer möglichst hohen Effektivität und Effizienz von Sportentwicklungsplanungen ist es sinnvoll, die Qualität des Planungsprozesses fortlaufend zu kontrollieren und zu verbessern. In diesem Zusammenhang sollten insbesondere die in unterschiedlichsten Bereichen entwickelten Instrumente eines Qualitätsmanagements (QM) für die kommunale Sportentwicklungsplanung fruchtbar gemacht werden. Im Folgenden werden zunächst die Begriffe Qualität und Qualitätsmanagement definiert und inhaltlich präzisiert. Anschließend wird untersucht, inwieweit die vorliegenden Ansätze zur Sportentwicklungsplanung bereits Teile von Qualitätsmanagement beinhalten.

7.1 Grundlagen des Qualitätsmanagements

Der Begriff der Qualität wird heute in vielen Arbeits- und Lebensbereichen verwendet. Im Lexikon wird Qualität z.B. definiert als »eine Beschreibung für Güte und Beschaffenheit einer Sache« (KNAURS LEXIKON 1987, 702). In anderen Literaturquellen finden sich weitere Definitionen wie: »Qualität = Technik + Geisteshaltung« (GRAEBIG 1995, 1) oder »Qualität ist das Erreichte im Verhältnis zum Machbaren, bezogen auf die Menge des Gewünschten« (van EIMEREN 1979, 1447). Masaaki Imai, einer der bekanntesten Vertreter einer Qualitätsmanagementphilosophie in der Betriebswirtschaftslehre, versteht unter Qualität all das, was verbessert werden kann (vgl. IMAI 1993).

Die wohl anerkannteste Definition des Qualitätsbegriffes liegt jedoch in der DIN EN ISO 8402 vor. Demnach ist »Qualität die Gesamtheit von Merkmalen (und Merkmalswerten) einer Einheit bezüglich ihrer Eignung, festgelegte und vorausgesetzte Erfordernisse zu

erfüllen« (DIN 1995a, Nr. 2.1).

Konkrete Ansatzpunkte und Zielbereiche für die Beurteilung von Qualität lassen sich anhand der Ausführungen von Donabedian, einem der Begründer der Qualitätsforschung, ableiten. Er hat u.a. unterschiedliche Dimensionen von Qualität klassifiziert (vgl. DONABEDIAN 1966; vgl. hierzu auch HUBER/BALDUS 1997):

- Strukturqualität
- Prozessqualität
- Ergebnisqualität

Um die einzelnen Dimensionen beschreibbar und erfassbarer zu machen, können einzelne Qualitätsindikatoren bestimmt werden. Sie dienen zunächst einmal dazu, Inhalte der Dimensionen messbar zu machen. Denn nur wenn man etwas messen und im nächsten Schritt verändern kann, ist anschließend feststellbar, ob sich auch tatsächlich etwas verändert hat.

Nachfolgend werden im Hinblick auf die kommunale Sportentwicklungsplanung mögliche Qualitätsindikatoren für die Dimensionen der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität skizziert.

Strukturqualität

Zu Beginn steht der Indikator Zielsetzung, d.h. es geht zunächst darum, genau festzulegen, welche Ziele für die Sportentwicklungsplanung vorliegen. Als mögliche Ziele könnten z.B. in Anlehnung an die Ausführungen des Landessportbundes Hessen (LANDESSPORTBUND HESSEN 2001a) formuliert werden:

- Reintegration von Spiel und Sport in das Alltagsleben, insbesondere in das unmittelbare Wohnumfeld
- Erschließen zusätzlicher Räume als »Spiel- und Sportgelegenheiten« (Gehwege, Park-

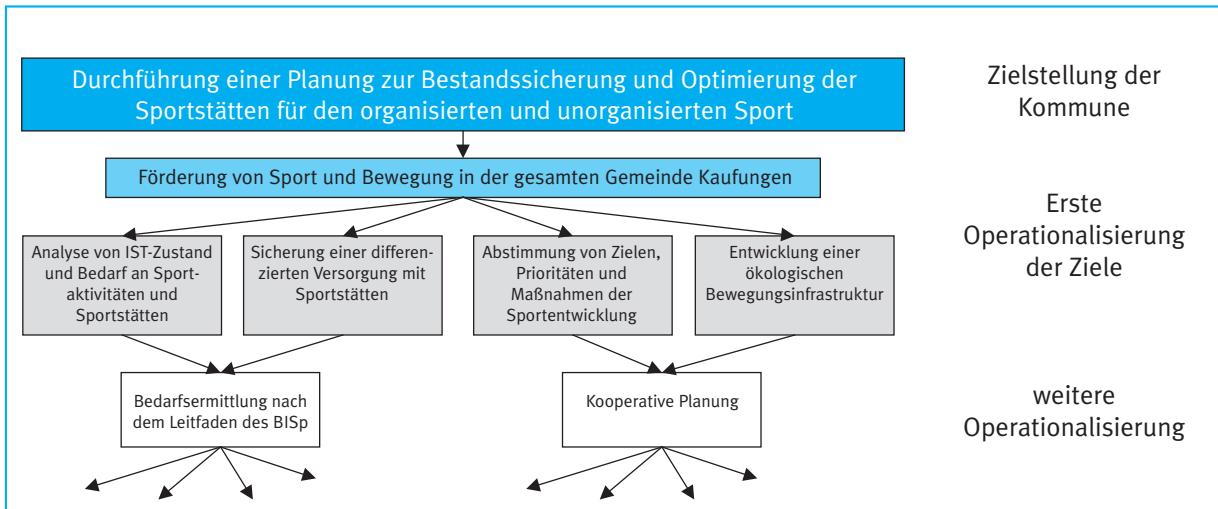
plätze, öffentliche und private Freiflächen, Parks etc.)

- Die Öffnung und bewegungsanregende Gestaltung quartierbezogener informeller Bewegungsräume
- Veränderungen und Neugestaltungen bei den formell ausgewiesenen Bewegungsflächen und regulären Sportstätten

Die mögliche Zielsetzung und -formulierung für eine Kommune und deren Operationalisierung soll das Beispiel 28 (Gemeinde Kaufungen) verdeutlichen:

Ressourcen auseinander. In diesem Zusammenhang geht es z.B. um den Zustand oder die konkrete Nutzung der Sport- und Bewegungsangebote und der Sportstätten (vgl. BACH/VÖLKER 1994; RÜTTEN/SCHRÖDER/ZIEMAINZ 2001). Eine erhöhte Qualität der Sportstätten könnte mit einer gesteigerten Zufriedenheit mit der Sport- und Bewegungsinfrastruktur einhergehen. Eine generell häufigere Nutzung von Sport- und Bewegungsmöglichkeiten ist somit denkbar. Erste Untersuchungen der Stuttgarter Arbeitsgruppe (WETTERICH/KLOPFER 2000) konnten zeigen,

Beispiel 28: Ziele der Sportentwicklungsplanung in der Modellgemeinde Kaufungen



Das Beispiel macht deutlich, dass es notwendig ist, nicht nur Ziele zu formulieren, sondern diese so zu präzisieren, dass sie in einzelne Bearbeitungsschritte umgesetzt werden können. Diese »Operationalisierung« ist über verschiedene Aktivitäten möglich (vgl. Bsp. 28). Darüber hinaus muss gefragt werden, wie langfristig die Ziele angelegt sind und ob diese konkret genug sind, um bearbeitet zu werden. Die Frage nach den *Zielgruppen* bildet einen weiteren Indikator. Welche Zielgruppen sind angesprochen und für welche ist die Teilnahme bzw. Nutzung möglich? Gibt es genau definierte und nachvollziehbare Ausschluss- bzw. Teilnahme-kriterien? Bezogen auf die Sportentwicklungsplanung können das z.B. Teilnehmer am Planungsprozess selber und Nutzergruppen von Sportanlagen sein. Der nächste Indikator setzt sich mit den

dass bei entsprechender Neu- oder Umgestaltung normierter Sportstätten eine deutlich höhere Verweildauer und eine höhere Nutzung der Anlagen festzustellen war. Vor allem war eine generationsübergreifende Nutzung deutlich sichtbar.

Weiterhin werden unter diesem Indikator die Anforderungen und die Qualifikationen von Übungsleitern, Betreuern und kommunalen Mitarbeitern im Sport subsummiert, d.h. spezifische Anforderungen, die an die entsprechenden Personen gestellt werden müssen. Dies gilt insbesondere für die Qualifikation der kommunalen Mitarbeiter (vgl. ZIEMAINZ 2001). Aspekte der Finanzierung gehören ebenfalls zum Indikator Ressourcen. Auf welche Summe belaufen sich z.B. die Kosten für die Umsetzung der Sportentwicklungsplanung? Gerade dieser Punkt wird im Kontext kommunaler

Trägerschaft in den letzten Jahren massiv diskutiert und spielt bei der Legitimation gegenüber politischen Entscheidungsträgern eine wichtige Rolle. Aspekte der Ökologie sind ebenfalls zu beachten. So schreibt Spindler (SPINDLER 2000, 11), dass es in Zukunft darauf ankommt »nicht am Umweltschutz zu sparen, sondern mit Umweltschutz zu sparen«. Öko-Checks können hier eine sinnvolle Maßnahme sein, um eine gute Ökoeffizienz zu erreichen (zum »Öko-Check« vgl. LANDESPORTBUND HESSEN 2001b).

Als weiterer Qualitätsindikator ist der Grad und die Güte der internen und externen *Kommunikation* zu nennen (z.B. Verbreitung, Öffentlichkeitsarbeit). Hierbei geht es im Wesentlichen um folgende Fragen: Gibt es einen gezielten Kommunikationsprozess (z.B. Kommune – Land – Wirtschaft), um die angestrebten Ziele der Sportentwicklungsplanung überhaupt entsprechend verwirklichen zu können? Welche Bevölkerungsteile sind unmittelbar involviert? Gerade der letzte Punkt scheint für die Planung und Realisierung im Zuge des Neu- oder Umbaus von Sport- und Bewegungsmöglichkeiten von zentraler Bedeutung. Bekanntlich nehmen »Betroffene Geplantes um so eher an, je stärker sie an entsprechenden Planungs- und Entscheidungsprozessen selbst beteiligt sind« (RÜTTEN 2001b, 318 f). Weiterhin ist von Interesse, wie stark die Vereine und anderen für Sport und Bewegung relevanten Institutionen in das Konzept integriert sind bzw. es unterstützen? Vielfältige Verbünde/Netzwerke sind notwendig bzw. gewünscht, um entsprechende Synergieeffekte zu erzielen (vgl. RÜTTEN/SCHRÖDER 2001). Eine weiterer Indikator sind die Verpflichtungen. Darunter werden nicht nur gesetzliche Vorgaben (z.B. das Bundesbaugesetz), Vorgaben von Versicherungen, ethische Erfordernisse oder regionale Besonderheiten verstanden, sondern im Speziellen die Rechenschaftslegung kommunaler Entscheidungsträger gegenüber dem Bürger oder dem Gemeinderat.

Prozessqualität

Dieser Dimension lassen sich die Indikatoren

Prozessplanung, -durchführung und -kontrolle zuordnen. Die Prozessqualität bezieht sich insbesondere auf die aktuellen Maßnahmen zur Sportentwicklungsplanung sowie auf die Frage, wie diese umgesetzt werden und wer an der Umsetzung aktuell beteiligt ist; weiterhin, ob und in welchem Umfang eine Kontrolle stattfindet.

Ergebnisqualität

Ein erster Indikator dieser Dimension ist die *Dokumentation*. Liegen entsprechende Unterlagen z.B. zur Nutzung von Sportangeboten, -anlagen etc. vor? Gibt es entsprechende Publikationen, in denen bisherige Ergebnisse oder Vorgehensweisen festgehalten worden sind? Ein zweiter Indikator ist die *Evaluation*. Darunter fallen u.a. Aspekte der Überprüfung der Wirksamkeit der Sportentwicklungsplanung.

Es dürfte klar sein, dass mangelhafte Strukturqualität – Fachkräftemangel, Raumnot, ungenügende Ausstattung – Sportentwicklungsplanung ebenso beeinträchtigen kann wie mangelnde Prozessqualitäten – etwa geringe Akzeptanz in der Kommune bzw. unter den



Planungs- und Umsetzungsbedarf

Mitarbeitern oder Diskrepanzen zwischen Mitarbeitern und involvierten Personen aus dem Sport. Daraus kann mangelnde Ergebnisqualität resultieren, wie beispielsweise eine schlechte Planung oder ein schlechtes

Betriebskonzept für eine Sportstätte. Dies wirkt wiederum auf die Stellung der Sportentwicklungsplanung in der Kommune zurück. Alle diese Probleme sind auf der jeweiligen Ebene mit spezifischen Mitteln des Qualitätsmanagements anzugehen. Die klare Erkenntnis eines Qualitätsmangels und der gemeinsame Wille zu seiner Bewältigung stellen die wichtigsten Voraussetzungen einer Qualitätsentwicklung dar.

Fazit

Die Festlegung grundlegender Qualitätsstandards wird auch für Kommunen im Kontext kommunaler Sportentwicklungsplanung immer wichtiger, auch wenn dies aufgrund der Komplexität der Aufgaben zunächst als schwierig erscheint. Eine Systematisierung in die oben genannten Qualitätsdimensionen und -indikatoren kann jedoch ein erster Ansatz sein, um zu einer strukturierten Abarbeitung der verschiedenen Aufgaben zu gelangen.

Qualitätsmanagement

Qualitätsmanagement kann in Anlehnung an die ISO-Normen 9000-9004 (vgl. DIN 1995b, 15) wie folgt definiert werden:

Alle Tätigkeiten des Gesamtmanagements, die im Rahmen des Qualitätsmanagement-Systems die Qualitätspolitik, die Qualitätsziele und Verantwortungen festlegen sowie diese durch Mittel wie Qualitätsplanung, Qualitätslenkung (-kontrolle), Qualitätssicherung und -verbesserung verwirklichen.

Qualitätsmanagement beinhaltet somit die funktionale Betrachtung der Aktivitäten innerhalb der Sportentwicklungsplanung. Die systematische Analyse tritt an die Stelle einer unvollständigen oder unstrukturierten Beschreibung der Abläufe. Sie führt zu transparenten und vereinfachten Abläufen und fördert die Nutzung der Verbesserungspotenziale sowie eine Intensivierung des Qualitätsbewusstseins.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements sind dabei vielfältige Einflussfaktoren zu berücksichtigen.

Insbesondere Aspekte der Wirtschaftlichkeit, der Gesetzgebung und der Umwelt spielen eine zentrale Rolle. Hinzu kommen Wünsche und Anforderungen von Bürgern, Sportanbietern und kommunalen Entscheidungsträgern.

Umfang und Inhalte des Qualitätsmanagements können in einem Qualitätsmanagementhandbuch schriftlich niedergelegt und im Rahmen eines Qualitätsmanagementsystems angewendet werden. Als Teil des Qualitätsmanagements stellt die Qualitätspolitik, die Ziele und Absichten sowie Verantwortung im bezug auf Qualität ausdrückt, einen wichtigen Bestandteil der Sportentwicklungsplanung dar.

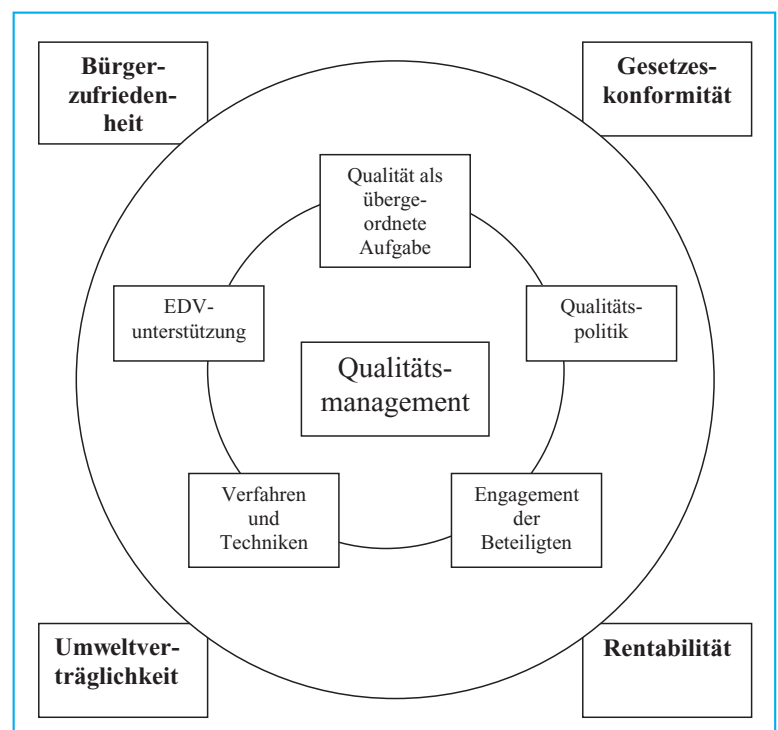


Abbildung 29: Ziele und Instrumente von Qualitätsmanagement

Abbildung 29 stellt im Überblick die möglichen Ziele (äußerer Ring) und Instrumente (innerer Ring) von Qualitätsmanagement dar (vgl. KAMINSKE/BRAUER 1999). Die Festlegungen der Qualitätspolitik werden durch Qualitätsplanung, -lenkung und -sicherung zur Ausführung gebracht. Als ein übergeordneter Bestandteil des Qualitätsmanagements ist die Qualitätsverbesserung zu sehen. Dazu zählen sämtliche Maßnahmen zur Steigerung von

Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Prozesse innerhalb der Sportentwicklungsplanung, um letztendlich einen höheren Nutzen zu erzielen – sowohl für die Planung selbst als auch für den Bürger.

Der nachfolgend dargestellte Demingkreis (PDCA-Kreis) verdeutlicht dies in einem Modell. Das unaufhörliche Wiederholen von Planung (*plan*), Erprobung (*do*), Überprüfung (*check*) und Verbesserung (*act*) stellt die Grundlage einer fortlaufenden Qualitätsentwicklung dar (vgl. KAMINSKE/BRAUER 1999; vgl. Abb. 30). Besonders wichtig ist es, die Interessen der beteiligten Gruppen (*stakeholder*) so präzise wie möglich zu erkunden und bei einer Abwägung zu berücksichtigen. Speziell auf diesen Punkt wird im Zusammenhang mit Qualitätsmanagement in der integrierten Sportentwicklungsplanung noch eingegangen.

Das wiederholte Durchlaufen dieses Zyklus führt mit jeder Beseitigung einer Schwachstelle zu einer fortlaufenden Verbesserung der Qualität. Dies gilt natürlich nur dann, wenn es gelingt, Schwachstellen am Wiederauftreten zu hindern. Die Arbeitsgruppe Qualitätssicherung in der Medizin (GMDS-AG 1996) verweist darauf, dass das Grundkonzept weder für eine Berufsgruppe noch Berufsbereiche spezifisch, sondern universell anwendbar ist. Um nun auf verschiedenen Ebenen Probleme aufzudecken und im Anschluss Lösungsansätze zu formulieren, bietet sich die Verwendung von *Qualitätstechniken* an. Dies sind Verfahren, die in dem ein oder anderen Ansatz zur Sportentwicklungsplanung zum Teil schon verwendet werden, ohne jedoch eine systematische Anwendung unter dem Aspekt des Qualitätsmanagements zu finden. Qualitätstechniken bezeichnet die Gesamtheit der Methoden (= Verfahren) und Instrumente (= Werkzeuge), die auf dem Gebiet des Qualitätsmanagements eingesetzt werden. Im weiteren Sinne fallen darunter Techniken wie Brainstorming, Metaplan, Präsentationstechniken/Visualisierung, Kreativtechniken etc.

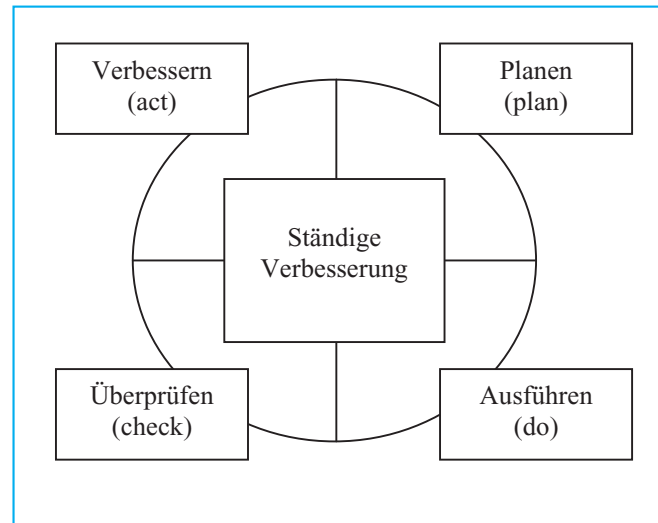


Abbildung 30: Deming-Zyklus der ständigen Verbesserung (vgl. KAMINSKE/BRAUER 1999)

Fazit

Qualitätsmanagement stellt hohe Anforderungen an alle Beteiligten. Im Kontext von Sportentwicklungsplanung erscheint es sinnvoll, zur Reduktion der Komplexität und zur Steigerung der Wirksamkeit, ein Qualitätsmanagementsystem zu etablieren. Qualitätstechniken sind in diesem Zusammenhang nützliche Hilfsmittel. Sie dienen in erster Linie dem Aufdecken von Problemen und der Problemlösung. Sie machen es allerdings auch möglich, alle Beteiligten in diesen Prozess zu integrieren, um so eine höhere Akzeptanz bei jedem Einzelnen zu erreichen. Dies wiederum erleichtert es, die Notwendigkeit von Qualitätsmanagement zu verdeutlichen und ein entsprechendes Qualitätsmanagement umzusetzen.

Letztendlich dient Qualitätsmanagement dazu:

- Schwachstellen zu *identifizieren*
- Qualitätsindikatoren zu *spezifizieren*
- Zu *koordinieren*, um darüber Synergieeffekte zu schaffen
- Eine hohe *Bereitschaft und Vertrauen* bei den Beteiligten zur Umsetzung von Qualitätsmanagement zu *schaffen*
- Veränderungen bzw. Ist-Zustände und Abläufe zu *dokumentieren*
- Zu *evaluieren*

7.2 Qualitätsmanagement in der richtwertbezogenen und verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung

Betrachtet man die richtwertbezogenen und verhaltensorientierten Methoden unter dem Aspekt des Qualitätsmanagements, so fällt zunächst auf, dass der Begriff in den Veröffentlichungen gar nicht auftaucht. Kontrolle und fortlaufende Erneuerung werden allerdings in beiden Ansätzen zumindest angesprochen. Dies heißt aber im Umkehrschluß noch nicht, dass damit Aspekte des Qualitätsmanagements berücksichtigt sind. Denn es wird nicht ausgeführt, wie Kontrolle erfolgen soll, was die Qualität der Kontrolle ausmacht und wer das Ganze realisiert. Betrachtet man die Ansätze differenzierter unter dem Aspekt Qualität und legt man dieser Betrachtung die oben genannten Dimensionen von Donabedian zugrunde, so lassen sich einige Ausführungen der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität zuordnen.

Richtwertbezogener Ansatz

Strukturqualität

Vor dem Hintergrund der Gegebenheiten nach dem 2. Weltkrieg in den alten Bundesländern und nach der Wende in den neuen Bundesländern werden vom Goldenen Plan zwei wesentliche Ziele formuliert:

- Fehlbestand an Sportanlagen aufzeigen
- Beseitigung der grundlegenden Mangelsituation an Sportstätten

Als ein weiterer Punkt im Goldenen Plan (1962) wurde die Verbesserung der »Volks-gesundheit« als Ziel formuliert.

Letztgenanntes Ziel ist sicherlich ein sehr allgemeines und unspezifisches Ziel, das sich nur schwer erfassen lässt und auch nicht ohne weiteres auf die Verbesserungen der Sportstätten zurückzuführen ist. Das Aufzeigen des Fehlbestandes über diesen Ansatz ist dagegen ein konkretes und gut fassbares Ziel. In Hinblick auf das Ziel der Beseitigung der Mangelsituation an Sportstätten hat sich dieser Ansatz zumindest in den alten Bundesländern

bewährt; nach der Wende ist er in den neuen Bundesländern jedoch eher gescheitert (vgl. ERLLENWEIN 2001; EULERING 2001).

Die *Ressourcen* zur Durchführung einer richtwertbezogenen Sportentwicklungsplanung, z.B. Qualifikation von Mitarbeitern und Finanzen, erscheinen überschaubar und fassbar. Die Erhebung der notwendigen Daten kann über kommunale Mitarbeiter erfolgen. Diese müssen allerdings in der Lage sein, neben den Standardparametern auch den Bauzustand einzuschätzen. Auch zur eigentlichen Bedarfsberechnung bedarf es keines großen zeitlichen und personellen Aufwands. *Kommunikation* mit Externen ist nicht zwingend notwendig, da die benötigten Daten von den kommunalen Mitarbeitern selbst erhoben werden können. Eine entsprechende interne Kommunikation, also zwischen verschiedenen Abteilungen der Kommune, muss allerdings in hohem Maße gewährleistet sein, um Daten in entsprechender Qualität zu erhalten.

Wie auch für die anderen Ansätze gelten im Hinblick auf die *Verpflichtungen* die Bestimmungen des Bundesbaugesetzes. Als weitere grundlegende Verpflichtung müssen die Berechnungsgrundlagen, die im Goldenen Plan dargelegt werden, entsprechend Berücksichtigung finden. Aber auch hier spielt die Rechenschaftslegung, wie bereits angesprochen, eine besondere Rolle. Explizit formuliert ist dies im Goldenen Plan jedoch nicht.

Prozessqualität

Auf Prozessebene muss, wie zuvor bereits angedeutet, eine exakte und möglichst objektive Erhebung der benötigten Daten erfolgen. Die Problematik der Einschätzung durch Mitarbeiter der Kommune wurde bereits angedeutet. Eine Kontrolle, ob die Erhebung und letztendlich die Berechnung den Erfordernissen entsprechend abläuft, ist explizit im Goldenen Plan nicht vorgesehen und erfolgt vonseiten der Kommune oft nur stichprobenartig. Die Gefahren, die hieraus resultieren, beeinflussen in hohem Maße die Ergebnisebene.

Ergebnisqualität

Als Ergebnis dieses Planungsansatzes sollen

Fehlbedarfe und darauf basierend Investitionsbedarfe berechnet werden. Im Goldenen Plan sind dafür exakte Berechnungsvorgaben aufgeführt. Wie bereits angedeutet, bleibt eine Kontrolle der Güte der verwendeten Daten aus. Es wird zwar im Ansatz darauf verwiesen, aber ein konkretes Vorgehen wird nicht dargestellt.

Verhaltensorientierter Ansatz

Im Gegensatz zum Goldenen Plan geht der verhaltensorientierte Ansatz in komplexerer und differenzierterer Art und Weise vor.

Strukturqualität

Als Ziele dieses Ansatzes sind formuliert:

- geschlechts- und altersspezifisches Sportverhalten ermitteln
- darüber Bedarfe aufzeigen
- Sport für alle möglich machen

Die beiden erstgenannten Ziele sind sehr gut operationalisierbar. Das letztgenannte, als eher übergeordnetes Ziel, wird nur sehr schwer überprüfbar sein.

Die benötigten *Ressourcen* liegen höher als im richtwertbezogenen Ansatz. Zwar können auch in diesem Ansatz kommunale Mitarbeiter die Ermittlung des Bestandes (inkl. Bauzustand) durchführen oder Hallenbelegungen prüfen. Die Bevölkerungsbefragung erscheint allerdings nur über Experten, die auch über die nötige Technik verfügen, möglich. Somit liegen die benötigten Finanzen höher als im richtwertbezogenen Ansatz.

Externe wie interne *Kommunikation* spielt ebenfalls eine größere Rolle. Allein die Überprüfung der Hallenbelegung erfordert eine hohe Bereitschaft von Seiten der Vereine oder der sonstigen Nutzer. Eine entsprechende Unterstützung der Bevölkerung ist ebenfalls zwingend, da sonst die Qualität der Bevölkerungsbefragung zu wünschen übrig lässt.

Verpflichtungen sind ähnlich wie beim richtwertbezogenen Ansatz z.B. über das Bundesbaugesetz (DOG 1962, 20) und die allgemeine Richtlinien des Leitfadens (BUNDESINSTITUT

FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000) gegeben. Der Aspekt Rechenschaftslegung taucht in diesem Ansatz ebenfalls explizit nicht auf.

Prozessqualität

Auf Prozessebene gibt der verhaltensorientierte Ansatz sehr detailliert neun Planungsschritte vor. Es werden die genauen Abläufe der einzelnen Planungsschritte bis hin zur konkreten Durchführung aufgeführt und eine Kontrolle und Fortschreibung gefordert. Allerdings werden die zuletzt genannten Aspekte nur sehr kurz und allgemein dargestellt (BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000, 32).



Ergebnisqualität

Auf der Ergebnisebene liegen letztendlich detaillierte Aussagen über Fehl- und Investitionsbedarfe unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Altersgruppen und Sporttreibenden vor. Auf dieser Grundlage lassen sich wesentlich exaktere und differenziertere Maßnahmen einleiten. Wie die Umsetzung letztendlich erfolgen soll, wird aber auch in diesem Ansatz nicht konkret ausgeführt.

7.3 Qualitätsmanagement in der Kooperativen und Integrierten Sportentwicklungsplanung

Im Gegensatz zu den gerade behandelten Ansätzen sind in der Kooperativen und Integrierten Planung durch den Einsatz eines *Evaluationsmoduls* Inhalte von Qualitätsmanagement eher umsetzbar. Durch die evaluativen Aufgaben, die dem Organisations- und Moderationsteam zugeordnet werden (vgl. Kapitel »Bedarfsermittlung in der Kooperativen Planung«) ist eine Instanz geschaffen, die in der Lage ist, explizit die Umsetzung von Qualitätsmanagement zu begleiten. So ist das Team beispielsweise auf Prozessebene für die Kontrolle der Planungs- und Arbeitsgruppensitzungen verantwortlich. Damit wird im Sinne Demings ein permanenter Rückkopplungs- und Verbesserungsprozeß möglich. Im Kontext der Kooperativen und Integrierten Sportentwicklungsplanung werden weiterhin Qualitätstechniken eingesetzt, die es überhaupt ermöglichen, den Beteiligten die Anliegen des Qualitätsmanagements näher zu bringen, alle Beteiligten an der Gestaltung von Qualitätsmanagement zu beteiligen und diese auch für eine entsprechend konsequente Umsetzung zu gewinnen.

Strukturqualität

Die Strukturqualität von Kooperativer Planung und ISEP zeigt in einigen Punkten deutliche Unterschiede zu den bisher genannten Ansätzen. Als Ziele sind u.a. formuliert:

- Fehlbestand aufzeigen
- Maßnahmen und deren Umsetzung erarbeiten
- Alle Beteiligten integrieren

Diese Zielsetzungen gehen über die der bisherigen Ansätze deutlich hinaus, denn es sollen nicht nur Fehl- und Investitionsbedarfe aufgezeigt werden, sondern konkrete Maßnahmen und deren Umsetzung entwickelt werden – unter Einbeziehung aller Beteiligten. Allein diese Zielsetzung scheint unter dem Gesichtspunkt der Schaffung von Akzeptanz, eine wesentliche Aufgabe des QM, von besonderer Bedeutung. Die Ziele sind gut operationalisier-

bar.

Finanzielle *Ressourcen* sind bei ISEP zunächst in höherem Maße erforderlich als beim verhaltenorientierten Ansatz. Dies erscheint logisch, da die Bedarfsanalyse nach dem Leitfaden Teil des Integrierten Ansatzes ist und der Kooperative Planungsansatz noch hinzu kommt. Im Zuge der Umsetzung bietet dieser Ansatz allerdings die Möglichkeit, über die Schaffung von Synergieeffekten kostengünstiger bzw. effizienter zu arbeiten.



ISEP bei der Arbeit: Entwicklung konkreter Maßnahmen

Kommunikation interner wie auch externer Art spielt in diesem Ansatz eine besondere Rolle. Vereine, Bürger und kommunale Entscheidungsträger sind unmittelbar involviert und tragen somit sehr stark zum Gelingen bei. Auch eine starke Medien- und Bevölkerungunterstützung wird angestrebt, um eine entsprechende Bindung und Akzeptanz für diesen Ansatz zu schaffen.

Als *Verpflichtungen* sind an dieser Stelle das Bundesbaugesetz und die Richtlinien des Leitfadens zu nennen. Darüber hinaus fühlt sich der Ansatz der Agenda 21 verpflichtet. Der Rechenschaftslegung gegenüber den Beteiligten, den Bürgern etc. kommt in diesem Ansatz eine besondere Bedeutung zu.

Prozessqualität

Auf der Prozessebene spielen bedeutend mehr Faktoren eine Rolle als in den anderen

Ansätzen. Durch mehrere Planungsgruppen- und Arbeitsgruppensitzungen, in denen alle Bevölkerungsteile involviert sind, ist die Schaffung einer entsprechenden Akzeptanz erreichbar. Es können Argumente aller Beteiligten aufgenommen werden, und durch die Einbeziehung eines Evaluationsteams findet eine permanente Rückkopplung statt. Im Kleinen wird somit, im Sinne Demings, der PDCA-Zyklus angewendet, d.h. es erfolgt eine fortlaufende, problemorientierte Optimierung der angestrebten Maßnahmen.

Ergebnisqualität

In der Kooperativen und Integrierten Sportentwicklungsplanung wird, über die Bilanzierung des Fehl- und Investitionsbedarfs hinaus, ein konkreter Maßnahmenkatalog entwickelt sowie dessen Umsetzung begleitet und dokumentiert. Dies führt wiederum dazu, dass Wirkungen konkret messbar und überprüfbar werden. Sind die Maßnahmen bis zu den festgelegten Zeitpunkten umgesetzt worden? Wenn nein, warum nicht? Wer trägt die Verantwortung? Damit wird über die Wirkungsanalyse hinaus auch die Frage der Rechenschaftslegung tangiert.

Im Gegensatz zu den anderen Ansätzen sind in diesen Ansätzen also wesentliche Bestandteile bzw. Tools eines Qualitätsmanagementsystems bereits vorhanden. Diese gilt es in Zukunft weiter zu präzisieren und verstärkt für Qualitätsmanagement zu nutzen.

Fazit

Qualitätsmanagement wird in den bisherigen Ansätzen der Sportentwicklungsplanung nicht explizit thematisiert. Schaut man sich jedoch verwendete Qualitätstechniken und Inhalte der einzelnen Ansätze hinsichtlich der Möglichkeit zur Implementation von Qualitätsmanagement an, so wird deutlich, dass die Integrierte Sportentwicklungsplanung die beste Basis für eine Implementation von Qualitätsmanagement bietet.

Insbesondere die Integration aller Beteiligten und die Begleitung durch ein mit evaluativen Aufgaben betrautes Organisations- und Moderationsteam vereinfachen es, Anliegen,

Notwendigkeit und Inhalte von Qualitätsmanagement weiterzugeben und gemeinsam umzusetzen.



Fazit: Sport macht Spaß!

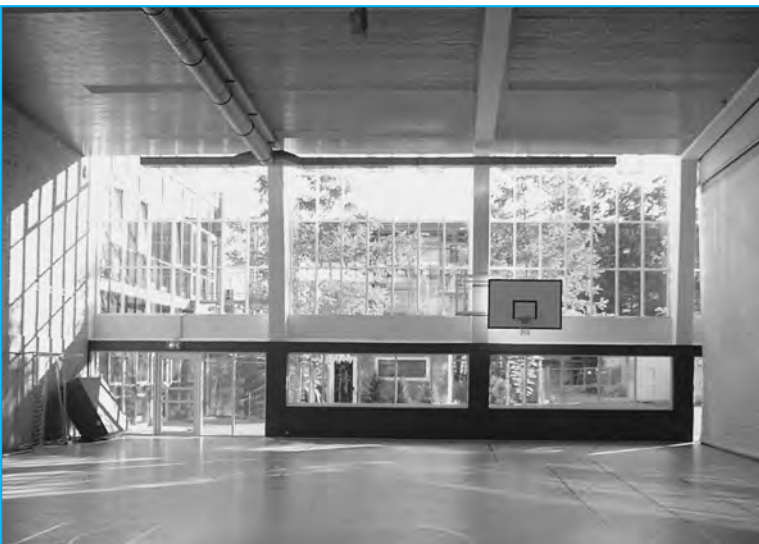
8. Zusammenfassung

In diesem Handbuch der kommunalen Sportentwicklungsplanung werden erstmals die vorliegenden Ansätze der Sport(stätten)entwicklungsplanung systematisch vergleichend dargestellt und in ihren Vorgehensweisen beschrieben. Dabei konnten sowohl Vorteile einzelner Verfahren herausgestellt als auch Probleme näher betrachtet und diskutiert werden. Dem *richtwertorientierten Ansatz* des Goldenen Plans steht beispielsweise der Vorteil der einfachen Handhabung dem Problem der unzureichenden Nachfrageorientierung gegenüber. Der *verhaltensorientierte Ansatz* nach dem Leitfaden des BISp ist mit seiner sehr komplexen Bedarfsberechnung zwar anspruchsvoll in der Vorgehensweise, bietet aber zugleich ein methodisch elaboriertes Verfahren im Kontext einer Nachfrageplanung. Die *Kooperative Planung* ermittelt im Gegensatz zu den anderen beiden Verfahren keine Bedarfszahlen pro Sportanlage, sondern erarbeitet unter Beteiligung von unterschiedlichen Interessensgruppen systematisch »subjektive

sucht schließlich die Vorteile der bisherigen Ansätze der Sportstättenentwicklungsplanung zu nutzen und deren Nachteile zu vermeiden. Er stellt unseres Erachtens gegenwärtig die umfassendste und zugleich angemessenste Form der kommunalen Sportentwicklungsplanung dar.

Die unterschiedlichen Verfahrensweisen der Bedarfsermittlung in den verschiedenen Ansätzen der kommunalen Sportentwicklungsplanung erfordern verschiedenartig differenzierte Bestandsaufnahmen. Diese reichen von der Aufnahme der gegenwärtigen und zukünftigen kommunalen Eckdaten, z.B. zur Bevölkerungs- und Schulentwicklung, über die Erfassung der Sportstätten und Sportangebote bis hin zur Aufnahme von sportverhaltensrelevanten Planungsparametern.

Bei der Bedarfsermittlung gehen die dargestellten Ansätze der kommunalen Sportentwicklungsplanung unterschiedliche Wege: Während bei der Richtwertmethode im Sinne einer Angebotsplanung Bedarfszahlen in qm pro Einwohner einer Gemeinde für die verschiedenen Sportanlagen vorgegeben werden, steht beim Leitfaden die empirische Ermittlung des Bedarfes anhand des Sportverhaltens der Bevölkerung im Mittelpunkt. Die Kooperative Planung wiederum stellt die Bedarfe im Dialog mit kommunalen Entscheidungsträgern, Bürgern und Experten fest. Allen Ansätzen gemeinsam ist das Ziel der Ermittlung der notwendigen Sportfläche, die der Bevölkerung in den unterschiedlichen Sportanlagenkategorien zum Sporttreiben aktuell und zukünftig zur Verfügung gestellt werden sollte. Gerade in dieser Hinsicht werden in diesem Handbuch vielfältige Hinweise, Tipps und Entscheidungshilfen für eine adäquate Vorgehensweise gegeben.



Lichtblick: Bedarfe des Sports nachhaltig auf der kommunalen Agenda positionieren

Bedarfe« vor Ort. Der neue Ansatz der *Integrierten Sportentwicklungsplanung* ver-

Aus den empirischen Ergebnissen der Bestandsaufnahme und den Ergebnissen der jeweiligen Bedarfsermittlung sollen bei allen Ansätzen konkrete Maßnahmen im Bereich der Sportförderung (Angebot, Organisation, Infrastruktur) abgeleitet werden. Der Goldene Plan (Ost) und der Leitfaden des BISp gehen allerdings eher zurückhaltend auf die entsprechenden Umsetzungsprozesse ein. Durch die neueren Ansätze der Kooperativen und der Integrierten Sportentwicklungsplanung wird demgegenüber die Entwicklung von Maßnahmen zur infrastrukturellen Förderung von körperlicher Aktivität und Sport zu einem zentralen Bezugspunkt der kommunalen Sportentwicklungsplanung. Darüber hinaus wird hier besonderer Wert auf die Akzeptanz von Planungen bei Bürgern und anderen Betroffenen gelegt, um damit nicht zuletzt die Erfolgsaussichten im Hinblick auf die Umsetzung von Maßnahmen (z.B. Bau und Nutzung von Sportanlagen, Aufbau von Kurssystemen) zu erhöhen. Zugleich entsprechen gerade der Kooperative und Integrierte Planungsansatz in besonderer Weise den Anforderungen an zukunftsfähige Planungskonzepte, wie sie z.B. im Kontext der Lokalen Agenda 21 oder von Habitat II für eine nachhaltige Stadtentwicklung aufgestellt wurden.

Es ist also nicht nur wichtig, darauf zu achten, wer eigentlich an der jeweiligen Planung und Umsetzung beteiligt wird, sondern ebenso zu bedenken: Wer organisiert und kontrolliert die Planung und Umsetzung der Maßnahmen? Und wie wird dieser Planungs- und Umsetzungsprozess gestaltet? Damit sind wichtige Aspekte der Evaluation und des Qualitätsmanagements angesprochen, die in der zukünftigen Sportentwicklungsplanung ein besonderes Gewicht erhalten werden. Schaut man sich die vorliegenden Ansätze der Sportentwicklungsplanung im Hinblick auf Evaluation und verwendete Qualitätstechniken sowie die Möglichkeit zur Implementation von Qualitätsmanagement an, so wird deutlich, dass die Integrierte Sportentwicklungsplanung bisher die beste Basis hierfür bietet. Insofern kann abschließend festgehalten werden, dass

mit dem Instrument der Integrierten Sportentwicklungsplanung eine Grundlage geschaffen wurde, die den Bereich der Sportentwicklungsplanung gegenüber anderen Politikbereichen (z.B. Altenpflege, Jugendhilfe) dialog- und wettbewerbsfähig werden lässt. Die für den Sport Verantwortlichen können so mit doppelt abgesicherten Bedarfswerten – »objektiv« ermittelt nach dem Leitfaden des BISp und »subjektiv« abgestimmt in der Kooperativen Planung – in die Diskussion um die finanzielle Ressourcenverteilung in den kommunalen Haushalten eintreten und die Bedarfe des Sports nachhaltig auf der kommunalen Agenda positionieren.

ZU DEN AUTOREN

Prof. Dr. Alfred Rütten: seit 2001 Ordinarius für Sportwissenschaft und Leiter des Instituts für Sportwissenschaft und Sport an der Universität Erlangen-Nürnberg. Zuvor war er an der TU Chemnitz als Professor für Sportwissenschaft tätig. Seine Abschlüsse (Dr. phil., Dr. phil. habil.) in Sportwissenschaft, Soziologie und Politischer Wissenschaft absolvierte er an den Hochschulen in Aachen und Stuttgart. Es folgten Gastprofessuren an ausländischen Universitäten, zuletzt als Visiting Professor of Public Health an der Yale University, USA. Seine derzeitigen Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Sportentwicklungsplanung und Gesundheitsforschung. So führt er gegenwärtig in unterschiedlichen Bundesländern Modellprojekte zur kommunalen Sportentwicklungsplanung durch und berät mehrere Landesministerien und Landessportbünde in diesem Bereich.



Jana Schröder: seit Juni 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sportwissenschaft und Sport im Forschungsbereich Sportverhaltensberichterstattung und kommunale Sportentwicklungsplanung an der Universität Erlangen-Nürnberg. Seit Januar 2001 Promotionsstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung im interdisziplinären Promotionskolleg »Nachhaltige Regionalentwicklung in Ostdeutschland« an der TU Chemnitz mit dem Thema »Evaluation kommunaler Sportentwicklungsplanung«. Studium der Erziehungswissenschaft, der Sportwissenschaft und der Soziologie in Zwickau und Chemnitz (1990-1996), Abschluss M.A.



Dr. Heiko Ziemainz: seit April 2001 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Sportwissenschaft und Sport an der Universität Erlangen-Nürnberg; Studium der Sportwissenschaft, der Psychologie und der Pädagogik an der Universität Gießen (1990-1995), Abschluss M.A.; Fernstudium Sportmanagement (1995), Abschluss: Sportmanager (IST); Promotion an der Sportwissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig im Bereich Sportpsychologie (1998), Schwerpunkte: Qualitätsmanagement im Sport und Sportstättenmanagement.



Sportentwicklungsplanung allgemein

Abelbeck, G. (1985): Die Entwicklung des Sportstättenbaus. In: Sportstättenbau und Bäderanlagen, 19 (2), 54-56

Bach, L. (1984): Sportstättenentwicklungsplanung – Ja, aber wie? In: Das Gartenamt, 33 (3), 170-178

Bach, L. (1990): Sportgelegenheiten – Anmerkungen zu Inhalt, Chancen und Grenzen im Rahmen der kommunalen Sportentwicklungsplanung. In: Der Kultusminister des Landes Nordrhein

- Westfalen (Hrsg.) (1990): Sportgelegenheiten – Bedeutungsinhalte, Chancen und Grenzen. Materialien zum Sport in Nordrhein-Westfalen, H. 30, 20-26
- Bach, L. (1995): Sport und Bewegung in der Stadt – Bestandsaufnahme aus der Sicht der Planung. In: Deutscher Sportbund; Sport mit Einsicht e.V. (Hrsg.): Sport und Bewegung in der Stadt. Schriftenreihe »Sport und Umwelt«, H.10, Frankfurt am Main, 35-56
- Bach, L.; Köhl, W. (1991): Anforderungen an Analysen von Sportangebot und Sportnachfrage für die kommunale Sportstättenentwicklungsplanung. In: Wieland, H.; Rütten, A. (Hrsg.) (1991): Kommunale Freizeitsportuntersuchungen. Theoretische Ansätze, Methoden, praktische Konsequenzen. Stuttgart, 120-144
- Bach, L.; Zeisel, M. (1989): Sportgelegenheiten – ein neues Maßnahmenkonzept in der kommunalen Sportentwicklungsplanung. In: Das Gartenamt, 38 (November) 1989, 659-666
- Bach, L.; Doppel, M.; Gerung, O. (1994): Nutzungsverhalten von Badbesuchern. Materialien zur Stadt- und Regionalplanung, Bd. 9. Bayreuth
- Bach, L.; Völker, S. (1994): Nutzungscharakteristiken bei Bädern. Materialien zur Stadt- und Regionalplanung, Bd. 10. Bayreuth
- Bässler, R. (1991): Gesellschaftliche Aspekte der Sportstättennutzung. In: Wieland, H.; Rütten, A. (Hrsg.) (1991): Kommunale Freizeitsportuntersuchungen. Theoretische Ansätze, Methoden, praktische Konsequenzen. Stuttgart, 92-112
- Blinkert, B. (1993): Aktionsräume von Kindern in der Stadt. Pfaffenweiler
- Bringmann, H. (2001): Zur derzeitigen Situation des Sportstättenbaus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Hummel, A.; Rütten, A. (Hrsg.) (2001): Handbuch Technik und Sport. Schorndorf, 337-346
- Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) (1976): Sportplätze. Köln
- Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) (1993): Sportplätze, Freianlagen für Spiel, Sport, Freizeit und Erholung; Planung – Bau – Ausstattung – Pflege. Köln
- Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) (1999a): Beach-Sportanlagen. Köln
- Eulering, J. (1986): Sportstätten – Zur Entwicklung der Bewegungswelt. In: Deutscher Sportbund (Hrsg.) (1986): Die Zukunft des Sports. Materialien zum Kongress Menschen im Sport 2000. Schorndorf, 147-172
- Eulering, J. (1988): Wo können die Menschen künftig (noch) ihren Sport treiben? Sport – Sportstätten – Sport – Umwelt. In: Becher, H.; Gruppe, O. (Hrsg.) (1988): Menschen im Sport 2000. Schorndorf
- Eulering, J. (2001): Politische Verantwortlichkeiten für die Sportstättenentwicklung. In: Hummel, A.; Rütten, A. (Hrsg.) (2001): Handbuch Technik und Sport. Schorndorf, 267-279
- Eulering, J. (2001): 50 Jahre Sportstättenpolitik in Deutschland. In: Hummel, A.; Rütten, A. (Hrsg.) (2001): Handbuch Technik und Sport. Schorndorf, 281-292
- Haass, H. (1990): Sport und kommunale Entwicklungsplanung – am Beispiel der Sportstättenleitplanung. Eine Untersuchung planungssoziologischer Determinanten für die Sportstättenleitplanung. Münster
- Hipp, R. (2001): Der organisierte Sport (Sportvereine/Sportverbände) als Betreiber von Sportstätten. In: Hummel, A.; Rütten, A. (Hrsg.) (2001): Handbuch Technik und Sport. Schorndorf, 375-382
- Hochstrate, K. (1985): Bedarfsorientierte Sportstättenleitplanung – ein Methodenvergleich. Karlsruhe
- Hübner, H. (Hrsg.) (1994): Von lokalen Sportverhaltensstudien zur kommunalen Sportstättenentwicklungsplanung: Beiträge zu einer zeitgemäßen kommunalen Sportentwicklung. Münster, Hamburg
- Internationale Vereinigung Sport- und Freizeiteinrichtungen (1991): Planungsgrundlagen für Sporthallen. IAKS-Schriftenreihe (Nr. 29). Köln
- Internationale Vereinigung Sport- und Freizeiteinrichtungen (1992): Planungsgrundlagen

- Freizeitorientierte Bäder. IAKS-Schriftenreihe (Nr. 27). Köln
- Internationale Vereinigung Sport- und Freizeiteinrichtungen (1993): Planungsgrundlagen Sportplätze/Stadien. IAKS-Schriftenreihe (Nr. 33). Köln
- Koch, J. (1994): Humanökologische Spiel- und Sportstättenplanung zwischen Vision und Wirklichkeit. In: Deutscher Sportbund (Hrsg.) (1994): Ökologische Zukunft des Sports. (Dokumentation des Symposiums »Ökologische Zukunft des Sports«, Sundern/Altenhellenfeld, 23.-24.9.1993). Frankfurt am Main, 22-26
- Koch, J. (1998): Zukunftsorientierter Sportstättenbau. In: Rütten, A.; Roßkopf, P. (Hrsg.) (1998): Raum für Bewegung und Sport: Zukunftsperspektiven der Sportstättenentwicklung. Stuttgart, 115-128
- Koordinierungskreis Bäder (1997): Richtlinien für den Bäderbau. Essen
- Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1988): Die sportgerechte Stadt? Materialien zum Sport in NRW 18. Frechen
- Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1990): Sportgelegenheiten – Bedeutungsinhalte, Chancen und Grenzen. Materialien zum Sport in NRW 30. Frechen
- Landessportbund Hessen e.V. (Hrsg.) (1997): Zukunftsorientierte Sportstättenentwicklung – Ein Orientierungshandbuch für Vereine und Kommunen. Band 1. Aachen
- Lukoschek, L. (1998): Die »Bewegungsfreundliche Stadt« – Rahmenbedingungen und Möglichkeiten zur Integration des informellen Freizeitsports in die Stadtplanung als Beitrag zur Verbesserung der Wohnqualität. Kaiserslautern
- Mair, G.; Melchinger, H.; Heuwinkel, D. (1992): Sportverhalten und Einstellungen zum Sport in München. Hannover
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.) (1996): Planung und Entwicklung von Sportstätten: Ein Leitfaden für die kommunale Praxis. Potsdam
- Roskam, F. (2001): Unterschiedliche Aspekte der Sportstättengestaltung. In: Hummel, A.; Rütten, A. (Hrsg.) (2001): Handbuch Technik und Sport. Schorndorf, 347-360
- Rütten, A. (1998): Statement Sportverhalten. In: Sportstättenbau und Bäderanlagen, 32 (3), 273-275
- Rütten, A. (2001): Sportverhalten und Sportstättenplanung. In: Hummel, A.; Rütten, A. (Hrsg.) (2001): Handbuch Technik und Sport. Schorndorf, 253-266
- Rütten, A. (2002): Kommunale Sportentwicklungsplanung. Ein empirischer Vergleich unterschiedlicher Ansätze. In: Sportwissenschaft 32 (1), 80-94
- Rütten, A.; Roßkopf, P. (Hrsg.) (1998): Raum für Bewegung und Sport: Zukunftsperspektiven der Sportstättenentwicklung. Stuttgart
- Sachverständigenkommission der Ministerpräsidentenkonferenz für den Goldenen Plan (1978): Bericht über die Verwirklichung des Goldenen Planes für die Zeit von 1961-1975. (Manuskript)
- Schemel, H.-J.; Strasdas, W. (1998): Bewegungsraum Stadt. Aachen
- Spindler, E. A. (2000): Neue Hallen braucht das Land. In: Westfälischer Turnerbund; Initiative »Sport und Umwelt« (Hrsg.) (2000): Die Turnhalle der Zukunft. Heidelberg, 3-20
- Wieland, H.; Rütten, A. (1991): Kommunale Freizeitsportuntersuchungen. Theoretische Ansätze, Methoden, praktische Konsequenzen. Stuttgart
- Wopp, C. (1995a): Entwicklungen und Perspektiven des Freizeitsports. Aachen
- Wopp, C. (1995b): Aspekte der Sportstättenentwicklungs-Planung aus sportpädagogischer Sicht. In: Sportwissenschaft 25 (1), 9-26

Richtwertorientierte Sportstättenentwicklungsplanung – Goldener Plan (Ost)

- Abelbeck, G.; Roskam, F. (1982): Rückblick auf die Problemstellung beim 1. Goldenen Plan (1960-1975). In: Internationale Vereinigung Sport- und Freizeiteinrichtungen e.V. (Hrsg.) (1982): 3. Expertengespräch: »Im Vorfeld des 2. Goldenen Plans«. Köln, 2-6

- Bach, L.; Köhl, W. (1988): Brauchen wir einen Zweiten Goldenen Plan? Anmerkungen zu einer aktuellen Diskussion. In: Sportstättenbau und Bäderanlagen, 22 (5), 427-431
- DSB (Deutscher Sportbund) (1992): Goldener Plan Ost. Frankfurt am Main
- Deutsche Olympische Gesellschaft (Hrsg.) (1962): Der Goldene Plan in den Gemeinden – Ein Handbuch. Frankfurt am Main
- Deutsche Olympische Gesellschaft (Hrsg.) (1967a): Zweites Memorandum zum Goldenen Plan für Gesundheit, Spiel und Erholung. Frankfurt am Main
- Deutsche Olympische Gesellschaft (Hrsg.) (1967b): Richtlinie (I) für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen in Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern, II. Fassung. Frankfurt am Main
- Deutsche Olympische Gesellschaft (Hrsg.) (1976): Richtlinie für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen, III. Fassung. Frankfurt am Main
- Deutscher Sportbund (1986): 3. Memorandum zum Goldenen Plan. In: Bundesinstitut für Sportwissenschaft (Hrsg.) (1986): Bau-, Betriebs- und Unterhaltungskosten von Sportanlagen. Köln
- Deutscher Sportbund; Deutscher Städtetag; Städte- und Gemeindebund; Deutscher Landkreistag (Hrsg.) (1984): Orientierungshilfen für die Planung und Errichtung von speziellen Anlagen für einzelne Sportarten. (Ergänzung des Kapitels V der »Richtlinien für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen«, III. Fassung 1976). Frankfurt am Main
- Eulering, J. (2001): Richtlinienkonzepte (Goldene Pläne) in der Sportstättenentwicklungsplanung. In: Hummel, A.; Rütten, A. (Hrsg.) (2001): Handbuch Technik und Sport. Schorndorf, 293-300

Verhaltensorientierte Sportstättenentwicklungsplanung nach dem Leitfaden des BISp

- Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter (1992): Stellungnahme zum Leitfaden für die Sportstättenentwicklungsplanung. (Antrag des Vorstandes, vorgelegt auf der Jahrestagung der ADS in Salzgitter, 20.-22.5.1992. Vervielfältigte Maschinenschrift, 2 Seiten)
- Bach, L.; Köhl, W.; Hochstrate, K. (1991): Leitfaden zur Sportentwicklungsplanung. Bd. 1 Planungsmethoden, Bd. 2 Arbeitsunterlagen für die Planung. Köln
- Bach, L.; Köhl, W. (1995): Sportstättenentwicklungsplanung Weimar. (Gutachten, erstellt im Auftrag der Stadt Weimar). Karlsruhe
- Bach, L.; Schreier, P. (1996): Sportentwicklungsplan der Stadt Passau. (Stand: August 1996. Gutachten, erstellt im Auftrag der Stadt Passau. Vervielfältigte Maschinenschrift, 209 Seiten). Passau
- Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) (Hrsg.) (2000): Leitfaden für die Sportstättenentwicklungsplanung. Schorndorf
- Erlenwein, A. (2001): Zur Entwicklung und Umsetzung des neuen Leitfadens für die Sportentwicklungsplanung. In: Hummel, A.; Rütten, A. (Hrsg.) (2001): Handbuch Technik und Sport. Schorndorf, 313-316
- Heuwinkel, D.; Schotte, A.; Wyns, B. (1990): Sportverhalten und Einstellungen zum Sport im Landkreis und der Stadt Reutlingen 1989. Hannover.
- Heuwinkel, D.; Taube, R.; Wiegmann, C. (1992): Sportverhalten und Einstellungen zum Sport im Ruhrgebiet: Ergebnisse einer repräsentativen Einwohnerbefragung ausgewählter Städte und Gemeinden 1991. Hannover.
- Hübner, H. (2001): Sporttreiben in Mannheim. Ergebnisse einer empirischen Studie zum Sportverhalten. Münster
- Hübner, H.; Kirschbaum, B. (1998): Sporttreiben in Telgte. Eine empirische Studie zum Sportverhalten in der Emsstadt. Projektbericht. Wuppertal
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover (1988a): Örtlicher und regionaler Bedarf an Sporthallen – Teil 1: Handreichung für die Planung der

- Sporthallenentwicklung im Bereich einer Kommune. Hannover
 Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover (1992):
 Leitfaden für die Sportstättenentwicklungsplanung – Bd. 3: Sportverhaltensparameter und
 Hinweise zur Anwendung. (Untersuchungsbericht, erstellt im Auftrag des Bundesinstituts
 für Sportwissenschaft. Vervielfältigte Maschinenschrift, 117 Seiten). Hannover
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover (1993): IES-
 Arbeitshilfe für die Analyse des Sportstättenbedarfs. Hannover
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover (1998):
 Kommunale Sportentwicklungsplanung und Sportstättenentwicklungsplanung –
 Grundsätze und Leitfaden zur praktischen Durchführung. Frankfurt am Main
- Köhl, W. (1998): Verhaltensorientierte Sportentwicklungsplanung. In: Rütten, A.; Roszkopf, P.
 (Hrsg.) (1998): Raum für Bewegung und Sport: Zukunftsperspektiven der Sportstätten-
 entwicklung. Stuttgart, 21-36
- Köhl, W.; Bach, L. (1998): Sportentwicklungsplan Buchholz in der Nordheide. Reutlingen, Nürnberg

Kooperative Sportentwicklungsplanung

- Landessportbund Hessen (1999): Zukunftsorientierte Sportstättenentwicklung und Agenda 21.
 Symposium. Wiesbaden
- Rütten, A. (1998): Kooperative Planung – ein umsetzungsorientiertes Sportstättenentwicklungs-
 konzept. In: Rütten, A.; Roszkopf, P. (Hrsg.) (1998): Raum für Bewegung und Sport:
 Zukunftsperspektiven der Sportstättenentwicklung. Stuttgart, 41-52
- Rütten, A. (2001): Kooperative Planung. In: Hummel, A.; Rütten, A. (Hrsg.) (2001): Handbuch
 Technik und Sport. Schorndorf, 317-326
- Wetterich, J.; Klopfer, M. (1995): Kooperative Planung und interdisziplinäre Beratung – das
 Planungskonzept im Modellprojekt. In: Wieland, H.; Sengle, A. (Hrsg.) (1995):
 Familienfreundlicher Sportplatz. Ein Modellprojekt. Stuttgart, 14-21
- Wetterich, J. (2002): Kooperative Sportstättenentwicklungsplanung. Zukunftsorientierte
 Sportstättenentwicklung: Band 12. Aachen
- Wieland, H.; Sengle, A. (Hrsg.) (1995): Familienfreundlicher Sportplatz. Ein Modellprojekt.
 Stuttgart
- Wieland, H.; Klopfer, M.; Schieborn, K.; Schrader, H.; Wetterich, J. (1994): Familienfreundlicher
 Sportplatz. Ein Modellprojekt. Stuttgart
- Wieland, H.; Klopfer, M.; Schrader, H.; Wetterich, J. (1998): Das Modellprojekt »Familienfreund-
 licher Sportplatz«. In: Rütten, A.; Roszkopf, P. (Hrsg.) (1998): Raum für Bewegung und
 Sport. Zukunftsperspektiven der Sportstättenentwicklung. Stuttgart, 95-114

Integrierte Sportentwicklungsplanung

- Landessportbund Hessen (Hrsg.) (2001a): Spiel-, Sport- und Bewegungsräume in der Stadt.
 Zukunftsorientierte Sportstättenentwicklung – Band 10. Aachen
- Landessportbund Hessen (Hrsg.) (2001b): Öko-Check im Sportverein.
 Reihe Berichte – Band 4. Frankfurt am Main
- Landessportbund Hessen e.V. (Hrsg.). (2001c): Handbuch Sportstättenmanagement.
 Reihe Berichte – Band 9. Frankfurt am Main
- Rütten, A.; Schröder, J. (2001): Integrierte Planung. In: Hummel, A.; Rütten, A. (Hrsg.) (2001):
 Handbuch Technik und Sport. Schorndorf, 327-336
- Rütten, A.; Schröder, J.; Ziemainz, H. (2001): Sportentwicklungsplan der Verwaltungsgemeinschaft
 »Rund um den Auersberg«. Chemnitz

- Rütten, A.; Möhwald, M.; Abu-Omar, K. (2002): Sportverhaltensberichterstattung im Freistaat Sachsen. Erlangen
- Rütten, A.; Schröder, J.; Möhwald, M. (2002): Sportentwicklungsplan der Gemeinde Kaufungen. Erlangen
- Schröder, J.; Ziemainz, H. (2002): Bestands- und Bedarfsanalyse als Voraussetzung einer effektiven Sportentwicklungsplanung am Beispiel einer sächsischen Kommune. In: Woll, A.; Illmer, D.; Bös, K. (Hrsg.) (2002): *Bewegte Kommune – Gesunde Kommune*. Schorndorf, 75-79
- Wehr, P. (1998): Nutzung von Industriebrachen für moderne Vereinssportstätten. In: Rütten, A.; Roskopf, P. (Hrsg.) (1998): *Raum für Bewegung und Sport. Zukunftsperspektiven der Sportstättenentwicklung*. Stuttgart, 143-146
- Wehr, P. (1999): Zeche Helene – ein neues Betriebsmodell für Sportstätten. In: Führungs- und Verwaltungsakademie Berlin (Hrsg.) (1999): *Neue Betriebsformen im Sport*. Berlin
- Ziemainz, H. (2001): Sportstättenmanagement und Betreibermodelle für Sport-, Spiel- und Bewegungsanlagen. In: Hummel, A.; Rütten, A. (Hrsg.) (2001): *Handbuch Technik und Sport*. Schorndorf, 361-374

Qualitätsmanagement

- Bach, L.; Völker, S. (1994): Nutzungscharakteristiken bei Bädern. Materialien zur Stadt- und Regionalplanung. Band 10. Bayreuth
- Deutsches Institut für Normung (DIN) (1995a): EN ISO 8402. Berlin
- Deutsches Institut für Normung (DIN) (1995b): EN ISO 9000-9004. Berlin
- Donabedian, A. (1966). Evaluating the quality of medical care. In: *Milbank Memorial Fund Quarterl* 44 (3), 166-206
- Eimeren, W. van (1979): Qualitätskontrolle in der Medizin. *MMW* 45, 1447-1449
- Frischmuth, B. (Hrsg.) (1998): *Kommunales Gebäudemanagement – Konzepte und deren praktische Umsetzung*. Berlin
- GMDs-AG (Arbeitsgruppe Qualitätssicherung in der Medizin) (1996): Begriffe und Konzepte des Qualitätsmanagements. In: *Infomatik, Biometrie und Epidemiologie in Medizin und Biologie* 27 (4), 200-230
- Graebig, K. (1995): *Qualitätsmanagement und Statistik. Anleitung zur Auswahl aus der Normenreihe DIN EN ISO 9000 und den unterstützenden Normen*. Berlin
- Huber, G.; Baldus, A. (1997): Qualitätskriterien für Bewegungsangebote in Prävention und Rehabilitation. In: *Gesundheitssport und Sporttherapie* 13 (1), 4-6
- Imai, M. (1993): *Kaizen. Der Schlüssel zum Erfolg der Japaner im Wettbewerb*. Berlin
- Kaminske, G. F.; Brauer, J. P. (1999): *Qualitätsmanagement von A-Z*. München
- Landessportbund Hessen e.V. (Hrsg.). (2001c): *Handbuch Sportstättenmanagement. Reihe Berichte – Band 9*. Frankfurt am Main
- Matros, P. (2002): *Qualitätsmanagement im Sportstättenmanagement*. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Erlangen
- Spindler, E. A. (2000): Neue Hallen braucht das Land. In: Westfälischer Turnerbund; Initiative »Sport und Umwelt« (Hrsg.) (2000): *Die Turnhalle der Zukunft*. Heidelberg, 3-20
- Staehele, W. H. (1991): *Management*. München
- Ziemainz, H. (2001): Sportstättenmanagement und Betreibermodelle für Sport-, Spiel- und Bewegungsanlagen. In: Hummel, A.; Rütten, A. (Hrsg.) (2001): *Handbuch Technik und Sport*. Schorndorf, 361-374

FORMULARE UND FRAGEBOGEN

Erfassung der Einwohnerdaten

	Kommune _____		
	Ausgangsjahr 2_ _ _ _	1. Prognosejahr 2_ _ _ _ ca. 7 Jahre nach Ausgangsjahr	2. Prognosejahr 2_ _ _ _ ca. 15 Jahre nach Ausgangsjahr
Einwohner (Stand: _____)			
<i>männlich</i>			
<i>weiblich</i>			
<i>bis 7 Jahre</i>			
<i>von 8 - 13 Jahre</i>			
<i>von 14 - 18 Jahre</i>			
<i>von 19 - 25 Jahre</i>			
<i>von 26 - 35 Jahre</i>			
<i>von 36 - 45 Jahre</i>			
<i>von 46 - 55 Jahre</i>			
<i>von 56 - 65 Jahre</i>			
<i>älter als 65 Jahre</i>			

Erfassung der Schuldaten

	Kommune _____		
	Ausgangsjahr 2_ _ _	1. Prognosejahr 2_ _ _	2. Prognosejahr 2_ _ _
Grundschulen (Anzahl)			
<i>Klassen</i>			
Hauptschulen (Anzahl)			
<i>Klassen</i>			
Realschulen (Anzahl)			
<i>Klassen</i>			
Gymnasien (Anzahl)			
<i>Klassen</i>			
Förderschulen (Anzahl)			
<i>Klassen</i>			
Berufsbildende Schulen (Anzahl)			
<i>Klassen</i>			

BESTANDSERHEBUNG SPORTSTÄTTEN

Name/Bezeichnung der Sportstätte

Typ

(bitte ankreuzen)

Sport- und Turnhalle

Hallenbad

andere Sportstätte, Bezeichnung:

Sportplatz

Freibad

Anschrift

Baujahr

letzte Sanierung im Jahre _____ Was?: _____

Größe

Gesamtgröße _____ qm

nutzbare Sportfläche _____ qm

Art der Sportfläche _____

Trägerschaft: _____

Verwaltung: _____

Nutzer (bitte ankreuzen) Schulen Nutzung von Privatpersonen
 Vereine
 andere Gruppen, welche?: _____

Gebührenpflichtige Nutzung, wenn ja für wen: _____
 nein

Durchschnittlicher Betriebskostenaufwand im Jahr _____ Euro

Behindertengerecht ja nein

Nebenfunktionsräume

<i>Art</i>	<i>Anzahl & evtl. Größe</i>	<i>Bauzustandsstufe</i>
_____	_____	<input type="radio"/>
_____	_____	<input type="radio"/>
_____	_____	<input type="radio"/>
_____	_____	<input type="radio"/>

Bauzustand der Sportstätte gesamt Bewertung __ (Stufe 1-4)

Bemerkungen (z.B. Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln; Bedeutung für den Ort; was muss und soll unbedingt saniert bzw. verbessert werden?; usw.)

BESTANDSERHEBUNG SPORTVEREINE

NAME DES VEREINS _____

ANZAHL DER MITGLIEDER DES VEREINS INSGESAMT _____ MITGLIEDER

WENN MÖGLICH ANZAHL DER PASSIVEN MITGLIEDER: _____

ANZAHL DER ABTEILUNGEN BZW. SPARTEN IM VEREIN _____ SPARTEN

ALTERS- GRUPPEN* (IN JAHREN)	ANZAHL DER SPORTVEREINSMITGLIEDER	
	MÄNNLICH	WEIBLICH
UNTER 7		
7 - 14		
15 - 18		
19 - 25		
26 - 35		
36 - 50		
51 - 60		
ÜBER 60		

* *AUCH ANDERE EINTEILUNG DER ALTERSGRUPPEN MÖGLICH*

HAT IHR VEREIN SPORTSTÄTTEN IN EIGENEM BESITZ / ZUR PACHT / IN PFLEGE ?
(BITTE ZUTREFFENDES UNTERSTREICHEN!)

WENN NEIN, WEITER ZUR NÄCHSTEN FRAGE!

WENN JA, WELCHE?

WAS KOSTET DAS DEN VEREIN DURCHSCHNITTLICH IM JAHR? _____ EURO

IHRE ANMERKUNGEN, HINWEISE UND WÜNSCHE:

BESTANDSERHEBUNG SPORTVEREINE

SPORTVEREINSMITGLIEDER NACH SPORTARTEN

(BITTE FÜR JEDE SPORTART EINEN GESONDERTEN ERHEBUNGSBOGEN AUSFÜLLEN!)

SPORTART _____

ALTERS- GRUPPEN* (IN JAHREN)	ANZAHL DER SPORTVEREINSMITGLIEDER	
	MÄNNLICH	WEIBLICH
UNTER 7		
7 - 14		
15 - 18		
19 - 25		
26 - 35		
36 - 50		
51 - 60		
ÜBER 60		

* AUCH ANDERE EINTEILUNG NACH ALTERSGRUPPEN MÖGLICH

WIRD DIESE SPORTART NUR IM SOMMER, NUR IM WINTER ODER GANZJÄHRIG
AUSGEÜBT? (BITTE ANKREUZEN!)

- NUR IM SOMMER
 NUR IM WINTER
 GANZJÄHRIG, DAVON CA. _____% IM WINTER UND
 CA. _____% IM SOMMER

BEMERKUNGEN (Z.B. SPIELBETRIEB, NOTWENDIGE SPORTGERÄTE UND
AUSSTATTUNG, WÜNSCHE, ETC.)

Bestandsaufnahme von Bewegungsräumen

Lage	Struktur	Eignung	Eigentums- verhältnisse	Beschränkungen	Bemerkungen

Maßnahmenkatalog

Maßnahme	Umsetzungsschritte	Zeitraum	Verantwortlichkeit	Finanzen	Anmerkungen

Fragebogen des Leitfadens des BISp

Sport in _____
Fragebogen des Bundesinstituts für Sportwissenschaft

*Bitte Text bzw. Zahlen einsetzen und Zutreffendes ankreuzen
Mehrfachnennungen sind möglich.*

1. Treiben Sie Sport

- ja
 nein

2. Sind Sie Mitglied in einem Sportverein?

- ja
 nein

wenn „kein Sport“ weiter mit Frage 11

3. Welchen Sport treiben Sie?

(ohne Schulsport / ohne Sport im Urlaub)

Tragen Sie den Namen der Sportart(en) ein. Eine Liste mit Sportarten finden Sie in der Anlage (Abbildung 1 in BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT 2000).

		Häufigste betriebene Sportart		Zweithäufigste betriebene Sportart		Dritthäufigste betriebene Sportart	
		Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	Winter
Sportart hier eintragen →							
Betreiben Sie diesen Sport in einer festen Wettkampfmannschaft bzw. üben Sie ihn wettkampfmäßig aus?	Ja						
	Nein						
Betreiben Sie diesen Sport im Sommer bzw. Winter regelmäßig?	Ja						
	Nein						
Wie häufig üben Sie diesen Sport aus?	pro Woche						
	pro Monat						
	pro Halbjahr						
Wie lange dauert jeweils eine Übungs-/Trainingsphase? (ohne Wettkampfzeiten)		ca. Min.		ca. Min.		ca. Min.	
Wäre zusätzliche Übungszeit/Trainingszeit erforderlich?		ca. bis Min.		ca. bis Min.		ca. bis Min.	

9. Wie hoch ist der Zeitaufwand für den Weg zur meistgenutzten Sportstätte?

(einfache Strecke)

Häufigste betriebene Sportart		Zweithäufigste betriebene Sportart		Dritthäufigste betriebene Sportart	
Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	Winter
ca.	Min.	ca.	Min.	ca.	Min.

10. Wie viele Kilometer müssen Sie für den Weg zur meistgenutzten Sportstätten zurücklegen? (einfache Strecke)

Häufigste betriebene Sportart		Zweithäufigste betriebene Sportart		Dritthäufigste betriebene Sportart	
Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	Winter
ca.	km	ca.	km	ca.	km

weiter mit Frage S1

11. Aus welchem Grund treiben Sie keinen Sport?

- Aus gesundheitlichen Gründen
 - Ich bin zu alt
 - Sport liegt mir nicht, ich bevorzuge andere Freizeitaktivitäten
 - Ich habe genug Bewegung
 - Ich habe zu wenig Zeit
 - Die Zeit geht der Familie verloren
 - Ich habe wechselnde/ungünstige Arbeitszeiten
 - Die Sportangebote sind mit zu weit entfernt
 - Folgende von mir gewünschte Sportarten/-möglichkeiten werden nicht angeboten:
-

Zum Schluss noch einige Fragen zu Ihrer Lebenssituation:

S1. Alter

__ Jahre

S2. Geschlecht

- Weiblich Männlich

S3. Nationalität

- Deutsch Andere

S4. Ausbildungs-/Erwerbssituation

- Schüler, Auszubildender, Student, Wehrdienst/Zivildienst
- Hausfrau/-mann
- Rentner
- z.Zt. arbeitslos
- teilweise erwerbstätig / teilzeitbeschäftigt
- voll erwerbstätig

S5. erreichte(r) Berufsausbildung/Schulabschluß

- Hauptschulabschluss
- Fachoberschulreife (mittlerer Bildungsabschluss)
- Fachhochschulreife
- Hochschulreife (Abitur)
- Keine abgeschlossene Berufsausbildung
- Abgeschlossene Berufsausbildung
- Abgeschlossenes Fachhochschul-/Universitätsstudium

S6. Stellung im Beruf

- Arbeiter
- Facharbeiter
- Handwerker
- Angestellter
- Beamter
- Selbstständiger, Freiberufler
- Mithelfender Familienangehöriger
- Andere, und zwar _____

S7. Die Gemeinde _____ ist sehr an Ihrer Meinung interessiert. Teilen Sie uns bitte daher Ihre ergänzenden Anmerkungen, Anregungen und Kritik mit. Sie tragen damit dazu bei, den Erkenntnisgewinn der Befragung zum Sportverhalten in _____ zu optimieren und die Interessen der Bürger und des Sports zu stärken.

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme!

KONTAKTADRESSE DER AUTOREN

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Institut für Sportwissenschaft und Sport
 Gebbertstr. 123 b
 91058 Erlangen

Prof. Dr. Alfred Rütten
Jana Schröder
Dr. Heiko Ziemainz

alfred.ruetten@sport.uni-erlangen.de
jana.schroeder@sport.uni-erlangen.de
heiko.ziemainz@sport.uni-erlangen.de

Karim Abu-Omar PhD
Marit Möhwald
Patrick Matros

Tel.: 09131 8525000
 Fax: 09131 8525002
 Internet: <http://www.sport.uni-erlangen.de>
<http://www.integriertesportentwicklungsplanung.de>

LINKS

Arbeitskreis der Deutschen Sportämter	http://www.ads-sportverwaltung.org
Bundesinstitut für Sportwissenschaft	http://www.bisp.de
Deutsche Olympische Gesellschaft	http://www.d-o-g.net
Deutscher Sportbund	http://www.dsb.de
Deutscher Städte- und Gemeindetag	http://www.dstgb.de
Deutsche Vereinigung der Sportwissenschaft	http://www.tu-darmstadt.de/dvs
Internationaler Arbeitskreis der Sport- und Freizeitanlagen	http://www.sports-facilities.worldsport.com
Konferenz der Kultusminister	http://www.kmk.de

BILDNACHWEIS

Umschlag/Titelbild (von links oben nach links unten)

1. Jens Prüller/Archiv Sportstaette.de, Frankfurt am Main
2. Jens Prüller/Archiv Sportstaette.de, Frankfurt am Main
3. Jana Schröder, Erlangen
4. Jana Schröder, Erlangen
5. Uwe Hornung, Frankfurt am Main
6. Uwe Hornung, Frankfurt am Main

Umschlag/Rückseite:

1. Uwe Hornung, Frankfurt am Main
2. Jana Schröder, Erlangen ^^
3. Archiv Institut Sport und Sportwissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg
4. Jens Prüller/Archiv Sportstaette.de, Frankfurt am Main
5. Uwe Hornung, Frankfurt am Main
6. Jens Prüller/Archiv Sportstaette.de, Frankfurt am Main
7. Horst Delp, Frankfurt am Main
8. Horst Delp, Frankfurt am Main
9. Archiv Institut Sport und Sportwissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg

Seite: 5/25/41/50/87/91
Jana Schröder, Erlangen

Seite: 30
Städtisches Vermessungsamt, Landeshauptstadt Dresden

Seite: 48/55
Horst Delp, Frankfurt am Main

Seite: 77/94
Jens Prüller/Archiv Sportstaette.de, Frankfurt am Main

Seite: 62/79/93
Uwe Hornung, Frankfurt am Main

Seite: 92
Archiv Institut Sport und Sportwissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg

Alle Tabellen, Abbildungen und Beispiele wurden – mit Ausnahme der Tabellen 11,12,13,14 entnommen aus DEUTSCHER SPORTBUND 1992 – von den Autoren erstellt.

BESTELLFORMULAR - KOPIERVORLAGE

»Zukunftsorientierte Sportstättenentwicklung«

<input type="checkbox"/> Band 1:	Ein Orientierungshandbuch für Vereine und Kommunen	€ 18,90
<input type="checkbox"/> Band 2:	Projektbeispiele	€ 18,90
<input type="checkbox"/> Band 3:	Naturnahe Gestaltung von Spiel- und Sportanlagen	€ 18,90
<input type="checkbox"/> Band 4:	Wassereinsparung in Sportanlagen	€ 18,90
<input type="checkbox"/> Band 5:	Agenda 21 im Sportverein	€ 18,90
<input type="checkbox"/> Band 6:	SportstättenManagement	€ 18,90
<input type="checkbox"/> Band 7:	Sportstättenentwicklungsplanung	€ 18,90
<input type="checkbox"/> Band 8:	Agenda 21 im Sport – Sportvereine und Kommunen	€ 18,90
<input type="checkbox"/> Band 9:	Schulhof in Bewegung: Orientieren – Planen – Gestalten	€ 18,90
<input type="checkbox"/> Band 10:	Spiel-, Sport- und Bewegungsräume in der Stadt	€ 18,90
<input type="checkbox"/> Band 11:	Barrierefreies Bauen	€ 18,90
<input type="checkbox"/> Band 12:	Kooperative Sportentwicklungsplanung	€ 18,90
<input type="checkbox"/> Band 13:	Pferdesport und Öffentlichkeit	€ 18,90
<input type="checkbox"/> Band 14:	Handbuch der kommunalen Sportentwicklungsplanung	€ 18,90

»Berichte«:

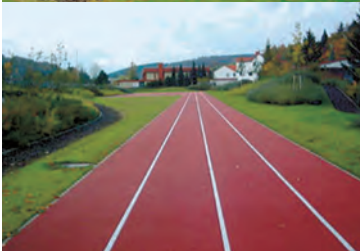
<input type="checkbox"/> Berichte 1:	Erholungsvorsorge = Erholung – Freizeit – Sport (Tourismus)?	€ 7,50
<input type="checkbox"/> Berichte 2:	Agenda 21 und zukunftsorientierte Sportstättenentwicklung	€ 7,50
<input type="checkbox"/> Berichte 3:	Agenda 21 im Sportverein – Pilotprojekt TuS Griesheim	€ 7,50
<input type="checkbox"/> Berichte 4:	Öko-Check im Sportverein	€ 7,50
<input type="checkbox"/> Berichte 5:	Sportstättenentwicklungsplanung, Sportamt der Zukunft	€ 7,50
<input type="checkbox"/> Berichte 6:	Stromrahmenverträge für den Sport	€ 7,50
<input type="checkbox"/> Berichte 7:	Jahresplan zur Rasen- und Tennenplatzpflege	€ 7,50
<input type="checkbox"/> Berichte 8:	Reaktionen deutscher Sportorganisationen auf die Agenda 21	€ 7,50
<input type="checkbox"/> Berichte 9:	Handbuch Sportstättenmanagement	€ 15,00
<input type="checkbox"/> Berichte 10:	Familienfreundliche Sportanlage (CD-ROM)	€ 7,50
<input type="checkbox"/> Berichte 11:	Wasserberatung für hessische Sportvereine	€ 7,50
<input type="checkbox"/> Berichte 12:	Entwicklung – Planung – Bau – Betrieb – Nutzung (CD-Rom)	€ 7,50
<input type="checkbox"/> Berichte 13:	Sportentwicklung und Sportanlagen	€ 7,50

Ratgeber für Vereine:

<input type="checkbox"/> »Fachtechnische Stellungnahme zur Verwendung von Kunstrasenflächen im Sportbau«	€ 5,00
<input type="checkbox"/> »Nachbarschaft – Partnerschaft – Vermeidung bzw. Beendigung von Lärmkonflikten«	€ 5,00
<input type="checkbox"/> »Tips zur Gestaltung der Vertragsgrundlagen für die Nutzung von Fremdgrundstücken und Sportanlagen durch Sportvereine«	€ 5,00

Kooperationen:

<input type="checkbox"/> Familienfreundlicher Sportplatz · Württembergischer Fußballverband e.V. (WFV)/ Württembergischer Landessportbund (WLSB)	€ 15,00
<input type="checkbox"/> Umweltschutz im Sportverein – Ein Praxisleitfaden (mit Video) S.O.F.-Umweltstiftung/Deutscher Turner Bund e.V.	€ 15,00
<input type="checkbox"/> Tipps für die Vereinspraxis: Sport – Umwelt – Naturschutz Hess. Min. für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten/Landessportbund Hessen e.V.	€ 15,00
<input type="checkbox"/> Turn-Mehrzweckhalle · Deutscher Turner Bund e.V.	€ 48,00
<input type="checkbox"/> Naturnahes Bauen und Renovieren · Raab Karcher	€ 3,80



ISBN 3-89280-900-3



9 783892 809005